



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Vergleichende Analysen der Landtagswahlen von 1990
bis 2009 in den deutschen Bundesländern Brandenburg,
Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt
und Thüringen

Verfasser

Thomas Stimmer

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin: Priv.-Doz. Dr. Karin Liebhart

Widmung

Für meine Familie

Für Kati

Für alle, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzen

Danksagung

Als erstes möchte ich meiner Betreuerin Frau Priv.-Doz. Dr. Karin Liebhart danken, dass sie mir mit Rat und Tat zur Seite stand.

Des Weiteren gilt mein Dank den Mitarbeitern des GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Köln, das mir rasch und unkompliziert die Umfragedaten der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellt hat.

Danken möchte ich auch Angelika Behrend von der Geschäftsstelle des Landeswahlleiters von Brandenburg, Stefanie Dobbs vom Amt für Statistik Berlin Brandenburg, Urte Lux vom Statistischen Amt Mecklenburg-Vorpommern für die Zurverfügungstellung von Daten sowie Hartwig Wiegand vom Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt für die Zurverfügungstellung von Daten und kritische Anmerkungen.

Besonderer Dank gebührt meinen Eltern Christa und Wolfgang, die mir durch finanzielle Unterstützung das Studium erst ermöglichten, mir unendliche Geduld entgegenbrachten und nie auch nur den geringsten Zweifel daran hegten, dass ich das Studium zu einem guten Abschluss bringe, meinem Vater insbesondere auch für die Hilfestellung beim Formatieren der Abschlussarbeit.

Danken möchte ich auch meiner Freundin Kati, die mich immer wieder motivieren konnte.

Auch meinen Freunden und Studienkollegen gilt ein Danke. Besonders Pia Gailer, die nicht nur meine Diplomarbeit Korrektur gelesen hat, sondern durch welche ich während des Studiums auch Mitschriften von Vorlesungen zum Lernen hatte, selbst wenn ich meine eigenen mal wieder nicht lesen konnte. Auch meiner Schwester Judith ein „Danke“ für Korrektur lesen und kritische Kommentare. Allen anderen danke ich vor allem dafür, dass sie mir nicht mit Fragen wie „Wann bist denn endlich fertig“ auf die Nerven gingen.

Zum Schluss geht mein Dank auch an unsere Hündin Sammy, die es immer wieder schafft, gute Laune zu verbreiten.

Inhaltsverzeichnis:

1	Einleitung	6
1.1	Warum die Länder der ehemaligen DDR?	7
1.2	Begriffserklärung	10
1.2.1	Transformation und Transition	10
1.2.2	Cleavage	11
1.2.3	Partei	11
1.3	Forschungsfragen	13
1.4	Forschungsannahmen	14
1.5	Methodik	15
1.6	Forschungsstand	16
2	Rahmenbedingungen der Entwicklung des Parteiensystems in den Ländern der ehemaligen DDR	18
2.1	Historische Rahmenbedingungen	18
2.1.1	Die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg	18
2.1.2	Von der Weimarer Republik zum Dritten Reich	20
2.1.3	Nach dem Zweiten Weltkrieg	22
2.1.4	Die Wiedervereinigung und die Zeit danach	26
2.2	Wahlsystem	28
3	Theoretische Konzepte	30
3.1	Transformationstheorie	30
3.2	Cleavage Theorie	31
4	Die Entwicklung der Parteienlandschaft in den neuen Bundesländern	36
4.1	Bipolarisierung	36
4.2	Ausdifferenzierung	37
4.3	Angleichung	38
4.4	Vereinigung	39
4.5	Die Parteienlandschaft Ostdeutschlands im Überblick	40
4.5.1	Die Christdemokratische Union Deutschlands – CDU	40
4.5.2	Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD	41
4.5.3	Freie Demokratische Partei – FDP	42
4.5.4	Die Grünen	43
4.5.5	Die Linke	44
4.5.6	Andere Parteien	45
5	Analysen der Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen	47
5.1	Die Landtagswahlen in Brandenburg	47
5.1.1	Landtagswahl 1990	47
5.1.2	Landtagswahl 1994	49
5.1.3	Landtagswahl 1999	52
5.1.4	Landtagswahl 2004	55
5.1.5	Landtagswahl 2009	58
5.1.6	Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1990 bis 2009	62
5.2	Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern	70
5.2.1	Die Landtagswahl 1990	70
5.2.2	Die Landtagswahl 1994	72
5.2.3	Die Landtagswahl 1998	75
5.2.4	Die Landtagswahl 2002	78
5.2.5	Die Landtagswahl 2006	81

5.2.6	Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1990 bis 2006	85
5.3	Die Landtagswahlen in Sachsen.....	92
5.3.1	Die Landtagswahl 1990.....	92
5.3.2	Die Landtagswahl 1994.....	94
5.3.3	Die Landtagswahl 1999.....	97
5.3.4	Die Landtagswahl 2004.....	100
5.3.5	Die Landtagswahl 2009.....	103
5.3.6	Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1990 bis 2009	106
5.4	Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt	112
5.4.1	Die Landtagswahl 1990.....	112
5.4.2	Die Landtagswahl 1994.....	114
5.4.3	Die Landtagswahl 1998.....	117
5.4.4	Die Landtagswahl 2002.....	120
5.4.5	Die Landtagswahl 2006.....	124
5.4.6	Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1990 bis 2006	128
5.5	Die Landtagswahlen in Thüringen	134
5.5.1	Die Landtagswahl 1990.....	134
5.5.2	Die Landtagswahl 1994.....	137
5.5.3	Die Landtagswahl 1999.....	139
5.5.4	Die Landtagswahl 2004.....	143
5.5.5	Die Landtagswahl 2009.....	146
5.5.6	Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1990 bis 2009	149
6	Zusammenfassung.....	156
7	Conclusio.....	161
8	Literaturverzeichnis.....	163
9	Internetquellen.....	168
10	Tabellenverzeichnis	169
11	Abbildungsverzeichnis	170
12	Abstracts.....	171
13	Curriculum Vitae	173

Die vorliegende Arbeit besteht aus zwei großen Teilen. Im ersten, theoretischen Teil, der sich aus den Punkten 1-4 zusammensetzt, werden die verwendeten Begriffe erklärt und die der Arbeit zugrunde liegenden theoretischen Konzepte erläutert, sowie die historischen und institutionellen Rahmenbedingungen ausgeführt. Abschließend wird in Punkt 4 die Entwicklung des Parteiensystems in den ehemals zur DDR gehörenden Ländern dargelegt.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt im zweiten, dem empirischen Part, da es sich bei der vorliegenden Untersuchung um eine empirische Forschung handelt. In diesem Teil der Arbeit wird mit Hilfe einer Desk Research Analyse von Wahl- und Umfrageergebnissen die Entwicklung des Wahlverhaltens bestimmter sozialer Gruppen bei den Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen im Zeitraum von 1990 bis 2009 untersucht. Den Abschluss bildet schließlich unter Punkt 6 ein Resümee.

Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit auf eine Genderschreibweise verzichtet, alle Bezeichnungen in männlicher Form beziehen sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Ich bitte hierfür um Verständnis.

1 Einleitung

Die Revolutionen in den Ländern Osteuropas ab 1989 stellen den Beginn der vierten Demokratisierungswelle im 20. Jahrhundert dar, nach der ersten Welle zu Beginn des Jahrhunderts sowie der zweiten 1945. Die dritte Demokratisierungswelle schließlich fand in den 1970er Jahren mit den Systemwechseln in Südeuropa und Südamerika statt.¹

Während es zur Zeit der ersten Demokratisierungswelle bis zu den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts beispielsweise in Europa einen Prozess evolutionärer Demokratisierung gab, der durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs gestoppt wurde, folgten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gravierende Rückfälle zu autoritären oder totalitären Systemen mit dem Kommunismus in der Sowjetunion sowie verschiedenen faschistischen Regimen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa.² Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs folgte die so genannte zweite Welle der Demokratisierung in den europäischen Ländern westlich des Eisernen Vorhangs, mit Ausnahme der autoritären Regime in Spanien, Portugal und Griechenland, die sich noch jahrzehntelang an der Macht halten konnten. Die Demokratisierung dieser südeuropäischen Länder bildete in den 1970er Jahren gemeinsam mit jener in einigen südamerikanischen Ländern schließlich die dritte Demokratisierungswelle. Ab 1989 setzte dann in Osteuropa die vierte Demokratisierungswelle des vergangenen Jahrhunderts ein.³

Über diese Zuteilung der Demokratisierungsprozesse in den verschiedenen Ländern zu den so genannten Demokratisierungswellen gibt es in der Politikwissenschaft unterschiedliche Diskurse, so stellen die Systemtransformationen in Osteuropa nach der Einteilung von Huntington beispielsweise den Höhepunkt der dritten Demokratisierungswelle dar.⁴ Einigkeit besteht in der Demokratieforschung aber in jedem Falle darüber, dass die Demokratisierung in den osteuropäischen Ländern nicht mit jenen davor zu vergleichen ist, da sie vor einem neuen Problem standen, das es beispielsweise bei der Transition von autoritären Herrschaftsformen zu demokratischen Systemen in Südeuropa und Lateinamerika nicht gegeben hat: Dem so

¹ Vgl. Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main

² Vgl. Kaase/Lepsius (2001): Transformationsforschung. In: Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, OpladenS 343

³ Vgl. Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt am MainS 15ff

⁴ Vgl. Huntington, Samuel P: (1991): The Third Wave. Democratization in the late twentieth century. Norman

genannten Dilemma der Gleichzeitigkeit.⁵ Dies bedeutet, dass außer einer politischen hier auch eine ökonomische Systemtransformation vollzogen werden musste. So galt es, neben dem Wechsel von einem autoritären zu einem demokratischen politischen System auch jenen von einer staatlich gelenkten Planwirtschaft zur Marktwirtschaft zu bewältigen, denn im Gegensatz zu autoritären und faschistischen Regimen wie jenen in Spanien und Portugal, die an marktwirtschaftlichen Prinzipien, wenn auch unter nationalpolitischen Einschränkungen, festhielten und in das internationale Wirtschaftssystem eingebunden waren, etablierte der Kommunismus mit der staatlich gelenkten Planwirtschaft eine neue Wirtschaftsordnung.⁶ Daneben war außerdem die gesellschaftliche und kulturelle Realität einem Wandel unterworfen, da vor allem auch in der ehemaligen DDR der sozialistische Staat "auf allen Ebenen und in allen Sektoren von den parallelen Strängen des Partei- und Staatssicherheitsapparates institutionell dupliziert bzw. tripliziert worden [war]."⁷ Diese Strukturen durchliefen ebenfalls eine Phase der Transformation. Hellmut Wollmann vergleicht die Herausforderung dieser Transformation auf mehreren Ebenen mit der Situation, "ein Schiff inmitten eines Orkans auf Kurs zu halten, es gleichzeitig total umzubauen, und dies mit einer weitgehend ausgewechselten Mannschaft und mit unvertrauter Maschinerie."⁸

1.1 Warum die Länder der ehemaligen DDR?

"Die Wiedervereinigung Deutschlands ist historisch vermutlich einzigartig."⁹ Diese Aussage von Hans Bertram und Raj Kollmorgen beantwortet schon mehr oder weniger die Frage, warum eine wissenschaftliche Beschäftigung mit der Transformation Ostdeutschlands von Bedeutung und interessant ist. Die Länder der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) haben mit ihren Nachbarstaaten in Ost-Mittel-Europa und Osteuropa die staatssozialistische und planwirtschaftliche Vergangenheit gemein. Und mit der friedlichen Wende 1989 begann, wie in vielen Ländern der Region, ein Vorgang der

⁵ Vgl. Offe, Claus (1994): Designing Institutions für east European transitions, Wien

⁶ Vgl. Kaase/Lepsius (2001): Transformationsforschung. In: Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen S 347

⁷ Wollmann, Hellmut (2001): Die Transformation der politischen und administrativen Strukturen in Ostdeutschland – zwischen „schöpferischer Zerstörung“, Umbau und Neubau. In: Bertram, Hans/KollmorgenKaj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen S 34

⁸ Ebd. S 33

⁹ Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen S 9

Systemtransformation, zuerst innerhalb der vorhandenen Institutionen und der Gesellschaft. Doch neben dem Wechsel des politischen und des wirtschaftlichen Systems und gesellschaftlicher Veränderungen, die eben in vielen ehemals sozialistischen Ländern auftraten, machte der Einigungsvertrag und die damit verbundene Eingliederung der fünf ostdeutschen Bundesländer sowie Ostberlins in die gesamtdeutsche Bundesrepublik die Transformation in Ostdeutschland zu einem einzigartigen Prozess. Denn dieser ist neben den oben genannten Veränderungen darauf angelegt, zwei Staaten mit unterschiedlicher Entwicklung und unterschiedlichen Systemen zusammenzuführen.¹⁰

Während durch den Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion und die darauf folgenden Veränderungen etliche Nationalstaaten neu entstanden oder wieder entstanden sind, auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR beispielsweise im Baltikum, Estland, Lettland und Litauen, oder aber trotz Systemtransformation als souveräne Nationalstaaten in ihren Grenzen erhalten blieben, wie zum Beispiel Polen, trifft dies auf die Entwicklung der ehemaligen DDR in keiner Weise zu. Vielmehr vollzog sich die Transformation Ostdeutschlands "politisch-historisch als nationale Wiedervereinigung, völkerrechtlich als die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, verfassungsrechtlich als Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 Grundgesetz und damit als deren Integration und Inkorporation in die Verfassungs-, Rechts-, Institutionen-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der alten Bundesrepublik."¹¹ Durch die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik stellt Ostdeutschland innerhalb der Transformationsstaaten daher eine Besonderheit dar. In keinem anderen der ehemals sozialistischen Staaten gab es einen ähnlichen Institutionen-, Eliten- und Finanztransfer, wie in den Ländern der ehemaligen DDR.¹² Des Weiteren galt es neben politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen, wie sie auch andere Transformationsstaaten durchmachten zusätzlich auch mit den Erwartungen, den die Wiedervereinigung vor allem in der ostdeutschen Gesellschaft auslöste, entsprechend umzugehen. Aus diesem Grund ist auch der Transformationsprozess, der nicht nur die "neuen" Bundesländer, sondern ganz Deutschland erfasst hat, kaum mit anderen Prozessen Ost- und

¹⁰ Vgl. Hauser, Richard/Glatzer, Wolfgang (2001): Zukunftsvorstellungen und deren Realisierung im deutschen Vereinigungsprozess. In: Bertram, Hans/Kollmorgen Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen S 427

¹¹ Wollmann, Hellmut (2001): Die Transformation der politischen und administrativen Strukturen in Ostdeutschland – zwischen „schöpferischer Zerstörung“, Umbau und Neubau. In: Bertram, Hans/Kollmorgen Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen S 35

¹² Ebd. S 35

Westeuropas vergleichbar.¹³

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik führte nicht nur zur Ausdehnung der Verfassungs-, Rechts- und Institutionenordnung der BRD auf das Gebiet der bis zu diesem Zeitpunkt existierenden Deutschen Demokratischen Republik und zu einem gesellschaftlichen Wandel in Ostdeutschland, sondern auch zu Veränderungen in Westdeutschland und neuen Konkurrenzsituationen innerhalb der Regionen Deutschlands. So müssen, wie andere westeuropäische Regionen auch, vor allem industrielle Kerngebiete der Bundesrepublik, wie zum Beispiel das Ruhrgebiet, den Wandel von einer Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Gesellschaft bewältigen, und dies gleichzeitig mit dem Übergang der neuen Bundesländer von einer undemokratischen, zentralistischen und kulturell relativ homogenen Gesellschaft zu einer demokratischen, dezentralen und pluralistischen Gesellschaft.¹⁴ Dieser Übergang führt nicht nur zu einer größeren Wettbewerbssituation um knappe Human- und ökonomische Ressourcen durch die Entwicklung neuer wissenschaftlicher und Wirtschaftsstandorte im nun vereinigten Deutschland, sondern hat auch Auswirkungen auf die Parteienlandschaft. Diese Ausgangssituation macht ganz Deutschland, insbesondere aber die fünf ehemals zur DDR gehörenden Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu einem interessanten und wesentlichen Forschungsobjekt, denn "Aus der Unübersichtlichkeit des Zusammenwachsens, vor allem aber aus der Spannung zwischen System und Lebenswelt, die selten so dramatisch ausfällt, wie im Prozess der deutschen Vereinigung, ergibt sich ein unvergleichliches Forschungsfeld."¹⁵ Alle diese Komponenten machen die Transformation Ostdeutschlands, die sich im Rahmen der Wiedervereinigung vollzog, zu einem einzigartigen Vorgang, der mit den Prozessen in anderen Transformationsländern kaum zu vergleichen ist. Gerade aufgrund dieser Einmaligkeit wird die Entwicklung des Parteiensystems in den ehemaligen Ländern der DDR zu einem bedeutsamen Forschungsobjekt, weshalb die vorliegende Arbeit eine Analyse des Wahlverhaltens in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Inhalt haben wird.

¹³Vgl. Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen S 9

¹⁴Vgl. Ebd. S9f

¹⁵Giesen, Bernd/Leggewie, Claus (1991):Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin S 10

1.2 Begriffserklärung

1.2.1 Transformation und Transition

In der im deutschen Sprachraum als ‚Transformationsforschung‘ bezeichneten Wissenschaft, deren Ziel es im weitesten Sinne ist, Systemwechsel mit all ihren politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten zu untersuchen, werden die Begriffe ‚Transformation‘ und ‚Transition‘ oft synonym verwendet.¹⁶ Zwar wird unter ‚Transformation‘ oft der Wechsel eines politischen Systems von einem autoritären Regime zu einer Demokratie verstanden¹⁷, allerdings ist der Begriff ‚Transformation‘ kein theoretisch eindeutig verankertes Konzept, sondern hatte zu Beginn vor allem den Zweck einen Kommunikationszusammenhang zwischen den Forschern dieses Feldes herzustellen.¹⁸ Demgegenüber ist das von Guillermo O'Donnell und Philippe C. Schmitter entwickelte Konzept der Transition (engl. ‚transition‘) konkreter in einem Forschungszusammenhang eingebettet.¹⁹ Transition nach O'Donnell und Schmitter ist ein in mehrere Phasen unterteilter Prozess des Umbruchs eines politischen Systems. Demnach steht am Anfang die Destabilisierung des alten Regimes (Liberalisierung), auf welche in der zweiten Phase, der Demokratisierung, eine institutionelle Transformation zu einem pluralistisch-demokratischen System folgt.²⁰ Als letzte Phase folgt die Konsolidierung der Demokratie.²¹ Ähnlich argumentieren Eberwein/Groenen, die dem Begriff der langfristigen, gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen ‚Transformation‘ den der ‚Transition‘ gegenüberstellen, der den Zeitraum vom Zusammenbruch des alten Regimes bis zur Etablierung eines Neuen beschreibt.²²

¹⁶ Vgl. Kaase/Lepsius (2001): Transformationsforschung. In: Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen S 344

¹⁷ Vgl. Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen S 34ff

¹⁸ Vgl. Kaase/Lepsius (2001): Transformationsforschung. In: Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen S 344

¹⁹ Vgl. O'Donnell/Schmitter (1989): Transition from authoritarian rule. 25ff

²⁰ Vgl. O'Donnell/Schmitter (1989): Transition from authoritarian rule. Oder auch Kaase/Lepsius (2001): Transformationsforschung. In: Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen S 343 - 364

²¹ Vgl. Ebd. S 343 - 364

²² Vgl. Eberwein, Wolf-Dieter/Groenen, Will (1992): Transformation Process. The Political Dimension. In: Eberwein, Wolf-Dieter (Hrsg.) (1992): Transformation Processes in Eastern Europe. Perspectives from the

Da es sich bei dem Umbruch in den ehemals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas nicht nur um einen politischen handelt, sondern mit diesem auch ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel von statten ging, es sich also nicht nur um eine politische Transition im engeren Sinne handelt, scheint die Verwendung der umfassenderen Begriffe ‚Transformation‘ beziehungsweise ‚Transformationsforschung‘ sachlich vertretbar. Des Weiteren kann der Transformationsbegriff für die zu behandelnde Thematik der vorliegenden Arbeit als allgemein akzeptiert gelten und somit die sprachliche Wiedererkennung erleichtern.²³

1.2.2 Cleavage

Der Begriff Cleavage (engl. Spaltung) wird in der Politikwissenschaft im Sinne von Konfliktlinie oder auch Spannungslinie verwendet und bezeichnet die Trennung zwischen Befürwortern und Gegnern einer Policy.²⁴ In der vorliegenden Arbeit wird im Sinne der Cleavage-Theorie von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan davon ausgegangen, dass bestimmte Cleavages die Wählerschaft in verschiedene Gruppen teilt. Es soll hier untersucht werden, inwieweit es den politischen Parteien in den ehemals zur DDR gehörenden Bundesländern gelungen ist, jene Wählergruppen, die durch die klassischen vier Cleavages (Kirche versus Staat, Stadt versus Land, Arbeit versus Kapital und Zentrum versus Peripherie) bestimmt sind, an sich zu binden.

1.2.3 Partei

Im politikwissenschaftlichen Diskurs lässt sich keine allgemein gültige Definition von politischen Parteien finden. Es existiert eine Vielzahl von Theorien, was politische Parteien sind und wozu sie dienen.²⁵ Am ehesten lassen sich die Aufgaben politischer Parteien nach

Modelling Laboratory, Frankfurt/Main. S10

²³ Vgl. Kaase/Lepsius (2001): Transformationsforschung. In: Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen S 345

²⁴ Vgl. Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) (2002): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1, A-M. München S 104ff

²⁵ Vgl. u.a. Duverger, Maurice (1959): Die politischen Parteien, Krupavicius, Algis (2005): Political Parties and multiparty systems in the Baltic countries 1990-2001. In: Political Parties in Post-Soviet Space. Russia, Belarus, Ukraine, Moldova and the Baltics. Kulik, Anatoly/Pshizova Susanna (eds). London, Connecticut,

Klaus von Beyme in folgende vier Funktionen zusammenfassen²⁶:

1. Zielfindung
2. Artikulation und Aggregation gesellschaftlicher Interessen
3. Mobilisierung und Sozialisierung von Anhängern
4. Elitenrekrutierung und Regierungsbildung

Gemäß dieser Interpretation ist es die Funktion von politischen Parteien, gesellschaftliche Interessen in einer Ideologie zu bündeln, diese in Form einer Programmatik zu artikulieren und sich innerhalb bestimmter Regeln für die Umsetzung dieser Interessen einzusetzen. Dies erfordert die Teilnahme am politischen Wettbewerb und die Mobilisierung von Wählern, sowie die Elitenrekrutierung und Regierungsbildung, das heißt das Besetzen öffentlicher Ämter.²⁷ Mit diesen Funktionen übernehmen die Parteien eine Aufgabe als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat.²⁸

Ähnlich argumentiert Arthur Benz, der politischen Parteien eine Zielfindungsfunktion und eine Mobilisierungsfunktion zuschreibt, sowie eine Aggregationsfunktion, was bedeutet, dass Parteien gesellschaftliche Interessen sammeln und durch ihre Vertreter in den politischen Prozess einbringen.²⁹ Des Weiteren attestiert Benz politischen Parteien eine Transmissionsfunktion, das heißt sie „vermitteln Kommunikationsbeziehungen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten.“³⁰ Allerdings ist nach Benz zu beachten, dass nicht alle Parteien die Funktionen in gleicher Weise wahrnehmen, so steht zum Beispiel bei Weltanschauungsparteien die Mobilisierungsfunktion im Vordergrund, sie versuchen möglichst viele Wähler zu mobilisieren, um ein politisches Programm durchzusetzen, während Volksparteien eher darauf bedacht sind, Interessen zu aggregieren und Kandidaten durchzusetzen. Bei Klientelparteien hingegen kann die Transmissionsfunktion zugunsten der Rekrutierungs- und Aggregatsfunktion in den Hintergrund treten, während bei kleinen

Westport. Praeger, S 121, Niedermayer, Oskar/Haas, Melani/Jun, Uwe (2008): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden., Sartori, Giovanni, Stöss, Richard (1983): Probleme und Konturen einer allgemeinen Parteientheorie. In: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg, H.4, S 450-455

²⁶ Vgl. Beyme, Klaus von (2001): Funktionenwandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker. In: Gabriel, Oskar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.). Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn, S 315-339

²⁷ Vgl Niedermayer, Oskar/Haas, Melani/Jun, Uwe (2008): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 6. Auflage S 11

²⁸ Vgl. Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.) (2009): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden. 6. Auflage

²⁹ Vgl. Benz, Arthur (2001): Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse, München S 160f

³⁰ Benz, Arthur (2001): Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse, München S 160

Parteien die Programmatik eventuell zurücksteht, während sie sich auf den Machterwerb konzentrieren.³¹

Nach dem Parteiengesetz der Bundesrepublik Deutschland sind Parteien

„Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten.“³²

Für Rohe sind politische Parteien „relativ dauerhafte Gruppierungen, die sich die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben und dafür sowohl eine Vertretung in Parlamenten bzw. Gemeinderäten als auch eine Anhängerschaft in der politischen Gesellschaft suchen.“³³

Zusammenfassend lässt sich sagen, der Begriff der politischen Parteien steht für Zusammenschlüsse gleich gesinnter Bürger, deren Ziel es ist, gemeinsame politische Interessen durchzusetzen.³⁴ In der vorliegenden Arbeit wird von einem solchen Parteienbegriff ausgegangen, dem die oben genannten Funktionen von Beyme zugrunde liegen.

1.3 Forschungsfragen

Die Arbeit wird von folgenden Fragen angeleitet:

1. Wie hat sich das Wahlverhalten der Wähler in den "neuen" deutschen Bundesländern entwickelt?
2. Haben sich unter den Wählern bestimmter "voter blocks", also bestimmter sozialer Gruppen, Parteibindungen entwickelt?
3. Sind die vier klassischen Konfliktlinien des Cleavage-Modells von Lipset/Rokkan (Kirche versus Staat, Stadt versus Land, Arbeit versus Kapital und Zentrum versus

³¹ Vgl. Benz, Arthur (2001): Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse, München S 161f

³² Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz). In der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994

³³ Rohe, Karl (1997): Entwicklung der politischen Parteien und Parteiensysteme in Deutschland bis zum Jahre 1933. In:): Das gesamtdeutsche Parteiensystem. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1997): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen S 40

³⁴ Vgl. Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2005): Lexikon der Politikwissenschaft, München. Band N-Z. S 656

Peripherie) in den neuen Bundesländern noch von Relevanz ?

1.4 Forschungsannahmen

Um die oben genannten Forschungsfragen einer Lösung zuzuführen, wurden folgende Forschungsannahmen aufgestellt:

1. In den ersten Wahlgängen nach dem Ende der SED-Herrschaft wurde mangels Parteienpluralität in der DDR und somit mangels möglicher gewachsener Parteienbindung die individuelle Wahlentscheidung von kurzfristigen Einflüssen bestimmt³⁵, entsprach also eher dem Bild des rationalen Wählers von Downs³⁶, beziehungsweise der Theorie von Gluchowski und Wilamowitz-Moellendorff, wonach sich Wähler für die Partei entscheiden, von der sie sich im Augenblick am ehesten erwarten, dass sie ihre Interessen durchsetzen kann. In der weiteren Entwicklung glich sich jedoch das Wahlverhalten in Ostdeutschland jenem in Westdeutschland an, wo die Anbindung bestimmter Wählergruppen an Parteien eine lange Tradition besitzt.³⁷
2. Durch die Entwicklung in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung, in denen das Auftreten eines Angleichungsprozesses des Wahlverhaltens in Ostdeutschland an jenes in den westdeutschen Bundesländern zu bemerken ist, kann davon ausgegangen werden, dass sich Bindungen zwischen bestimmten sozialen Gruppen und politischen Parteien entwickelt haben.³⁸
3. Obwohl mit der Entwicklung zu einer postindustriellen Gesellschaft neue Cleavages entstanden und entstehen, sind die klassischen Konfliktlinien des Cleavage Modells von Lipset/Rokkan, insbesondere die Konfliktlinien Klasse und Religion, weiterhin relevant.³⁹ Auch Wahl- und Umfrageergebnisse zu Beginn der 1990er Jahre, also wenige Jahre nach dem Systemwechsel in Ostdeutschland zeigen, dass traditionelle Bindungen zwischen sozialen Gruppen und Parteien im Sinne der Cleavage-Theorie,

³⁵ Vgl. Roth, Dieter/Emmert, Thomas (1994): Wählerentscheidungen und Wählereinstellungen in Ostdeutschland vor und nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen S 241ff

³⁶ Vgl. Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Democracy, New York. S 1

³⁷ Vgl. Roth, Dieter/Emmert, Thomas (1994): Wählerentscheidungen und Wählereinstellungen in Ostdeutschland vor und nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen S 254f

³⁸ Vgl. Ebd. S 255f

³⁹ Vgl. Lipset, Seymour Martin (2001): Cleavages, parties and democracy. In: Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.) (2001): Party Systems and voter alignments revisited, London S7ff

wie zum Beispiel zwischen der Arbeiterschaft und der SPD oder konfessionell Gebundenen und der CDU, nicht nur vorhanden, sondern in den neuen Bundesländern sogar im Wachsen waren.⁴⁰

1.5 Methodik

Ausgehend von der Cleavage Theorie von Lipset/Rokkan wird eine Sekundäranalyse (Desk Research) von Daten zu den Landtagswahlen von 1990 bis 2009 in den fünf ehemals zur DDR gehörenden deutschen Bundesländern vorgenommen. Bei einer Sekundäranalyse handelt es sich um die "Beschaffung, Zusammenstellung und Auswertung bereits vorhandenen Materials."⁴¹ Dazu gehören neben den Wahlergebnissen der Landtagswahlen in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen auch Umfrageergebnisse, die Aufschlüsse über die Wahlentscheidung in Zusammenhang mit beruflichem Status sowie religiösen Einstellungen und der Wohnortgröße der Wähler geben sollen. So soll das Wählerverhalten der einzelnen sozialen Gruppen untersucht werden, um festzustellen, ob sich über mehrere Wahlperioden hinweg Parteibindungen der untersuchten sozialen Gruppen gewachsen sind.

Das Wahlverhalten folgender Gruppen soll Inhalt der Untersuchung sein:

- Selbständig und unselbständig Tätige
- Konfessionell Gebundene und Konfessionslose: Da nur circa 6% der Bevölkerung durch die staatlich geförderte Entkonfessionalisierung in der DDR katholisch und etwa 33% der Bevölkerung protestantisch waren, während 60% keiner Konfession angehörten, verläuft die wahlsoziologisch relevante Spaltungslinie zwischen katholisch- beziehungsweise protestantisch-konfessionell Gebundenen und Konfessionslosen.⁴²
- Städtisches Gebiet, Orte mit mehr als 50.000 Einwohnern und ländliches Gebiet,

⁴⁰ Vgl. Roth, Dieter/Emmert, Thomas (1994): Wählerentscheidungen und Wählereinstellungen in Ostdeutschland vor und nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen S 254f

⁴¹ Vgl. Roth, Erwin (Hrsg.) (1995): Sozialwissenschaftliche Methoden. Lehr- und Handbuch für Forschung und Praxis, München

⁴² Vgl. Roth, Dieter/Emmert, Thomas (1994): Wählerentscheidungen und Wählereinstellungen in Ostdeutschland vor und nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. In: : Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen S 255f

Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern

- Zentrum, das heißt die Landeshauptstadt, und Peripherie

Die Desk Research Methode hat ihren Ursprung vor allem in der Marktforschung und dient der Informationsgewinnung und Informationsauswertung.⁴³ Genaugenommen handelt es sich bei einer Sekundäranalyse um "eine Auswertung statistischen Materials, das nicht für den speziellen Zweck dieser Auswertung erhoben wurde, sondern aus verschiedenen Quellen zusammengetragen und unter neuen Gesichtspunkten analysiert wird."⁴⁴ Die Desk Research Methode ist daher nicht nur eine kostengünstige Informationsmethode, sondern hat auch den Vorteil relativ schnell verfügbarer Informationen. Des Weiteren sind Sekundärquellen oft die einzigen vorhandenen Möglichkeiten zur Informationsgewinnung. Diese Eigenschaften machen die Sekundäranalyse zur geeigneten Methode zur Beantwortung der hier behandelten Forschungsfragen.

Die vorliegenden Daten sollen mithilfe des Statistikprogrammes *SPSS Statistics* analysiert und ausgewertet werden. Aus dieser Untersuchung sollen Erkenntnisse gewonnen werden, in wie weit innerhalb der analysierten Wählergruppen Parteibindungen der Wähler existieren, die sich über mehrere Wahlperioden nachweisen lassen und welche laut Lipset für eine stabile Demokratie Voraussetzung sind.⁴⁵

1.6 Forschungsstand

Landtagswahlen werden, wie auch Kommunalwahlen oder Europawahlen, oft als Second-Order-Wahlen oder Nebenwahlen bezeichnet, während Wahlen zu nationalen Parlamenten der Charakter von Hauptwahlen zugeschrieben wird.⁴⁶ Dies mag ein Grund sein, warum die Beschäftigung mit ihnen in der Politikwissenschaft lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle spielte. So rückte angesichts der Wiedervereinigung vor allem in Deutschland die

⁴³ Vgl. Roth, Erwin (Hrsg.) (1995): Sozialwissenschaftliche Methoden. Lehr- und Handbuch für Forschung und Praxis, München S 293

⁴⁴ Roth, Erwin (Hrsg.) (1995): Sozialwissenschaftliche Methoden. Lehr- und Handbuch für Forschung und Praxis, München S 293

⁴⁵ Vgl. Lipset, Seymour Martin (2001): Cleavages, parties and democracy. In: Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.) (2001): Party Systems and voter alignments revisited, London S 7

⁴⁶ Vgl. Völkl, Kerstin/Schnapp, Kai-Uwe/Holtmann, Everhard, Gabriel, Oscar W. (2008): Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: theoretischer Rahmen und Analysemodelle. In: Völkl, Kerstin/ Schnapp, Kai-Uwe/Holtmann, Everhard, Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (2008): Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden. S 9

Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems und somit auch die Bedeutung von gesamtdeutschen Bundestagswahlen in den Vordergrund. Etliche Werke entstanden, Autoren wie Hans Bertram und Raj Kollmorgen oder Oskar Niedermayer, Oscar W. Gabriel, Richard Stöss, Irene Gerlach oder Joachim Glaeßner widmeten sich in ihren Forschungen vor allem der Transformation Ostdeutschlands oder dem gesamtdeutschen politischen System. Erst in der jüngeren Vergangenheit nahm die Aufmerksamkeit den Landtagswahlen gegenüber in der Forschung zu, so haben sich zum Beispiel Völkl, Schnapp, Holtmann und Gabriel mit den Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern auseinander gesetzt, speziell mit dem Einfluss der Bundestagswahlen auf diese.⁴⁷ Die vorliegende Arbeit soll eine weitere Ergänzung in Bezug auf die Landtagswahlen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei denselben sein.

⁴⁷ Vgl. Völkl, Kerstin/ Schnapp, Kai-Uwe/Holtmann, Everhard, Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (2008): Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden. S 9f

2 Rahmenbedingungen der Entwicklung des Parteiensystems in den Ländern der ehemaligen DDR

2.1 Historische Rahmenbedingungen

2.1.1 Die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg

Auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes Brandenburg siedelten ursprünglich die germanischen Semnonen, die ab der Zeit der Völkerwanderung von westslawischen Stämmen abgelöst wurden. 929 wurde Brandenburg vom ostfränkischen König Heinrich I. erobert. Die Herrschaft der Ostfranken blieb allerdings nicht von Dauer, in den folgenden Jahrhunderten wurde Brandenburg zuerst von den Hevellern beherrscht und abwechselnd vom Heiligen Römischen Reich und Polen bedrängt. 1157 wurde Brandenburg endgültig von Albrecht dem Bären erobert, der Tag der Eroberung gilt als Gründungstag der Mark Brandenburg.⁴⁸

Nach der Herrschaft durch verschiedene Geschlechter fiel Brandenburg 1411 den Hohenzollern zu, bis es schließlich ab 1701 Teil des Preußischen Staates wurde. Ab dem Jahr 1815 bildete Brandenburg mit Berlin, das bis 1920 zu Brandenburg gehörte, die größte Provinz Preußens.⁴⁹

Ähnlich wie das Gebiet des heutigen Brandenburgs waren auch jene des heutigen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern ursprünglich von germanischen Stämmen, wie zum Beispiel den Warnern oder den zu den Vandalen zählenden Rugiern und Turcilingern besiedelt, ehe sie zur Zeit der Völkerwanderung von slawischen Stämmen wie den Obotriten, Wilzen oder Retariern verdrängt wurden.⁵⁰ Nach jahrhundertelangen Kämpfen um die Vorherrschaft zwischen Sachsen, Slawen, Polen und Dänen konnte erstmals der Welfe Heinrich der Löwe dem Land Mecklenburg eine politische Form geben, während in Pommern Christianisierung und Eingliederung in das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wesentlich ruhiger von statten gingen.⁵¹ In den folgenden Jahrhunderten kämpften das Herzogtum Mecklenburg, Schweden, Dänemark sowie die Hansestädte unter wechselnden Koalitionen und mit wechselndem Erfolg um die Vorherrschaft im Ostseeraum. Im 17. Jahrhundert schließlich wurde zuerst Pommern zwischen Brandenburg und Schweden geteilt

⁴⁸ Vgl. Hahn, Peter-Michael (2009): Geschichte Brandenburgs, München

⁴⁹ Vgl. Ebd.

⁵⁰ Vgl. Mast, Peter (1994): Mecklenburg-Vorpommern. 1000 Jahre Geschichte eines jungen Landes, München S 11

⁵¹ Vgl. Ebd. S 15ff

und in Folge eines Erbstreits kam es 1701 zur Teilung Mecklenburgs in die beiden Linien Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin, benannt nach dem Sitz des jeweiligen Herzogs. Durch die territoriale Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress zu Beginn des 19. Jahrhunderts fiel ganz Pommern unter preußische Herrschaft.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mussten sich die beiden Mecklenburger Herzogtümer im Konflikt zwischen Preußen und Österreich gezwungener Maßen auf die Seite Preußens stellen⁵², sie traten schließlich 1867 dem Norddeutschen Bund bei, aus dem sich schließlich das Deutsche Kaiserreich entwickelte. Pommern, als Provinz Preußens, und Mecklenburg, in Form der beiden Herzogtümer Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin, wurden somit ab 1871 Teil des Deutschen Kaiserreiches.

Nach der Besiedelung des Gebietes der heutigen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durch Thüringer, Sachsen und Franken wurde es um 1000 unter Heinrich I. zum Kernland des ostfränkischen Reiches, was den Anfang von Territorialherrschaft in diesem Gebiet bedeutete. Im 11./12. Jahrhundert übernahm über einen Teil der Gebiete das Geschlecht der Askanier die Herrschaft, während es unter anderen den Grafen von Merseburg, von Weimar und von Bilstein gelang, unterhalb der Königsgewalt eine eigenständige Herrschaft aufzubauen.⁵³

Die Gebiete der heutigen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden in den folgenden Jahrhunderten von verschiedenen Geschlechtern, so etwa von den Ludowingern und den Wettinern beherrscht. Im 30-jährigen Krieg wurden die Regionen, wie auch die Gebiete Mecklenburgs und Pommerns, in denen die Bevölkerung während der Zeit des Krieges um zwei Drittel reduziert wurde, schwer in Mitleidenschaft gezogen, zum Beispiel wurde Magdeburg geplündert und durch ein Feuer weitgehend zerstört.⁵⁴ 1635 schloss Kursachsen mit dem Kaiserreich den Sonderfrieden von Prag, wodurch allerdings das zuvor verbündete Schweden zum Feind wurde, dessen Truppen das Land bis zu einem Waffenstillstand 1645 immer wieder heimsuchten.⁵⁵ Im Westfälischen Frieden wurde Preußen das Fürstentum Halberstadt sowie die Anwartschaft auf Magdeburg zugesprochen während Kursachsen die Lausitz erhielt.

1697 gelang dem Kurfürsten von Sachsen, Friedrich August I. der Erwerb der polnischen

⁵² Vgl. Ebd. S 151

⁵³ Vgl. Blaschke, Karlheinz (1991): Politische Geschichte Sachsens und Thüringens. Haus der Bayrischen Geschichte Bayrische Staatskanzlei, München. S 9

⁵⁴ Vgl. Ebd. S 9f

⁵⁵ Vgl. Blaschke, Karlheinz (1991): Politische Geschichte Sachsens und Thüringens. Haus der Bayrischen Geschichte Bayrische Staatskanzlei, München. S 27

Krone, womit es zu einer Vereinigung von Sachsen und Polen kam, die bis 1763 bestand.

In den folgenden Jahren löste allerdings Preußen Sachsen als bestimmende politische Kraft in Deutschland ab. Nachdem August Friedrich III. von Sachsen nach einer Niederlage der verbündeten Preußen und Sachsen 1806 auf die Seite Frankreichs wechselte, musste Sachsen schließlich am Wiener Kongress große Teile seiner Gebiete an Preußen abtreten. Auf Druck Sachsens entstand zuerst ein gemeinsames Zollsystem deutscher Staaten und schließlich der Norddeutsche Bund, dem nach und nach sämtliche deutsche Staaten beitraten, so auch das Herzogtum-Anhalt und Sachsen.

Aus dem Norddeutschen Bund ging schließlich 1871 das Deutsche Kaiserreich und somit erstmals ein deutscher Nationalstaat hervor. Innerhalb dieses behielten die Einzelstaaten zwar ihre Verfassungen sowie ihre eigenständige Verwaltung inklusive Steuerwesen, sie verzichteten nun allerdings auf eine eigene Außenpolitik.⁵⁶

Die Zeit des Deutschen Kaiserreichs, die unter anderem durch Industrialisierung und damit einhergehenden gesellschaftlichem Wandel sowie durch zunehmenden Nationalismus und Militarismus gekennzeichnet war, ging mit dem Ende des Ersten Weltkriegs zu Ende.

2.1.2 Von der Weimarer Republik zum Dritten Reich

Die Weimarer Republik wurde am 9. November 1918 in einer Zeit, in der große Teile der Bevölkerung in sozialer Not lebten und bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten, mit dem Ziel ausgerufen, eben jene Zustände, die unter anderem zur Bildung des Rates der Volksbeauftragten durch revolutionäre Kräfte geführt hatten, zu beenden. Die Monarchie war ohne einen planmäßig vorbereiteten Volksaufstand in sich zusammen gebrochen, als die Revolte der Matrosen sich auf das Heer und die Arbeiterschaft ausbreitete, das heißt es lässt sich nicht von einer Revolution sprechen, im Sinne von sozialen Umwälzungen. Es entstand aber eine Situation, die revolutionäre Aktionen, wie die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, zuließ.⁵⁷

Von Beginn an hatte die Weimarer Republik daher mit mehreren Problemen zu kämpfen, einerseits mit dem Fehlen eines breiten Verfassungskonsenses und andererseits damit, dass sie von den bürgerlichen Mitte- und Rechtsparteien „nur als ein Übergangsgebilde zur Sicherung

⁵⁶ Vgl. Blaschke, Karlheinz (1991): Politische Geschichte Sachsens und Thüringens. Haus der Bayrischen Geschichte Bayrische Staatskanzlei, München. S 43f

⁵⁷ Vgl. Erdmann, Karl Dietrich (1973): Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte. Band 19 (neunte Auflage): Die Weimarer Republik, München. S 29

des Friedens betrachtet wurde, das zu Unrecht die Nachfolge des Deutschen Kaiserreichs beanspruchte.“⁵⁸ Mehrere Putschversuche, darunter jener von Hitler, schlugen fehl.

Nach politisch turbulenten ersten Jahren der Weimarer Republik, in denen schon bei den Juni-Wahlen von 1920 die für die Verfassung verantwortlich zeichnenden Parteien die Mehrheit verloren, gelang Mitte der 1920er Jahre, einhergehend mit einem wirtschaftlichen Aufschwung, eine gewisse Konsolidierung des Parlamentarismus. Dies allerdings nur „auf Kosten einer schleichenden Machtverschiebung nach rechts“.⁵⁹ So wurden Kabinette ohne Einbindung der Sozialdemokraten gebildet. Liberale Kräfte in Politik und Öffentlichkeit wurden immer mehr marginalisiert. Reaktionäre Kräfte, die der Monarchie nachtrauerten sowie andere Gegner von Republik und Demokratie sammelten sich in rechten Gruppierungen, wie der Deutschnationalen Volkspartei oder der NSDAP.⁶⁰ Gleichzeitig gewannen rechte Strömungen in der Studentenschaft zunehmend an Einfluss.⁶¹

Unterdessen gelang Hitler nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch und der daraus resultierenden kurzen Gefängnisstrafe mit Hilfe seiner Münchner Gefolgsleute wie Rudolf Heß, Hermann Göring, Ernst Röhm oder Max Amann der Aufstieg vom Propagandaredner an die Spitze einer Partei ohne Programm, die sich ausschließlich auf das Führerprinzip konzentrierte und deren Ziele einzig in der Mitgliederwerbung sowie der Ausschaltung anderer völkischer Parteien oder Organisationen, die in Konkurrenz zu ihr standen, lag.

Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 wurde die NSDAP mit 37,8% der Stimmen zur stärksten Partei, während die Kommunisten 14,3% errungen und die drei Parteien, die sich zur Demokratie bekannten, Zentrum, Sozialdemokraten und Linksliberale, zusammen nur noch 40,5% der Wähler erreichten und somit keiner der drei Blöcke zur Bildung einer Regierungsmehrheit im Stande war.⁶²

Auch bei den Landtagswahlen konnte die NSDAP Stimmen gewinnen, so zog sie beispielsweise in Schwerin 1929 erstmals in den Landtag ein und konnte nur drei Jahre später

⁵⁸ Mommsen, Hans (2010): Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand., München. S 24

⁵⁹ Mommsen, Hans (2010): Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München. S 25

⁶⁰ Vgl. Gebhardt, Bruno (Begr.)/Benz, Wolfgang (Hrsg.) (2010, Zehnte Auflage): Handbuch der Deutschen Geschichte 18: 20. Jahrhundert (1918-2000). Der Aufbruch in die Moderne. Das 20. Jahrhundert, Stuttgart. S 53f

⁶¹ Vgl. Mommsen, Hans (2010): Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München. S 25ff

⁶² Vgl. Ebd. S 54f

fast 49% aller abgegebenen Stimmen gewinnen, während sie in Neustrelitz gemeinsam mit den Deutschnationalen die Regierung bildete.⁶³ Ebenso wurde in Anhalt 1932 eine Koalitionsregierung aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen gestellt, aus Anhalt kam der erste nationalsozialistische Ministerpräsident, Alfred Freyberg. Auch in Sachsen konnte die NSDAP bei Landtagswahlen mehr und mehr Stimmen gewinnen, 1930 wurde der erste Nationalsozialist Regierungsmitglied, 1932 erhielt die NSDAP 42,5% der Stimmen und stellte danach sämtliche Minister.

An die Macht kam Hitler am 30. Januar 1933 allerdings ohne Wahlen, nachdem Reichspräsident Hindenburg überzeugt werden konnte, dass Hitler zum Reichskanzler ernannt werden und dies sozusagen durch Wahlen im Nachhinein legitimiert werden sollte, die schließlich allerdings nie stattfanden, womit das Ende der Weimarer Demokratie besiegelt wurde.⁶⁴ Die Entrechtung und Verfolgung der Juden begann, auch politische Gegner wurden verfolgt, der Personenkult um Hitler wurde verstärkt.

Innenpolitisch erfolgte die „Gleichschaltung“ der Länder, bei der die gewählten Landtage beseitigt und durch Reichstatthalter ersetzt wurden, auch andere Organisationen, Verbände und Gewerkschaften wurden „gleichgeschaltet“.⁶⁵ Außenpolitisch sollten alle Deutschen „in einem Reich leben“, das Saarland und das Sudetenland, bis dahin Teil der Tschechoslowakei, wurden an das Deutsche Reich angegliedert, auch Österreich wurde Teil des Deutschen Reichs. 1939 wurde der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion mit dem Zusatzprotokoll über die Abgrenzung der Interessensphären geschlossen. Der deutsche Überfall auf Polen bedeutete schließlich den Beginn des Zweiten Weltkriegs, der mit der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands endete.

2.1.3 Nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes, das von außen niedergekämpft worden war, wurde Deutschland unter Verlust der Ostprovinzen in vier Besatzungszonen eingeteilt, die von jeweils einer der Siegermächte, den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion, verwaltet wurden. Jedoch war die Koalition nach dem Sieg gegen das Hitler-Regime brüchig, der Konflikt zwischen der Sowjetunion und den Westmächten begann.

⁶³ Vgl. Mast, Peter (1994): Mecklenburg-Vorpommern. 1000 Jahre Geschichte eines jungen Landes, München S 62ff

⁶⁴ Vgl. Mommsen, Hans (2010): Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München. S 25ff

⁶⁵ Vgl. Ebd S 27ff

Auf der Konferenz von Jalta 1943 hatte es zwar eine Einigung gegeben über die Grundzüge der Entmilitarisierung und Entnazifizierung, aber was das weitere Vorgehen mit Deutschland betraf, war eine Einigung wesentlich schwieriger, da die Siegermächte durchaus unterschiedlicher Auffassungen über die Zukunft Deutschlands und eine zukünftige Machtverteilung in Europa waren. Dies betraf die Frage von Reparationen ebenso wie jene der Bestrafung von Kriegsverbrechern oder der „Umerziehung“ der Deutschen.⁶⁶ Auch auf der Konferenz von Potsdam 1945 wurde noch davon ausgegangen, dass die Einheit Deutschlands bestehen bleibe. Jedoch führten schließlich die unterschiedlichen Auffassungen zwischen den drei westlichen Alliierten auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen auch zu unterschiedlichen Entwicklungen zwischen dem westlichen Teil Deutschlands, dem Territorium, auf dem die Besatzungszonen der USA, Großbritanniens und Frankreich lagen und dem Osten, der von der Sowjetunion kontrollierten Zone.

Die Besatzung des Ostens durch die Sowjetunion hatte schließlich auch territoriale Veränderungen zur Konsequenz. Während zum Beispiel der westliche Teil Mecklenburgs anfangs noch von den USA und dann von den Briten verwaltet wurde, zogen sich diese entsprechend den unter den Alliierten vereinbarten Zonen zurück und ganz Mecklenburg gehörte von diesem Zeitpunkt an zur sowjetischen Besatzungszone. In Pommern wurde jedoch nur Vorpommern von sowjetischen Truppen besetzt, während Mittel- und Ostpommern polnischer Zivilverwaltung übertragen wurde, was der von der Sowjetunion befürworteten neuen Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen entlang der Oder-Neiße-Linie entsprach.⁶⁷

Ähnlich wie in Mecklenburg waren auch Teile Sachsens anfangs von amerikanischen und britischen Truppen besetzt, ehe diese sich zurückzogen und die Sowjetunion gemäß der Zonenaufteilung die Besatzung übernahm. Schon 1945 wurden in der sowjetischen Zone Reformen durchgeführt, so wurden zum Beispiel im Rahmen einer Bodenreform in Sachsen-Anhalt über 700.000 Hektar Land aufgeteilt. Betriebe, die in nationalsozialistische Verbrechen verwickelt waren, wurden enteignet und in Provinzeigentum überführt oder in sowjetische Aktiengesellschaften (SAG-Betriebe) umgewandelt. Bei der ersten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 20. Oktober 1946 gingen 52 von 109 Sitzen an die neu gegründete Einheitspartei SED, 31 an die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, 24 an die Christlich-Demokratische Union Deutschlands und 2 an die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.

⁶⁶ Gebhardt, Bruno (Begr.)/Müller, Rolf-Dieter (2010, Zehnte Auflage): Handbuch der Deutschen Geschichte 21: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945, Stuttgart 71ff

⁶⁷ Vgl. Mast, Peter (1994): Mecklenburg-Vorpommern. 1000 Jahre Geschichte eines jungen Landes, München S 177f

Durch diesen neu gewählten Landtag wurde die Umbenennung in „Provinz Sachsen-Anhalt“ beschlossen.⁶⁸

Auch aus den Gebieten Sachsens und Thüringens zogen sich die amerikanischen Truppen entsprechend der Vereinbarung über die Aufteilung der Zonen bis Ende Juli 1945 zurück, der zuvor in Thüringen zum Regierungspräsidenten ernannte Hermann Brill wurde durch Rudolf Paul ersetzt. In Sachsen wurde bereits zuvor Rudolf Friedrichs zum Präsidenten der Landesverwaltung ernannt. Nach den Landtagswahlen im Oktober 1946, bei denen die SED in Sachsen 49,1% und in Thüringen 49,3% erreichte, wurden jeweils Landesregierungen aus SED, CDU und LDP gebildet, denen die SED-Ministerpräsidenten Friedrichs und Paul vorstanden.⁶⁹

Die Wirtschaft wurde einer sozialistischen Ordnung unterworfen. Auch in Sachsen und Thüringen wurden im September 1945 eine Bodenreform durchgeführt.

Im Westen wurde nach der Aufforderung der Alliierten, einen demokratischen Staat aufzubauen, eine demokratische Verfassung ausgearbeitet und schließlich konstituierte sich auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen die Bundesrepublik Deutschland in Form einer parlamentarischen Demokratie. Während im Westen somit eine Staatsform gewählt wurde, die sich auf Pluralität der Interessen und Entscheidungen durch Kompromisse gründete, hatte eine demokratische Ordnung im Osten nur formale Bedeutung.⁷⁰ Hier wurden mit dem Zusammenschluss der SPD mit der KPD zur SED und der Dominanz dieser Partei im politischen System die ideologischen Vorstellungen der Besatzungsmacht umgesetzt. Am 7. Oktober 1949 erfolgte die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Dass es somit nur vier Jahre nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands bereits zwei neue deutsche Staaten gab, lag vor allem an den zunehmenden Differenzen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion, denn beide Seiten brauchten nun „ihre“ Deutschen, es galt zu verhindern, dass diese sich auf die andere Seite stellten. Es ging nun „nicht mehr um die Beschränkung des deutschen Potentials (...) sondern um dessen Nutzung, nicht mehr die Pazifizierung der Deutschen war Programm, sondern die Remilitarisierung.“⁷¹ Gleichzeitig brauchten die beiden deutschen Staaten die Unterstützung ihrer jeweiligen Vormächte, um Souveränität und internationale Gleichrangigkeit zu erreichen und mussten sich als verlässliche Partner

⁶⁸ Vgl. Bartmuß, Hans-Joachim/Kathe, Heinz (1992): Kleine Geschichte Sachsen-Anhalts. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Halle S 170f

⁶⁹ Vgl. Blaschke, Karlheinz (1991): Politische Geschichte Sachsens und Thüringens. Haus der Bayrischen Geschichte Bayrische Staatskanzlei, München. S 55f

⁷⁰ Vgl. Gebhardt, Bruno (Begr.)/Benz, Wolfgang (Hrsg.) (2010, Zehnte Auflage): Handbuch der Deutschen Geschichte 18: 20. Jahrhundert (1918-2000). Der Aufbruch in die Moderne. Das 20. Jahrhundert, Stuttgart. S 89

⁷¹ Bender, Peter (2009): Zweimal Deutschland. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945 – 1990, Stuttgart S 92

beweisen. Aus diesem Grund wurde die Bundesrepublik zu einer Art Beispiel-Demokratie und die Politik der DDR zu einer Art Vorzeige-Kommunismus.⁷²

Sozialistische Reformen wurden somit in der DDR schnell durchgeführt. Vorerst blieben innerhalb der DDR beispielsweise zwar die Länder, die nun in einer neben der Volkskammer eingeführten Länderkammer vertreten wurden, bestehen. Am 23. Juli 1952 allerdings wurde in der Volkskammer die Beseitigung der Länder beschlossen, neue Bezirke und Landkreise wurden geschaffen, deren jeweilige Fläche verkleinert wurde, „sodass eine wirksamere Kontrolle der Gesellschaft durch den zentralistisch aufgebauten Parteiapparat der SED und den mit ihr verknüpften Staatsapparat ermöglicht wurde.“⁷³

Während die Bundesrepublik mit den westlichen Ländern Verbindungen einging, Mitglied unter anderen der Montanunion, Euratoms oder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde und durch den Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und später zum Nordatlantikpakt (NATO) auch militärisch integriert wurde, wurde die DDR wirtschaftlich und - als Teil des Warschauer Paktes - auch militärisch in den sogenannten „Ostblock“ eingegliedert. Vor allem ab den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts übernahm die DDR dabei innerhalb der sowjetischen Einflusszone immer mehr eine führende Rolle, einerseits wirtschaftlich, „da die DDR „industriell hochentwickelt“ war und die anderen Oststaaten noch nicht“.⁷⁴ Andererseits militärisch dank der Volksarmee, die von der Sowjetunion als wichtiger Partner für einen kriegesischen Ernstfalls eingeschätzt und daher waffentechnisch und personell gut ausgestattet wurde. Eine tiefere Integration der DDR in das sowjetische Einflussgebiet fand im Jahr 1967 statt, paradoxerweise ausgelöst durch die Bundesrepublik, die ihre Beziehungen zu den Ländern Osteuropas, mit Ausnahme der DDR, verbessern wollte, was allerdings nur mit Rumänien gelang. Als Reaktion darauf wurden unter Druck Moskaus von mehreren osteuropäischen Staaten bilaterale Verträge über „Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ mit der DDR geschlossen, zuerst im März von Polen und der Tschechoslowakei. Später folgten auch Ungarn und Bulgarien.

Neben der Integration in den Osten und dem daraus resultierenden Rückhalt war für die DDR vor allem die Abgrenzung vom Westen, das Verhindern des Verlassens des Landes, lebenswichtig. Aus diesem Grund wurde zum Schutz der Grenzen vor keiner Gewaltanwendung zurückgeschreckt. Im Jahr 1961 erfolgte schließlich der Bau der Berliner

⁷² Vgl. Bender, Peter (2009): Zweimal Deutschland. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945 – 1990, Stuttgart S 94ff

⁷³ Blaschke, Karlheinz (1991): Politische Geschichte Sachsens und Thüringens. Haus der Bayrischen Geschichte Bayrische Staatskanzlei, München. S 57

⁷⁴ Bender, Peter (2009): Zweimal Deutschland. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945 – 1990, Stuttgart S 131

Mauer, mit Hilfe derer eine gewisse, allerdings zeitlich begrenzte, Stabilität erreicht werden konnte.

Während Chruschtschows Entstalinisierungspolitik folgte eine Phase der leichten Entspannung, die allerdings nach dem Sturz Chruschtschows zu Ende ging. So kam es im Jahr 1963 zum sogenannten Passierscheinabkommen, das Bewohnern des Westteiles Berlins das Besuchen von Verwandten über Feiertage ermöglichte.⁷⁵

Neuerliche Entspannung gab es zu Beginn der 1970er Jahre unter der sozialdemokratischen Regierung Willy Brandts in der Bundesrepublik, die schließlich zum Abschluss des Grundlagenvertrages 1972 führte, durch den die Bundesrepublik die Regierung der DDR anerkannte. Im Jahr darauf wurden beide Staaten Mitglieder der Vereinten Nationen. Trotz des Afghanistan-Konflikts, der zwischen den beiden Supermächten Sowjetunion und Vereinigte Staaten zu Beginn der 1980er Jahre zu neuen Spannungen führte und der Stationierung von Raketen sowohl in der DDR als auch in der BRD, gab es Bemühungen der beiden deutschen Staaten, das gegenseitige Verhältnis zu verbessern, unter anderem gewährte die Bundesrepublik der DDR Milliardenkredite.

Als Gorbatschow allerdings seine Politik von Perestroika und Glasnost begann, wehrten „Honecker und sein Politbüro [...] fast alles ab, was Gorbatschow anregte“⁷⁶, aus Furcht, wenn Nachgiebigkeit gezeigt würde, könne eine Rebellion entstehen, wie in Ungarn 1956, Prag 1968 oder Polen 1980.⁷⁷

2.1.4 Die Wiedervereinigung und die Zeit danach

Am 9. November 1989 konnte jedoch ein Umsturz nicht mehr verhindert werden. Nach einer einsetzenden Massenflucht von DDR-Bürgern, zuerst über Ungarn und Österreich, später auch über Polen und über die Tschechoslowakei und größtenteils friedlichen Massendemonstrationen in mehreren ostdeutschen Städten gegen das sozialistische Regime kam es am 9. November 1989 zur Öffnung der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze. Der friedliche Aufstand der Bevölkerung zeigte die politischen und ökonomischen Probleme des Systems, deren Ursachen mehr als ein Jahrzehnt zurückreichten, auf. Hinzu kam die sich verändernde außenpolitische Situation, wie die Entwicklung in den anderen sozialistischen Ländern und die Politik von Perestroika und Glasnost von Gorbatschow. Diese Faktoren,

⁷⁵ Vgl. Ebd. S 141f

⁷⁶ Bender, Peter (2009): Zweimal Deutschland. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945 – 1990, Stuttgart S 217

⁷⁷ Vgl. Ebd. 217f

innen- und außenpolitische Faktoren, führten zur Erosion des SED-Regimes. Am 26. Januar 1990 entschied die Sowjetunion, die Wiedervereinigung Deutschlands zu akzeptieren. Nach der ersten und letzten freien Wahl in der DDR im Frühjahr 1990, aus der eine Regierung hervorging, der fünf Parteien angehörten, trat am 1. Juli 1990 schließlich die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Kraft.

Nachdem schon in den Monaten zuvor gefordert worden war, die von der DDR im Jahr 1952 abgeschafften Länder wieder einzuführen, wurde am 22. Juli 1990 das Ländereinführungsgesetz von der Volkskammer verabschiedet, laut welchem die fünf Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gebildet werden sollten. Diese wurden nach Artikel 1 Einigungsvertrag, Teil der Bundesrepublik: „Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß des Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland.“⁷⁸ Außerdem wurden die 23 Bezirke Berlins zum Land Berlin zusammengefasst.⁷⁹

Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik wurden die Länder der ehemaligen DDR auch Teil der Europäischen Union. Es folgte ein Strukturwandel in der Wirtschaft. Die durch das Treuhandgesetz eingesetzte Anstalt verkaufte 25.000 Handelsgeschäfte, Hotels und Gaststätten, und von 12.162 Unternehmen wurden 53,8% privatisiert, 30,6% stillgelegt und 13,1% an Alteigentümer zurückgegeben, 2,6% der Unternehmen wurden in kommunale Trägerschaft überführt.⁸⁰ Das Verhältnis der Beschäftigten in den einzelnen Sektoren verschob sich, die Anzahl jener, die im Agrar- oder im Industriesektor beschäftigt waren, ging stark zurück während die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor stieg, allerdings konnte der Rückgang in den beiden ersteren nicht durch den Anstieg im Dienstleistungssektor kompensiert werden, was zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es nun zu untersuchen, wie sich das Wahlverhalten der Bevölkerung, die diese politische und auch ökonomische Zäsur erlebte, insbesondere das Wahlverhalten bestimmter sozialer Gruppen, entwickelt hat.

⁷⁸ Artikel 1, Einigungsvertrag

⁷⁹ Vgl. Artikel 1, Einigungsvertrag

⁸⁰ Vgl. Rödder, Andreas (2011): Geschichte der deutschen Wiedervereinigung, München

2.2 Wahlsystem

Die Wahlen zu den Landtagen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind, ebenso wie die Wahlen zum Bundestag in Deutschland, allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim.⁸¹

In allen fünf untersuchten Bundesländern existiert, wie auch im Bund, ein so genanntes personalisiertes Verhältniswahlrecht, das heißt ein Verhältniswahlrecht in Verbindung mit Grundsätzen eines Personenwahlrechts. Diese Form des Wahlrechts entstand nach dem Zweiten Weltkrieg aus einem Kompromiss zwischen der CDU, die ein Mehrheitswahlrecht unterstützte, und der SPD, die ein Verhältniswahlrecht befürwortete.⁸² Jeder Wähler verfügt über zwei zu vergebende Stimmen, eine Erst- beziehungsweise Personenstimme und eine Zweit- beziehungsweise Listenstimme. Hierbei ist Stimmensplitting möglich, das heißt, es besteht die Option die Erststimme einer Person zu geben, die nicht der Partei angehören muss, die mit der Zweitstimme gewählt wird, wobei für die Verteilung der Sitze im Parlament in der Regel nur die Anzahl der Zweitstimmen maßgebend ist.⁸³ Die mit den Erststimmen gewählten jeweiligen Wahlkreissieger ziehen aufgrund ihres Direktmandates in den Landtag ein. Für die Verteilung der restlichen Sitze wird die Anzahl der Direktmandate von jener abgezogen, die die jeweilige Partei aufgrund des Zweitstimmenanteils erhält, die verbleibenden Sitze erhalten Personen der jeweiligen Landeslisten.

In Brandenburg werden 44 Mandate durch Mehrheitswahl in den Wahlkreisen vergeben, die übrigen der 88 Mandate über die Landeslisten, in Mecklenburg-Vorpommern 36 durch Direktmandate und 35 durch Verhältniswahlrecht an die Landeslisten, in Sachsen ist dieses Verhältnis zwischen Direktmandaten und Listenmandaten 60:60. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt werden seit 2006 91 Mandate vergeben, davon 45 durch Direktwahl und 46 über Verhältniswahl und in Thüringen ziehen 88 Abgeordnete in den Landtag ein, 44 davon durch den Gewinn eines Wahlkreises und das damit verbundene Direktmandat und weitere 44 über die Landeslisten.

Eine Besonderheit des deutschen Wahlrechts ist, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene, die Existenz von so genannten Überhangmandaten. Diese entstehen, wenn eine

⁸¹ Vgl. Art. 38 I Grundgesetz; Art. 22 III Landesverfassung Brandenburg; Art. 20 II Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern; Art. 4 I Landesverfassung Sachsen; Art. 42 I Landesverfassung Sachsen-Anhalt; Art. 46 I Landesverfassung Thüringen

⁸² Gerlach, Irene (2010): Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung, Strukturen und Akteure eines politischen Systems, Wiesbaden. 3.Auflage 285f

⁸³ Vgl. Behnke, Joachim (2007): Das Wahlsystem der Bundesrepublik. Logik, Technik und Praxis der Verhältniswahl, Baden-Baden S207

Partei mehr Direktmandate erreicht als ihr durch ihren Zweitstimmenanteil zustehen würden. In diesem Fall gehen diese Mandate nicht verloren, sondern es ziehen zusätzliche Abgeordnete in den Landtag ein. Es entstehen zusätzliche Mandate, und zwar in jener Anzahl, in der es zu viele Direktmandate gibt. Diese zusätzlichen Sitze im Parlament werden Überhangmandate genannt.

Ein weiteres wichtiges Element ist die 5%-Sperrklausel, das heißt Parteien, die nicht mindestens 5% der Stimmen erreichen, erhalten keine Sitze im Landesparlament. Der Mandatsanteil, der denjenigen Parteien, die diese 5%-Hürde nicht überspringen können, nach dem Proporzsystem zustünde, wird auf die anderen Parteien aufgeteilt.

Die Sitze in den Landtagen werden in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen anhand des Hare-Niemeyer-Systems vergeben. Hierbei werden den Parteien proportional so viele Mandate zugeteilt, wie ihnen aufgrund ihres Anteils an den Gesamtstimmen zustehen, die Verteilung der verbliebenen Sitze richtet sich nach der Größe des Dezimalstellenanteils nach dem Komma.⁸⁴

Nur im Land Sachsen werden die Sitze anhand des d'Hondt'schen Systems verteilt. Hierbei werden die Stimmenanteile der Parteien „nacheinander durch 1,2,3,4 usw. so oft geteilt, wie Mandate zu vergeben sind. Die sich dadurch ergebenden Höchstzahlen entscheiden dann nach Höhe über die Vergabe von Mandaten, d.h., die Partei mit der höchsten Zahl erhält das erste, diejenige mit der zweithöchsten das zweite [...] Mandat, usw.“⁸⁵ In der Regel wird davon ausgegangen, dass die Berechnung nach dem Hare-Niemeyer-System kleinere Parteien, das d'Hondt'sche System hingegen größere Parteien bevorzugt.

Die Wahlen zu den Landtagen fanden in den Ländern der ehemaligen DDR nach dem Beitritt dieser zur Bundesrepublik im Abstand von vier Jahren statt. In Brandenburg, Sachsen und Thüringen dauern die Legislaturperioden seit 1994 jeweils fünf Jahre, in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wurde die Spanne einer Gesetzgebungsperiode ab 2006 auf jeweils fünf Jahre verlängert.

⁸⁴ Vgl. Gerlach, Irene (2010): Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung, Strukturen und Akteure eines politischen Systems, Wiesbaden. 3.Auflage S 289

⁸⁵ Gerlach, Irene (2010): Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung, Strukturen und Akteure eines politischen Systems, Wiesbaden. 3.Auflage S 288

3 Theoretische Konzepte

3.1 Transformationstheorie

Als theoretische Grundlagen gilt es erstens die Transformationstheorie zu beachten. Nach Merkel beziehungsweise nach Rüb⁸⁶ lässt sich der Wechsel von autoritären Systemen zu Demokratien in drei Phasen unterteilen.⁸⁷

In der ersten Phase, der Deinstitutionalisierungs- beziehungsweise Entdifferenzierungsphase, kollabieren die Institutionen des alten Regimes, sie können auf geänderte Anforderungen aus verschiedenen Gründen nicht mehr entsprechend reagieren.⁸⁸ In dieser Phase beginnt die Destabilisierung des herrschenden Regimes, das heißt, dieses kann weder auftretende Veränderungen in der Gesellschaft verhindern, noch sich an die neu entstehenden Gegebenheiten anpassen. Das bestehende Regime beziehungsweise das bestehende System ist ausgehöhlt und beginnt zu zerfallen. Die verschwindenden Institutionen der alten Herrschaftsform hinterlassen ein Vakuum, das in der zweiten Phase der Transformation wieder gefüllt werden muss.

In dieser zweiten Phase eines Systemwechsels, in der Phase der Reinstitutionalisierung werden Institutionen neu geschaffen. Dies führt zu einer großen Unsicherheit, die Regeln müssen neu entworfen werden. Die Macht wird von Personen oder sozialen Gruppen auf unpersönliche Regeln verlagert. In dieser Phase, die mit dem Inkrafttreten einer Verfassung und dem Stattfinden von "founding elections"⁸⁹ als abgeschlossen gilt, werden die grundlegenden Institutionen geschaffen. Dazu zählen vor allem ein Wahl- und ein Parteiengesetz und die Sicherung von Chancengleichheit im Wahlkampf, vor allem durch einen rechtlich geregelten Zugang zu den Medien.⁹⁰ Weiters werden die unabhängigen

⁸⁶ Vgl. Rüb, Friedbert W. (1996): Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen der Transformationsforschung, Opladen S 111-140

⁸⁷ Eine ähnliche Einteilung der Phasen eines politischen Systemwechsels ist auch bei O'Donnel und Schmitter zu finden, Vgl. O'Donnel/Schmitter (1989): Transition from authoritarian rule

⁸⁸ Vgl. Merkel, Wolfgang (1996): Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzeptionen der Transformationsforschung, Opladen S 11ff

⁸⁹ Ebd. S13

⁹⁰ Vgl. Rüb, Friedbert W. (1996): Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen der

Gerichte, allen voran Verfassungsgerichte gegründet, die staatliche Verwaltung wird aufgebaut.

Die dritte Phase ist die Phase der Konsolidierung der Demokratie, der "Legitimierung und Stabilisierung der demokratischen Strukturen."⁹¹ Das heißt, dass die Institutionen, die in der zweiten Phase geschaffen wurden, wie zum Beispiel die Gerichte oder die Verwaltung nun im Rahmen der - ebenfalls in der vorherigen Phase der Demokratisierung geschaffenen - Verfassung arbeiten. Zur Phase der Konsolidierung einer Demokratie gehört auch, dass sich ein Parteiensystem bildet, in dem sich verschiedene Parteien unter der Voraussetzung gleicher Chancen und demokratischer Regeln zur Wahl stellen, denn politische Parteien und ein Mehrparteiensystem sind essenziell für konsolidierte Demokratien. Mehr noch, „political parties create the linkage between political leadership and voters, political elite and civil society, the rulers and the ruled, in all representative democracies. Contemporary transitions from authoritarian rule to democracy in many ways represent institutionalization and consolidation of parties and multiparty systems in new democracies."⁹²

Das heißt, ein funktionierendes Parteiensystem ist eine wichtige Voraussetzung, um verschiedene politische Interessen zu artikulieren und solche im Rahmen demokratischer Spielregeln durchsetzen zu können. Die politischen Parteien bilden hier gleichzeitig das Element politischer Interessensvertretung und sind ein Bindeglied zwischen politischer Elite und Zivilgesellschaft. Gerade in jungen Demokratien treten diese Fakten in den Vordergrund, da jungen Demokratien noch die Stabilität fehlt.⁹³

3.2 *Cleavage Theorie*

Nach der Cleavage-Theorie von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan ist die Entstehung von Parteien auf vier grundlegende soziale Cleavages begründet:

- Kapital versus Arbeit
- Kirche versus Nation

Transformationsforschung, Opladen

⁹¹ Vgl. Merkel, Wolfgang (1996): Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzeptionen der Transformationsforschung, Opladen S 13

⁹² Krupavicius, Algis (2005): Political Parties and multiparty systems in the Baltic countries 1990-2001 In: Kulik, Anatoly/Pshizova, Susanna (Hrsg.) (2005): Party politics in post-Soviet Europe and the Baltics, Conn (u.a.)

⁹³ Vgl. Ebd. S 123

- Land versus Stadt
- Zentrum versus Peripherie

Diese "four critical lines of cleavage"⁹⁴ sind Produkte zweier wesentlicher historischer Prozesse, der von Großbritannien ausgehenden Industriellen Revolution und der in Frankreich beginnenden "Nationalen Revolution".

Zwei dieser sozialen Cleavages sind durch die von Lipset und Rokkan als "National Revolution" bezeichneten Entwicklung entstanden:⁹⁵

- Der Konflikt zwischen dem Zentrum, der "nation-building culture", auf der einen Seite und dem ethnisch, linguistisch oder religiös begründetem, ständig wachsendem Widerstand gegen die Zentralmacht durch die Bevölkerung der Provinzen und der Peripherie auf der anderen Seite.
- Der Konflikt zwischen dem "Nation-State" also dem Nationalstaat mit seiner zentralisierenden und standardisierenden Macht und der Kirche, die um ihre historisch begründeten Privilegien fürchtete.

Die zwei weiteren der von Lipset und Rokkan beschriebenen "critical lines of cleavage" sind hingegen durch die Industrielle Revolution entstanden⁹⁶: Hierzu zählt

- Der Konflikt zwischen den ländlichen Interessen und der wachsenden städtischen Industrie.
- Der Konflikt zwischen den Interessen der Eigentümer und den Mietern und Arbeitern.

Parteiensysteme entwickeln sich schließlich nach der Cleavage-Theorie, vereinfacht gesagt, indem sich Parteien entlang dieser Konfliktlinien positionieren. "(...) the party systems, that emerged in the Western European politics during the early phase of competition and mobilization can be interpreted as products of sequential interactions between these two fundamental processes of change."⁹⁷

⁹⁴ Lipset, Martin Seymour/Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967): Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives. Free press (u.a.): New York (u.a.). S 14

⁹⁵ Vgl. Lipset, Martin Seymour/Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967): Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives. Free press (u.a.): New York (u.a.). S 13ff

⁹⁶ Vgl. ebd.

⁹⁷ Lipset, Martin Seymour/Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967): Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives. Free press (u.a.): New York (u.a.). S 34

Vor allem ausgehend von der Französischen Revolution und der damit einhergehenden Säkularisierung entstanden tiefe Trennungen zwischen dem Nationalstaat und der Kirche. Dies trifft vor allem auf katholisch dominierte Länder zu, wo die Ausbildung hauptsächlich in den Händen der Kirche lag, und die durch die Französische Revolution inspirierte Einführung der verpflichtenden Bildung aller – noch dazu unter staatlicher, also säkularer Kontrolle – auf starken Widerstand der Kirche traf. Kirchliche Bewegungen – "parties of religious defense" – entstanden und wurden bald zu Massenbewegungen, die auch auf zahlreiche Unterstützung religiöser Personen aus der Arbeiterklasse bauen konnten.

Die Entwicklung dieser kirchlichen Massenbewegungen verlief ähnlich wie bei sozialistischen Parteien: (...) these church movements tended to isolate their supporters from outside influence through the development of a wide variety of parallel organizations and agencies (...) "⁹⁸. Neben konfessionellen Schulen und Jugendorganisationen wurden auch eigene Sportvereine, Freizeitorganisationen, Handelsverbände, Verlage und Zeitungen ins Leben gerufen. Im Niederländischen wird dieser Prozess *Verzuiling*⁹⁹ genannt, was von dem Wort *zuilen* (ned: Säulen) abgeleitet ist. Besonders die Niederlande waren beinahe ein Jahrhundert lang in drei verschiedene gesellschaftliche Subkulturen unterteilt, eine national-liberal-säkulare, eine orthodox-protestantische und eine katholische. Dabei war die Einführung solcher *zuilen* genannter vertikaler Netzwerke der Vermeidung von Kommunikation der Mitglieder mit 'Anderen' dienlich und unterband Druck von außen, sorgte also für eine Isolation der Mitglieder vor externen Einflüssen. Diese Abschottung erleichterte die Kontrolle der eigenen Mitglieder. Aus diesen beschriebenen Subkulturen entwickelten sich politische Parteien also entlang von so genannten *Cleavages*."

Nach Sartori müsste dies bedeuten, dass ähnliche soziökonomische Strukturen und somit ähnliche wesentliche Trennungslinien innerhalb der Gesellschaft auch zur Bildung ähnlicher Parteiensysteme führen, was aber, wie Sartori als Schwäche der *Cleavage*-Theorie kritisiert, nicht der Fall ist.¹⁰⁰ Dagegen wiederum argumentiert Klaus von Beyme, dass politische Systeme den Konflikten ihrer Gesellschaften in unterschiedlicher Form entgegentreten. Darum müssten ähnliche sozioökonomische Strukturen auch nicht zwingend zu ähnlichen

⁹⁸ Lipset, Martin Seymour/Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967): *Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives*. Free press (u.a.): New York (u.a.). S 15

⁹⁹ Vgl. Ebd. S 16

¹⁰⁰ Vgl. Sartori, Giovanni (1976): *Parties and Party systems*. Cambridge

Parteiensystemen führen.¹⁰¹

Des Weiteren müsste nach Beyme die Cleavage-Theorie auf sämtliche Konflikte einer Gesellschaft erweitert werden, was bei einer großen Zahl an Cleavages zu einer Vielzahl an Parteien führen würde. Darum werden diese Konfliktlinien in so genannten Weltanschauungsparteien gebündelt, weshalb zum Beispiel Zehnparteiensysteme in westlichen Demokratien eher eine Ausnahme darstellen.

Auch die Entstehung von Parteien nicht aus ideologischen Beweggründen, sondern beispielsweise als Interessensvertretung wie zum Beispiel Agrarparteien, widersprechen nicht gezwungenermaßen der Cleavage-Theorie, da solche Parteien konfliktträchtige Themen aufnehmen und sich durch Ausschlussverfahren von anderen Parteien abgrenzen.¹⁰²

Von Gluchowski und Wilamowitz-Moellendorff wiederum wird die Cleavage-Theorie um die Theorie des Sozialmilieus von Rainer Lepsius¹⁰³ erweitert. Diese dient mit Hilfe von komplexeren Zusammenhängen als die Konfliktlinien bei Lipset und Rokkan als Grundlage für die Entwicklung von Parteiensystemen. Cleavages führen demnach zu so genannten Sozialmilieus oder Gesinnungsgemeinschaften, mit denen sich Individuen durch Religion, Tradition, wirtschaftliche Lage oder kulturelle Orientierung identifizieren und die bestimmte Normen oder Handlungsanleitungen entwickeln können.¹⁰⁴ Demnach sind Parteienbindungen der Wähler nicht über lange Zeit anhand der klassischen Cleavages gewachsen, sondern diese Bindungen der Wähler an bestimmte Parteien müssen immer wieder aktualisiert werden. Politische Parteien müssen entlang dieser Konfliktlinien in aktuellen politischen Themen Stellung beziehen und die Wähler, die Mitglieder bestimmter Sozialmilieus oder Gesinnungsgemeinschaften sind, werden für jene Parteien votieren, von denen sie sich am ehesten versprechen, dass ihre Interessen durchgesetzt werden.¹⁰⁵

¹⁰¹ Vgl. Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien. München

¹⁰² Vgl. Erhart, Anna-Katharina (2004): Das Parteiensystem der Slowakei. Neue Konfliktlinien in den Transformationsländern? S 51

¹⁰³ Vgl. Lepsius, Rainer (1966): Parteiensysteme und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Abel, Wilhelm/Borchert, Knut: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Stuttgart (wieder abgedruckt in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.) (1973): Die deutschen Parteien vor 1918. Köln S56-80)

¹⁰⁴ Vgl. Erhart, Anna-Katharina (2004): Das Parteiensystem der Slowakei. Neue Konfliktlinien in Transformationsstaaten? S 63

¹⁰⁵ Vgl. ebd. S 63

Für Lipset ist aber in jedem Fall die Existenz von Spaltungslinien und die Bindung bestimmter Wählergruppen an bestimmte Parteien von wesentlicher Bedeutung für eine funktionierende Demokratie. Denn eine stabile Wählerbasis ist wesentlich für das Vorhandensein stabiler Parteien und in weiterer Folge für ein stabiles Parteiensystem und eine stabile Demokratie, denn "If a party lacks such loyalty from its following, it may be eliminated by visible policy errors, by malfeasance by leaders, or by the collapse or withdrawal of alternative leadership."¹⁰⁶ Aus diesem Grund ist es für Parteien in jungen Demokratien notwendig, sich entlang von bestimmten Cleavages aufzustellen und eine stabile Wählerbasis zu gewinnen. "Parties in new electoral democracies will be inherently unstable unless they become linked to deep-rooted sources of cleavage, as the parties in the older institutionalized western democracies have been."¹⁰⁷ Parteien in jungen Demokratien können demnach also erst als stabil gelten, wenn sie sich bei Wählern in bestimmten sozialen Gruppen 'verwurzeln' konnten. Aufgrund der Cleavage-Theorie und mithilfe einer Analyse der Daten zu den Landtagswahlen soll in dieser Arbeit untersucht werden, ob diese Verwurzelung den Parteien den ehemals zur DDR gehörenden Bundesländern gelungen ist.

¹⁰⁶ Lipset, Seymour Martin (2001): Cleavages, parties and democracy. In: Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.) (2001): Party Systems and voter alignments revisited. Routledge: London S5

¹⁰⁷ Lipset, Seymour Martin (2001): Cleavages, parties and democracy. In: Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.) (2001): Party Systems and voter alignments revisited. Routledge: London S5

4 Die Entwicklung der Parteienlandschaft in den neuen Bundesländern

Gerade in Zeiten von politischen Umwälzungen, wie sie in großen Teilen Osteuropas in den Jahren 1989 und 1990 stattfanden, entstehen etliche neue politische Gruppierungen, neue politische Parteien werden ins Leben gerufen, wenngleich viele von ihnen nicht über einen längeren Zeitraum überleben. Wie in ihren östlichen Nachbarländern wurden auch in der DDR zu dieser Zeit der politischen Veränderungen viele neue Parteien gegründet, beziehungsweise sagten sich die bereits zur DDR-Zeit existierenden Blockparteien, die gegenüber den neu gegründeten Parteien den Vorteil einer bereits bestehenden Struktur und Organisation hatten, von der SED los. Niedermayer und Stöss teilen die Ausbildung des Parteiensystems in den Ländern der ehemaligen DDR in vier Phasen:¹⁰⁸

- Bipolarisierung
- Ausdifferenzierung
- Angleichung
- Vereinigung

Im Folgenden sollen die genannten vier Phasen der Entwicklung des Parteiensystems näher beleuchtet werden.

4.1 Bipolarisierung

Die Entwicklung eines neuen Parteiensystems begann bereits im Jahr 1989. In der DDR hatte ein nichtkompetitives Hegemonialsystem mit der aus dem Zusammenschluss von SPD und KPD entstandenen SED an der Spitze geherrscht, deren Führungsposition 1968 in der Verfassung verankert wurde.¹⁰⁹ Die SED wurde von den Parteien des Demokratischen Blocks, Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Liberaldemokratische Partei

¹⁰⁸Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag S 11-36

¹⁰⁹ Vgl. Niedermayer, Oskar (2001): Von der Hegemonie zur Pluralität: Die Entwicklung des Ostdeutschen Parteiensystems. In Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Leske+Budrich: Opladen S 78

Deutschlands (LDPD), Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) unterstützt, es gab zwar Wahlen, allerdings wurde hier nur über eine Einheitsliste abgestimmt, womit die Herrschaft der SED gesichert blieb.¹¹⁰

Im Jahr 1989 entstanden allerdings etliche neue politische Organisationen, so zum Beispiel im Oktober der von Friedens- und Menschenrechtsaktivisten initiierte Demokratische Aufbruch (DA). Nur wenige Wochen zuvor waren bereits das Bündnis Demokratie Jetzt (DJ) und die Sozialdemokratische Partei (SDP) ins Leben gerufen worden. Es folgten später unter anderem auch die Grüne Partei, der Unabhängige Frauenverband (UFV) und die Vereinigte Linke. Die meisten Anhänger konnte aber die Sammelbewegung Neues Forum (NF) gewinnen. Diese sah sich als Plattform für Reformdiskussionen und schaffte es, bis Ende November 200.000 Bürgerunterschriften zu sammeln.¹¹¹ Obwohl hier bereits ein Pluralisierungsprozess des politischen Systems erkennbar ist, verband alle diese Organisationen und Bewegungen vor allem eines: die Opposition zum Regime der SED. Die Parteiführung der SED konnte allerdings mit dieser Situation nicht umgehen, was sich auch in den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR zeigte, während derer Großdemonstrationen von der Polizei gewalttätig niedergeschlagen wurden, Staatschef Honecker zur gleichen Zeit aber in seiner Rede die Vorgänge in seinem Land ignorierte und stattdessen von den Errungenschaften der DDR schwärmte. Dieser Umgang mit der Realität führte auch zum schnellen Zusammenbruch des Regimes, bereits am 18. Oktober wurde Honecker abgesetzt und nur wenige Wochen später trat die gesamte Staats- und Parteiführung zurück. Schon am 1. Dezember wurde der Führungsanspruch der SED aus der DDR-Verfassung entfernt, was den schnellen Machtverlust des Regimes, ausgelöst durch die rasant wachsende Opposition, dokumentierte.¹¹²

4.2 Ausdifferenzierung

Mit dem Zusammenbruch des SED-Regimes fiel auch das verbindende Element des gemeinsamen Widerstandes gegen Selbiges weg. Außerdem änderte sich die Stimmung in der

¹¹⁰ Vgl. Ebd. S 77-96

¹¹¹ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag S 11-36

¹¹² Vgl. Ebd. S 17

Bevölkerung nach dem Fall der Berliner Mauer und den Erfahrungen der Bürger auf der anderen Seite der Grenze schnell, viele wollten nun nicht mehr nur eine Systemveränderung sondern vor allem eine schnelle Wiedervereinigung. Diese veränderten Rahmenbedingungen führten sehr bald zu einer Ausdifferenzierung innerhalb der Opposition. Einige Bewegungen, wie zum Beispiel das Neue Forum, blieben basisdemokratische Sammelbewegungen, da sie aus dem Kampf gegen ein autoritäres Regime hervorgingen und aus ihrem Selbstverständnis heraus der Gründung von politischen Parteien kritisch gegenüberstanden.¹¹³ Andere, wie die SDP, der DA und Die Grünen, bauten hingegen eine Organisationsstruktur auf und konstituierten sich als Partei, was ihnen im Hinblick auf die Wahlen einen organisatorischen Vorteil verschaffte.¹¹⁴

Von den Blockparteien, die die Politik der SED unterstützt hatten, konnten nur die beiden Parteien, deren Wurzeln schon vor der Gründung der DDR lagen, die CDU und die LDPD, überdauern, während die nur zur breiteren Unterstützung der SED gegründeten DBD und NDPD von der Bildfläche verschwanden.

Des Weiteren konstituierten sich um die Jahreswende 1989/90 etliche neue Organisationen, die weder in der Oppositionsbewegung noch in den Blockparteien verankert waren, wie zum Beispiel die Deutsche Soziale Union (DSU), wobei auch die Aktivitäten der westdeutschen Vorbilder eine Rolle spielten.¹¹⁵

Die SED hingegen verlor einen Großteil ihrer Mitglieder. Obwohl auch ihre Auflösung gefordert worden war, wurde schließlich beschlossen sie unter neuem Namen, PDS, weiterzuführen und versucht, sie zu einer linkssozialistischen Partei umzuformen.¹¹⁶

4.3 Angleichung

Die westdeutschen Parteien glaubten anfangs nicht an eine schnelle Wiedervereinigung und zögerten auch mit einer engeren Beziehung zu ihren Schwesterparteien in der DDR, was vor allem auf die CDU und die FDP zutraf, da die Ost-CDU und die LDPD als Blockparteien die

¹¹³ Vgl. Glaeßner, Gert-Joachim (2. Auflage 2006): Politik in Deutschland. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. S 262f

¹¹⁴ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag. S 19f

¹¹⁵ Vgl. Ebd.

¹¹⁶ Vgl. Glaeßner, Gert-Joachim (2006): Politik in Deutschland. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. 2. Auflage S 263

SED unterstützt hatten und deshalb von den westlichen Parteien kritisch betrachtet wurden. Aber auch die SPD beschloss erst Ende 1989 eine engere Zusammenarbeit mit der SDP.

Im Frühjahr kam es jedoch nicht nur zu einer schnellen Annäherung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien sondern auch zwischen den liberalen Kräften des Westens und des Ostens sowie zwischen der West- und der Ost-CDU, bedingt einerseits durch die Bereitschaft zu Reformen durch die Ost-Parteien und andererseits durch die Veränderungen der gesamtpolitischen Situation. So kam es nicht nur zu einer Annäherung zwischen West und Ost, sondern auf Druck der Westparteien auch innerhalb der politischen Lager im Osten, da die Westparteien eine Zersplitterung dieser befürchteten, was schließlich zur Bildung der Wahlbündnisse Allianz für Deutschland (AfD) durch die Ost-CDU, den Demokratischen Aufbruch (DA) und die DSU sowie Bund Freier Demokraten (BFD) durch die LDP, die DFP und die Ost-FDP¹¹⁷ führte.

So kam es durch den Einfluss der Westparteien und die Lagerbildung zu einer Angleichung des ostdeutschen Parteiensystems an jenes der Bundesrepublik. Nach der Volkskammerwahl, bei der die AfD als Sieger hervorging, kam es zum Zusammenschluss verschiedener Parteien. So trat der DA der CDU bei, ebenso wie viele Mitglieder der DSU, während die bestehende bleibende DSU zu einer rechtspopulistischen Bewegung wurde. Die NDPD trat der in Bund Freier Demokraten umbenannten LDP bei, während das Wahlbündnis aus Grünen und UFV zerfiel.¹¹⁸

4.4 Vereinigung

Während die Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Beitritt der DDR am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde, kam es auf Parteiebene schon früher dazu. Bereits im August traten die Ost-FDP, die DFP und die BFD der West-FDP bei. Danach kam es auch zum Zusammenschluss der beiden sozialdemokratischen Parteien, sowie zum Beitritt der Ost-CDU zur West-CDU, nachdem letztere nach dem Wahlerfolg ersterer bei der Volkskammerwahl ihre Bedenken aufgab.¹¹⁹ Nach der Gründung der Linke Liste PDS in allen westdeutschen Bundesländern kam es zur Vereinigung mit der PDS. Nur Die Grünen Parteien fanden erst nach der ersten

¹¹⁷ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag. S 22

¹¹⁸ Vgl. Ebd. S 23f

¹¹⁹ Vgl. Glaeßner, Gert-Joachim (2006): Politik in Deutschland. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. 2. Auflage S 265

gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 zusammen.

Schon bald nach den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen, nach dem Verfliegen der ersten Euphorie zeigten sich jedoch auch die Probleme der Vereinigung. In CDU und FDP, die anfangs von der bestehenden Organisationsstruktur im Osten profitierten, führten der Abbau der „aufgeblähten Ost-Parteibürokratie“¹²⁰ sowie die fehlende Aufarbeitung der Geschichte als Blockparteien später zu Misstimmungen, während die SPD hingegen mit dem Fehlen einer gut funktionierenden Organisationsstruktur in den ehemals zur DDR gehörenden Bundesländern zu kämpfen hatte. In allen Parteien kam es zu Differenzen bezüglich der Besetzung von Führungsgremien, die Überrepräsentation westlicher Parteigänger in diesen führte zu Misstimmung innerhalb der Partei.

All diese Entwicklungen trugen weiter zu der bereits in der Bundesrepublik existierenden Problematik der zunehmenden Parteiverdrossenheit bei. Diese war in der Bundesrepublik vor allem bedingt durch den Rückgang der Parteibindung in Zusammenhang mit dem „quantitativen Rückgang der klassischen Klientel, [wie zum Beispiel] der gewerkschaftlich gebundenen Industriearbeiterschaft bei der SPD und der Personen mit starker Kirchenbindung bei der CDU“¹²¹. Zu klären, ob sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten seit der Wende in der Wählerschaft im Osten, innerhalb derer, historisch bedingt, stabile Parteibindungen weitaus schwerer wachsen konnten als in der Bundesrepublik, nach der Angleichung beziehungsweise der Vereinigung des Parteiensystems auch das Wahlverhalten anglich, indem sich neue Parteibindungen bestimmter sozialer Gruppen entwickeln konnten, ist Ziel dieser Arbeit.

4.5 Die Parteienlandschaft Ostdeutschlands im Überblick

4.5.1 Die Christdemokratische Union Deutschlands – CDU

Während die CDU in der Bundesrepublik eine Art Sammelbecken ist, in das unterschiedliche

¹²⁰ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag S 28

¹²¹ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag S 29

politische und konfessionelle Gruppen integriert werden konnten und eine große Zahl an Sonderorganisationen aufweist, die spezielle Zielgruppen vertritt, gleichzeitig aber große Teile ihrer Wählerbasis ihrer Verankerung im katholischen und bürgerlichen Milieu verdankt und jahrzehntelang Regierungsaufgaben in der Bundesrepublik übernahm, war die so genannte Ost-CDU Teil des Demokratischen Blocks.¹²² Somit war sie auch Teil des von der SED hegemonial beherrschten DDR-Systems, sie war sowohl in der Volkskammer als auch im Ministerrat vertreten und unterstützte, ohne ein wirklich eigenes Profil zu haben, bedingungslos die SED.¹²³ Diese Vergangenheit der Ost-CDU war auch der Grund, warum die Schwesterpartei aus der Bundesrepublik lange zögerte, ehe intensivere Beziehungen aufgenommen wurden und zu Beginn eher mit dem demokratischen Aufbruch kooperierte. Erst als es im November personelle Wechsel gab und im Dezember eine programmatische Erneuerung eingeleitet wurde, begannen bessere Beziehungen. Auf Druck der West-CDU kam es schließlich bei der Volkskammerwahl im März 1990 zu einem Bündnis von Ost-CDU, DA und DSU, das als Allianz für Deutschland in die Wahlen ging und vor allem dank des guten Abschneidens der CDU, die die meisten Stimmen erhielt, als Sieger aus dieser Wahl hervorging. Auch dies war ein Grund für die engere Kooperation der West- und der Ost-CDU. Nachdem der DA der Ost-CDU beigetreten war und auch führende Mitglieder der DSU sowie Teile der DBD diesen Schritt vollzogen, kam es schließlich Anfang Oktober zur Vereinigung von West- und Ost-CDU, der sich als Beitritt der Ost-Partei zur West-CDU vollzog. Vor allem dank des Zusammenschlusses der beiden Schwesterparteien konnte die CDU bei den darauf folgenden Bundestagswahlen Erfolge feiern. Auch bei Landtagswahlen konnte sich die CDU, mit Ausnahme Brandenburgs, in den ehemals zur DDR gehörenden Ländern als stärkste politische Kraft etablieren, wenngleich sie beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern 1998 die Position als stimmenstärkste Partei an die SPD verlor.

4.5.2 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD

Die in den westlichen Besatzungszonen nach 1945 entstandene Partei war eine Wiedergründung, die programmatisch und organisatorisch an die Weimarer Republik anband.

¹²² Vgl. Glaeßner, Gert-Joachim (2006): Politik in Deutschland. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. 2. Auflage S 450f

¹²³ Vgl. Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag S 19

Erst in den 1960er Jahren kam es nach Wahlniederlagen zu programmatischen Veränderungen. In der sowjetischen Besatzungszone hingegen musste die SPD sich auf großen Druck durch die Besatzungsmacht mit der KPD zur SED vereinigen. Aus dieser entstand nach dem Zusammenbruch des Regimes schließlich die PDS.

Zu einer Neugründung kam es am 7. Oktober 1989, als in Schwante bei Berlin die SDP, die Sozialdemokratische Partei in der DDR gegründet wurde, die sich im Jänner 1990 in SPD umbenannte. Zu ihrem politischen Programm gehörten Bürgerrechte, politischer Pluralismus, die Teilung der Gewalten sowie Föderalismus, wobei die Freiheit des Einzelnen im Vordergrund stand.¹²⁴ Die SPD kämpfte mit dem Problem der fehlenden organisatorischen Struktur und schaffte trotz der Tatsache, dass sie früher als zum Beispiel die Ost-CDU bereit war, die Deutschen Einheit in ihre Politik einzubeziehen und trotz guter Umfragewerte bei der ersten und letzten freien Wahl zur Volkskammer in der DDR nur 21,9%, während die CDU mit 40,9% als Sieger aus der Wahl hervorging. Auch die Ost-SPD vereinigte sich in Form des Beitrittes zur West-SPD mit ihrer Schwesterpartei. Allerdings kämpfte sie weiterhin mit dem Problem schwacher Organisation und niedriger Mitgliederzahlen in den östlichen Bundesländern, schaffte es aber trotzdem, bei Landtagswahlen als Sieger hervorzugehen und stellt zum Beispiel in Brandenburg seit 1990 den Ministerpräsidenten und in Mecklenburg-Vorpommern seit 1998.¹²⁵

4.5.3 Freie Demokratische Partei – FDP

Während die FDP 1948 in den westdeutschen Besatzungszonen gegründet wurden, wobei sich liberale Landesorganisationen zu einer Partei zusammenschlossen, wurde die LDP als LDPD, wie auch die Ost-CDU in der sowjetischen Besatzungszone Teil des Demokratischen Blocks. Die FDP entwickelte sich von einer anfangs rechtskonservativen zu einer wirtschafts- und kulturliberalen Partei und zu einer Regierungspartei, was vor allem an der Tatsache lag, dass sie als Mehrheitsbeschafferin im Parlament benötigt wurde, wenn keine der beiden großen Parteien CDU oder SPD eine absolute Mehrheit hatte oder eine große Koalition gebildet wurde, womit sie ab 1949 mit Ausnahme der Perioden 1957-1961 und 1966-1969 bis 1998 an

¹²⁴ Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.) (2009): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. 6. Auflage S 638

¹²⁵ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag S 28ff

allen Regierungen beteiligt war.¹²⁶

Die LDPD wollte schon kurz nach dem Mauerfall die Beziehungen zur FDP intensivieren, jedoch stieß das nicht auf besondere Gegenliebe, was auf die Vergangenheit der LDPD als Blockpartei zurückzuführen war. Auf Druck der West-FDP ging die LDPD unter ihrem alten Namen LDP für die Volkskammerwahl im März 1990 ein Wahlbündnis mit den neu gegründeten DFP und Ost-FDP ein, sie bildeten die Liste Bund Freie Demokraten. Zu einer Vereinigung der Parteien kam es aber aufgrund von Differenzen noch nicht. Allerdings kam es zum Beitritt der NDPD zur LDP, die ihren Namen in Bund Freie Demokraten (BFD) änderte. Im Sommer 1990 schließlich traten die Ost-FDP, der BFD und die DFP der West-FDP bei, womit das liberale Lager als erstes die Vereinigung der West- mit den Ostparteien vollzog.¹²⁷

Im Gegensatz zur SPD, die mit fehlender organisatorischer Struktur in den Ländern der ehemaligen DDR zu kämpfen hatte, hatte die FDP das Problem zu bewältigen, dass die eingegliederten Ost-Parteien wesentlich mehr Mitglieder hatten als die West-FDP selbst, was zu Differenzen um Sitze in Gremien ebenso führte wie zu einem komplizierten Delegiertenschlüssel auf dem Parteitag, ein Übergewicht der östlichen Parteiteile zu verhindern.¹²⁸ Trotz der zahlenmäßig vielen Mitglieder in den Ländern der ehemaligen DDR konnte die FDP dort keine großen Wahlerfolge verbuchen.

4.5.4 Die Grünen

Die Grünen gingen, anders als andere Parteien, aus Bürgerinitiativen und Wählervereinigungen mit völlig unterschiedlichen Einstellungen, Ideologien und Zielen hervor, die aber die Opposition gegenüber des herrschenden Wirtschaftssystems und die Gegnerschaft zur Atomkraft einigte.¹²⁹ Diese vielen unterschiedlichen Standpunkte spiegelten sich auch in der schwierigen politischen Konsolidierung wider, was unter anderem zu zahlreichen Abspaltungen führte. Nur drei Jahre nach der Gründung gelang allerdings bereits der Einzug in den Bundestag, was vor allem daran lag, dass Die Grünen auf Themen setzten, auf die andere Parteien keine Antworten hatten. Als einzige im deutschen Bundestag

¹²⁶ Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.) (2009): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. 6. Auflage S 207f

¹²⁷ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag S 24ff

¹²⁸ Vgl. Glaeßner, Gert-Joachim (2006): Politik in Deutschland. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. 2. Auflage S 460

¹²⁹ Ebd. S 460f

vertretene Partei schlossen sich die West-Grünen vor der Wahl 1990 mit keiner ostdeutschen Schwesterpartei zusammen. Die Ost-Grünen gingen allerdings für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl im Jahr 1990 ein Listenbündnis mit dem Unabhängigen Frauenverband (UFV) und dem Bündnis 90 ein. Die Grünen schafften den Einzug in den Bundestag schließlich nur aufgrund der Mandatsgewinne des Listenbündnis Grüne/Bündnis 90 in den östlichen Ländern, was vor allem an der reservierten Haltung der West-Grünen gegenüber der Wiedervereinigung lag.¹³⁰ Der Zusammenschluss der beiden grünen Parteien erfolgte erst am Tag nach der Wahl. Die Tatsache, dass die West-Grünen vor der Wahl keinen Zusammenschluss wollten und im Westen den Sprung über die 5%-Hürde verpassten führte dazu, dass nur Abgeordnete aus dem Osten für die Listenvereinigung Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag einzogen. Im Jahr 1990 konstituierte sich das aus Neue Forum, Initiative Menschenrechte und Demokratie jetzt hervorgegangene Bündnis 90 zur Partei und im Jahr 1993 folgte schließlich der Zusammenschluss von Bündnis 90 und Grünen. Ähnlich wie die FDP hat das Bündnis 90/Die Grünen damit zu kämpfen, in den östlichen Bundesländern marginalisiert zu werden, sie blieben eine West-Partei.¹³¹

4.5.5 Die Linke

Wie oben erwähnt, wurden die SPD und die KPD in der sowjetischen Besatzungszone zur Einheitspartei SED vereinigt, die zur Staatspartei der DDR wurde. Nach dem Rücktritt der SED-Führung und einer programmatischen Reform im Herbst 1989 wurde die Partei zuerst in SED-PDS, später in PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus umbenannt, die Führung übernahmen sozialistische Intellektuelle, die in der Staatspartei der DDR keine Funktionen innehatten.¹³² Eine demokratische Form des Sozialismus ist das Programm, einerseits bezieht sich die Partei auf das Selbstwertgefühl und auf Leistungen zur Zeit der DDR, andererseits grenzt sie sich von der autoritären Herrschaft der SED ab.¹³³ Bereits vor der Wiedervereinigung versuchte die PDS auch in den westlichen Bundesländern Fuß zu fassen und gründete dazu Die Linke Liste PDS (LL-PDS), die später mit der PDS zusammengeschlossen wurde, allerdings geschah all dies nur mit mäßigem Erfolg, ein

¹³⁰Vgl. Niedermayer Oskar (1997): Das gesamtdeutsche Parteiensystem. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1997): Parteiendemokratie in Deutschland. Westdeutscher Verlag: Opladen

¹³¹ Vgl. Ebd. S 460

¹³² Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.) (2009): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. 6.Auflage S 169f

¹³³ Vgl. Ebd. S 170

Großteil der Wählerschaft der PDS kommt aus den Ländern der ehemaligen DDR, die PDS blieb eine ostdeutsche Partei.¹³⁴ Im Jahr 2005 trat sie erstmals mit einer gemeinsamen Liste mit der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), einer Abspaltung der SPD, als Linkspartei bei der Bundestagswahl an, später kam es schließlich zur Vereinigung unter dem Namen Die Linke. Doch auch dieser Schritt half nicht wesentlich bei der Etablierung in den westlichen Bundesländern, dennoch schaffte sie es nicht nur, in Mecklenburg-Vorpommern von 1998 – 2006 gemeinsam mit der SPD die Regierung zu stellen, sondern 2001 auch in Berlin, ebenfalls gemeinsam mit der SPD, die Stadtregierung zu bilden. Des Weiteren ist Die Linke nicht nur in allen ostdeutschen Landtagen vertreten, sondern beispielsweise auch in Bremen, Hessen, Niedersachsen und Hamburg, dennoch kann noch nicht davon ausgegangen werden, dass Die Linke als auf Dauer im gesamtdeutschen Parteiensystem etabliert gilt.¹³⁵

4.5.6 Andere Parteien

Weitere Parteien, die durch ihre Wahlerfolge von Relevanz sind, sind die Republikaner sowie die Deutsche Volksunion (DVU) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Alle drei Parteien werden als rechtsextrem oder rechtsradikal eingestuft.¹³⁶ Bereits in den 1950er und 1960er Jahren konnten rechtsextreme Parteien Wahlerfolge verbuchen, so war die NPD zum Beispiel in bis zu sieben Landtagen gleichzeitig vertreten. Später konnten beispielsweise die DVU in Bremen und Schleswig-Holstein in den Landtag einziehen, in Sachsen-Anhalt erhielt sie 1998 sogar 12,9%, dieses Ergebnis konnte sie aber nicht wiederholen.¹³⁷ Vor allem in den Ländern der ehemaligen DDR aber konnten rechtsextreme oder rechtsradikale Parteien in den vergangenen Jahren bei Wahlen Erfolge erzielen. Dies wird damit begründet, dass vor allem Protestwähler und Modernisierungsverlierer zu der Klientel dieser Parteien zählen, aus den Wahlerfolgen also nicht auf ein etabliertes rechtsradikales Wählerpotenzial zu schließen ist. Allerdings könnten durch länger andauernde sozial oder wirtschaftlich schwierige Situationen in Kombination mit einer charismatischen

¹³⁴ Vgl. Glaeßner, Gert-Joachim (2006): Politik in Deutschland. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. 2. Auflage S 464

¹³⁵ Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.) (2009): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. 6. Auflage. S 172

¹³⁶ Vgl. Glaeßner, Gert-Joachim (2006): Politik in Deutschland. Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. 2. Auflage S 466ff

¹³⁷ Vgl. Ebd. S 469

Führungspersönlichkeit rechte Sammelparteien entstehen.¹³⁸

Eine weitere Partei, die es zu erwähnen gilt, ist die als rechtspopulistisch eingestufte DSU.¹³⁹

Die Deutsche Soziale Union wurde im Jänner 1990 von mehreren konservativen Gruppierungen mit Unterstützung der CSU, die an einer Schwesterpartei in den ostdeutschen Bundesländern interessiert war, gegründet. Zur Volkskammerwahl im Frühjahr 1990 trat sie als der Teil der Allianz für Deutschland gemeinsam mit der Ost-CDU sowie dem DA an. Jedoch schon bald danach verließ sie das Bündnis und führende Mitglieder wechselten zur CDU, die verbliebene Partei nahm rechtspopulistische Züge an.¹⁴⁰ Die DVU schaffte bisher weder den Einzug in den Bundestag noch in eines der Landesparlamente.

¹³⁸ Vgl. Ebd. S 469

¹³⁹ Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag S 28ff

¹⁴⁰ Vgl. Ebd.

5 Analysen der Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

In diesem Abschnitt folgt die Auswertung der untersuchten Daten. Sämtliche Zahlen stammen, wenn nicht durch eine andere Quellenangabe gekennzeichnet, aus den mir zur Verfügung gestellten Umfragedaten der Forschungsgruppe Wahlen.

Da für die Spaltungslinie Stadt versus Land für das Jahr 1990 keine vergleichbaren Umfrageergebnisse vorhanden sind, erfolgt die Untersuchung für diese Wählergruppen erst ab den jeweiligen Landtagswahlen im Jahr 1994 .

5.1 Die Landtagswahlen in Brandenburg

5.1.1 Landtagswahl 1990

Bei der Landtagswahl in Brandenburg am 14. Oktober 1990 kam es zu folgendem Endergebnis:

Tabelle 1: Endergebnis Landtagswahl 1990 Brandenburg

Partei	Stimmenanteile in %
SPD	38,2
CDU	29,5
PDS	13,4
Bündnis 90/Die Grünen	9,2
FDP	6,6
Sonstige Parteien	3,0

Quelle: <http://www.wahlen.brandenburg.de/sixcms/detail.php/250631> 09.01.2012

Die SPD erreichte 38,2 % der Stimmen und wurde damit stimmenstärkste Partei im Brandenburger Landtag. Dahinter folgten die CDU mit 29,5% und die PDS mit 13,4% der Stimmen. Ebenfalls den Einzug ins brandenburgische Landesparlament schafften bei der Wahl im Jahr 1990 das Bündnis 90/Die Grünen mit 9,2% und die FDP mit 6,6% der gültigen Stimmen.

5.1.1.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Wählergruppe der unselbständig Tätigen waren die Stimmenanteile bei der Landtagswahl 1990 wie folgt aufgeteilt: Die SPD erreichte 40,6% der Stimmen, die CDU folgte mit 29,3%. Die PDS erreichte 10,0%, für das Bündnis 90/Die Grünen entschieden sich 9,4% der Unselbständigen und die FDP erhielt 7,4%. 1,7% der Wählerstimmen entfielen auf die DSU und 1,6% auf andere Parteien.

Unter den Selbständigen war die CDU, die 42,9% der Stimmen erhielt, am erfolgreichsten. Die SPD erhielt 24,6%, die FDP 16,2% und das Bündnis 90/Die Grünen 11,2% der Stimmen der Selbständigen. Die PDS, die unter den Unselbständigen 10,0% erreicht hatte, wurde in der Gruppe der unselbständig Tätigen nur von 1,7% gewählt. Die DSU hingegen wurde von 2,5% der Selbständigen gewählt, während 0,9% der Stimmen dieser Wählergruppe auf andere Parteien entfielen.

5.1.1.2 Religiöser Cleavage

Unter den Wählern, die der katholischen oder protestantischen Konfession angehörten war bei der Landtagswahl im Jahr 1990 die CDU mit 39,2% die stimmenstärkste Partei, knapp vor der SPD, die von 38,1% der konfessionell Gebundenen gewählt wurde. Die FDP erreichte in dieser Wählergruppe 9,3%, das Bündnis 90/Die Grünen 7,0% und die PDS 2,7%, während auf die DSU 2,0% der Stimmen entfielen. 1,7% der Wähler entschieden sich für eine andere Partei.

Unter jenen Wählern, die keiner der beiden christlichen Konfessionen angehörten erreichte die SPD mit 41,1% die meisten Stimmenanteile, während die CDU 21,9% der Stimmen erhielt. Die PDS schnitt in dieser Wählergruppe wesentlich stärker ab, als unter den konfessionell Gebundenen, sie erreichte 15,3%, das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 12,0%. 6,8% der Stimmen dieser Wählergruppe erhielt die FDP, 1,4% entfielen auf die DSU und 1,2% auf andere Parteien.

5.1.1.3 Zentrum versus Peripherie

Im Zentrum, der brandenburgischen Hauptstadt Potsdam, erreichte die SPD mit 39,1% der Stimmen den größten Anteil, die PDS erhielt als zweitstärkste Partei 23,3% der Stimmen. 18,4% der Wähler in der Landeshauptstadt entschieden sich für die CDU und 12,5% für das Bündnis 90/Die Grünen, während die FDP hier 4,8% erreichte. 1,9% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

In den Regionen außerhalb der Hauptstadt war die SPD mit 38,3% ebenfalls die stimmenstärkste Partei. Während allerdings die CDU hier mit 30,4% wesentlich mehr Stimmenanteile erhielt als in der Landeshauptstadt verhielt es sich mit dem Stimmenanteil der PDS genau umgekehrt, sie erreichte außerhalb von Potsdam nur 12,5% der Stimmen. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 8,9% und die FDP 6,8%. 3,1% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.1.2 Landtagswahl 1994

Die Landtagswahl am 11. September 1994 ergab folgendes Ergebnis:

Tabelle 2: Endergebnis Landtagswahl 1994 Brandenburg

Partei	Stimmenanteil in %
SPD	54,1
CDU	18,7
PDS	18,7
Bündnis 90/Die Grünen	2,9
FDP	2,2
Sonstige Parteien	3,3

Quelle: <http://www.wahlen.brandenburg.de/sixcms/detail.php/250631> 09.01.2012

Die SPD konnte ihren Erfolg von der Landtagswahl 1990 vier Jahre später nicht nur wiederholen sondern erreichte mit 54,1% eine absolute Stimmenmehrheit in Brandenburg. Die CDU verlor 10,8 Prozentpunkte und erreichte nur noch 18,7% womit sie nur noch knapp vor der PDS lag, die 5,3 Prozentpunkte dazugewann und ebenfalls auf 18,7% der Stimmen kam. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 6,3 Prozentpunkte und verfehlte mit 2,9% den Wiedereinzug in den brandenburgischen Landtag ebenso wie die FDP, die bei einem Verlust von 4,4 Prozentpunkten auf 2,2% der Stimmen kam.

5.1.2.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Wählergruppe der unselbständig Tätigen war die SPD bei der Landtagswahl 1994 mit 56,4% die stimmenstärkste Partei, sie konnte ihren Stimmenanteil damit im Vergleich zur vorangegangenen Wahl um 15,8 Prozentpunkte ausbauen. Die CDU hingegen verlor 10,4 Prozentpunkte und erreichte nur noch 18,9% der Stimmen, während die PDS mit einem Zugewinn von 6,2 Prozentpunkten nun ein Ergebnis von 16,2% erzielte. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 3,8 Prozentpunkte und erreichte nur noch 5,6%, die FDP verlor beinahe ihre gesamte Wählerschaft der vorangegangenen Landtagswahl und erreichte nur noch 0,8% (-6,6). 2,1% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

Bei den selbständig tätigen Wählern wurde die CDU hingegen mit 43,2% wieder zur stimmenstärksten Partei, wobei sie sogar 0,3 Prozentpunkte mehr erreichte als vier Jahre davor. Die SPD gewann in dieser Wählergruppe 7,2 Prozentpunkte dazu und erreichte 31,8%. Drittstärkste Partei in dieser Wählergruppe wurde mit 13,6% die PDS, die damit 11,9 Prozentpunkte mehr erreichte als 1990. Die FDP erreichte 4,5% (-11,7) ebenso wie die Republikaner, das Bündnis 90/Die Grünen erhielt 2,3% (-8,9) der Stimmen.

5.1.2.2 Religiöser Cleavage

Entlang einer religiösen Trennlinie zwischen katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen auf der einen Seite und konfessionell ungebundenen Wählern auf der anderen ergab sich folgendes Ergebnis:

In der Wählergruppe der konfessionell Gebundenen erreichte die SPD mit 54,7% (+16,6) die meisten Stimmenanteile gefolgt von der CDU, die mit nun 31,0% der Stimmen einen Verlust von 8,2 Prozentpunkten hinnehmen musste. Die PDS erreichte 5,6% (+2,9), das Bündnis 90/Die Grünen 5,2% (-1,8) und die FDP verlor 7,9 Prozentpunkte und erreichte 1,4%. 2,1% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

In der Gruppe der konfessionell nicht gebundenen Wähler erreichte die SPD mit 55,9% (+14,5) der Stimmen ebenfalls die meisten Stimmenanteile. Hier erzielte im Unterschied zu der Gruppe der konfessionell gebundenen Wähler die PDS bei einem Zugewinn von 5,4 Prozentpunkten mit 20,7% die zweitmeisten Stimmen, die CDU folgte mit 14,7%, was einem

Verlust von 7,2 Prozentpunkten entsprach, auf dem dritten Platz. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 5,5% (-6,5), die FDP 0,8% (-6,0). Auf andere Parteien entfielen 2,4% der Wählerstimmen, darunter 0,6% auf die Unabhängige Wählergemeinschaft und jeweils 0,5% auf die Republikaner, die Brandenburgische Freie Wählergemeinschaft und die Bürgerbewegung Berlin-Brandenburg.

5.1.2.3 Stadt versus Land

Unter Wählern, die in Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern lebten erhielt die SPD mit 54,7% eine absolute Stimmenmehrheit. Die CDU erhielt in dieser Wählergruppe 21,6%, die PDS als drittstärkste Partei 15,0%. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 5,3% der Stimmen, 3,4% entfielen auf andere Parteien, so etwa die FDP (1,0%), die Unabhängige Wählergemeinschaft (0,7%) oder die Republikaner (0,5%).

In der Gruppe der Wähler, die in Ortschaften mit mehr als 50.000 Einwohnern lebten, erreichte die SPD mit 58,7% sogar noch mehr Stimmenanteile. Im Unterschied zu kleineren Orten erhielt die PDS hier wesentlich mehr Stimmen als die CDU, nämlich 19,6%, während die CDU in dieser Wählergruppe nur 12,7% erreichte. Das Bündnis 90/Die Grünen erzielte ein Ergebnis von 5,8%, die FDP erhielt 1,1% der Stimmen, ebenfalls 1,1% erhielt auch die Brandenburgische Freie Wählergemeinschaft und 1,0% entfielen auf andere Parteien.

5.1.2.4 Zentrum versus Peripherie

In der Hauptstadt des Landes Brandenburg erreichte die SPD bei der Wahl im Jahr 1994 47,4% der Stimmen, was einen Zugewinn von 8,3 Prozentpunkten im Vergleich zur Wahl vier Jahre zuvor bedeutete. Die PDS konnte ebenfalls 9,3 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte als zweitstärkste Liste 32,6% der Stimmen. Die CDU hingegen verlor 7,2 Prozentpunkte und erreichte nur noch 11,2%, ebenso musste das Bündnis 90/Die Grünen im Vergleich zur letzten Landtagswahl einen Verlust hinnehmen und erreichte nur noch 3,9% (-8,6). Die FDP verlor 2,7 Prozentpunkte und erhielt nun 2,1% der Stimmen, 2,0% entfielen auf andere Parteien.

In den Regionen, die der Peripherie zugerechnet werden, konnte die SPD bei der brandenburgischen Landtagswahl im Jahr 1994 ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen und

erreichte 54,7% (+16,4), während die CDU im Vergleich zur vorangegangenen Wahl 10,9 Prozentpunkte verlor und nur noch 19,5% der Stimmen erhielt. Während die PDS 4,9 Prozentpunkte dazu gewann und 17,4% erreichte, verlor das Bündnis 90/Die Grünen 6,1 Prozentpunkte und erreichte nur noch 2,8%. Die FDP erhielt 2,2% (-4,6) der Stimmen, 3,6% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

5.1.3 Landtagswahl 1999

Die Landtagswahl in Brandenburg vom 5. September 1999 brachte folgendes Ergebnis:

Tabelle 3: Endergebnis Landtagswahl 1999 Brandenburg

Partei	Stimmenanteil in %
SPD	39,3
CDU	26,6
PDS	23,3
DVU	5,3
Bündnis 90/Die Grünen	1,9
FDP	1,9
Sonstige Parteien	1,7

Quelle: <http://www.wahlen.brandenburg.de/sixcms/detail.php/250631> 09.01.2012

Im Gegensatz zur vorangegangenen Landtagswahl konnte die SPD diesmal keine Stimmenzugewinne verzeichnen sondern musste einen Verlust von 14,8 Prozentpunkten hinnehmen. Trotzdem blieb die SPD mit 39,3% der Stimmen die stärkste Partei im brandenburgischen Landtag. Die CDU konnte 7,9 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 26,6% der Stimmen. Auch die PDS konnte Zugewinne verzeichnen und erreichte mit 23,3% der Stimmen um 3,6 Prozentpunkte mehr als bei der Landtagswahl im Jahr 1994. Neu in den Landtag von Brandenburg zog die DVU ein, die 5,3% erreichte. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor einen Prozentpunkt und erzielte 1,9%, die FDP verlor 0,3 Prozentpunkte und verfehlte mit 1,9% der gültigen Wählerstimmen ebenso wie das Bündnis 90/Die Grünen den Einzug in den Landtag.

5.1.3.1 Unselbständige versus Selbständige

Unter den unselbständig tätigen Wählern verlor die SPD 9,6 Prozentpunkte, blieb aber mit 46,8% die stimmenstärkste Partei in dieser Wählergruppe. Die CDU konnte im Vergleich zur vorangegangenen Wahl 5,8 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 24,7% der Stimmen, während die PDS ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen konnte und auf 19,6% (+3,4) kam.

Die DVU erreichte 3,5% der Stimmen, das Bündnis 90/ die Grünen 3,0% (-2,6) und die FDP 1,8% (+1,0).

Unter den Selbständigen konnte die CDU mit einem Gewinn von 8,7 Prozentpunkten ihre Position als stimmenstärkste Partei stärken und erreichte mit 51,9% in dieser Wählergruppe sogar die absolute Mehrheit. Die SPD verlor hingegen 6,8 Prozentpunkte im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 1994 und erzielte bei den Selbständigen nur mehr 25,0%. Die PDS erreichte mit 13,5% beinahe das gleiche Ergebnis wie fünf Jahre zuvor (1994: 13,6%) und das Bündnis 90/Die Grünen gewann 3,5 Prozentpunkte dazu und erreichte 5,8%, während die FDP bei einem Verlust von 2,6 Prozentpunkten bei der Landtagswahl 1999 nur 1,9% der Stimmen der Selbständigen erreichte.

5.1.3.2 Religiöser Cleavage

In der Gruppe der katholischen beziehungsweise protestantischen Wähler blieb die SPD mit 45,2% die stärkste Partei, wenngleich dies einen Verlust von 9,5 Prozentpunkten bedeutete. Die CDU konnte 2,0 Prozentpunkte dazugewinnen und erreichte 33,0% während die PDS 7,1 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und ihren Stimmenanteil der vorangegangenen Wahl mit nun 12,7% mehr als verdoppelte. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 0,7 Prozentpunkte und erreichte 4,5%, die FDP gewann hingegen 1,8 Prozentpunkte hinzu und erreichte in dieser Wählergruppe 3,2%. Die bei dieser Wahl neu in den Landtag eingezogene DVU erreichte unter den konfessionell Gebundenen 1,4%.

Unter den konfessionell nicht gebundenen Wählern blieb die SPD ebenfalls trotz Verlusten von 12,6 Prozentpunkten mit nun 43,3% stimmenstärkste Partei. Die CDU gewann 9,4 Prozentpunkte dazu und überholte mit 24,1% die PDS, die 1,6 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 22,3% der Stimmen dieser Wählergruppe erzielte. Die DVU erreichte unter den konfessionell nicht gebundenen Wählern 4,5% der Stimmen, während das Bündnis 90/Die Grünen 3,0% (-2,5) und die FDP 1,6% (+0,8) erzielten. 1,2% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.1.3.3 Stadt versus Land

Unter Wählern, die in Ortschaften mit 50.000 Einwohnern oder weniger lebten erreichte die

SPD bei der Landtagswahl im September 2009 43,8% und somit um 10,9 Prozentpunkte weniger als noch fünf Jahre zuvor. Die CDU hingegen konnte in dieser Wählergruppe deutlich an Stimmen dazu gewinnen und erreichte 28,8%, im Vergleich zur Landtagswahl aus dem Jahr 1994 ein Gewinn von 7,2 Prozentpunkten. Auch die PDS konnte im Vergleich Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte nun 18,4% (+3,4), während das Bündnis 90/Die Grünen in dieser Wählergruppe 2,1 Prozentpunkte verlor und nur noch 3,2% der Stimmen erhielt, ebenso viele wie die DVU. Die FDP kam auf 2,0% (+1,0), der Rest von 0,6% entfiel auf andere Parteien.

Wie auch in kleineren Orten verlor die SPD auch unter den Wählern aus Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern an Zuspruch und erhielt hier nur noch 43,1% der Stimmen (-15,6), während die PDS und die CDU Zugewinne verbuchen konnten und nun auf 25,7% (+6,1) beziehungsweise 17,4% (+4,7) kamen. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichten 5,5% (-0,3), die DVU erhielt 3,7%, die FDP 2,8% (+1,7) und die NPD 0,9%.

5.1.3.4 Zentrum versus Peripherie

Wie schon bei den Landtagswahlen zuvor blieb die SPD auch 1999 in der Landeshauptstadt Potsdam die stimmenstärkste Partei, allerdings musste sie einen Verlust von 9,5 Prozentpunkten hinnehmen und erreichte somit nur noch 37,9% der Stimmen. Auch die PDS verlor Stimmenanteile, wenngleich in geringerem Ausmaß, sie erreichte nun 31,2% (-1,4). Die CDU hingegen konnte 9,8 Prozentpunkte gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl dazu gewinnen und erreichte 21,0%, während auch das Bündnis 90/Die Grünen 0,3 Prozentpunkte dazu gewann und 4,2% erreichte und auch die DVU 3,0% der Stimmen erhielt. 2,7% entfielen auf andere Parteien, darunter 1,5% auf die FDP.

Unter den Wählern, die nicht in der Landeshauptstadt lebten, musste die SPD mit einem Minus von 15,3 Prozentpunkten einen noch größeren Stimmenverlust hinnehmen als in Potsdam, blieb allerdings mit nun 39,4% weiterhin die Partei mit den meisten Stimmen. Im Gegensatz zur SPD konnte die CDU 7,4 Prozentpunkte dazu gewinnen und erhielt 26,9% der Stimmen, und auch der PDS gelang ein Zuwachs an Stimmenanteilen, sie erzielte ein Ergebnis von 22,8%, um 5,4 Prozentpunkte mehr als bei der vorherigen Landtagswahl. Die DVU erreichte 5,4%, das Bündnis 90/Die Grünen 1,8% (-1,0) und die FDP 1,9% (-0,3), 1,7%

der Stimmen entfielen auf andere Parteien und politische Vereinigungen.

5.1.4 Landtagswahl 2004

Die brandenburgische Landtagswahl vom 19. September 2004 brachte folgendes Endergebnis:

Tabelle 4: Endergebnis Landtagswahl 2004 Brandenburg

Partei	Stimmenanteil in %
SPD	31,9
PDS	28,0
CDU	19,4
DVU	6,1
Bündnis 90/Die Grünen	3,6
FDP	3,3
Sonstige Parteien	7,7

Quelle: <http://www.wahlen.brandenburg.de/sixcms/detail.php/250631> 09.01.2012

Die SPD erreichte, wie bereits bei den vorherigen Wahlen in Brandenburg die meisten Stimmenanteile, wenngleich sie einen Verlust von 7,4 Prozentpunkten hinnehmen musste und nur noch 31,9% der Stimmen erhielt. Zweitstärkste Partei im Landtag von Brandenburg wurde bei der Wahl im Jahr 2004 die PDS, die 4,7 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und mit nun 28% die CDU überholte, die bei einem Verlust von 7,4 Prozentpunkten nur noch 19,4% erreichte. Auf den vierten Platz kam bei der Landtagswahl 2004 die DVU, die 0,8 Prozentpunkte dazugewinnen konnte und mit 6,1% der Stimmen den Wiedereinzug in den brandenburgischen Landtag schaffte. Das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP scheiterten jedoch schon wie bei der vorangegangenen Wahl und schafften trotz Gewinnen von 1,7 beziehungsweise 1,4 Prozentpunkten mit 3,6% beziehungsweise 3,3% den Einzug in das Landesparlament nicht. Auf sonstige Parteien entfielen bei dieser Landtagswahl 7,7%, davon unter anderen 2,6% auf die Partei FAMILIE und 1,0% auf 50 Plus.

5.1.4.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Gruppe der unselbständig Tätigen verlor die SPD 11,5 Prozentpunkte, blieb aber, da auch die bei der letzten Wahl in dieser Gruppe zweitplatzierte CDU Stimmenanteile verlor, mit 35,3% stimmenstärkste Partei. Die PDS konnte hingegen 5,4 Prozentpunkte dazu gewinnen und überholt mit nun 25,0% die CDU, die mit 20,8% (-3,9) auf den dritten Rang bei den Unselbständigen zurück fiel. Das Bündnis 90/Die Grünen wurde von 5,4% der

Unselbständigen gewählt, was einen Gewinn von 2,4 Prozentpunkten bedeutete. Die FDP erreichte 3,4% (+1,6) und die DVU 3,2% (-0,3), während 6,9% der unselbständig Tätigen eine andere Partei wählten.

Unter den Selbständigen wurde nun ebenfalls die SPD, mit einem Zugewinn von 1,7 Prozentpunkten und damit 26,7% stimmenstärkste Partei, während die CDU mehr als die Hälfte ihrer Wähler verlor und nur noch 25,6% der Stimmen erreichte. Das entsprach einem Verlust von 26,3 Prozentpunkten im Vergleich zur Wahl im Jahr 1999. Die PDS gewann 5,1 Prozentpunkte dazu und kam auf 18,6% der Stimmen und das Bündnis 90/Die Grünen erreichte mit einem Zugewinn von 7,0 Prozentpunkten nun 12,8% der Wählerstimmen. Auch die FDP konnte in dieser Wählergruppe dazu gewinnen und erreichte 6,8% (+3,9), die DVU erreichte 3,7%, während 6,8% der Selbständigen Wähler sich für andere Parteien entschieden.

5.1.4.2 Religiöser Cleavage

Entlang der religiösen Trennungslinie zwischen katholischen und protestantischen konfessionell Gebundenen beziehungsweise nicht Gebundenen ergab sich folgendes Ergebnis: Die konfessionell gebundenen Wähler entschieden sich zu 33,6% für die SPD, was einem Verlust von 11,6 Prozentpunkten entspricht. Die CDU verlor ebenfalls Stimmenanteile und erreichte 2004 29,5% der Stimmen in dieser Wählergruppe (-3,5). Zugewinne erzielen konnte im Gegensatz zu den beiden größten Parteien in der Gruppe der konfessionell Gebundenen die PDS, die bei einem Zugewinn von 2,3 Prozentpunkten 15,0% erreichte und vor allem das Bündnis 90/Die Grünen, dass 5,5 Prozentpunkte mehr erreichte als 1999 und bei dieser Wahl 10,0% der Stimmen erhielt. Die FDP konnte in dieser Wählergruppe ebenfalls Zugewinne verzeichnen und erreichte mit 5,5% um 2,3 Prozentpunkte mehr als 1999. Die DVU erzielte mit 1,4% der Stimmen in der Gruppe der konfessionell Gebundenen exakt das gleiche Ergebnis wie bei der vorangegangenen Wahl, 5,0% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Bei den nicht konfessionell gebundenen Wählern blieb die SPD trotz eines Verlustes von 9,3 Prozentpunkten mit 34,0% die stimmenstärkste Partei vor der PDS, die 6,2 Prozentpunkte dazugewann und 28,5% der Stimmen erreichte. Die CDU verlor 6,8 Prozentpunkte und fiel damit mit nun 17,3% in dieser Wählergruppe wieder deutlich hinter die PDS zurück. Das Bündnis 90/Die Grünen gewann 2,7 Prozentpunkte gegenüber der Wahl von 1999 dazu und

erreichte 5,7%, während die DVU 0,6 Prozentpunkte verlor und 3,9% erreichte. Die FDP erreichte 2,9% (+1,3), 7,7% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.1.4.3 Stadt versus Land

Bei den Wählern, die in Orten mit bis zu 50.000 Einwohnern lebten verlor die SPD bei der Landtagswahl im Jahr 2004 im Vergleich zur vorangegangenen Wahl wiederum 10,6 Prozentpunkte und erreichte nur noch 33,2%, womit sie allerdings noch die stimmenstärkste Partei in dieser Wählergruppe blieb. Die CDU verlor ebenfalls Stimmenanteile und erreichte nur noch 21,2% (-7,6), womit sie bei dieser Wahl in Orten bis zu 50.000 Einwohnern weniger Stimmen erhielt als die PDS, die mit einem Zugewinn von 7,4 Prozentpunkten nun 25,8% der Stimmen dieser Gruppe erreichte. Die Grünen konnten im Vergleich zur Landtagswahl aus dem Jahr 1999 2,8 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichten 6,0%. Ebenso erhielten auch die FDP, die auf 3,5% der Stimmen kam (+1,5) und die DVU (3,3%, +0,1) mehr Stimmenanteile als bei der vorangegangenen Wahl. 7,0% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

Eine etwas andere Entwicklung als in kleineren Ortschaften lässt sich bei der Landtagswahl 2004 unter den Wählern erkennen, die in Orten und Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern lebten. Zwar verlor die SPD im Vergleich zur Wahl fünf Jahre zuvor auch hier Stimmenanteile und erreichte nur noch 34,2% (-8,9). Allerdings konnte in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern die CDU Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte in dieser Wählergruppe 21,1% (+3,7) während die PDS Verluste hinnehmen musste und nur noch 18,4% (-7,3) der Stimmen erhielt. Große Zugewinne konnten in dieser Gruppe die Grünen verbuchen, die im Vergleich zur Landtagswahl fünf Jahre zuvor 7,7 Prozentpunkte gewannen und somit 13,2% der Stimmen erhielten. Die FDP konnte ebenfalls dazu gewinnen und erreichte 5,3%, um 2,5 Prozentpunkte mehr als im Jahr 1999, die DVU hingegen musste einen Verlust von 1,1 Prozentpunkten hinnehmen und wurde nur noch von 2,6% der Wahlberechtigten gewählt. 5,2% der Wähler entschlossen sich zur Wahl einer anderen Partei.

5.1.4.4 Zentrum versus Peripherie

In der Landeshauptstadt Potsdam blieb die SPD auch bei der Landtagswahl im Jahr 2004 trotz

eines Verlustes von 2,8 Prozentpunkten mit 35,1% die stimmenstärkste Partei vor der PDS, die ebenfalls 0,9 Prozentpunkte verlor und 30,3% erreichte. Auch die CDU verlor im Vergleich zur Landtagswahl fünf Jahre zuvor, sie erreichte nur noch 14,3% (-6,7) der Stimmen. Im Gegensatz dazu konnte das Bündnis 90/Die Grünen 3,5 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 7,7%, auch die DVU und die FDP erreichten mehr Stimmenanteile als fünf Jahre zuvor, sie erhielten 3,1% (+0,1) beziehungsweise 2,6% (+1,1). 6,9% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

Unter den Wählern, die in der Peripherie zugerechneten Regionen lebten, blieb die SPD ebenfalls die stimmenstärkste Partei, wenngleich sie auch in dieser Wählergruppe 7,7 Prozentpunkte gegenüber der letzten Landtagswahl verlor und nur noch 31,7% erreichte. Im Gegensatz zur SPD konnte die PDS in peripheren Gebieten Stimmenanteile dazu gewinnen, sie erreichte mit 27,8% um 5,0 Prozentpunkte mehr als bei der Landtagswahl im Jahr 1999. Die CDU hingegen verlor 7,1 Prozentpunkte und erreichte nur noch 19,6% der Stimmen. Die DVU konnte 0,9 Prozentpunkte dazu gewinnen und erhielt 6,3% und auch das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP konnten Zugewinne von jeweils 1,5 Prozentpunkten verbuchen und ihren Stimmenanteil auf 3,3% beziehungsweise 3,4% steigern. 7,8% entfielen auf andere Bewerber.

5.1.5 Landtagswahl 2009

Die Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 brachte folgendes Ergebnis:

Tabelle 5: Endergebnis Landtagswahl 2009 Brandenburg

Partei	Stimmenanteil in %
SPD	33,0
Die Linke ¹⁴¹	27,2
CDU	19,8
FDP	7,2
Grüne	5,7
DVU	1,1
Sonstige Parteien	6,0
Wahlbeteiligung	67,0

Quelle: <http://www.wahlen.brandenburg.de/sixcms/detail.php/250631> 09.01.2012

Die SPD konnte nach 2 Landtagswahlen, bei denen sie Stimmenverluste zu verzeichnen hatte,

¹⁴¹ Bis 2005: PDS

bei der Landtagswahl 2009 erstmals wieder Zugewinne im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl verzeichnen und erreichte 33,0% der Stimmen (+1,1). Die Linke, bis 2005 unter dem Namen PDS bei Wahlen angetreten, verlor 0,8 Prozentpunkte aber blieb mit 27,2% zweitstärkste Partei im Landesparlament von Brandenburg. Die CDU konnte 0,4 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 19,8% der Stimmen, während die FDP mit einem Zugewinn von 4,1 Prozentpunkten auf 7,2% kam und wieder, zum ersten Mal seit den Wahlen im Jahr 1990, in den Landtag einzog. Ebenso schafften die Grünen mit einem Zugewinn von 2,1 Prozentpunkten und nun 5,7% der gültigen Wählerstimmen zum ersten Mal seit 19 Jahren den Einzug in den brandenburgischen Landtag. Aus diesem musste nun hingegen die DVU ausscheiden, die 5,0 Prozentpunkte im Vergleich zur Landtagswahl 2004 verlor und nur noch 1,1% erreichte. Auf andere Parteien entfielen insgesamt 6,0%.

5.1.5.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Gruppe der Unselbständigen erzielte die SPD einen Zugewinn von 1,0 Prozentpunkten und erreichte 36,2% der Stimmen, womit sie in dieser Gruppe stimmenstärkste Partei blieb. Die Linke konnte ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte mit 25,8% um 0,7 Prozentpunkte mehr als bei der Landtagswahl im Jahr 2004. Die CDU wurde, genau wie bei der vorangegangenen Landtagswahl, von 20,9% der Unselbständigen gewählt, während die FDP 3,9 Prozentpunkte dazu gewann und 7,4% erreichte und Die Grünen mit einem Plus von 1,8 Prozentpunkten 7,1% der Stimmen der Unselbständigen auf sich vereinigen konnten. Die DVU verlor 3,0 Prozentpunkte und erreichte nur mehr 0,3%, ebenso wie die NPD.

Die CDU konnte in der Wählergruppe der selbständig Tätigen 1,8 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 26,8%. Die Linke gewann ebenfalls Stimmenanteile dazu und erreichte 22,8% der Stimmen der Selbständigen (gegenüber LTW 2004: + 5,7), während die SPD, die in dieser Wählergruppe sowohl von der CDU als auch von der Linken überholt wurde, bei einem Verlust von 4,3 Prozentpunkten nun 22,0% erreichte. Neben der CDU und der Linken konnte auch die FDP Zugewinne verzeichnen und erreichte 13,0% (gegenüber LTW 2004: +5,4) während die Grüne 3,9 Prozentpunkte verloren und 10,6% erreichten. Die DVU verlor auch in dieser Wählergruppe 2,8 Prozentpunkte und erreichte 0,8% genau so viel, wie die NPD.

5.1.5.2 Religiöser Cleavage

Bei den katholische oder protestantisch konfessionell gebundenen Wählern überholte die CDU bei einem Zugewinn von 5,8 Prozentpunkten die SPD, die 0,4 Prozentpunkte verlor, und wurde mit 35,3% stimmenstärkste Partei dieser Wählergruppe, vor der SPD mit 33,2%. Die Linke verlor 4,7 Prozentpunkte und erreichte 10,3% während die FDP 3,4 Prozentpunkte an Zugewinnen verzeichnen konnte und mit 8,9% die Grünen überholte, die 1,4 Prozentpunkte verloren und nun bei 8,6% der Wählerstimmen hielten.

Bei den nicht konfessionell gebundenen Wählern konnte die SPD 0,6 Prozentpunkte dazugewinnen und mit 34,6% ihre Position als stimmenstärkste Partei vor der Partei Die Linke behaupten, die 1,3 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 29,8% erreichte. Die CDU verlor in dieser Wählergruppe hingegen 0,5 Prozentpunkte und erreichte 16,8%. Die FDP erreichte 7,6% der Stimmen der nicht katholisch oder protestantischen Wähler (+4,7), die Grünen 7,3% (+1,6) und die DVU verlor im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl 3,3 Prozentpunkte und erhielt nur noch 0,6% in dieser Wählergruppe. 3,3% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.1.5.3 Stadt versus Land

Unter den Wählern die in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten gab es bei der brandenburgischen Landtagswahl 2009 im Vergleich zu jener fünf Jahre zuvor, vor allem unter den größeren Parteien, nur kleinere Veränderungen in der Stimmenverteilung. Die SPD erhielt 2009 33,5% der Stimmen, womit sie um 0,3% über dem Wert von 2004 lag. Die Linke, die bis 2005 bei Wahlen noch unter dem Namen PDS angetreten war, erreichte nun 24,8% (-1,0), die CDU erreichte um 0,2 Prozentpunkte mehr als fünf Jahre zuvor und somit 21,4%. Die Grünen konnten 1,5 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichten somit 7,5% während die FDP einen Zugewinn von 4,8 Prozentpunkten verbuchen konnte und nun bei 8,3% hielt. Die DVU verlor in Orten mit bis zu 50.000 Einwohnern beinahe ihre gesamte Wählerschaft und erhielt nur noch 0,6% der Stimmen (-2,7), die NPD erreichte ebenfalls 0,6%. 3,3% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Bei den Wählern, die in Orten mit über 50.000 Einwohnern lebten, konnten bei der Landtagswahl 2009 die drei stimmenstärksten Parteien der Landtagswahl aus dem Jahr 2004

noch einmal Anteile dazu gewinnen. Die SPD erreichte mit einem Zugewinn von 2,8 Prozentpunkten diesmal 37,0% der Stimmen, womit sie deutlich die stimmenstärkste Partei blieb. Die Linke konnte 6,9 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 25,3% und die CDU erhielt 22,2% der Stimmen dieser Wählergruppe, 1,1 Prozentpunkte mehr als bei der brandenburgischen Landtagswahl 2004. Im Gegensatz dazu mussten die Grünen einen Verlust von 5,8 Prozentpunkten hinnehmen, womit sie nur noch 7,4% erreichten. Die FDP wurde von 6,8% der Wahlberechtigten gewählt, dies entspricht 1,5 Prozentpunkten mehr als 2004. 1,3% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

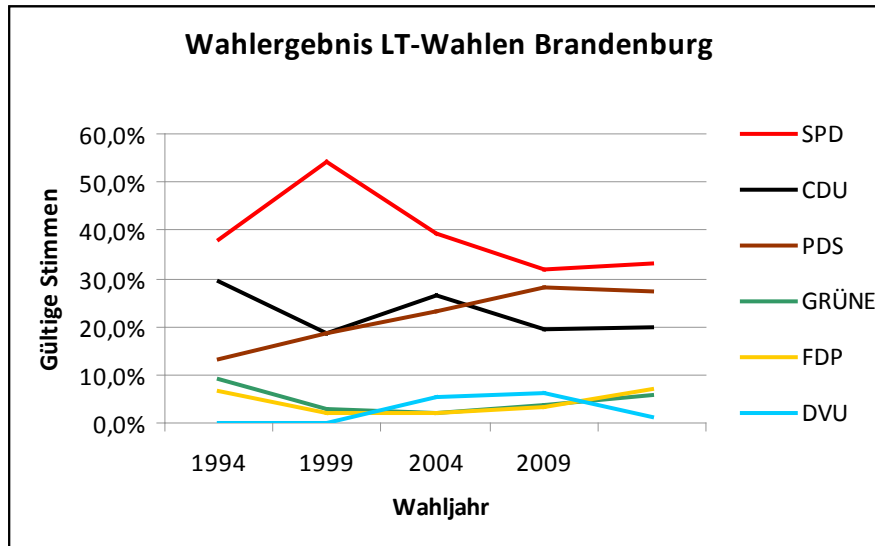
5.1.5.4 Zentrum versus Peripherie

Die SPD verlor bei der brandenburgischen Landtagswahl im Jahr 2009 in Landeshauptstadt 3,8 Prozentpunkte gegenüber der vorangegangenen Wahl und damit auch die relative Mehrheit, da Die Linke in Potsdam 3,1 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und somit 33,4% der Stimmen erhielt. Die CDU erhielt bei einem Zugewinn von 1,2 Prozentpunkten 2009 15,5% der Stimmen, während die Grünen 2,8 Prozentpunkte dazu gewannen und 10,5% erreichten. Auf die FDP entfielen 7,0%, was einem Gewinn von 4,4 Prozentpunkten im Vergleich zur vorherigen Wahl entspricht, 2,3% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

Während die SPD somit die relative Stimmenmehrheit in Potsdam verlor, konnte sie diese außerhalb der Hauptstadt mit einem knappen Vorsprung gegenüber der PDS halten. Die SPD verlor zwar 1,5 Prozentpunkte, blieb aber mit 30,2% die stimmenstärkste Partei in den der Peripherie zugerechneten Regionen. Die PDS erhielt 29,2% der Stimmen, womit das Ergebnis um 1,4 Prozentpunkte über jenem von der Wahl im Jahr 2004 lag, während die CDU ebenfalls 3,0 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 22,8% erreichte. Die FDP erreichte 6,3% und damit 2,9 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl fünf Jahre zuvor und auch die Grünen konnten 2,3 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichten somit 5,6%. 6,0% der Stimmen entfielen bei dieser Wahl auf andere Parteien.

5.1.6 Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1990 bis 2009

Abbildung 1: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009

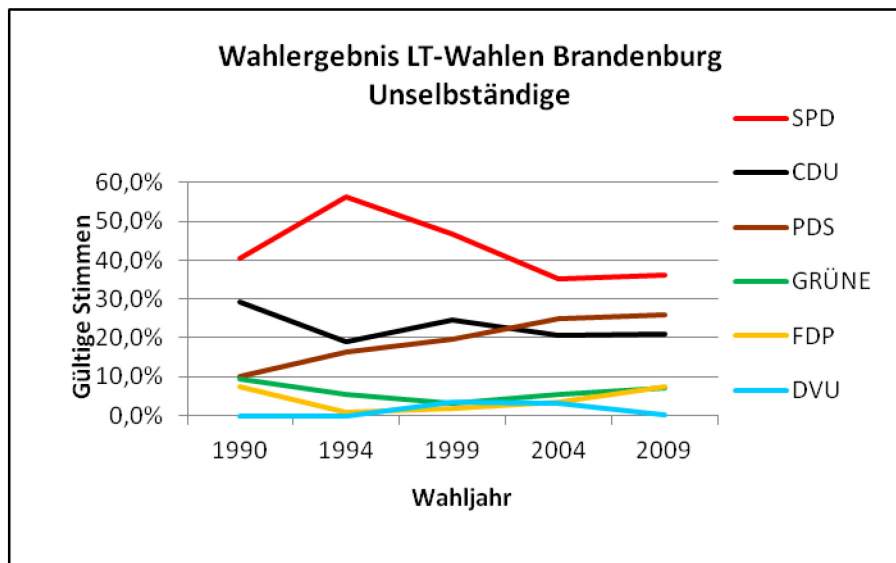


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Bei allen fünf untersuchten Landtagswahlen in Brandenburg im Zeitraum von 1990 bis 2009 erreichte die SPD jeweils die meisten Stimmenanteile, im Jahr 1994 mit 54,1% sogar eine absolute Stimmenmehrheit. Während die CDU ihr höchstes Ergebnis bei der ersten Wahl im Jahr 1990 mit 29,5% erreichte, womit sie die zweitstärkste Kraft stellte, und ihr Stimmenanteil bei den letzten beiden Wahlen in den Jahren 2004 und 2009 unter 20% blieb, konnte die PDS in der Zeit von 1990 bis 2004 kontinuierlich Stimmenanteile dazu gewinnen. Bei den Landtagswahlen in den Jahren 2004 und 2009 erhielt sie mit 28,0% beziehungsweise 27,2% jeweils den zweithöchsten Stimmenanteil. Die Grünen und die FDP schafften bei der Landtagswahl im Jahr 1990 mit 9,2% beziehungsweise 6,6% der Stimmen den Einzug in den Landtag von Brandenburg, scheiterten bei den darauffolgenden drei Wahlen allerdings jeweils an der 5%-Hürde, während die DVU nur in den Jahren 1999 und 2004 den Einzug in das Landesparlament schaffte. Bei der Landtagswahl im Jahr 2009 scheiterte die DVU an der 5%-Hürde, während sowohl die FDP als die Grünen mit 7,2% beziehungsweise 5,7% der Stimmen erstmals seit dem Jahr 1990 wieder Sitze im Landtag erringen konnten.

5.1.6.1 Unselbständige versus Selbständige

Abbildung 2: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 Unselbständige



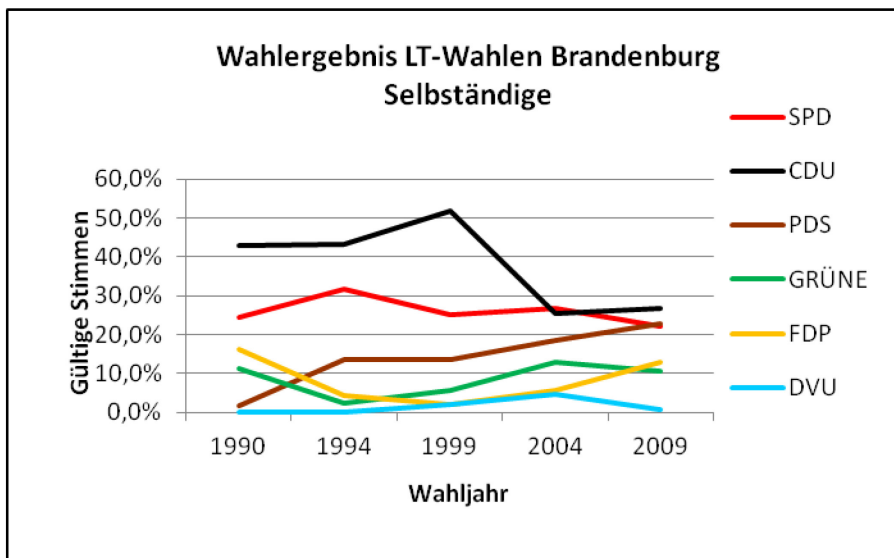
Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Unter den Unselbständigen in Brandenburg konnte die SPD bei den fünf Landtagswahlen von 1990 bis 2009 stets die meisten Stimmen erreichen, nachdem sie bei der Wahl im Jahr 1994 sogar die absolute Stimmenmehrheit erlangte, verlor sie zwar bei den darauf folgenden Wahlen, pendelte sich schließlich aber bei etwas über 35% ein. Während die CDU ihr bestes Ergebnis im Jahr 1990 mit 29,3% schaffte, das sie danach nicht mehr erreichte und kontinuierlich etwas über 20% der Stimmen erhielt, konnte die PDS stetig Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 2009 mit 25,8% ihr bestes Wahlergebnis. Sowohl die FDP als auch Die Grünen, die bei der Wahl 1990 jeweils knapp unter 10% der Stimmen erhielten, verloren danach parallel Stimmenanteile, ehe sie bis zur Landtagswahl im Jahr 2009 ihre jeweils besten Ergebnisse seit 1990 holten und 7,4% beziehungsweise 7,1% erreichten.

Während unter den Unselbständigen die SPD konstant die meisten Stimmen erhielt, war unter den Selbständigen die CDU, mit Ausnahme der Wahl im Jahr 2004, die stimmenstärkste Partei. Nach einer absoluten Mehrheit im Jahr 1999 musste sie zwar im Jahr 2004 sogar die relative Stimmenmehrheit an die SPD abgeben, gewann diese allerdings 2009 wieder zurück. Während die SPD konstant zwischen 20% und 30% erreichte, was durch den „Absturz“ der CDU im Jahr 2004 sogar zur relativen Mehrheit ausreichte, gewann die PDS, wie auch in der Wählergruppe der unselbständig Tätigen kontinuierlich dazu und erreichte schließlich 2009 mit 22,8% der Stimmen um 0,8 Prozentpunkte mehr als die SPD. Für die FDP sowie Die

Grünen lässt sich über die fünf Wahlperioden eine ähnliche Entwicklung erkennen, wie unter den unselbständigen Wählern, nach großen Verlusten im Jahr 1994 konnten sie kontinuierlich wieder Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichten 2009 jeweils das beste Wahlergebnis seit 1990. Des Weiteren ist festzustellen, dass mit Ausnahme des Jahres 1994, sowohl Die Grünen als auch die FDP unter den selbständig Tätigen stets einen höheren Stimmenanteil erreichten als unter den Unselbständigen, für die CDU trifft dies auf alle fünf Wahlen zu, während es sich sowohl für die SPD als auch für die PDS genau umgekehrt verhält.

Abbildung 3: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 Selbständige



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

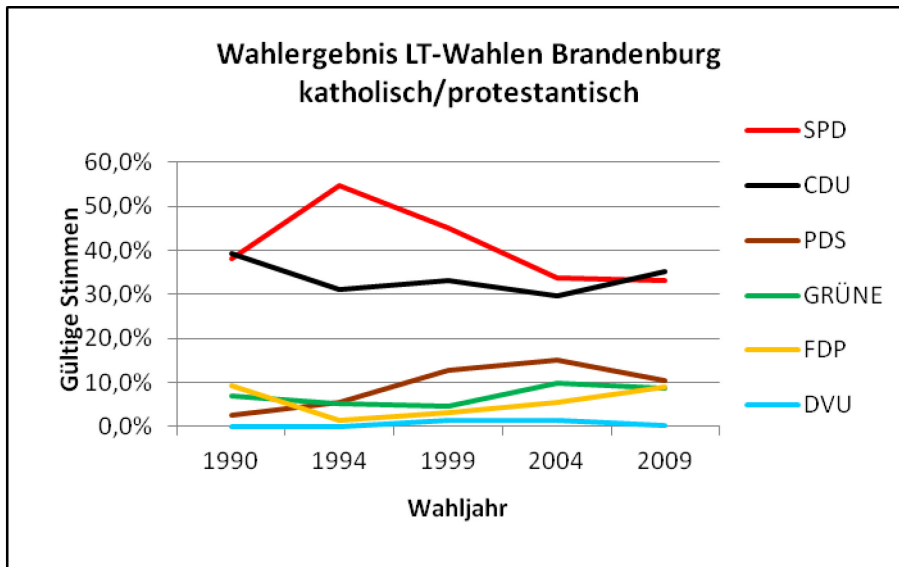
5.1.6.2 Religiöser Cleavage

Bei den katholischen oder protestantisch konfessionell gebundenen Wählern überholte die CDU bei einem Zugewinn von 5,8 Prozentpunkten die SPD, die 0,4 Prozentpunkte verlor, und wurde mit 35,3% stimmenstärkste Partei dieser Wählergruppe, vor der SPD mit 33,2%. Die Linke verlor 4,7 Prozentpunkte und erreichte 10,3% während die FDP 3,4 Prozentpunkte an Zugewinnen verzeichnen konnte und mit 8,9% Die Grünen überholte, die 1,4 Prozentpunkte verloren und nun bei 8,6% der Wählerstimmen hielten.

Bei den nicht konfessionell gebundenen Wählern konnte die SPD 0,6 Prozentpunkte dazugewinnen und mit 34,6% ihre Position als stimmenstärkste Partei vor der Partei Die Linke behaupten, die 1,3 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 29,8% erreichte. Die CDU verlor in dieser Wählergruppe hingegen 0,7 Prozentpunkte und erreichte 16,6%. Die

FDP erreichte 7,6% der Stimmen der nicht katholisch oder protestantischen Wähler (gegenüber LTW 2004: +4,7), Die Grünen 7,3% (gegenüber LTW 2004: +1,6) und die DVU verlor im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl 3,3 Prozentpunkte und erhielt nur noch 0,6% in dieser Wählergruppe.

Abbildung 4: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 katholisch/protestantisch

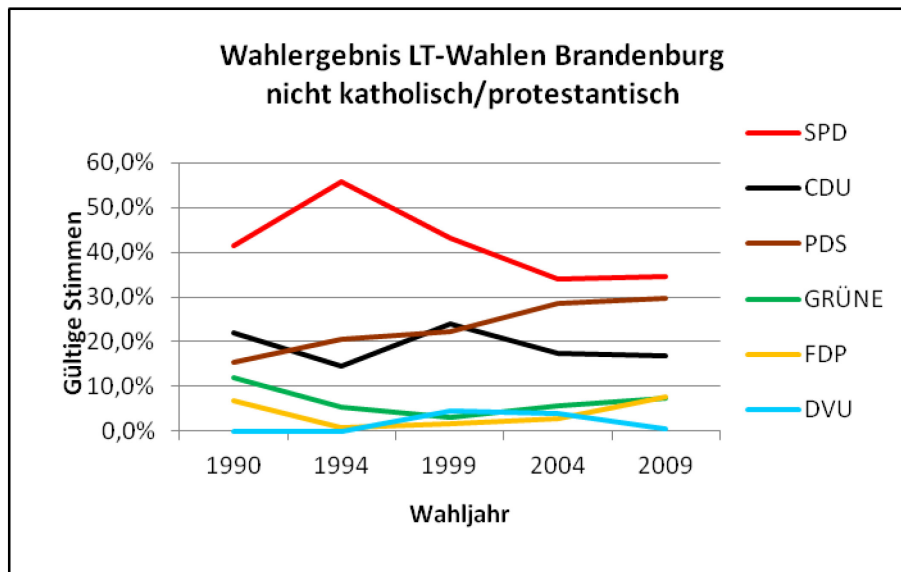


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Unter den konfessionell Gebundenen konnte die CDU zwar bei der Wahl im Jahr 1990 die meisten Stimmen erlangen in den darauf folgenden Wahlen blieb aber die SPD in dieser Wählergruppe die stimmenstärkste Partei mit bis zu 23,7 Prozentpunkten mehr als die CDU (1994). Die PDS konnte sich ab der Wahl im Jahr 1994 als drittstärkste Kraft in dieser Wählergruppe etablieren, wenngleich Die Grünen und die FDP den Abstand bei der Wahl im Jahr 2009 verringern konnten.

Im Vergleich dazu war die SPD in der Wählergruppe der nicht konfessionell Gebundenen bei allen Landtagswahlen in Brandenburg seit 1990 die stimmenstärkste Partei, wenngleich sie die 1994 erreichte absolute Stimmenmehrheit danach nicht mehr erreichen konnte. Im Gegensatz zu der Gruppe der konfessionell Gebundenen etablierte sich die PDS hier ab 2004 mit etwas unter 30% der Stimmen als zweitstärkste Kraft hinter der SPD, während der Anteil der CDU unter 20% sank. Wie die CDU erreichten auch Die Grünen und die FDP bei allen fünf Landtagswahlen in der Gruppe der konfessionell Gebundenen ein höheres Ergebnis als unter den nicht konfessionell Gebundenen, während es sich bei der PDS genau umgekehrt, bei der SPD allerdings relativ ausgeglichen verhält.

Abbildung 5: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 nicht katholisch/protestantisch



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

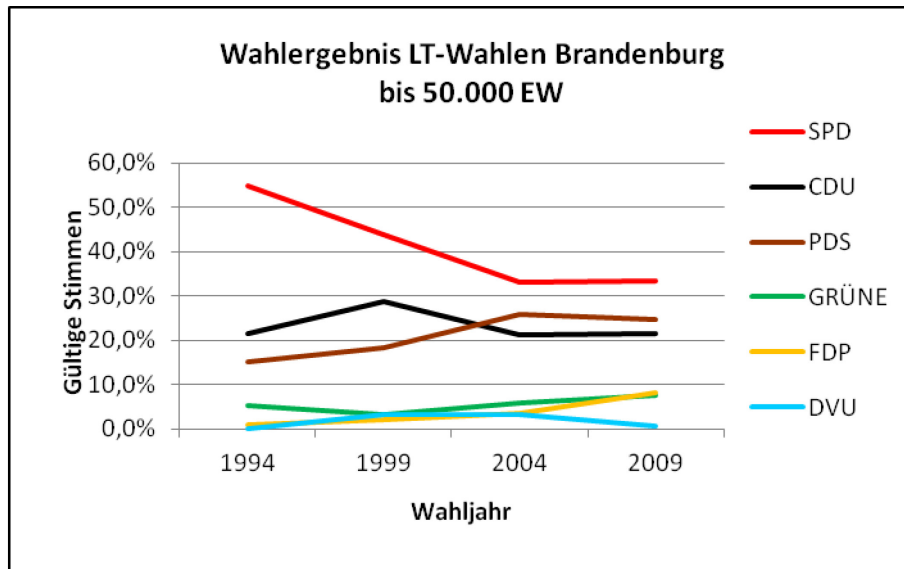
5.1.6.3 Stadt versus Land

Unter den Wählern, die in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten, gab es bei der brandenburgischen Landtagswahl 2009 im Vergleich zu jener fünf Jahre zuvor, vor allem unter den größeren Parteien, nur kleinere Veränderungen in der Stimmenverteilung. Die SPD erhielt 2009 33,5% der Stimmen, womit sie um 0,3% über dem Wert von 2004 lag. Die Linke, die bis 2005 bei Wahlen noch unter dem Namen PDS angetreten war, erreichte nun 24,8% (-1,0), die CDU erreichte um 0,2 Prozentpunkte mehr als fünf Jahre zuvor und somit 21,4%. Die Grünen konnten 1,5 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichten somit 7,5% während die FDP einen Zugewinn von 4,8 Prozentpunkten verbuchen konnte und nun bei 8,3% hielt. Die DVU verlor in Orten mit bis zu 50.000 Einwohnern beinahe ihre gesamte Wählerschaft und erhielt nur noch 0,6% der Stimmen (-2,7), die NPD erreichte ebenfalls 0,6%. 3,3% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Bei den Wählern, die in Orten mit über 50.000 Einwohnern lebten konnten bei der Landtagswahl 2009 die drei stimmenstärksten Parteien der Landtagswahl aus dem Jahr 2004 nochmal Anteile dazu erreichen mit einem Zugewinn von 2,8 Prozentpunkten diesmal 37,0% der Stimmen, womit sie deutlich die stimmenstärkste Partei blieb. Die Linke konnte 6,9 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 25,3% und die CDU erhielt 22,2% der Stimmen dieser Wählergruppe, 1,1 Prozentpunkte mehr als bei der brandenburgischen Landtagswahl

2004. Im Gegensatz dazu mussten Die Grünen einen Verlust von 5,8 Prozentpunkten hinnehmen, womit sie nur noch 7,4% erreichten. Die FDP wurde von 6,8% der Wahlberechtigten gewählt, dies entspricht 1,5 Prozentpunkten mehr als 2004. 1,3% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

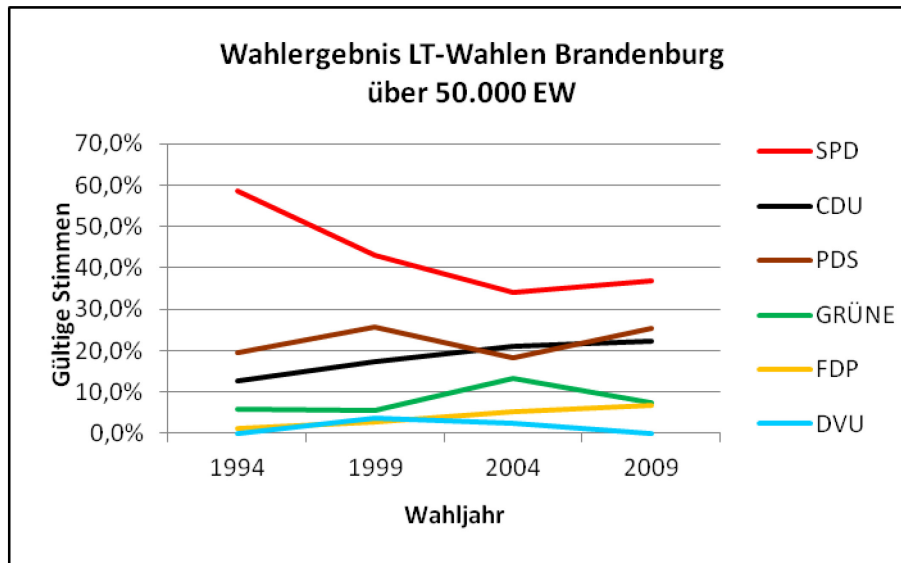
Abbildung 6: Ergebnisse LTW Brandenburg 1994-2009 bis 50.000 EW



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Im Vergleich zwischen Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern einerseits und größeren Städten andererseits fallen ähnliche Entwicklungen auf, in beiden Wählergruppen verlor die SPD ausgehend von einer absoluten Mehrheit im Jahr 1994 kontinuierlich und pendelte sich ab 2004 zwischen 30% und 40% ein, während die CDU und die PDS um den zweiten Platz „duellierten“, wobei beide jeweils um die 20% bei ihren jeweils besten Ergebnissen knapp über 25% erreichten. Sowohl die FDP als auch Die Grünen erreichten in der Regel in Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern mehr Stimmenanteile als in kleineren Orten, wobei sie allerdings, mit Ausnahme der Grünen bei der Wahl im Jahr 2004 in Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern, unter 10% der Stimmen erhielten. Die DVU erreichte sowohl in Orten bis zu 50.000 Einwohnern als auch in größeren Städten maximal 3,7% der Stimmen bei Landtagswahlen.

Abbildung 7: Ergebnisse LTW Brandenburg 1994-2009 über 50.000 EW



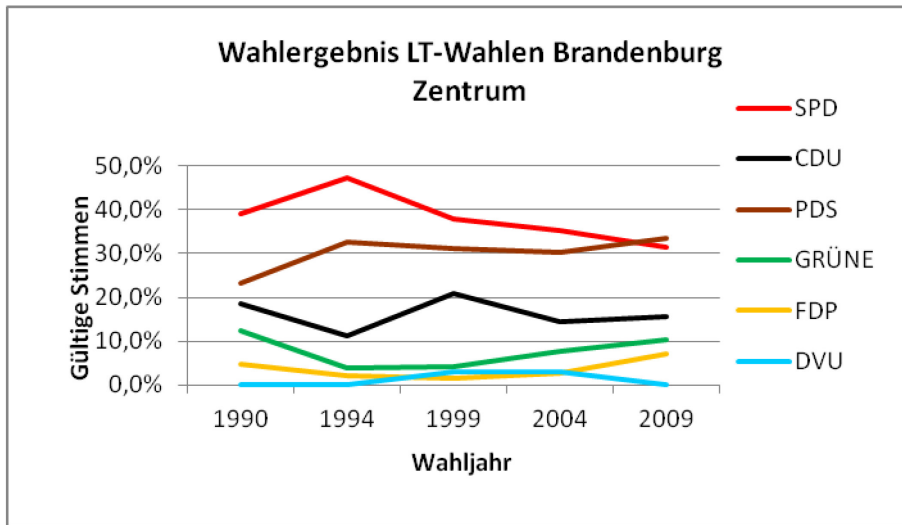
Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.1.6.4 Zentrum versus Peripherie

Die SPD verlor bei der brandenburgischen Landtagswahl im Jahr 2009 in Landeshauptstadt 3,8 Prozentpunkte gegenüber der vorangegangenen Wahl und damit auch die relative Mehrheit, da Die Linke in Potsdam 3,1 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und somit 33,4% der Stimmen erhielt. Die CDU erhielt bei einem Zugewinn von 1,2 Prozentpunkten 2009 15,5% der Stimmen, während Die Grünen 2,8 Prozentpunkte dazu gewannen und 10,5% erreichten. Auf die FDP entfielen 7,0%, was einem Gewinn von 4,4 Prozentpunkten im Vergleich zur vorherigen Wahl entspricht, 2,3% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

Während die SPD somit die relative Stimmenmehrheit in Potsdam verlor, konnte sie diese außerhalb der Hauptstadt mit einem knappen Vorsprung gegenüber der PDS halten. Die SPD verlor zwar 1,5 Prozentpunkte, blieb aber mit 30,2% die stimmenstärkste Partei in den der Peripherie zugerechneten Regionen. Die PDS erhielt 29,2% der Stimmen, womit das Ergebnis um 1,4 Prozentpunkte über jenem von der Wahl im Jahr 2004 lag, während die CDU ebenfalls 3,0 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 22,8% erreichte. Die FDP erreichte 6,3% und damit 2,9 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl fünf Jahre zuvor und auch Die Grünen konnten 2,3 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichten somit 5,6%. 6,0% der Stimmen entfielen bei dieser Wahl auf andere Parteien.

Abbildung 8: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 Zentrum



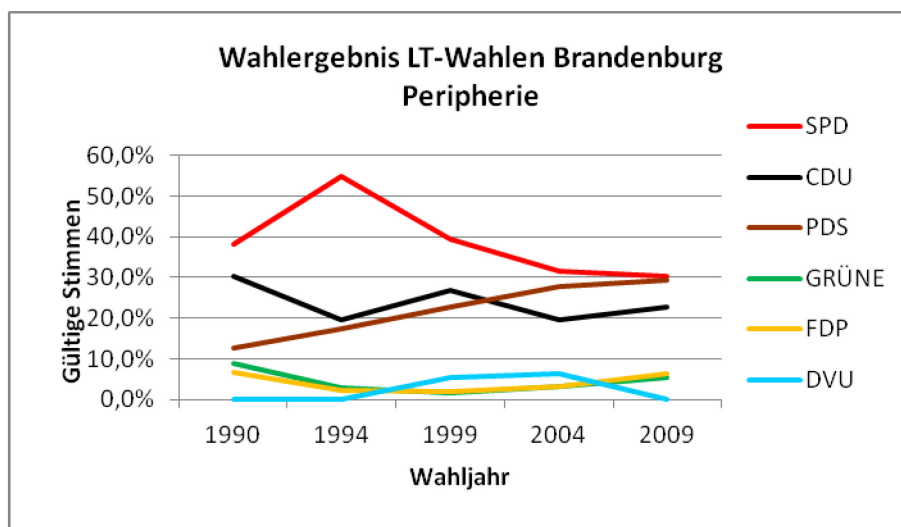
Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

In der brandenburgischen Hauptstadt Potsdam erhielt die SPD bei den Wahlen von 1990 bis 2004 die meisten Stimmen, während die PDS 2009 mit 33,4% zur stimmenstärksten Partei wurde. Die CDU konnte nur bei der Wahl im Jahr 1999 mehr als 20% erreichen, während zwischen mindestens 3,9% (1994) und maximal 12,5% (1990) blieben, damit aber bei allen fünf Wahlen jeweils mehr Stimmen erhielten als die FDP, beide Parteien verloren nach 1990, konnten sich aber nach der Wahl 1999 wieder kontinuierlich steigern. Die DVU erreichte 2004 mit 3,1% ihr bestes Ergebnis, womit sie wie auch bei der Wahl im Jahr 1999 mehr Stimmenanteile erreichte als die FDP.

In den Gebieten der Peripherie war die SPD bei allen fünf untersuchten Wahlen die Partei mit den meisten Stimmen, wenngleich sie nach einem Zuwachs bei der Wahl im Jahr 1994 danach kontinuierlich verlor. Die CDU, die bei der ersten Wahl im Jahr 1990 noch 30,4% erreicht hatte, pendelte sich danach bei etwas über 20% ein, womit sie ab der Landtagswahl im Jahr 2004 nur noch drittstärkste Kraft hinter SPD und PDS war. Letztere erreichte bei kontinuierlichen Zugewinnen im Jahr 2009 mit 29,2% ihren bisherigen Höchstwert. Die Grünen und die FDP blieben nach der Wahl im Jahr 1990 bis einschließlich der Wahl im Jahr 1994 jeweils unter 5% der Stimmen und erreichten damit bei den Wahlen 1999 und 2004 jeweils einen geringeren Stimmenanteil als die DVU, die 2004 mit 6,3% ihren Höchstwert erreichte. FDP und Grüne konnten erst bei der Wahl im Jahr 2009 in den Gebieten der

Peripherie mit 6,3% beziehungsweise 5,6% wieder die 5%-Hürde überspringen.

Abbildung 9: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 Peripherie



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.2 Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern

5.2.1 Die Landtagswahl 1990

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 14. Oktober 1990 brachte folgendes Ergebnis:

Tabelle 6: Endergebnis Landtagswahl 1990 Mecklenburg-Vorpommern

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	38,3
SPD	27,0
PDS	15,7
FDP	5,5
Bündnis 90-Grüne	4,2
NPD	0,2
Sonstige Parteien	9,1

Quelle: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp
12.01.2012

Die CDU ging mit 38,3% der Wählerstimmen klar als stärkste Partei aus dieser Wahl hervor, die SPD belegte mit 27,0% der Stimmen aller Wähler Platz 2 und dahinter folgten die PDS

mit 15,7% und die FDP mit 5,5%. Außer diesen vier Parteien schaffte keine weitere den Einzug ins Landesparlament, das Bündnis 90/Die Grünen scheiterte mit 4,2% relativ knapp an der 5%-Hürde. 9,3% entfielen auf weitere Parteien.

5.2.1.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Gruppe der unselbständig Tätigen war die CDU mit 39,1% die stimmenstärkste Partei, die SPD erreichte 27,4% der Stimmen. Die PDS erreichte 14,4% der Stimmen das Bündnis 90/Die Grünen erhielt 11,1% der Stimmen der Unselbständigen während 5,5% die FDP wählten. Auf die DSU entfielen 0,8%, 1,7% wählten eine andere Partei.

Unter den Selbständigen erzielte die CDU bei der Landtagswahl 1990 mit 51,3% eine absolute Stimmenmehrheit. Die SPD erhielt 18,6%, die FDP 11,5 und das Bündnis 90/Die Grünen 10,3% der Stimmen der Selbständigen, 5,1% entfielen auf die PDS und 2,4% auf die DSU. 0,8% der Selbständigen entschieden sich für eine andere Partei.

5.2.1.2 Religiöser Cleavage

Unter den Wählern, die der katholischen oder der protestantischen Konfession angehören erreichte die CDU 57,3% der Stimmen. Die SPD erreichte 23,0%, das Bündnis 90/Die Grünen 7,3%. Auf die FDP entfielen 6,9%, auf die PDS 3,3% und auf die DSU 0,8%, 1,4% entschieden sich für eine andere Partei.

In der Gruppe derjenigen, die keiner der beiden christlichen Konfessionen angehörten war bei der Landtagswahl 1990 in Mecklenburg-Vorpommern die SPD mit 29,3% die meistgewählte Partei, gefolgt von der CDU mit 26,7% und der PDS mit 22,4%. Das Bündnis 90/Die Grünen erhielt 13,1% und die FDP 5,7% der Stimmen dieser Wählergruppe. Auf die DSU entfielen 0,9%, auf andere Parteien 1,9%.

5.2.1.3 Zentrum versus Peripherie

In Schwerin, der Hauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern konnte die SPD mit 28,5% die

meisten Stimmen erreichen, knapp vor der CDU, die 27,8% der Stimmen erhielt. Die PDS erhielt 20,9%, die FDP 6,4%, und die Grünen 6,1% der Stimmen in der Landeshauptstadt. 11,3% entfielen auf andere Parteien.

In den Gebieten außerhalb des Landesentrums Schwerin war die CDU bei der Landtagswahl im Jahr 1990 mit 39,3% der Stimmen die stärkste Kraft, die SPD erreichte 27,0%. 15,1% der Wähler, die nicht in der Landeshauptstadt lebten gaben ihre Stimme der PDS und 5,4% der FDP, während die Grünen 4,0% erreichten. 9,2% der Wähler entschieden sich für eine andere Partei.

5.2.2 Die Landtagswahl 1994

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 16. Oktober 1994 brachte folgendes Ergebnis:

Tabelle 7: Endergebnis Landtagswahl 1994 Mecklenburg-Vorpommern

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	37,7
SPD	29,5
PDS	22,7
FDP	3,8
Bündnis 90-Grüne	3,7
NPD	0,1
Sonstige Parteien	2,5

Quelle: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp
12.01.2012

Die CDU erreichte wie schon 1990 auch bei der Landtagswahl 1994 den größten Stimmenanteil unter allen Wählern insgesamt und kam mit 37,7% auf leichte Verluste von 0,6% gegenüber der vorherigen Wahl. Wie schon 1990 war die SPD als zweitstärkste Partei im Landtag vertreten, sie erreichte mit 29,5% um 2,5% mehr Stimmen aller Wähler als bei der Landtagswahl 1990. Am meisten Gewinne gegenüber der vorherigen Wahl bei allen Wählern insgesamt erzielte die PDS, die im Vergleich 7,0% dazu gewann und 22,7% der Stimmen erreichte. Außer diesen drei Parteien schaffte bei der Landtagswahl 1994 keine weitere den Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, die FDP, die 1990 5,5% der Wählerstimmen bekam und vier Mandate im Landtag stellte verlor 1,7% und kam 1994 nur noch auf 3,8% aller Wählerstimmen. Auch das Bündnis 90/Die Grünen verpasste mit 3,7%

der Stimmen aller Wähler wie schon bei der Landtagswahl 1990 den Einzug in das Landesparlament.

5.2.2.1 Unselbständige versus Selbständige

Bei den Wählern die unselbständig tätig waren erreichte die SPD mit 36,6% die meisten Stimmen, sie landete damit bei einem Zugewinn von 9,2 Prozentpunkten knapp vor der CDU mit 36,2% (-2,9). Die PDS erhielt 16,9%, ein Zugewinn von 2,5 Prozentpunkten. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 7,2 Prozentpunkte und erreichte 3,9% und die FDP verlor 2,2 Prozentpunkte und erreichte 3,3%. 2,9% entfielen auf andere Parteien.

Unter den selbständig Tätigen erreichte die CDU mit 50,0% um 1,3 Prozentpunkte weniger, als bei der Wahl vier Jahre zuvor. Die SPD verlor 1,9 Prozentpunkte und erreichte 16,7%, während die PDS 14,6% (+9,5) der Stimmen der Selbständigen bekam und die FDP 8,3%, was einem Verlust von 3,2% entsprach. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte unter den selbständig Tätigen nur noch 6,2% (-4,1). Auf andere Parteien entfielen 4,2% der Stimmen der Selbständigen.

5.2.2.2 Religiöser Cleavage

Bei den katholisch oder protestantisch konfessionell gebundenen Wählern erreichte die CDU mit 54,3% um 3,0 Prozentpunkte weniger als bei der vorangegangenen Wahl, während die SPD mit einem Zugewinn von 8,0 Prozentpunkten 31,0% der Stimmen der konfessionell Gebundenen erhielt. Die PDS erreichte in dieser Wählergruppe bei einem Zugewinn von 3,0 Prozentpunkten 6,3%, die FDP 3,0% (-3,9) und das Bündnis 90/Die Grünen 2,7% (-4,6). 2,7% der konfessionell Gebundenen entschieden sich für eine andere Partei.

Die konfessionell nicht an die katholische oder protestantische Kirche gebundenen Wähler, wählten zu 38,2% die SPD, was für diese einen Zugewinn von 9,0 Prozentpunkten bedeutete. Die CDU konnte ebenfalls mehr Stimmenanteile erreichen als bei der Wahl im Jahr 1990 sie erhielt 28,6 der Stimmen (+1,9). 21,6 % dieser Wählergruppe gaben ihre Stimme der PDS, um 0,8 Prozentpunkte weniger als vier Jahre zuvor. Das Bündnis 90/Die Grünen erhielt 4,8% (-8,3), die FDP verlor ebenfalls Stimmenanteile, sie erreichte 3,6% (-2,1). 3,2% der Stimmen

entfielen auf andere Parteien.

5.2.2.3 Stadt versus Land

Aufgeteilt nach einem Stadt-Land-Cleavage ergab sich bei der Landtagswahl im Jahr 1994 folgendes Ergebnis:

In Ortschaften und Gemeinden bis zu 50.000 Einwohnern gewann die CDU mit 42,5% die meisten Stimmen gefolgt von der SPD, die 31,4% der Stimmen erreichte, sowie der PDS mit 16,0%. Die FPD erzielte 3,4% und das Bündnis 90/Die Grünen 3,1% der Stimmen, 3,6% entfielen auf andere Parteien.

In Ortschaften und Städten mit über 50.000 Einwohnern ließ sich jedoch ein ganz anderes Bild erkennen, hier erreichte die SPD mit 44,3% die meisten Stimmenanteile, vor der CDU und der PDS, die 26,0% beziehungsweise 18,0% der Stimmen erreichten. Das Bündnis 90/Die Grünen lag in Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern mit 6,1% an vierter Stelle und somit vor der FDP, die in dieser Gruppe 3,4% erreichte. 2,2% entfielen auf andere Parteien.

5.2.2.4 Zentrum versus Peripherie

Wie schon bei der Landtagswahl im Jahr 1990 erhielt die SPD auch bei der Landtagswahl 1994 in Mecklenburg-Vorpommern mit 32,7% die meisten Stimmen der Wähler, die in der Landeshauptstadt lebten, das Ergebnis bedeutete sogar einen Zugewinn von 4,2 Prozentpunkten. Ebenso konnte die PDS ihren Anteil an den gesamten Stimmen in Schwerin um 8,1 Prozentpunkte ausbauen, sie erreichte 29,0%. Die CDU hingegen verlor 0,5 Prozentpunkte und war mit 27,3% somit nur mehr die drittstärkste Kraft. Auch die Grünen und die FDP mussten Stimmenverluste hinnehmen, sie erreichten in Schwerin nur noch 4,8% (-1,3) beziehungsweise 3,9% (-2,5). 2,3% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Unter den nicht in der Landeshauptstadt lebenden Wählern blieb die CDU, trotz eines Verlustes von 0,6 Prozentpunkten mit 38,7% der Stimmen die stärkste Kraft. Die SPD konnte 2,6 Prozentpunkte Zugewinn verzeichnen und erreichte 29,6% und auch die PDS konnte im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl Stimmenanteile dazu gewinnen. Sie erreichte mit einem Zugewinn von 6,8 Prozentpunkten nun 21,9% der Stimmen. Wie in der Hauptstadt

Schwerin mussten die FDP und die Grünen auch in der Peripherie Stimmenverluste hinnehmen, die FDP verlor im Vergleich zur Wahl im Oktober 1990 1,6 Prozentpunkte und erreichte nur noch 3,8% während die Grünen 0,6% verloren und somit nur noch 3,4% der Stimmen erhielten. 2,6% der Stimmen entfielen auf andere Parteien, darunter 1,1% auf die Republikaner.

5.2.3 Die Landtagswahl 1998

Bei den Landtagswahlen am 27. September 1998 gab es in Mecklenburg-Vorpommern folgendes Ergebnis:

Tabelle 8: Endergebnis Landtagswahl 1998 Mecklenburg-Vorpommern

Partei	Stimmenanteil in %
SPD	34,3
CDU	30,2
PDS	24,4
FDP	1,6
Das Bündnis 90- Die Grünen	2,7
NPD	1,1
Sonstige Parteien	5,7

Quelle: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp
12.01.2012

Die CDU verlor bei der Landtagswahl 1998 in Mecklenburg-Vorpommern 7,5% der Stimmenanteile und damit auch die relative Mehrheit, stimmenstärkste Partei wurde bei dieser Wahl die SPD, die 4,8% mehr Stimmenanteile erzielte und 34,4% erreichte. Die PDS gewann ebenfalls Stimmenanteile dazu und erreichte 24,4%, 1,7% mehr als 1994. Wie schon 1994 schaffte auch 1998 außer diesen drei Parteien keine weitere den Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Die FDP verlor wiederum Stimmenanteile und erreichte nur noch 1,6%, das Bündnis 90/Die Grünen erreichte zwar erstmals mehr Stimmen als die FDP und erreichte den vierten Platz, verlor insgesamt aber ebenfalls 1,0% und konnte mit 2,7% der Stimmen somit wieder nicht den Einzug in den Landtag schaffen. Auch die NPD, die zwar ihre Stimmenanteile von 0,1% im Jahr 1994 auf 1,1% steigern konnte verfehlte damit aber klar den Einzug in den Landtag.

5.2.3.1 Unselbständige versus Selbständige

Bei der Wählergruppe der unselbständig Tätigen war die SPD wie auch bei den vorangegangenen Landtagswahlen mit 37,7% die stärkste Partei, wobei sie 1,0% der Wählerstimmen mehr erzielte als 1994. Die CDU, die bei der Wahl 1994 36,2% der Stimmen dieser Wählergruppe erzielte, erreichte bei dieser Wahl hingegen nur 33,3%. Die PDS konnte, wie auch unter allen Wählern insgesamt, bei der Wählergruppe der unselbständig Tätigen dazugewinnen und erreichte 1998 19,7% der Stimmen dieser Gruppe, im Vergleich zu 16,9% 1994. Die Grünen erreichten 3,6% (-0,3), die FDP 2,0% (-1,3), 3,7% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Bei den selbständig tätigen Wählern konnte die CDU im Vergleich zu der Wahl 1994, im Gegensatz zu der Gruppe der Unselbständigen, Stimmenanteile dazu gewinnen, und erreichte 50,9% im Vergleich zu 50,0% im Jahr 1994, und war somit in dieser Wählergruppe wieder die stärkste Partei. Die SPD konnte in der Wählergruppe der Selbständigen ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte im Vergleich zu 16,7% im Jahr 1994 bei den Landtagswahlen 1998 nun 24,6%. Die PDS verlor hingegen Stimmenanteile in dieser Gruppe und erreichte 10,5%, um 4,1 Prozentpunkte weniger als 1994. Ebenfalls Stimmenanteile verloren in dieser Wählergruppe die FDP, die auch insgesamt nicht mehr den Einzug in den Landtag schaffte und deren Anteil von 8,3% auf 3,5% sank und das Bündnis 90/Die Grünen, das 2,7 Prozentpunkte im Vergleich zur vorangegangenen Wahl verlor und bei der Landtagswahl im Jahr 1998 aber ebenfalls nur noch 3,5% erreichte.

5.2.3.2 Religiöser Cleavage

Entlang der untersuchten religiösen Trennlinie zwischen katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen und nicht konfessionell Gebundenen ließen sich folgende Ergebnisse feststellen:

Die CDU konnte, wenngleich sie auch 1,6% verlor, wie schon 1994 unter den katholischen und protestantischen Wählern mehr als die Hälfte aller Stimmen gewinnen und erzielte 52,7%. Auch die SPD verlor bei dieser Wählergruppe leicht 2,9% blieb aber mit 28,1% hier die zweitstärkste Partei. Die PDS konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Landtagswahl 1994 von 6,3% auf 8,9% steigern, die FDP blieb beinahe beim gleichen Stimmenanteil und

erreichte mit 3,1% 0,1% mehr als 1994. Das Bündnis 90/ Die Grünen konnte 4,5% der Wählerstimmen erreichen, 1,8% mehr als 1994, aber auch der anteilmäßige Zuwachs reichte nicht zu einem Mandatsgewinn.

Bei der Gruppe der nicht konfessionell Gebundenen blieb die SPD stimmenstärkste Partei und erreichte bei einem Zugewinn von 2,8 Prozentpunkten 41,0% der Stimmen. Die CDU erreichte 25,8%, das waren 2,8 Prozentpunkte weniger als 1994, während die PDS mit 22,9% um 1,3 Prozentpunkte mehr erreichte als bei der vorangegangenen Wahl. Die FDP und auch das Bündnis 90/Die Grünen verloren auch in dieser Wählergruppe Stimmenanteile im Vergleich zur Landtagswahl vier Jahre zuvor und erreichten 1,9% (-1,7) beziehungsweise 3,5% (-1,3). 4,9% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

5.2.3.3 Stadt versus Land

In Orten bis zu 50.000 Einwohnern verlor die CDU bei der Landtagswahl 1998 im Vergleich zu jener vier Jahre zuvor 5,9 Prozentpunkte und erreichte nur noch 36,6%, womit sie zwar stimmenstärkste Partei blieb, allerdings nur noch knapp vor der SPD, die mit einem Zugewinn von 4,4 Prozentpunkten nun 35,8% erreichte. Die PDS konnte, wie die SPD, Stimmenanteile dazu gewinnen und bekam 18,1% (+2,1) der Stimmen. Die FDP erreichte 3,0% (-0,4) während das Bündnis 90/Die Grünen 2,7% (-0,4) erzielte, ebenso wie die DVU.

In der Gruppe der Wähler, die in Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern lebten blieb die SPD trotz eines Verlustes von 1,1 Prozentpunkten mit 43,2% stimmenstärkste Partei vor der CDU, die 25,8% (-0,2) der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die PDS konnte in dieser Wählergruppe Zugewinne verbuchen und erreichte 19,7% (+1,7), ebenso das Bündnis 90/Die Grünen, sie erreichten 7,0% (+0,9), während die FDP hier Verluste hinnehmen musste und nur noch 0,5% der Stimmen bekam (-2,9). Auf andere Parteien entfielen 3,8%.

5.2.3.4 Zentrum versus Peripherie

Im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 1994 konnten bei jener im Jahr 1998 sowohl die SPD, als auch die PDS Stimmenanteile dazu gewinnen, so erreichte die SPD mit 35,7% 3,0 Prozentpunkte mehr als vier Jahre davor. Die PDS konnte ihren Anteil an den gesamten Stimmen um 1,2 Prozentpunkte auf 30,2% ausbauen. Hingegen verlor die CDU 3,9

Prozentpunkte und erhielt nur noch 23,4% der Stimmen. Auch die Grünen und die FDP mussten in Schwerin neuerlich Verluste in Kauf nehmen, sie erreichten 3,9% (-0,9) beziehungsweise 1,4% (-2,5). 2,1% der Wähler entschieden sich zur Wahl der DVU, 3,3% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Die CDU verlor auch in den zur Peripherie gerechneten Gebieten 8,0 Prozentpunkte und mit nun 30,7% der Stimmen die relative Mehrheit in dieser Wählergruppe, während die SPD 4,6 Prozentpunkte dazu gewann und mit 34,2% zur stimmenstärksten Partei wurde. Auch die PDS konnte 2,1 Prozentpunkte mehr erreichen als bei der Wahl im Jahr 1994 und erreichte dadurch 24,0%. Die DVU erhielt 2,9% der Stimmen, während die Grünen 2,6% (-0,8) und die FDP 1,6% (-2,2) erhielten. 4,0% der Wähler entschieden sich für eine andere Partei.

5.2.4 Die Landtagswahl 2002

Am 22. September 2002 fand die vierte Landtagswahl nach dem Ende der DDR in Mecklenburg-Vorpommern statt, die mit folgendem Ergebnis endete:

Tabelle 9: Endergebnis Landtagswahl 2002 Mecklenburg-Vorpommern

Partei	Stimmenanteil in %
SPD	40,6
CDU	31,4
PDS	16,4
FDP	4,7
Bündnis 90/Die Grünen	2,6
NPD	0,8
Sonstige Parteien	3,5

Quelle: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp
12.01.2012

Die SPD konnte bei der Landtagswahl 2002 im Vergleich zu der Wahl 1998 nochmal Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte mit 40,6% 6,3% mehr. Die CDU konnte auch erstmals seit den ersten Wahlen nach dem Ende der DDR in Mecklenburg-Vorpommern Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte nach den 30,2% 1998 im Jahr 2002 31,4%. Die PDS verlor im Gegensatz dazu erstmals und erreichte bei einem Verlust von 8,0% nur 16,4% der Stimmen. Die FDP konnte 3,1% dazu gewinnen, verfehlte allerdings den Einzug in den Landtag knapp, während das Bündnis 90/Die Grünen 0,1% verloren und 2,6% der Wählerstimmen erreichten und die NPD 0,3% verlor und 0,8% erzielte.

5.2.4.1 Unselbständige versus Selbständige

Die SPD erreichte bei den Unselbständigen 2002 50,7% und damit 13,0% mehr als 1998, womit sie weiterhin stimmenstärkste Partei in dieser Wählergruppe blieb, während die CDU unter den Unselbständigen 5,2% verlor und nur noch 28,1% der Stimmen erzielte. Noch stärker verlor in dieser Gruppe die PDS, die mit 12,0% der Stimmen der Unselbständigen 7,7% weniger erreichte als 1998. Des Weiteren erreichten bei den Unselbständigen die FDP 4,3% (+2,3) und das Bündnis 90/Die Grünen 2,7% (-0,9). Auf andere Parteien entfielen 2,2% der Stimmen.

Bei der Wählergruppe der Selbständigen blieb die CDU mit 45,7%% die stimmenstärkste Partei, wenngleich der Stimmenanteil damit 5,2% unter jenem der CDU bei der Wahl im Jahr 1998 lag. Die SPD erreichte mit 23,4% etwas weniger Stimmenanteile als bei der vorangegangenen Wahl, bei der sie 24,6% erreichte. Die PDS erreichte 10,6% und damit einen annähernd gleich großen Stimmenanteil der selbständigen Wähler wie 1998 als dieser bei 10,5% lag. Die FDP konnte unter den Stimmen der selbständigen Wähler Zuwächse erringen und erreichte mit 14,9% um 11,4 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl zuvor. Auch das Bündnis 90/Die Grünen konnte in Mecklenburg-Vorpommern bei der Landtagswahl 2002 mit 5,3% der Stimmen bei den selbständigen Wählern um 1,8 Prozentpunkte mehr erreichen als bei der Wahl im Jahr 1998.

5.2.4.2 Religiöser Cleavage

Bei den katholischen beziehungsweise protestantischen Wählern verlor die CDU bei der Landtagswahl 2002 im Vergleich zur Wahl im Jahr 1998 wesentliche Stimmenanteile und erreichte nur 39,4% nachdem sie bei der vorangegangenen Wahl in dieser Wählergruppe mit 52,7% noch die absolute Stimmenmehrheit erringen konnte. Gleichzeitig konnte die SPD in der Wählergruppe der katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen 16,3 Prozentpunkte dazu gewinnen und wurde mit 44,4% der Stimmen die meistgewählte Partei in dieser Wählergruppe. Die PDS erreichte mit 6,9% der Stimmen 2,0 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl zuvor, während die FDP mit 4,2% der Stimmen 1,1% mehr erreichte als 1998. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 0,3% der Wählerstimmen und erzielte 4,2%.

Wie bei den konfessionell gebundenen Wählern konnte die SPD bei der Landtagswahl 2002 in Mecklenburg-Vorpommern auch bei den nicht katholischen oder protestantischen Wählern Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 48,5% der Stimmen, was 7,5 Prozentpunkte mehr als 1998 bedeutete. Die CDU verlor bei den nicht konfessionell Gebundenen 0,2 Prozentpunkte und erreichte 25,6% der Stimmen, während die PDS wesentlich mehr Stimmenanteile verlor und in dieser Wählergruppe nur 13,8% der Stimmen erzielen konnte (-9,1). Neben der SPD konnte auch die FDP etliche Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 7,0% der Stimmen bei den nicht konfessionell Gebundenen (+5,1). Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 0,6% und erreichte 2,9% der Stimmen. 2,2% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

5.2.4.3 Stadt versus Land

Unter den Wählern, die in Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern leben, verlor die CDU im Vergleich zur Landtagswahl 1998 nicht nur 5,8 Prozentpunkte und erreichte nur noch 30,8% sondern auch die Position als stimmenstärkste Partei. Diese war nun die SPD, die mit einem Zugewinn von 11,5 Prozentpunkten 47,3% der Stimmen in dieser Wählergruppe erhielt. Wie die CDU verlor auch die PDS in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern Stimmenanteile und erreichte nur noch 11,1% (-7,0), während die FDP und die Grünen Zugewinne verbuchen konnten und 6,0% (+3,0) beziehungsweise 2,8% (+0,1) erreichten. Auf andere Parteien entfielen bei dieser Wahl insgesamt 2,0%.

Eine etwas andere Entwicklung als bei den Wählern, die in Ortschaften bis zu 50.000 Einwohnern lebten zeigte sich bei der Landtagswahl 2002 in Mecklenburg-Vorpommern in Städten mit über 50.000 Einwohnern, wo die SPD ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen konnte und 46,4% (+3,2) erreichte, die CDU allerdings 0,5 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 26,3% erreichte. Die PDS verlor hingegen auch in Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern und erzielte nur noch 14,8% (-4,9). Die FDP konnte 6,2 Prozentpunkte dazu gewinnen und erhielt in Städten mit über 50.000 Einwohnern 6,7% der Stimmen, das Bündnis 90/Die Grünen verlor allerdings 2,7 Prozentpunkte und erhielt nur noch 4,3%. 1,5% der Stimmen dieser Wählergruppe entfielen auf andere Parteien.

5.2.4.4 Zentrum versus Peripherie

Die SPD konnte bei der Landtagswahl im Jahr 2002 in der Hauptstadt ihren Anteil an den gesamten Stimmen wiederum um 7,2 Prozentpunkte ausbauen und erreichte 42,9% der Stimmen. Auch die CDU konnte Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte mit 26,2% um 2,8 Prozentpunkte mehr als bei der vorangegangenen Wahl, während die PDS Stimmenverluste hinnehmen musste, sie erhielt nur noch 18,6% der Stimmen. Im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 1998 verlor die PDS damit 11,6 um Prozentpunkte. Während auch die Grünen 0,2 Prozentpunkte verloren und nur noch 3,7% der Stimmen erhielten, konnte die FDP 2,9 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 4,3%. 2,0% der Stimmen gingen an die Schill-Partei, 2,3% an andere Bewerber.

Auch unter den Wählern die nicht in der Landeshauptstadt Schwerin lebten konnten sowohl die SPD als auch die CDU im Vergleich zur vorherigen Wahl Stimmenanteile dazu gewinnen. Die SPD konnte um 6,3 Prozentpunkte mehr erreichen als 1998 und erhielt 40,5% der Stimmen, während die CDU, die vier Jahr zuvor 30,7% der Stimmen erhalten nun 31,7% erreichte. Die PDS hingegen verlor 7,7 Prozentpunkte wodurch ihr Anteil an den gesamten Stimmen auf 16,3% fiel. Die FDP erreichte bei einem Zugewinn von 3,1 Prozentpunkten nun 4,7%, die Grünen hielten ihren Stimmenanteil konstant auf 2,6%, während die Schill-Partei 1,7% erreichte. 3,5% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

5.2.5 Die Landtagswahl 2006

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern fand am 17. September 2006 brachte folgendes Endergebnis:

Tabelle 10: Endergebnis Landtagswahl 2006 Mecklenburg-Vorpommern

Partei	Stimmenanteil in %
SPD	30,2
CDU	28,8
Die Linke ¹⁴²	16,8
FDP	9,6
Grüne	3,4
NPD	7,3
Sonstige Parteien	3,9

Quelle: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp
12.01.2012

¹⁴² Bis 2005 PDS

Die SPD verlor bei der Landtagswahl 2006 im Vergleich zur Landtagswahl 2002 zwar 10,4% und erreichte nur noch 30,2% der Stimmen aller Wähler, blieb aber knapp vor der CDU, die ebenfalls verlor und nur noch 28,8% der Stimmen erreichte (2002: 31,4%), die stimmenstärkste Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Die Linke gewann 0,4% und erreichte 16,8% aller Wählerstimmen. Ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen konnte die FDP, die 9,6% der Stimmen erzielte und damit ihren Stimmenanteil von 2002 (4,7%) nicht nur mehr als verdoppeln konnte, sondern auch erstmals seit 1990 wieder in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einzog und sieben Mandate in diesen entsenden durfte. Auch die Grünen konnten 0,8% mehr Stimmenanteile erzielen als bei der Wahl im Jahr 2002, scheiterten aber mit 3,2% dennoch wieder am Einzug in den Landtag. Diesen schaffte zum ersten Mal seit der Wiedereingliederung der ostdeutschen Bundesländer in die gesamtdeutsche Bundesrepublik die NPD dank starker Zugewinne und insgesamt 7,3% aller Wählerstimmen (2002: 08%).

5.2.5.1 Unselbständige versus Selbständige

Unter den unselbständig tätigen Wählern verlor die SPD bei der Landtagswahl 2006 in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zur Wahl vier Jahre davor 17,9 Prozentpunkte und blieb mit nun 32,8% knapp hinter der CDU, die 33,0% erreichte (+4,9). Ebenso Stimmenanteile dazu gewinnen konnten im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl Die Linke, die 2002 noch unter dem Namen PDS angetreten war, die 16,1% erreichte (+4,1) sowie die FDP, die bei einem Gewinn von 4,8 Prozentpunkten nun 9,1% erhielt und auch die Grünen, die 1,6 Prozentpunkte dazu gewannen und 4,3% der Stimmen erhielten. 4,7% entfielen auf andere Parteien, darunter 2,8% auf die NPD.

In der Wählergruppe der Selbständigen blieb die CDU, obwohl sie 9,6 Prozentpunkte verlor, mit 36,1% die Partei mit den meisten Stimmen, vor der SPD, die ebenfalls Verluste hinnehmen musste und 21,8% (-1,6) erreichte. Drittstärkste Kraft unter den Selbständigen wurde bei der Wahl im Jahr 2006 wieder die FDP, die nochmals 2,7 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 17,6% der Stimmen erhielt. Die Linke konnte ebenso Zugewinne verbuchen und erreichte 14,3% (+3,7) und auch die Grünen erhielten mit 6,7% der Stimmen der Selbständigen um 1,4 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl im Jahr 2002. 3,5% der

Stimmen erhielten andere Parteien, darunter 1,7% die NPD.

5.2.5.2 Religiöser Cleavage

Bei der Stimmenverteilung gab es in der Gruppe der katholischen oder protestantischen Wählern bei der Landtagswahl 2006, im Vergleich zu jener aus dem Jahr 2002, große Veränderungen. Die SPD, die in dieser Wählergruppe 2002 mit 44,4% die meisten Stimmen erhielt, verlor 14,2 Prozentpunkte und erreichte nur noch 30,2%. Gleichzeitig gewann die CDU 5,7 Prozentpunkte dazu und wurde mit nun 45,1% die stärkste Partei in dieser Wählergruppe. Die FDP und die Grünen gewannen ebenfalls dazu und erreichten nun 8,7% (+4,5) beziehungsweise 7,3% (+3,1), womit sie jeweils Die Linke überholten, die unter den konfessionell gebundenen Wählern 1,7 Prozentpunkte verlor und nur noch 5,2% erzielte. Auf andere Parteien entfielen 2,5%.

Auch unter den konfessionell nicht gebundenen Wählern verlor die SPD wesentlich an Stimmenanteilen, blieb aber mit 31,7% (-16,8) in dieser Gruppe noch die stimmenstärkste Partei vor der CDU, die 2,3 Prozentpunkte dazu gewann und 27,9% der Stimmen erhielt. Die Linke, die bei den konfessionell Gebundenen Verluste hinnehmen musste, konnte bei den konfessionslosen Wählern Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte mit 20,6% um 6,8 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl im Jahr 2002. Auch die FDP und die Grünen erhielten in dieser Gruppe jeweils mehr Stimmen als vier Jahre zuvor und erreichten 10,7% (+3,7) beziehungsweise 4,1% (+1,2). Die NPD erhielt 3,2% der Stimmen, 2,8% entfielen auf andere Parteien.

5.2.5.3 Stadt versus Land

Bei Wählern, die in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten musste die SPD, wie auch schon in anderen Wählergruppen beobachtet, bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 im Vergleich zu 2002 Stimmenverluste hinnehmen. So verlor sie 18,1 Prozentpunkte und erreichte nur noch 29,2% der Stimmen. Die CDU hingegen konnte 5,4 Prozentpunkte dazu gewinnen und überholte mit nun 36,2% der Stimmen die SPD. Ebenfalls dazu gewinnen konnten Die Linke, die 15,6% erreichte (+4,5), sowie die FDP und die

Grünen, die in dieser Wählergruppe 2006 9,9% (+3,9) beziehungsweise 4,3% (+1,5) der Stimmen erhielten. Die NPD erreichte 3,4%, andere Parteien 1,4%.

In Städten und Ortschaften mit mehr als 50.000 Einwohnern verlor die SPD ebenfalls 10,6 Prozentpunkte und erreichte nur noch 35,8%. Die CDU konnte ihre Stimmenanteile nahezu konstant halten und erzielte 26,2% (-0,1). Im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl im Jahr 2002 dazu gewinnen konnten in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern sowohl Die Linke/PDS als auch die FDP und die Grünen. Die Linke erhielt bei der Landtagswahl 2006 17,6% der Stimmen dieser Wählergruppe, was einen Gewinn von 2,8 Prozentpunkten bedeutete. Die FDP gewann 3,7 Prozentpunkte dazu und erreichte 10,4%. Die Grünen gewannen 2,2 Prozentpunkte und erhielten bei dieser Wahl 6,5% der Stimmen der Wähler, die in Orten mit über 50.000 Einwohnern lebten. 3,5% entfielen auf andere Parteien, darunter 1,1% auf die NPD.

5.2.5.4 Zentrum versus Peripherie

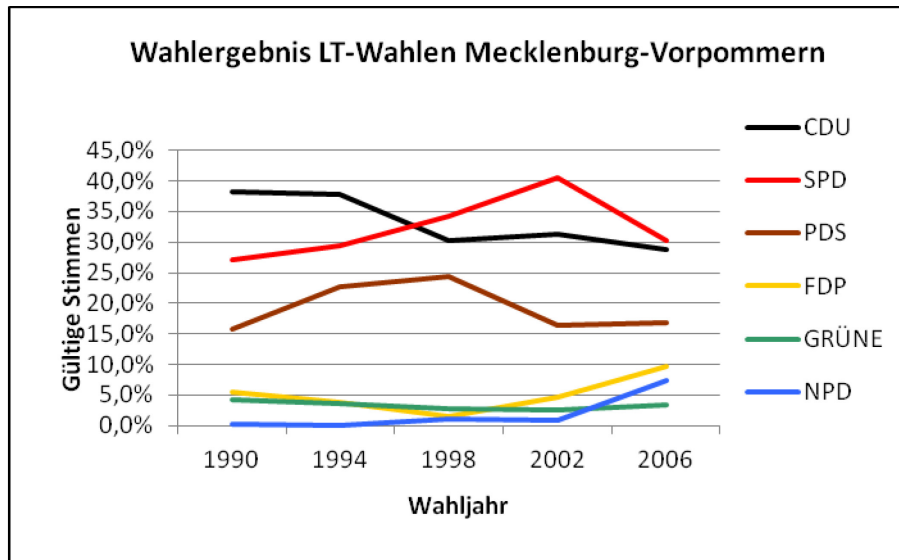
Im Vergleich zur vorangegangenen Wahl musste die SPD in Schwerin einen Verlust von 9,6 Prozentpunkten hinnehmen blieb aber mit 33,3% die stimmenstärkste Partei. Auch die CDU und Die Linke verloren im Vergleich zur Wahl im Jahr 2002 Stimmenanteile, sie erreichten nun 25,9% (-0,3) beziehungsweise 18,1% (-0,5). Die FDP hingegen konnte ihren Stimmenanteil um 4,3 Prozentpunkte auf 8,6% verdoppeln, während die NPD 5,5% erreichte, was einem Zugewinn von 5,1 Prozentpunkten entsprach. Die Grünen konnten 0,6 Prozentpunkte mehr erreichen als vier Jahre zuvor, was bedeutete, dass sie nun 4,3% der Stimmen erhielten. 4,3% der Stimmen entfielen auf andere Parteien, darunter 1,0% auf die Generationenpartei die Grauen.

Auch unter den Wählern, die in den zur Peripherie gerechneten Gebieten lebten verloren sowohl die SPD als auch die CDU an Zustimmung, sie erreichten in dieser Wählergruppe 30,2 % (-10,3) beziehungsweise 28,8% (-2,9), während die PDS 0,5 Prozentpunkte dazu gewann und 16,8% der Stimmen erhielt. Die FDP konnte auch in den Gebieten der Peripherie Stimmen dazu gewinnen, ebenso wie die NPD. Die FDP erreichte 9,6% (+4,9), die NPD erhielt 7,3% der Stimmen, 6,5 Prozentpunkte mehr als 2002. Die Grünen konnten 0,8 Prozentpunkte dazu gewinnen, sie erhielten 3,4%. 3,9% der Stimmen entfielen auf andere

Parteien.

5.2.6 Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1990 bis 2006

Abbildung 10: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006

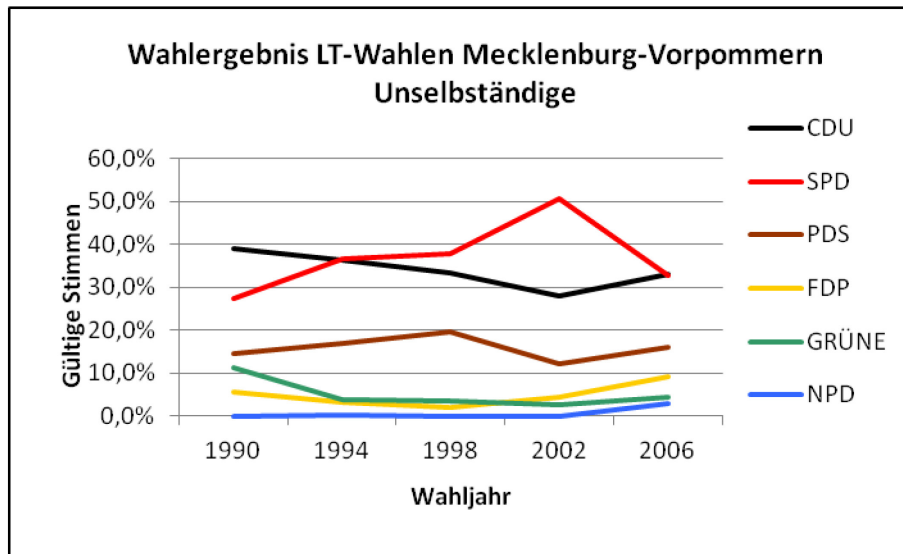


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Im Land Mecklenburg-Vorpommern konnte die CDU bei den Landtagswahlen in den Jahren 1990 und 1994 eine relative Mehrheit erreichen, während sie ab der Wahl im Jahr 1998 hinter die SPD, die im Zeitraum von 1990 bis 2002 kontinuierlich Stimmenanteile dazu gewinnen konnte, zurückfiel und diese bei den Wahlen in den Jahren 1998, 2002 und 2006 jeweils die meisten Stimmen erhielt. Während sich die PDS mit einem konstanten Stimmenanteil zwischen 15% und 25% als drittstärkste Kraft in Mecklenburg-Vorpommern etablieren konnte, gelang nur im Jahr 1990 mit der FDP einer weiteren Partei der Einzug in den Landtag. Erst bei der Landtagswahl im Jahr 2006 schaffte die FDP mit 9,6% der Stimmen den Wiedereinzug in das Landesparlament, im selben Jahr gewann auch die NPD mit 7,3% der Stimmen Sitze im Landtag. Die Grünen schafften es hingegen bei keiner der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern von 1990 bis 2006, die 5%-Hürde zu überspringen.

5.2.6.1 Unselbständige versus Selbständige

Abbildung 11: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 Unselbständige

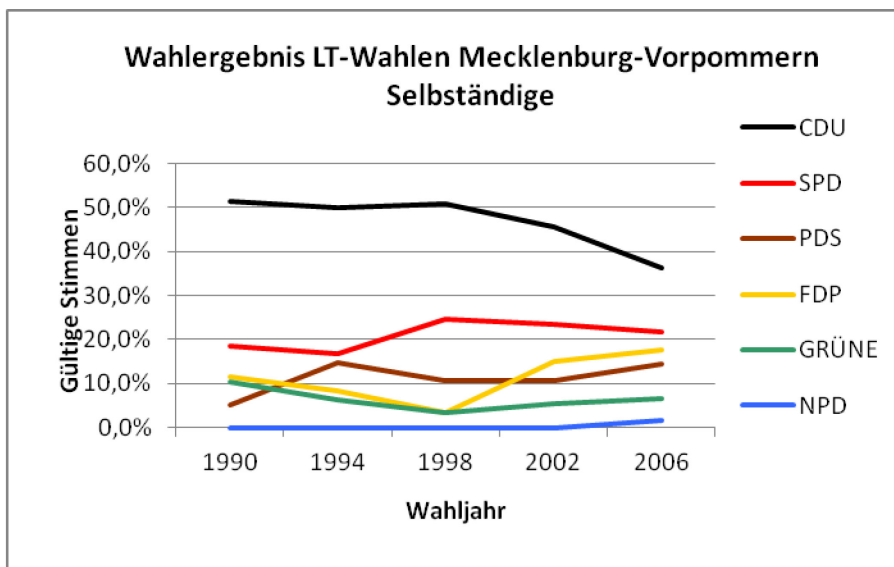


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Unter den Unselbständigen konnte die CDU bei der Landtagswahl im Jahr 1990 die relative Stimmenmehrheit gewinnen, allerdings schon bei der Wahl im Jahr 1994 war die SPD schließlich stimmenstärkste Partei in dieser Wählergruppe. Bei den beiden folgenden Wahlen konnte sie ihren Anteil an Stimmen sogar noch bis zu einer absoluten Mehrheit von 50,7% im Jahr 2002 ausbauen, während die CDU weiterhin an Stimmen verlor, ehe bei der Wahl im Jahr 2006 wieder die CDU mit Stimmenzuwächsen knapp vor der SPD landete, die bei der Wahl im Jahr 2006 im Vergleich zu vorhergehenden 17,9 Prozentpunkte verlor. Der Stimmenanteil der PDS blieb im Vergleich zu jenen der SPD oder der CDU relativ konstant zwischen 12,0% und 19,7%, womit die PDS in dieser Wählergruppe bei allen fünf untersuchten Wahlen die drittstärkste Kraft war, wobei sie das beste Ergebnis (19,7%) bei der Wahl im Jahr 1998 erreichte, das schlechteste (12,0%) direkt darauf bei der Wahl im Jahr 2002. Der Anteil der Stimmen von Grünen und FDP ging nach der Wahl im Jahr 1990 parallel zurück, ehe für die Wahlen 2002 beziehungsweise 2006 wieder ein Zuwachs zu verzeichnen ist, wobei festzuhalten bleibt, dass Die Grünen im Jahr 1990 mit 11,1% ihr höchstes Ergebnis erreichten, während der FDP dies mit 9,1% der Stimmen bei der Wahl im Jahr 2006 gelang, womit sie auch mehr Stimmen erhielten als Die Grünen. Die NPD blieb inklusive der Wahl im Jahr 2002 bei einem Stimmenanteil von unter 1,0%, erst im Jahr 2006, in dem sie den Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern schaffte, erreichte sie unter den unselbständigen Wählern 2,8% der Stimmen.

Im Unterschied zu der Gruppe der Unselbständigen, in der die relative Mehrheit zwischen CDU und SPD wechselte, war Erstere in der Gruppe der selbständig Tätigen bei allen fünf untersuchten Landtagswahlen die stimmenstärkste Partei, mit 51,3% beziehungsweise 50,9% in den Jahren 1990 und 1998 erreichte sie sogar eine absolute Mehrheit, während ihr Stimmenanteil danach kontinuierlich zurückging. Die SPD erreichte jeweils zwischen 16,7% und 24,6% der Stimmen und damit konstant den zweitgrößten Stimmenanteil, während jener von PDS, FDP und Grünen schwankte, wobei allen dreien seit der Wahl im Jahr 1998 Zugewinne gelangen, dank derer die FDP ab der Wahl im Jahr 2002 die drittstärkste Kraft in dieser Wählergruppe wurde und mit 17,6% ihren höchsten Stimmenanteil im Jahr 2006 erreichte.

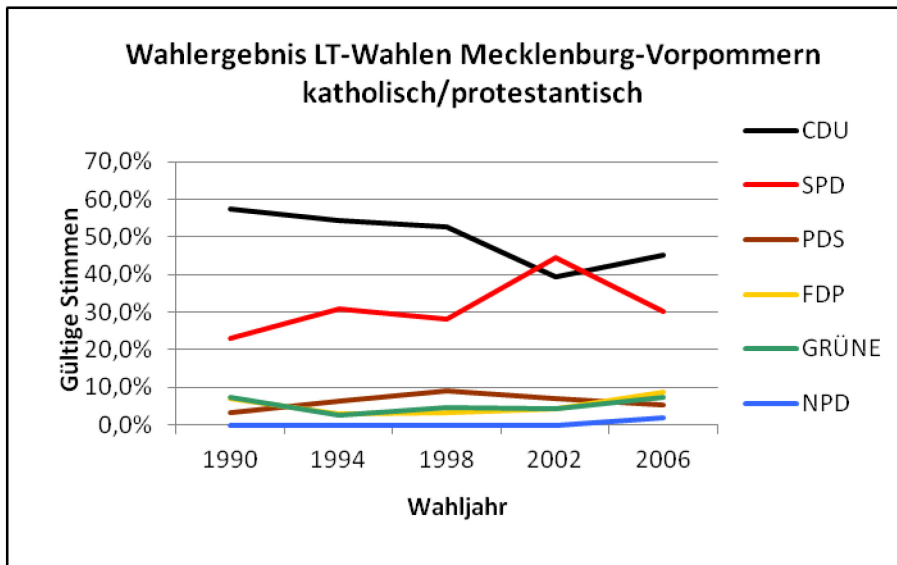
Abbildung 12: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 Selbständige



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.2.6.2 Religiöser Cleavage

Abbildung 13: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 katholisch/protestantisch

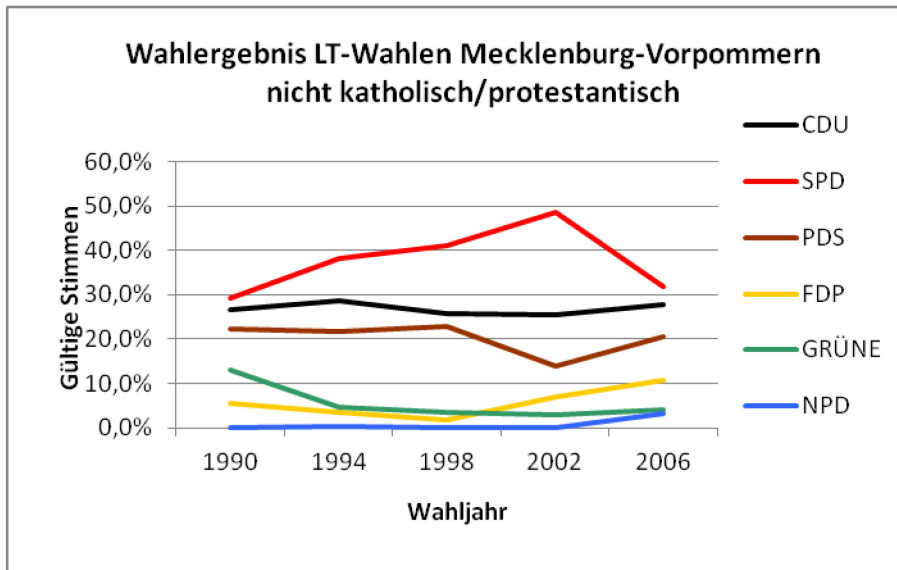


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

In der Gruppe der konfessionell Gebundenen blieb die CDU, mit Ausnahme der Wahl im Jahr 2002, bei der sie um 5 Prozentpunkte hinter die SPD zurückfiel, die stimmenstärkste Partei. Während die CDU von der Wahl im Jahr 1990 bis zu jener im Jahr 2002 kontinuierlich Stimmenanteile verlor, konnte die SPD kontinuierlich Zugewinne verbuchen, ehe sich diese Entwicklung nach der Wahl 2002 für beide Parteien jeweils umkehrte. Die Grünen, die PDS und die FDP blieben konstant unter einem Stimmenanteil von 10%.

Eine andere Entwicklung lässt sich für die Gruppe der nicht konfessionell Gebundenen feststellen. Hier war die SPD konstant jene Partei mit dem jeweils größten Stimmenanteil, wenngleich sie nach kontinuierlichen Zugewinnen bis zur Wahl im Jahr 2002 danach 16,8 Prozentpunkte verlor, während die CDU stets die zweitstärkste Kraft bildete und konstant zwischen mindestens 25,6% und maximal 28,6% der Stimmen erreichte. Die PDS erreichte mit Ausnahme der Wahl im Jahr 2002, bei der sie nur 13,8% der Stimmen erhielt, stets etwas über 20% und war bei allen fünf Landtagswahlen die drittstärkste Partei am Stimmenanteil gemessen, während Die Grünen und die FDP jeweils nur bei einer Wahl mehr als 10% der Stimmen erhielten. Den Grünen gelang dies 1990 mit 13,1%, der FDP mit 10,7% im Jahr 2006. Auch die NPD erreichte mit 3,2% der Stimmen 2006 ihr höchstes Ergebnis, während sie davor stets weniger als 1% der Stimmen erreichte.

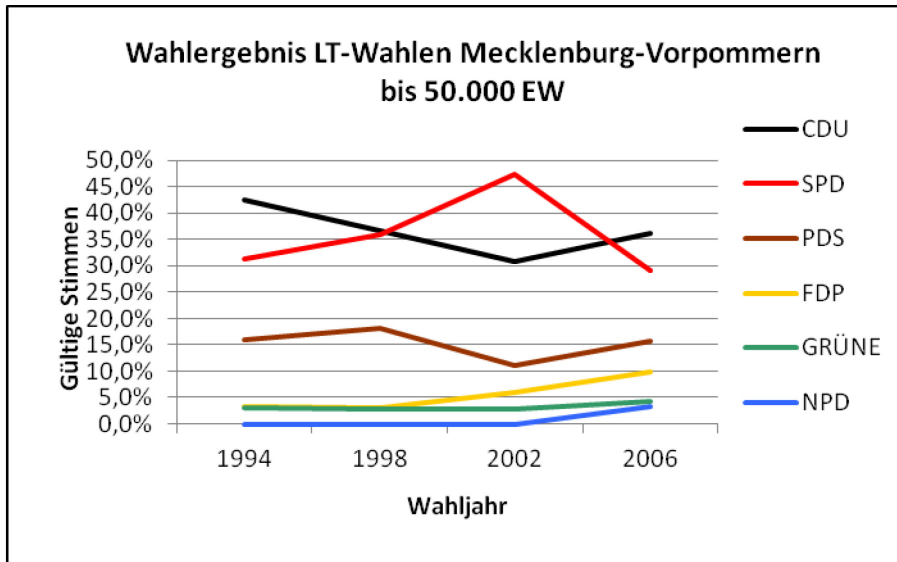
Abbildung 14: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 nicht katholisch/protestantisch



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.2.6.3 Stadt versus Land

Abbildung 15: Ergebnisse LTW M-V 1994-2006 bis 50.000 EW



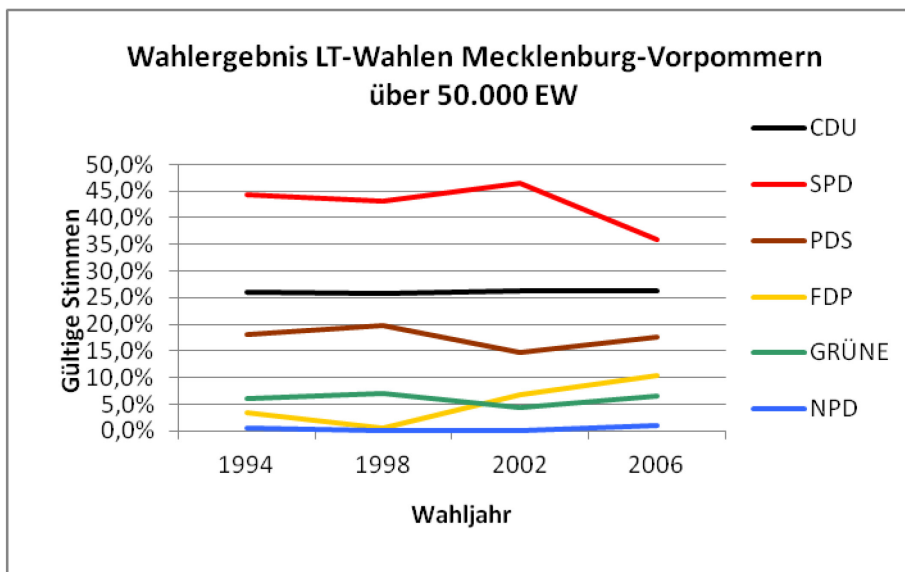
Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Unter den Wählern, die in Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern lebten, wechselte die relative Mehrheit zwischen CDU und SPD, während die PDS konstant die drittstärkste Kraft stellte und jeweils zwischen 11,1% und 18,1% der Stimmen erhielt. Sowohl die FDP als auch Die Grünen konnten kontinuierlich Stimmenanteile dazugewinnen, ebenso, wie die NPD. Alle diese drei Parteien erreichten jeweils bei der Wahl im Jahr 2006 ihr höchstes Ergebnis, die

FDP 9,9%, Die Grünen 4,3% und die NPD 3,4%.

Im Unterschied zu den Wählern, die in kleineren Ortschaften lebten, wählten jene, die in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern lebten zwischen 1994 und 2006 jeweils mit einer relativen Mehrheit die SPD, während die CDU als jeweils zweitstärkste Partei gleich bleibend zwischen 25,8% und 26,3% der Stimmen erhielt. Die PDS erreichte stets die drittmeisten Stimmen, während die Anteile der Grünen und der FDP schwankten. Die Grünen erhielten maximal 7,0% der Stimmen (1998), die FDP erreichte ihr höchstes Ergebnis mit 10,6% im Jahr 2006.

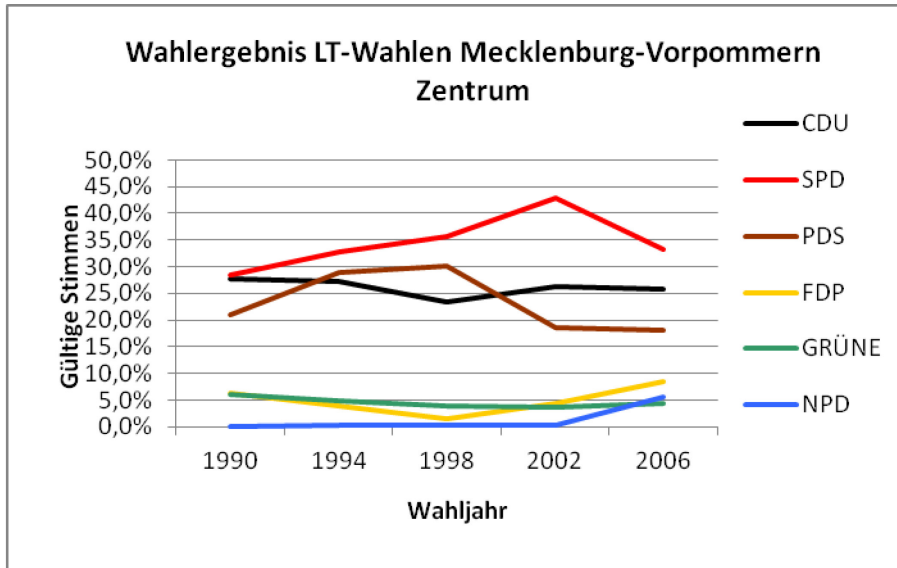
Abbildung 16: Ergebnisse LTW M-V 1994-2006 über 50.000 EW



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.2.6.4 Zentrum versus Peripherie

Abbildung 17: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 Zentrum



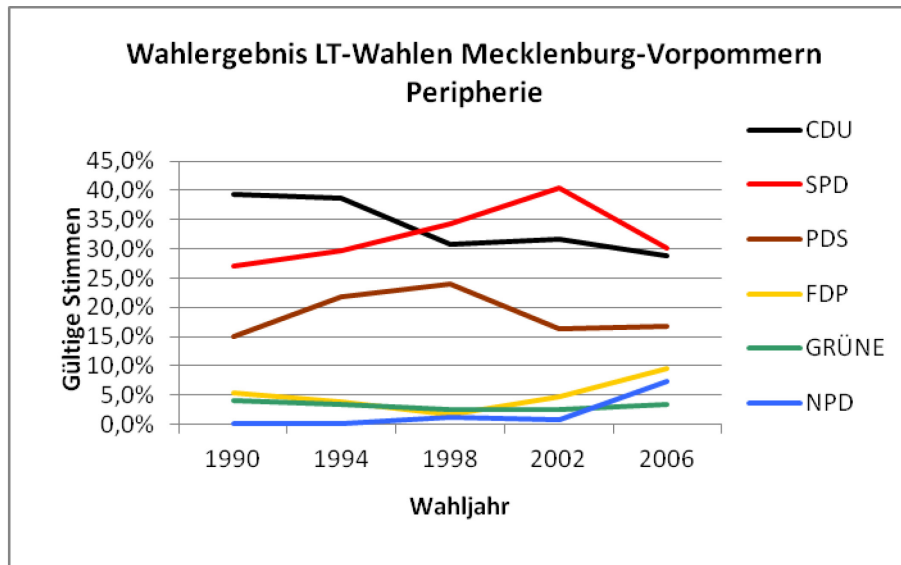
Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

In Schwerin, der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern, erreichte die SPD bei der ersten Wahl im Jahr 1990 die meisten Stimmen und konnte bis zur Wahl im Jahr 2002 kontinuierlich dazu gewinnen, ehe sie im Jahr 2006 erstmals 9,6 Prozentpunkte verlor aber dennoch eine relative Mehrheit erhielt. Die CDU, bei der ersten Wahl im Jahr 1990 mit 27,8% nur 0,7 Prozentpunkte hinter der SPD verlor bei den darauf folgenden Wahlen Stimmenanteile, pendelte sich aber schließlich bei etwa 25% ein, während die PDS 1994 und 1998 in der Landeshauptstadt mehr Stimmenanteile erreichen konnte als die CDU, ehe sie 2002 im Vergleich zur vorangegangenen Wahl 11,6 Prozentpunkte verlor und danach drittstärkste Partei blieb. Die Grünen, die FDP und die NPD erreichten jeweils bei keiner Wahl 10% der Stimmen, wobei Die Grünen, ausgehend von 6,1% im Jahr 1990 stetig leicht verloren und erst im Jahr 2006 wieder 0,6 Prozentpunkte dazu gewinnen konnten, während die FDP mit 8,6% und die NPD mit 5,6% bei der Wahl im Jahr 2006 ihr jeweils höchstes Ergebnis erreichten.

In den Gebieten der Peripherie hingegen konnte die CDU bei den ersten beiden Wahlen in den Jahren 1990 und 1994 eine relative Mehrheit gewinnen, bevor sie im Jahr 1998 von der SPD als stimmenstärkste Partei abgelöst wurde. Die Entwicklung des Anteils der PDS an den Stimmen verhielt sich ähnlich wie in der Landeshauptstadt Schwerin, nach kontinuierlichen

Zugewinnen bis zur Wahl im Jahr 1998 verlor sie danach circa ein Drittel ihrer Wählerschaft, während, wie auch im Zentrum Schwerin, die FDP mit 9,6% und die NPD mit 7,3% ihr jeweils höchstes Ergebnis im Jahr 2006 erreichten, den Grünen dies hingegen mit 4,0% bei der Wahl im Jahr 1990 gelang.

Abbildung 18: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 Peripherie



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.3 Die Landtagswahlen in Sachsen

5.3.1 Die Landtagswahl 1990

Die Landtagswahl vom 14. Oktober 1990 brachte in Sachsen folgendes Ergebnis:

Tabelle 11: Endergebnis Landtagswahl 1990 Sachsen

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	53,8
SPD	19,1
LL-PDS	10,2
Forum/B90/Grüne	5,6
FDP	5,3
Sonstige	6,0

Quelle: http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/allg/Seite_2.htm 12.01.2012

Die CDU wurde bei der ersten Landtagswahl in Sachsen nach dem Ende der DDR zur

stärksten Partei und erreichte mit 53,8% sogar die absolute Stimmenmehrheit, was ihr ebenso die absolute Mandatsmehrheit für diese Wahlperiode im sächsischen Landesparlament einbrachte. Die SPD erreichte als zweitstärkste Partei einen Stimmenanteil von 19,1%, es folgten die LL-PDS mit 10,2%, das Forum/Die Grünen mit 5,6% und die FDP mit 5,3%. Auf andere Parteien entfielen bei dieser Wahl 6,0% der gültigen Stimmen.

5.3.1.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Gruppe der Unselbständigen erreichte die CDU bei der Landtagswahl im Jahr 1990 55,2% der Stimmen, die SPD erhielt 18,4%. Die PDS erhielt 8,2% der Stimmen der Unselbständigen, auf die Grünen entfielen 6,9% und auf die FDP 5,6%. 5,7% der Unselbständigen wählten eine andere Partei.

In der Gruppe der Selbständigen war die Stimmenmehrheit der CDU noch deutlicher, sie erreichte hier 71,1%. Die FDP erhielt 10,0%, die SPD 6,0% und das Bündnis 90/Die Grünen 5,1% der Stimmen, während die PDS 3,6% erreichte. 4,2% der Stimmen entfielen auf andere Parteien, darunter 3,2% auf die DSU.

5.3.1.2 Religiöser Cleavage

Unter jenen Wählern, die der katholischen oder der protestantischen Konfession angehörten entschieden sich 68,5% für die CDU während 12,9% die SPD wählten. Die FDP erhielt 6,1% der Stimmen und die Grünen 5,5%. 4,1% der konfessionell Gebundenen wählten die DSU und 1,1% die PDS. 1,8% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

In der Gruppe der Wähler, die keiner der beiden christlichen Konfessionen angehörten entfielen 45,6% der Stimmen auf die CDU. Die SPD erhielt 21,2% der Stimmen und die PDS 14,1%. Die Grünen erreichten 8,4% während die FDP 5,8% der nicht konfessionell Gebundenen für sich gewinnen konnte. Die DSU erhielt in dieser Wählergruppe 3,5% der Stimmen. 1,4% der konfessionell Ungebundenen entschieden sich zur Wahl einer anderen Partei.

5.3.1.3 Zentrum versus Peripherie

In der sächsischen Hauptstadt Dresden erreichte die CDU bei der Landtagswahl im Oktober 1990 mit 51,0% eine absolute Stimmenmehrheit. Die LL-PDS erhielt als, nach Stimmenanteil, zweitstärkste Partei 15,0% der Stimmen und landete somit knapp vor der SPD, die 14,4% erhielt. Das Forum/Die Grünen erhielt 9,2% der Stimmen, die FDP erreichte in Dresden 4,0% und die DSU 3,7%. 2,7% der Stimmen entfielen auf andere Parteien, darunter 0,8% auf die NPD und 0,7% auf die Bürgerbewegung Demokratischer Aufbruch.

Außerhalb der Landeshauptstadt erreichte die CDU mit 54,1% ebenfalls eine absolute Stimmenmehrheit, im Unterschied zu Dresden wurde hier die SPD mit 19,6% die zweitstärkste Kraft, während die LL-PDS 9,7% erreichte. Die FDP erhielt 5,4% der Stimmen und das Bündnis 90/das Forum/Die Grünen 5,2%. Die DSU erreichte 3,6%, 0,7% entfielen auf die NPD, 0,6% auf den DA und 1,1% auf andere Parteien.

5.3.2 Die Landtagswahl 1994

Die sächsische Landtagswahl vom 11. September 1994 endete mit folgendem Ergebnis:

Tabelle 12: Endergebnis Landtagswahl 1994 Sachsen

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	58,1
SPD	16,6
PDS	16,5
Bündnis 90/Die Grünen	4,1
FDP	1,7
Sonstige Parteien	2,9

Quelle: http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/allg/Seite_2.htm 12.01.2012

Die CDU, die schon 1990 die absolute Mehrheit errungen hatte, konnte bei der sächsischen Landtagswahl 1994 sogar noch Zugewinne verbuchen und erreichte mit 58,1% um 4,8 Prozentpunkte mehr, als bei der Wahl vier Jahre zuvor. Damit stellte sie mit 77 Abgeordneten für eine weitere Wahlperiode die absolute Mandatsmehrheit im von 160 auf 120 Mandate verkleinerten Landesparlament von Sachsen. Die SPD hingegen verlor 2,5 Prozentpunkte und blieb mit 16,6% der Stimmen nur noch knapp vor der PDS, die mit einem Zugewinn von 6,3 Prozentpunkten nun bei 16,5% hielt. Das Bündnis 90/Die Grünen, das 1990 noch mit der Partei Neues Forum Sachsen als gemeinsame Liste angetreten war, scheiterte nun mit 4,1%

am Einzug in den Landtag, ebenso, wie die FDP, die bei einem Verlust von 3,6 Prozentpunkten nur noch 1,7% der Stimmen erhielt und damit ebenfalls keine Abgeordneten mehr in das Landesparlament entsenden durfte. Auf andere Parteien entfielen bei dieser Wahl 2,9% der Stimmen.

5.3.2.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Gruppe der unselbständig Tätigen lässt sich für die sächsische Landtagswahl 1994 folgendes Ergebnis festhalten:

Die CDU war hier, wie auch unter allen Wählern insgesamt, die stärkste Partei, mit 47,1% erreichte sie in dieser Wählergruppe bei einem Verlust von 8,1 Prozentpunkten im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 1990 jedoch nicht mehr die absolute Stimmenmehrheit. Die SPD erhielt 26,5% der Stimmen der Unselbständigen, was einem Zugewinn von 8,1 Prozentpunkten entsprach, die PDS 13,5% (+5,3) und das Bündnis 90/Die Grünen erreichte in dieser Wählergruppe 6,7% (-0,2) der Stimmen. Auf die FDP entfielen 2,3% (-3,3) der Stimmen, auf andere Parteien 3,9%.

Auch in der Gruppe der Selbständigen war die CDU am erfolgreichsten, mit nun 58,6% der Stimmen verlor sie im Vergleich zur vorangegangenen Wahl aber auch in dieser Wählergruppe 12,5 Prozentpunkte. Die SPD gewann 6,1 Prozentpunkte dazu und erzielte ein Ergebnis von 12,1%, während die PDS 8,6% (+5,0) erreichte, ebenso das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP, für die dies einen Verlust von 1,4 Prozentpunkten darstellte. Auf andere Parteien entfielen 3,5%.

5.3.2.2 Religiöser Cleavage

Entlang einer religiösen Trennlinie zwischen katholischen oder protestantischen Wählern auf der einen Seite und nicht christlich konfessionell Gebundenen auf der anderen ergab sich bei der Landtagswahl 1994 folgendes Ergebnis:

Die CDU erreichte unter den christlich konfessionell gebundenen Wählern trotz eines Verlustes von 5,7 Prozentpunkten mit 62,8% die meisten Stimmen, gefolgt von der SPD, die 4,9 Prozentpunkte dazu gewann und 17,8% erreichte. Das Bündnis 90/Die Grünen erhielt 6,9% (+1,4) der Stimmen der konfessionell Gebundenen, die PDS erreichte 4,4% (+3,3) und

die FDP 4,1% (-2,0). Auf andere Parteien entfielen 4,0%.

Bei den nicht christlich konfessionell gebundenen Wählern wurde ebenfalls die CDU die stimmenstärkste Partei, wenngleich sie im Vergleich zur Landtagswahl vier Jahre zuvor 7,0 Prozentpunkte verlor und nur noch 38,6% erreichte. Die SPD wurde mit 29,4% (+8,2) zur zweitstärksten Partei in dieser Wählergruppe vor der PDS, die 3,8 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 17,9% erreichte. Das Bündnis 90/Die Grünen erzielte 8,2% (-0,2), die FDP verlor 3,5 Prozentpunkte und erhielt 2,3% der Stimmen. 3,6% entfielen auf andere Parteien.

5.3.2.3 Stadt versus Land

Teilt man die Wählerschaft nach der Größe des Wohnorts in eine Gruppe jener, die in Ortschaften bis zu 50.000 Einwohnern leben und eine Gruppe jener, die in Ortschaften mit mehr als 50.000 Einwohnern leben so lässt sich bei der Landtagswahl 1994 folgendes Ergebnis feststellen:

In Ortschaften bis zu 50.000 Einwohnern erhielt die CDU mit 51,3% der Stimmen die absolute Mehrheit während die SPD hier 23,7% erreichte, die PDS 12,2% und das Bündnis 90/Die Grünen 6,0%, sowie die FDP 3,2%. Auf andere Parteien entfielen in Wohnorten mit 50.000 oder weniger Einwohnern 3,6% der Stimmen, darunter 1,4% auf Soziale Politik Sachsen und 0,9% auf die DSU.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Verteilung der Stimmenanteile in Ortschaften mit über 50.000 Einwohnern. Hier ist zwar ebenso die CDU stimmenstärkste Partei, allerdings erhielt sie mit 37,8% einen deutlich geringeren Anteil an Wählerstimmen als in kleineren Orten, während sowohl die SPD, als auch die PDS und das Bündnis 90/Die Grünen hier mehr Stimmenanteile erzielen konnten als in Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern. In Städten mit über 50.000 Einwohnern erhielt die SPD 29,0%, die PDS 15,6% und das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 11,4%. 2,3% der Wähler entschieden sich für die FDP, 3,9% für andere Parteien, so zum Beispiel jeweils 1,6% für Soziale Politik Sachsen und für Neues Forum.

5.3.2.4 Zentrum versus Peripherie

In der Landeshauptstadt votierten bei der Landtagswahl 1994 54,0% der Wähler für die CDU, 3,0 Prozentpunkte mehr als vier Jahre davor. Die PDS konnte ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen, sie erreichte mit 23,2% 7,2 Prozentpunkte mehr als 1990. Die SPD hingegen verlor 2,0 Prozentpunkte und erreichte nur noch 12,4%, das Bündnis 90/Die Grünen verlor 2,9 Prozentpunkte und erreichte nur noch 6,3%. Auf andere Parteien entfielen 4,3%, darunter 1,4% (-2,6) auf die FDP und 1,0% auf die Republikaner.

Unter den Wählern, die nicht in Dresden lebten, konnte die CDU die bei der vorangegangene Wahl erreichte absolute Stimmenmehrheit ebenfalls noch ausbauen und erreichte nun 58,6% (+4,5), während die SPD 2,5 Prozentpunkte verlor und nur noch 17,1% erreichte. Im Gegensatz dazu konnte die PDS 6,0 Prozentpunkte dazu gewinnen und erzielte ein Ergebnis von 15,7%. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 3,9% (-1,3) und auch die FDP musste Verluste von 3,6 Prozentpunkten hinnehmen und erreichte nur noch 1,8%. 2,9% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.3.3 Die Landtagswahl 1999

Am 19. September 1999 fand die dritte Wahl zum sächsischen Landtag statt, die folgendes Ergebnis brachte:

Tabelle 13: Endergebnis Landtagswahl 1999 Sachsen

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	56,9
PDS	22,2
SPD	10,7
Bündnis 90/Die Grünen	2,6
FDP	1,1
Sonstige Parteien	6,5

Quelle: http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/allg/Seite_2.htm 12.01.2012

Die CDU musste einen Verlust von 1,2 Prozentpunkten hinnehmen, hielt aber mit 56,9% die absolute Stimmenmehrheit und blieb somit klar die stärkste Partei im sächsischen Landtag. Die PDS gewann 5,7 Prozentpunkte dazu und überholte mit nun 22,2% die SPD, die bei einem Verlust von 5,9 Prozentpunkten nur noch 10,7% der Stimmen erhielt und damit hinter die PDS zurückfiel. Auch das Bündnis 90/Die Grünen sowie die FDP, die schon nach der

voran gegangene Wahl nicht im Landtag vertreten waren mussten weitere Stimmenverluste hinnehmen und erreichten nur noch 2,6% (-1,5) beziehungsweise 1,1% (-0,6). Auf andere Parteien entfielen bei dieser Wahl 6,5%, darunter 2,1% auf ProDM, 1,5% auf die Republikaner und 1,4% auf die NPD.

5.3.3.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Wählergruppe der unselbständig Tätigen blieb die CDU mit 62,6% die stimmenstärkste Partei, wobei sie im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl sogar 15,5 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte. Die SPD erreichte bei einem Verlust von 10,9 Prozentpunkten nur noch 15,6%, die PDS hingegen konnte 1,1 Prozentpunkte dazu gewinnen und erhielt 14,6% der Stimmen. Auf das Bündnis 90/Die Grünen entfielen 2,5% (-4,2), auf andere Parteien 4,7%, davon 1,4% auf ProDM, 1,0% auf die Republikaner und 0,6% (-1,7) auf die FDP.

Auch unter den selbständigen Wählern blieb die CDU die stimmenstärkste Partei und erreichte hier 72,2% (+13,6), die SPD erhielt 4,4% (-7,7) und die PDS erreichte in dieser Wählergruppe mit einem Zugewinn von 8,1 Prozentpunkten 16,7% der Stimmen. Die FDP und die Republikaner erzielten jeweils 2,2%, das Bündnis 90/Die Grünen 1,1% (-7,5). 3,4% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

5.3.3.2 Religiöser Cleavage

In der Gruppe der katholischen oder protestantischen Wähler konnte die CDU ihre Position als stimmenstärkste Partei weiter ausbauen, sie erreichte bei der Landtagswahl 1999 80,1%, um 17,3 Prozentpunkte mehr als vier Jahre zuvor. Die SPD erreichte hingegen nur noch 8,2 % (-9,6), während die PDS 1,2 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 5,6% der Stimmen in dieser Wählergruppe erhielt. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 3,0% (-3,9), die FDP nur noch 0,7% (-3,4). 2,4% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Bei den nicht christlich konfessionell Gebundenen blieb die CDU ebenfalls die stärkste Partei, sie konnte sogar 15,4 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 54,0%, dahinter folgten die PDS mit 20,5% (+2,6) und die SPD mit 16,6% (-12,8). Das Bündnis 90/Die Grünen erhielt 2,9% (-5,3) der Stimmen der nicht christlich konfessionell Gebundenen, auf andere Parteien

entfielen 6,0%, davon jeweils 1,5 % auf die Republikaner und Pro DM, sowie 1,0% auf die FDP.

5.3.3.3 Stadt versus Land

In Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern war, wie schon bei der Landtagswahl im Jahr 1994, die CDU die erfolgreichste Partei, sie konnte hier 64,8% der Stimmen gewinnen und somit 13,5 Prozentpunkte mehr als fünf Jahre zuvor. Die SPD hingegen verlor 10,5 Prozentpunkte und rutschte mit nun 13,2% hinter die PDS zurück, die mit einem Zugewinn von 2,4 Prozentpunkten im Vergleich zur Wahl im September 1994 nun 14,6% der Stimmen erhielt. Das Bündnis 90/Die Grünen erhielt 2,1% (-3,9), während die Republikaner 1,4% (+0,9) erhielten und die FDP nur noch 0,8% (-2,4). Auf andere Parteien entfielen 3,1%.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich in Städten und Ortschaften mit mehr als 50.000 Einwohnern verfolgen, auch hier konnte die CDU Zugewinne verbuchen und erreichte 57,8%, während die SPD Stimmenanteile verlor und mit 14,9% hinter die PDS zurückfiel, die in dieser Wählergruppe 2,5 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und bei der Landtagswahl 1999 18,1% der Stimmen erhielt. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 6,6 Prozentpunkte im Vergleich zur vorangegangenen Wahl und erreichte nur noch 4,8%, auch die FDP verlor 1,1 Prozentpunkte und erhielt 1,2% der Stimmen. 3,2% der Stimmen in Ortschaften mit mehr als 50.000 Einwohnern entfielen auf andere Parteien.

5.3.3.4 Zentrum versus Peripherie

Bei der Landtagswahl 1999 konnte die CDU unter den in Dresden lebenden Wählern neuerlich Stimmenzugewinne verbuchen, sie erreichte mit 55,1% wiederum 1,1 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl fünf Jahr zuvor. Auch die PDS konnte wiederum 1,5 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 24,7%, während die SPD 4,0 Prozentpunkte verlor und nur noch 8,4% der Stimmen erhielt und auch das Bündnis 90/Die Grünen um 0,9 Prozentpunkte weniger erreichten, was ein Ergebnis von 5,4% bedeutete. 1,9% der Stimmen erhielt Pro DM, eine Bewegung, die gegen die Einführung des Euro eintrat sich für den Erhalt der Deutschen Mark einsetzte, je 1,0% die NPD und die Republikaner und 0,9% der Wähler entschieden sich für die FDP. 1,6% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

In den Gebieten außerhalb der Hauptstadt musste die CDU einen Verlust von 1,5 Prozentpunkten hinnehmen, erhielt aber mit 57,1% wiederum die absolute Stimmenmehrheit, während die PDS im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl 6,2 Prozentpunkte dazu gewann und mit nun 21,9% der Stimmen mehr erhielt als die SPD, die einen Verlust von 6,1 Prozentpunkten hinnehmen musste und nur noch 11,0% der Stimmen erhielt. Je 2,2% der Stimmen erhielten das Bündnis 90/Die Grünen und Pro DM, 1,6% die Republikaner und 1,4% die NPD, während auf die FDP 1,1% entfielen. 1,5% der Wähler entschlossen sich dafür, eine andere Partei als die genannten zu unterstützen.

5.3.4 Die Landtagswahl 2004

Die Wahl zum vierten sächsischen Landtag am 19. September 2004 brachte, inklusive der Wiederholungswahl im Wahlkreis 31 Leipzig 7 am 22. Januar 2006, folgendes Endergebnis:

Tabelle 14: Endergebnis Landtagswahl 2004 Sachsen

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	41,1
PDS	23,6
SPD	9,8
NPD	9,2
FDP	5,9
Grüne	5,1
Sonstige Parteien	5,3

Quelle: http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/allg/Seite_2.htm 12.01.2012

Die CDU verlor im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 1999 15,8 Prozentpunkte und mit nun 41,1% der Stimmen die absolute Mehrheit im Landtag, blieb aber die stimmenstärkste Partei in Sachsen. Die PDS konnte 1,4 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 23,6%, während die SPD 0,9 Prozentpunkte verlor und nur noch 9,8% der Stimmen erhielt. Die NPD erreichte 9,2% der Stimmen und zog damit bei der vierten Landtagswahl nach dem Ende der DDR zum ersten Mal in das Landesparlament von Sachsen ein. Die FDP schaffte mit einem Zugewinn von 4,8 Prozentpunkten und den damit erreichten 5,9% zum ersten Mal seit der Landtagswahl 1990 wieder den Einzug in den sächsischen Landtag, während die Grünen mit 5,1% (+2,5) zum ersten Mal überhaupt als eigenständige Partei in das Landesparlament einzogen.

5.3.4.1 Unselbständige versus Selbständige

Bei den Unselbständigen verlor die CDU zwar 18,4 Prozentpunkte, blieb aber mit 44,2% stimmenstärkste Partei in dieser Wählergruppe. Die PDS konnte ihr Ergebnis aus dem Jahr 1999 um 2,6 Prozentpunkte verbessern und überholte mit nun 17,2% die SPD, die zwar ebenfalls im Vergleich zur vorangegangenen Wahl Stimmenanteile dazugewinnen konnte, aber mit nun 16,0% (+0,4) nur noch drittstärkste Partei war. Die FDP erhielt 6,5% der Stimmen der Unselbständigen (+5,9), die Grünen erreichten 6,0% (+3,5) und die NPD 4,5%. 5,6% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Bei den Selbständigen ließ sich eine ähnliche Entwicklung ausmachen, die CDU verlor hier 19,7 Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl fünf Jahre zuvor, blieb aber mit 52,5% noch deutlich die stärkste Partei in dieser Wählergruppe. Die SPD gewann 8,1 Prozentpunkte dazu und erreichte 12,5%, womit sie nun knapp vor der PDS lag, die 11,2% (-5,5) erreichte. Die FDP erhielt 8,8% (+6,6) der Stimmen der Selbständigen und auch die Grünen konnten 6,4 Prozentpunkte dazu gewinnen und erzielten 7,5%, während die NPD 1,2% erhielt. 6,3% der Selbständigen entschieden sich zur Wahl einer anderen Partei.

5.3.4.2 Religiöser Cleavage

Bei den katholischen oder protestantischen Wählern konnte die CDU trotz Stimmenverlusten mit 56,8% die absolute Mehrheit verteidigen. Die SPD konnte dagegen 6,5 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreicht nun 14,7% der Stimmen, und auch die Grünen, die PDS und die FDP konnten Zugewinne verbuchen und erreichten 8,9% (+5,9), 7,7% (+2,1) beziehungsweise 6,2% (+5,5). Die NPD erreichte hier 1,9%, 3,8% entfielen auf andere Parteien.

In der Wählergruppe der nicht christlich konfessionell Gebundenen musste die CDU ebenfalls Verluste hinnehmen, blieb aber auch hier mit 37,5% (-16,5) der Stimmen die stärkste Partei. Etwas dazu gewinnen konnte die PDS, die nun 21,3% der Stimmen erhielt (+0,8), während die SPD 0,6 im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl verlor und nun 16,0% erreichte. Die FDP konnte Stimmenanteile gewinnen und erreichte 7,0% (+6,0), ebenso die Grünen die mit 6,8% um 3,9 Prozentpunkte mehr erzielten als bei der Landtagswahl im Jahr 1999. Die NPD

erreichte 4,8%, auf andere Parteien entfielen 6,6% der Stimmen der nicht christlich konfessionell Gebundenen.

5.3.4.3 Stadt versus Land

Bei Wählern, die in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten verlor die CDU bei der Landtagswahl 2004 im Vergleich zur Wahl fünf Jahre zuvor zwar 16,7 Prozentpunkte blieb mit 48,1% aber deutlich die stimmenstärkste Partei. Die PDS und die SPD konnten im Vergleich zur Landtagswahl 1999 Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichten 15,3% (+0,7) beziehungsweise 13,5% (+0,3). Stärker dazu gewinnen konnten die Grünen, die 5,4% erreichten (+3,3), vor allem aber die FDP und die NPD. Erstere erreichte 7,2% (+6,4), letztere 4,0% (+3,2). 6,5% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

In Städten mit über 50.000 Einwohnern musste die CDU mit -21,3 Prozentpunkten ebenfalls einen deutlichen Verlust an Stimmenanteilen hinnehmen und erreichte nur noch 36,5%, während die SPD im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 1999 nun 5,9 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 20,8% erreichte, womit sie in dieser Wählergruppe die PDS wieder überholte und zweitstärkste Partei wurde. Die PDS verlor in Städten über 50.000 Einwohnern 0,3 Prozentpunkte und erhielt 17,8% der Stimmen. Wie auch in kleineren Ortschaften konnten die Grünen Stimmen dazu gewinnen und erreichten nun 13,7% (+8,9), ebenso die FDP, die 5,1% erreichte (+3,9) und auch die NPD, die 3,0% der Stimmen erhielt und somit 2,6 Prozentpunkte mehr erreichte als 1999. 3,1% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.3.4.4 Zentrum versus Peripherie

Bei der Landtagswahl im Jahr 2004 verlor die CDU im Vergleich zur vorherigen Wahl 15,1 Prozentpunkte und damit auch die absolute Stimmenmehrheit, sie erreichte nur noch 40,0%, womit sie allerdings die Partei mit den relativ meisten Stimmen blieb. Auch die PDS musste, wenngleich in einem weniger großen Ausmaß, Verluste hinnehmen, sie erreichte mit 22,4% um 2,3 Prozentpunkte weniger als bei der vorangegangenen Wahl. Die Grünen hingegen konnten 5,7 Prozentpunkte dazu gewinnen und erzielten in der sächsischen Hauptstadt ein Ergebnis von 11,1% und auch die SPD konnte um 0,5 Prozentpunkte mehr erreichen, sie erhielt 8,9% der Stimmen. Ebenfalls Zugewinne verbuchen konnten die FDP, die 6,4% (+5,5) der Stimmen erhielt sowie die NPD, die mit 6,1% um 5,1 Prozentpunkte mehr erreichte als

fünf Jahre zuvor. 5,1% der Stimmen entfielen 2004 in Dresden auf andere Parteien, darunter 1,5% beziehungsweise 1,4% auf Themenparteien wie die Tierschutzpartei und die Grauen Panther, die sich als Generationenpartei verstanden.

In den zur Peripherie gezählten Gebieten verlor die CDU 15,8 Prozentpunkte und erreichte nur noch 41,3%, während die PDS 1,8 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 23,7% der Stimmen erhielt. Die SPD verlor 1,0 Prozentpunkte und erreichte 10,0% während die NPD mit 9,6% der Stimmen um 8,2 Prozentpunkte mehr erreichte als bei der Wahl im Jahr 1999. Ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen konnten die FDP und die Grünen, die 5,8% (+4,7) beziehungsweise 4,3% (+2,1) erreichten. 5,3% der Wähler entschieden sich für andere Parteien, darunter 1,7% für die Tierschutzpartei und 0,9% für die Grauen.

5.3.5 Die Landtagswahl 2009

Die Landtagswahl in Sachsen am 30. August 2009 brachte folgendes Ergebnis:

Tabelle 15: Endergebnis Landtagswahl 2009 Sachsen

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	40,2
Die Linke	20,6
SPD	10,4
FDP	10,0
Grüne	6,4
NPD	5,6
Sonstige Parteien	6,8

Quelle: http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/allg/Seite_2.htm 12.01.2012

Die CDU musste im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl Verluste von 0,9 Prozentpunkten hinnehmen, blieb damit aber mit 40,2% die stimmenstärkste Partei vor der Partei Die Linke, die 3,0 Prozentpunkte verlor und nun bei 20,6% hielt. Die SPD konnte 0,6 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 10,4% und auch die FDP konnte Zugewinne verbuchen und erzielte 10,0% (+4,1). Die Grünen gewannen ebenfalls Stimmenanteile dazu und erreichten 6,4% (+1,3). Die NPD hingegen musste Verluste von 3,6 Prozentpunkten hinnehmen und erreichte nur noch 5,6%. Auf andere Parteien entfielen bei der sächsischen Landtagswahl im Jahr 2009 6,8%, davon 2,1% auf die Tierschutzpartei, 1,9% auf die Piraten-Partei und 1,4% auf die Partei Freie Sachsen.

5.3.5.1 Unselbständige versus Selbständige

Im Vergleich zu Landtagswahl im Jahr 2004 konnte die CDU bei den unselbständig Berufstätigen um 2,9 Prozentpunkte mehr und somit 47,1% der Stimmen erreichen, während die Die Linke 2,8 Prozentpunkte verlor und 14,4% erreichte und die SPD 3,3 Prozentpunkte verlor und nur noch 12,7% erreichte. Die Grünen sowie die FDP konnten hingegen jeweils Zugewinne verbuchen und erreichten 8,3% (+2,3) beziehungsweise 9,8% (+3,3). Die NPD erreichte 3,0% (-1,5), 4,7% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Eine etwas andere Entwicklung lässt sich bei den Selbständigen erkennen. Hier verlor die CDU deutlich und erreichte nur noch 27,4% (-25,5). Die Linke konnte hingegen 6,6 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 17,8%, während die SPD 7,0 Prozentpunkte verlor und nur noch 5,5% erzielte. Stark dazu gewinnen konnten die Grünen, die nun 13,7% erreichten (+6,2) und vor allem die FDP, die 17,2 Prozentpunkte dazu gewann und somit 26,0% der Stimmen der Selbständigen erhielt. Auch die NPD gewann 2,9 Prozentpunkte dazu und erreichte 4,1%, 5,5% der Selbständigen entschieden sich für eine andere Partei.

5.3.5.2 Religiöser Cleavage

Bei den katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen blieb die CDU die stimmenstärkste Partei und konnte trotz Verlusten von 3,4 Prozentpunkten mit 53,4% die absolute Mehrheit weiterhin halten. Neben der CDU verlorene auch die SPD und Die Linke Stimmenanteile und erreichten nur noch 9,2% (-5,5) beziehungsweise 6,8% (-0,9). Stimmenanteile gewinnen konnten hingegen sowohl die FDP, die 13,0% erreichte (+6,8), als auch die Grünen, die mit einem Zugewinn von 2,7 Prozentpunkten nun 11,6% der Stimmen der konfessionell Gebundenen erhielten, sowie die NPD, die 2,1% (+0,2) erreichte. 3,9% entfielen auf andere Parteien.

Bei den nicht katholischen oder protestantischen Wählern konnte die CDU hingegen 1,4 Prozentpunkte dazugewinnen und erreichte 38,9% der Stimmen, während Die Linke und die SPD Im Vergleich zur Landtagswahl fünf Jahr zuvor auch in dieser Wählergruppe Stimmenanteile verloren und nur noch 19,3% (-2,0) beziehungsweise 13,0% (-3,0) erzielten. Wie bei den konfessionell Gebundenen konnten auch bei den nicht katholischen oder protestantischen Wählern sowohl die FDP als auch die Grünen Stimmenanteile dazu

gewinnen. Die FDP erhielt mit 10,6% 3,6 Prozentpunkte mehr als 2004, die Grünen erreichten nun 7,9%, um 1,1 Prozentpunkte mehr als fünf Jahre zuvor. Die NPD erhielt 3,4% der Stimmen dieser Wählergruppe, 6,9% entfielen auf andere Parteien.

5.3.5.3 Stadt versus Land

Unter den Wählern, die in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten, entschieden sich bei der Landtagswahl 2009 46,9% für die CDU, womit diese, trotz eines Verlustes von 1,2 Prozentpunkten im Vergleich zur Wahl im Jahr 2004, die stimmenstärkste Partei in dieser Gruppe blieb. Die Linke und die SPD verloren in dieser Wählergruppe ebenfalls Stimmenanteile und erreichten 14,4% (-0,9) beziehungsweise 10,7% (-2,8). Die FDP konnte, wie die Grünen, Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 11,4% (+4,2). Die Grünen erhielten in Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern 6,4% der Stimmen (+1,0). Die NPD erreichte 3,4% (-0,6), 6,8% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

In Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern erhielt die CDU 36,0% der Stimmen (-0,5), Die Linke verlor 3,6 Prozentpunkte und erreichte 14,2%. Die SPD erhielt ebenfalls 14,2% der Stimmen, was einen Verlust von 6,6 Prozentpunkten im Vergleich zur Wahl im Jahr 2004 bedeutete. Wie auch in Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern konnten die Grünen sowie die FDP auch in größeren Städten Zugewinne erzielen. So erhielten die Grünen in Orten über 50.000 Einwohnern 16,2% der Stimmen (+2,5) und die FDP bekam mit nun 13,0% um 7,9 Prozentpunkte mehr als fünf Jahre zuvor. Die NPD erreichte 2,4% (-0,6), zur Wahl von anderen Parteien entschlossen sich in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern 4,0% der Wähler.

5.3.5.4 Zentrum versus Peripherie

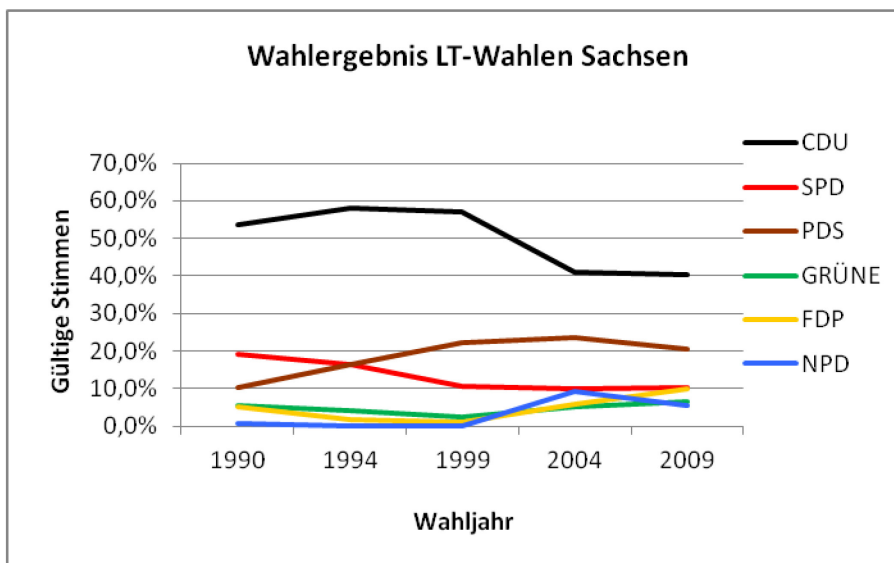
Im sächsischen Zentrum Dresden verlor die CDU bei der Landtagswahl im Jahr 2009 gegenüber der Wahl im Jahr 2004 4,5 Prozentpunkte und erreichte somit nur noch 35,5%. Auch Die Linke verlor 3,2 Prozentpunkte und kam nun auf ein Ergebnis von 19,2%. Die Grünen hingegen konnten ebenso wie die SPD Zugewinne verbuchen. Sie konnten ihren Stimmenanteil im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl um 1,9 Prozentpunkte steigern und erreichten 13,0%, während die SPD 1,8 Prozentpunkte dazu gewann und nun 10,7% der Stimmen erhielt. Auch die FDP konnte Zugewinne erzielen, sie erreichte mit 10,3% der Stimmen um 3,9 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl im Jahr 2004. Die NPD

verlor 2,0 Prozentpunkte und erreichte 4,1%, die Piraten konnten 3,4% der Wähler überzeugen. 3,8% entfielen auf andere Parteien, darunter 1,0% auf Freie Sachsen und, wie schon 2004, 1,5% auf die Tierschutzpartei.

In den peripheren Regionen blieb der Verlust für die CDU mit 0,6 Prozentpunkten im Vergleich zu jenem in Dresden gering, sie erreichte damit 40,7%. Die Linke verlor 2,6 Prozentpunkte und erreichte 21,1% der Stimmen, während die SPD sowie die FDP Stimmenanteile dazu gewinnen konnten. Die SPD erreichte 10,4% (+0,4), die FDP 9,9%, um 4,1 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl im Jahr 2004. Auch die Grünen konnten 1,1 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichten 5,4%, während die NPD 3,8 Prozentpunkte verlor und 5,8% erreichte. 2,1% (+0,4) der Stimmen entfielen auf die Tierschutzpartei, 4,6% auf andere Parteien, darunter 1,4% auf Freie Sachsen.

5.3.6 Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1990 bis 2009

Abbildung 19: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009



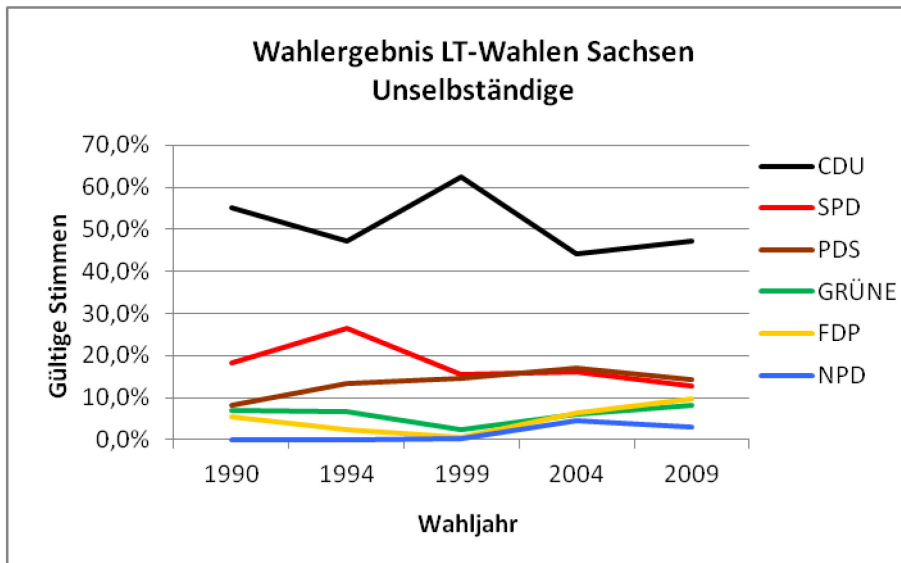
Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Bei den sächsischen Landtagswahlen im Zeitraum von 1990 bis 2009 blieb die CDU stets die stimmenstärkste Partei, in den Jahren 1990, 1994 und 1999 erreichte sie sogar eine absolute Stimmenmehrheit. Während bei den ersten beiden Landtagswahlen des untersuchten Zeitraums in Jahren 1990 und 1994 die SPD mit 19,1% beziehungsweise 16,6% den zweithöchsten Stimmenanteil erreichte, konnte sich die PDS ab dem Jahr 1999 als zweitstärkste Kraft etablieren. Nachdem sowohl die Grünen als auch die FDP bei der Wahl im

Jahr 1990 jeweils mehr als 5% der Stimmen erhalten hatten, schafften sie dies erst wieder bei der Landtagswahl im Jahr 2004. Im Selben Jahr schaffte auch die NPD den Einzug in den Landtag, und auch nach der Wahl im Jahr 2009 stellen mit der CDU, der PDS, der SPD, der FDP, den Grünen und der NPD, sechs Parteien Abgeordnete im sächsischen Landesparlament.

5.3.6.1 Unselbständige versus Selbständige

Abbildung 20: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 Unselbständige

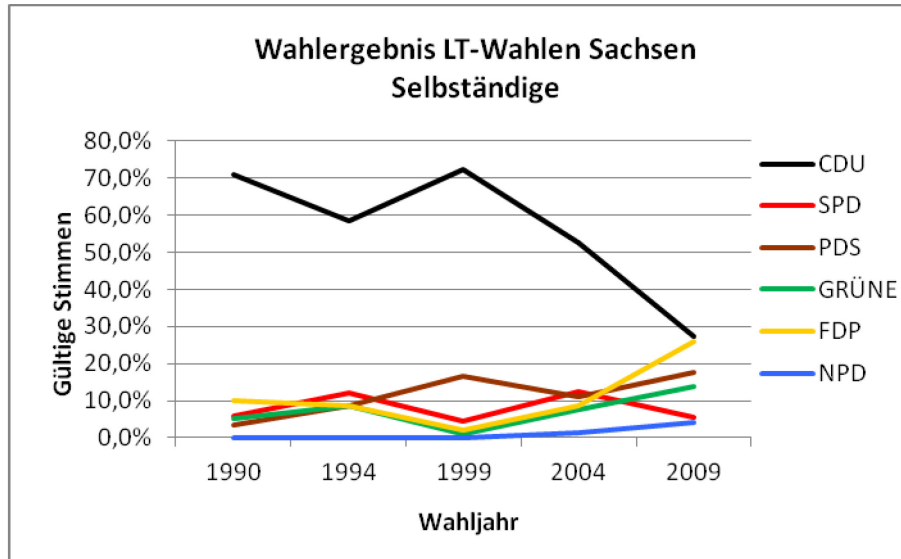


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Während die CDU unter den Unselbständigen konstant eine relative, im Jahr 1990 mit 55,2% und im Jahr 1999 mit 62,6% sogar eine absolute Stimmenmehrheit erreichte und die SPD bei den ersten drei Wahlen die zweitstärkste Kraft stellte, konnte die PDS bei den Wahlen in den Jahren 2004 und 2009 jeweils mehr Stimmenanteile erreichen als die SPD. Hingegen konnten weder die FDP, noch Die Grünen oder die NPD mehr als 10% erreichen. Unter den Selbständigen hingegen, wo zwar ebenfalls die CDU, trotz großer Verluste auch im Jahr 2006, konstant die Partei mit den meisten Stimmen war, konnte sich zunächst keine Partei neben der CDU als zweitstärkste Kraft etablieren. Bei der Wahl im Jahr 1990 erreichte die FDP mit 10,0% die zweitmeisten Stimmen, während dies im Jahr 1994 der SPD mit 12,1% gelang. Bei der darauf folgenden Wahl wiederum war die PDS mit 16,7% die zweitstärkste Kraft und im Jahr 2004 die SPD. Während die FDP mit Zugewinnen von 17,2 Prozentpunkten im Vergleich zur vorangegangenen Wahl, im Jahr 2009 mit 26,0% die zweitmeisten Stimmen in dieser Wählergruppe erhielt, fiel der Anteil der SPD auf 5,5% zurück, womit diese auch weniger

Stimmen erhielt als die PDS und als Die Grünen, die nach vorherigen Verlusten bei dieser Wahl wieder Zugewinne verbuchen konnten.

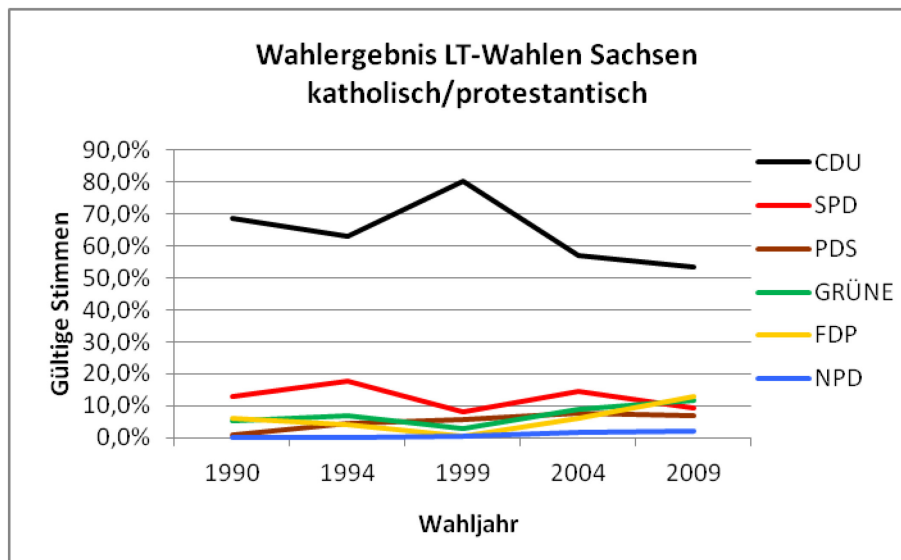
Abbildung 21: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 Selbständige



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.3.6.2 Religiöser Cleavage

Abbildung 22: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 katholisch/protestantisch

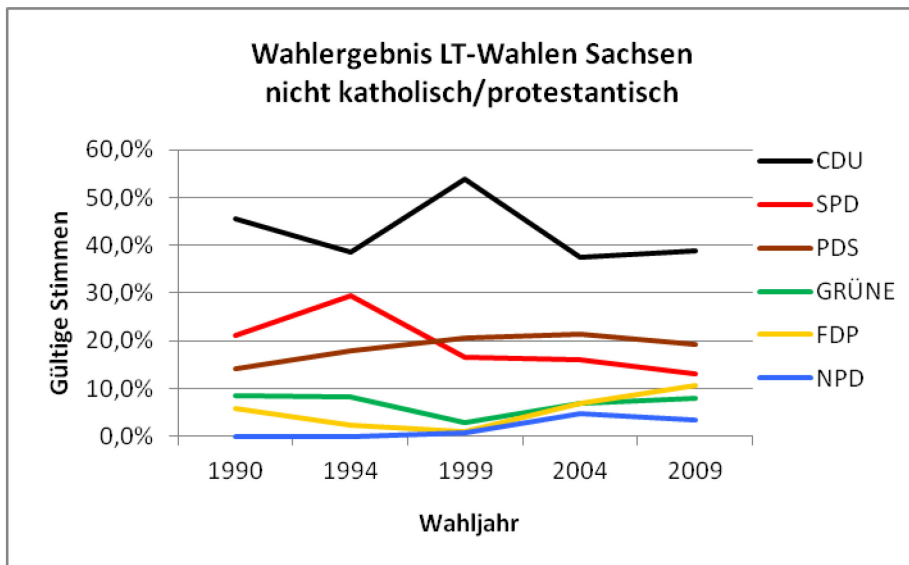


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Sowohl in der Gruppe der konfessionell Gebundenen als auch unter den Konfessionslosen konnte sich die CDU in Sachsen als stimmenstärkste Partei etablieren. In der Wählergruppe

der christlich Konfessionellen blieb die SPD bis inklusive der Wahl im Jahr 2004 die zweitstärkste Kraft ehe bei der Wahl im Jahr 2009 sowohl die FDP als auch Die Grünen mit 13,0% beziehungsweise 11,6% mehr Stimmenanteile erhielten als die SPD, die 9,2% erreichte. Während die PDS unter den konfessionell Gebundenen stets weniger als 8% der Stimmen erhielt, konnte sie sich in der Wählergruppe der Konfessionslosen ab der Wahl im Jahr 1999, bei der sie mit 20,5% erstmals mehr Stimmen erhielt als die SPD mit 16,6%, als zweitstärkste Kraft hinter der CDU etablieren.

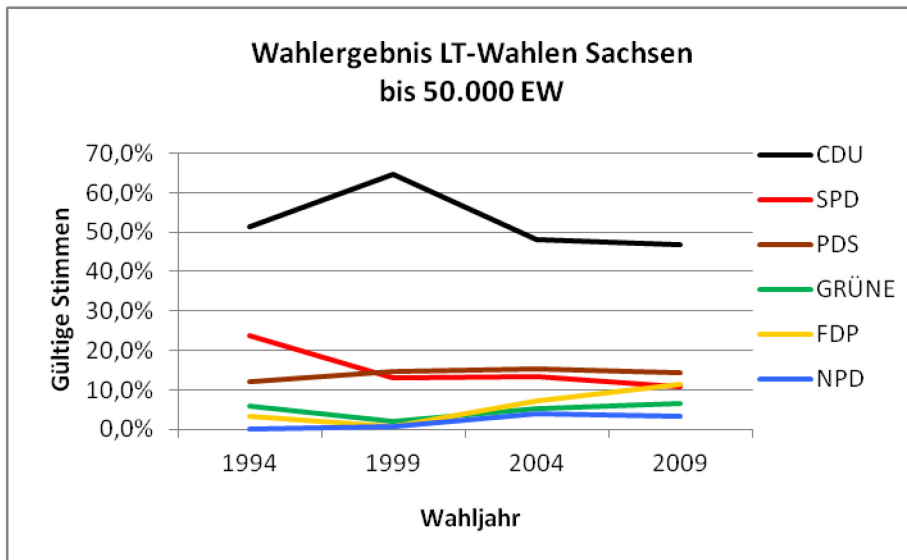
Abbildung 23: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 nicht katholisch/protestantisch



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.3.6.3 Stadt versus Land

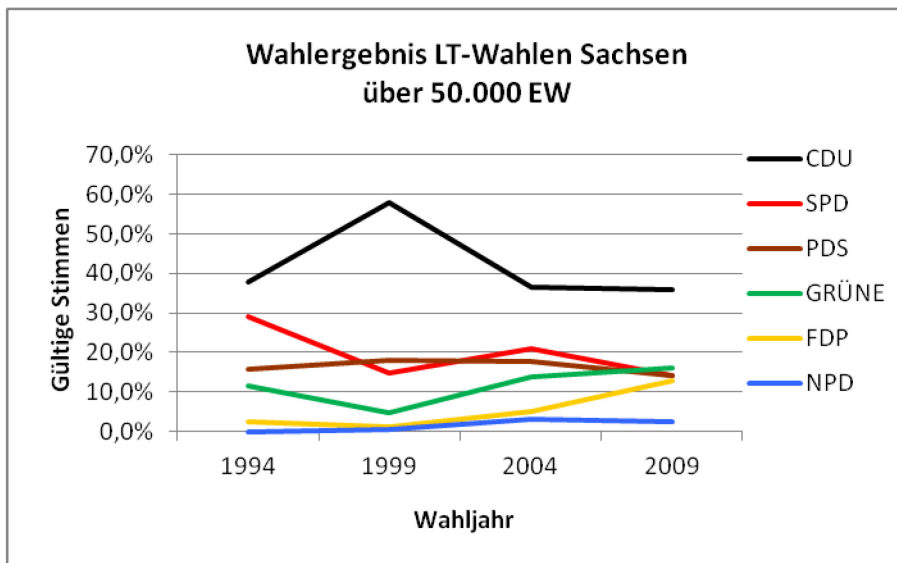
Abbildung 24: Ergebnisse LTW Sachsen 1994-2009 bis 50.000 EW



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Sowohl in Orten mit 50.000 oder weniger Einwohnern, als auch in größeren Städten war die CDU über den untersuchten Zeitraum von vier Wahlperioden stets die stimmenstärkste Partei, wenngleich sie in Orten mit 50.000 oder weniger Einwohnern jeweils einen höheren Stimmenanteil erreichte. Die SPD, die nur bei der Wahl im Jahr 1994 in beiden Wählergruppen die zweitstärkste Kraft stellte und danach hinter die PDS und zum Teil Die Grünen zurückfiel, und auch Die Grünen, die bei der Wahl im Jahr 2009 mit 16,2% die zweitmeisten Stimmen in Städten mit über 50.000 Einwohnern erhielten, erreichten unter jenen Wählern, die in Städten mit über 50.000 Einwohnern lebten regelmäßig einen höheren Stimmenanteil als in ländlichem Gebiet. Ebenso die PDS, mit Ausnahme der Wahl im Jahr 2009, bei der sie in ländlichen Gebieten 14,4% erreichte gegenüber 14,2% in Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern. Die FDP hingegen konnte in den Jahren 1994 und 2004 in Orten mit bis zu 50.000 Einwohnern einen höheren Stimmenanteil erreichen als größeren Städten, während dies bei den Wahlen in den Jahren 1999 und 2009 umgekehrt der Fall war. Die NPD erreichte in ländlichem Gebiet im Jahr 2004 mit 4,0% ihren höchsten Stimmenanteil, in Städten mit über 50.000 Einwohnern bei derselben Wahl mit 3,4%.

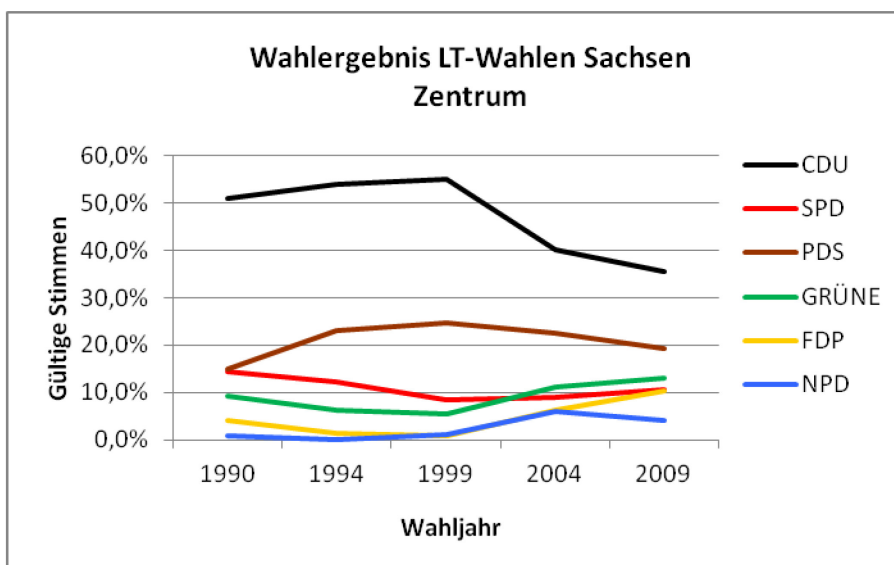
Abbildung 25: Ergebnisse LTW Sachsen 1994-2009 über 50.000 EW



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.3.6.4 Zentrum versus Peripherie

Abbildung 26: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 Zentrum

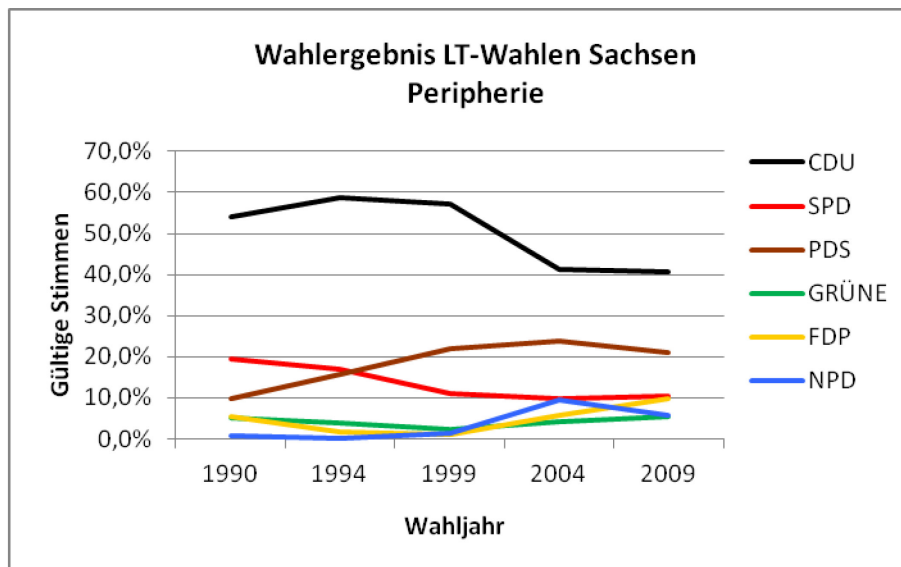


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Während die CDU in beiden Wählergruppen, bei einem höheren Stimmenanteil in der Peripherie als im Zentrum, bei allen Wahlen im untersuchten Zeitraum die stimmenstärkste Partei wurde, konnte sich die PDS in der Landeshauptstadt Dresden schon bei der ersten Wahl im Jahr 1990 als zweitstärkste Kraft etablieren. In den Gebieten der Peripherie hingegen erreichte bei den Wahlen in den Jahren 1990 und 1994 mehr Stimmenanteile als die PDS, die allerdings bei den Wahlen in den Jahren 1999, 2004 und 2009 jeweils die zweitmeisten

Stimmen erhielt. Die Grünen und die FDP, die ab der Wahl im Jahr 1999 in beiden Wählergruppen Zugewinne verbuchen konnten, erreichten im Zentrum mehr Stimmenanteile als in den zur Peripherie gerechneten Gebiete, so erhielten Die Grünen bei der Wahl im Jahr 2004 11,1% der Stimmen und fünf Jahre später 13,0% und die FDP bei der Wahl im Jahr 2009 10,3% der Stimmen in der Landeshauptstadt, während keine der beiden Parteien außerhalb von Dresden bei einer sächsischen Landtagswahl 10% oder mehr erhielt.

Abbildung 27: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 Peripherie



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.4 Die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt

5.4.1 Die Landtagswahl 1990

Die Wahl zum Landtag in Sachsen-Anhalt am 14. Oktober 1990 brachte folgendes Ergebnis:

Tabelle 16: Endergebnis Landtagswahl 1990 Sachsen-Anhalt

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	39
SPD	26
FDP	13,5
PDS	12
Grüne-Neues Forum	5,3
Sonstige Parteien	4,1

Quelle: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms213.htm> 12.01.2012

Bei der ersten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt nach dem Ende der DDR erreichte die CDU mit 39,0% der Stimmen die meisten Anteile. Dahinter folgten die SPD mit 26,0%, die FDP mit 13,5%, die PDS mit 12,0% und Grüne-Neues Forum mit 5,3% der gültigen abgegebenen Stimmen. Alle diese Parteien schafften damit den Einzug in den ersten Landtag von Sachsen-Anhalt. 4,1% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.4.1.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Gruppe der unselbständig Tätigen erreichte die CDU mit 39,7% die meisten Stimmenanteile. Die SPD erreichte 25,9%, die FDP 14,2%, die PDS 9,0% und das Neue Forum/Die Grünen 7,0%. Die DSU erhielt 1,7% der Stimmen, 2,5% der Wahlberechtigten wählten eine andere Partei.

In der Gruppe der Selbständigen war die CDU mit 46,9% ebenfalls die Partei, die die meisten Stimmen erhielt. Wesentlich mehr Unterstützung als bei den Unselbständigen erhielt in dieser Wählergruppe die FDP, die 27,4% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die SPD erreichte 12,9% und die PDS 4,9%. Die DSU erreichte 3,7%, während das Neue Forum/Die Grünen nur 3,0% der Stimmen der Selbständigen erhielt. 1,2% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.4.1.2 Religiöser Cleavage

Unter den konfessionell katholisch oder protestantisch Gebundenen erhielt die CDU bei der Landtagswahl 1990 50,8% und damit mehr als die Hälfte der Stimmen. Die SPD erreichte 20,3%, die FDP 17,9% und das Neue Forum/die Grünen 5,4%. 2,5% der Stimmen entfielen auf die PDS und 1,9% auf die DSU, 1,2% entschieden sich für eine andere Partei.

Unter jenen Wählern, die keiner der beiden christlichen Konfessionen angehörten, entschieden sich 32,7% für die CDU, womit diese auch in dieser Wählergruppe die Partei mit den meisten Stimmenanteilen war. Die SPD erhielt 28,4%, die PDS 14,5% der Stimmen der nicht konfessionell Gebundenen und die FDP erreichte 12,8%. 8,3% der Stimmen dieser Wählergruppe gingen an das Neue Forum/die Grünen und 1,4% an die DSU. 1,9% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.4.1.3 Zentrum versus Peripherie

In Magdeburg, der Hauptstadt von Sachsen-Anhalt, erreichte die CDU mit 33,8% knapp vor der SPD, die 32,3% der Stimmen erhielt, den ersten Platz bei der Landtagswahl im Oktober 1990. Die PDS erhielt 15,8% der Stimmen, die FDP erreichte 8,0% und die gemeinsame Liste des Neuen Forum und der Grünen 7,4%. 2,8% der Wähler entschieden sich für andere Parteien, darunter 1,0% für die DSU.

Außerhalb der Landeshauptstadt war der Stimmenanteil der CDU höher, er betrug hier 39,6%. Die SPD erhielt 25,3% der Stimmen und die FDP 14,1%. 11,6% der in den zur Peripherie gerechneten Gebieten lebenden Wähler gaben ihre Stimme der PDS und 5,1% den Grünen. 4,3% der Stimmen gingen an andere Parteien, darunter 1,8% an die DSU.

5.4.2 Die Landtagswahl 1994

Bei der Landtagswahl in Sachsen am 26. Juni 1994 ergab sich folgendes Endergebnis:

Tabelle 17: Endergebnis Landtagswahl 1994 Sachsen-Anhalt

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	34,4
SPD	34
PDS	19,9
Bündnis 90/Die Grünen	5,1
FDP	3,6
Sonstige Parteien	3,0

Quelle: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms213.htm> 12.01.2012

Die CDU verlor im Vergleich zur Landtagswahl 1990 bei der Wahl im Jahr 1994 4,6 Prozentpunkte und erreichte nur noch 34,4% der Stimmen, womit sie noch knapp vor der SPD, die mit einem Zugewinn von 8 Prozentpunkten auf 34,0% der Stimmen kam, stimmenstärkste Partei blieb. Die FDP verlor 9,9 Prozentpunkte und schaffte mit 3,6% nicht mehr den Einzug ins Landesparlament, während die PDS 7,9 Prozentpunkte dazugewann und somit 19,9% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 0,2 Prozentpunkte und erreichte 5,1% der Stimmen. 3,0% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

5.4.2.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Wählergruppe der unselbständig Tätigen erreichte die SPD mit einem Zugewinn von 8,8 Prozentpunkten und somit 34,7% die meisten Stimmenanteile vor der CDU, die bei einem Verlust von 7,8 Prozentpunkten nun 32,1% der Stimmen erhielt. Die PDS gewann 5,4 Prozentpunkte dazu und stellte mit nun 14,4% der Stimmen die drittstärkste Kraft. Die FDP erreichte nur noch 3,8%, was einem Verlust von 10,4 Prozentpunkten gleichkam, während das Bündnis 90/die Grünen mit 6,7% ein um 0,3 Prozentpunkte schlechteres Ergebnis erzielte als bei der vorherigen Landtagswahl im Jahr 1990. 8,3% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Bei den Selbständigen erreichte die CDU trotz eines Verlustes von 13,6 Prozentpunkten mit 33,3% die meisten Stimmenanteile vor der PDS, die 23,8% der Stimmen der Selbständigen erzielte, 18,9 Prozentpunkte mehr als vier Jahre zuvor. Dahinter folgten die FDP mit 11,9%, was einem Verlust von 15,5 Prozentpunkten entsprach, und die SPD mit 9,5% (-3,4). Das Bündnis 90/die Grünen erreichte mit 4,8% der Stimmen um 1,8 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl im Jahr 1990, während 16,7% der selbständig Tätigen keine der genannten Parteien wählten, sondern sich für andere entschieden. So gaben etwa 2,4% der Selbständigen ihre Stimme für die Republikaner ab und weitere 2,4% votierten für die ALP.

5.4.2.2 Religiöser Cleavage

Das Ergebnis aufgespalten entlang der religiösen Trennlinie sieht aus wie folgt:

Die CDU erreichte 48,1% der Stimmen der katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen und erreichte in dieser Wählergruppe damit klar die meisten Stimmen, obwohl sie im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl 2,7 Prozentpunkte verlor. Die SPD erzielte in dieser Wählergruppe ein Ergebnis von 30,7%, 10,4 Prozentpunkte mehr als 1990, während die PDS 4,1 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und somit insgesamt 6,6% der christlich konfessionell Gebundenen überzeugen konnte. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 5,7% (+0,3) und die FDP, die im Jahr 1990 noch 17,9% der Stimmen der Katholiken oder Protestanten erhalten hatte erreichte nur noch 3,5% (-14,4) der Stimmen. 4,7% der konfessionell katholisch oder protestantisch Gebundenen wählten eine andere Partei.

Bei den nicht katholischen oder protestantischen Wählern erreichte die SPD mit einem Zugewinn von 6,0 Prozentpunkten und somit 34,4% die meisten Stimmenanteile vor der CDU, die 24,4% erreichte, was einem Verlust von 8,3 Prozentpunkten entsprach. Die PDS erreichte um 3,5 Prozentpunkte mehr als bei der vorangegangenen Landtagswahl und somit 18,0%, während das Bündnis 90/Die Grünen 0,3 Prozentpunkte dazu gewann und 8,6% erreichte. Die FDP verlor im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 1990 auch in dieser Wählergruppe 8,3 Prozentpunkte und erhielt nur noch 4,5% der Stimmen während sich 10,1% der Wähler für andere Parteien entschieden.

5.4.2.3 Stadt versus Land

In der Gruppe der Wähler, die in ländlichen Gebieten, also Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten, erreichte die CDU mit 34,6% die meisten Stimmenanteile. Die SPD erreichte in dieser Wählergruppe 31,6%, die PDS 14,0%. Das Bündnis 90/Die Grünen erhielt 6,4% der Stimmen in Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern, die FDP 3,7%, 9,7% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Im Unterschied zu den Wählern, die in kleineren Orten lebten war unter jenen, die in Städten und Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern lebten bei der Landtagswahl 1994 die SPD die erfolgreichste Partei, sie erhielt in dieser Wählergruppe 37,5% der Stimmen. Die CDU erreichte hier 24,2%, die PDS 16,2%, das Bündnis 90/Die Grünen 11,2% und die FDP 5,4% der Stimmen. 5,5% der Wähler, die in Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern lebten entschlossen sich zur Wahl von anderen Parteien.

5.4.2.4 Zentrum versus Peripherie

In Magdeburg verlor die CDU bei der Landtagswahl 1994 im Vergleich zu jener im Jahr 1990 7,6 Prozentpunkte und mit nun 26,2% auch die Position als stimmenstärkste Partei. Sowohl die SPD als auch die PDS erhielten bei dieser Wahl in der Hauptstadt mehr Stimmen als die CDU. Die SPD baute ihren Anteil an den gesamten Stimmen um 3,3 Prozentpunkte auf 35,6% aus, während die PDS 10,8 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 26,6% der Stimmen erhielt. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 0,2 Prozentpunkte und erreichte 7,2%, während die FDP sogar 6,2 Prozentpunkte verlor und nur noch 1,8% der Stimmen erhielt. 2,7% der

Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Wie Magdeburg verlor die CDU auch in den peripheren Gebieten Sachsen-Anhalts und erreichte nur noch 35,3% (-4,3), womit sie allerdings die Partei mit den meisten Stimmen blieb. Die SPD hingegen gewann 8,6 Prozentpunkte dazu und erreichte 33,9%, während auch die PDS ihren Anteil an den Stimmen dieser Wählergruppe im Vergleich zur Wahl 1990 um 7,5 Prozentpunkte auf 19,1% ausbauen konnte. Die Grünen erreichten 4,9% (-0,2), die FDP 3,8%, was für diese einen Verlust von 10,3 Prozentpunkten gegenüber der vorherigen Landtagswahl bedeutete.

5.4.3 Die Landtagswahl 1998

Die Wahl des Landtages von Sachsen-Anhalt am 26. April 1998 brachte folgendes Ergebnis:

Tabelle 18: Endergebnis Landtagswahl 1998 Sachsen-Anhalt

Partei	Stimmenanteil in %
SPD	35,9
CDU	22,0
PDS	19,6
DVU	12,9
FDP	4,2
Bündnis 90/Die Grünen	3,2
Sonstige Parteien	2,2

Quelle: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms213.htm> 12.01.2012

Die CDU, die schon bei der vorherigen Landtagswahl im Jahr 1994 Verluste hinnehmen musste verlor bei der Wahl 1998 erneut viele Stimmen und erreichte mit einem Verlust von 12,4 Prozentpunkten und damit nur noch 22,0% der Stimmen nur noch den zweiten Platz. Zur stimmenstärksten Partei im Land Sachsen-Anhalt wurde die SPD, die 1,9 Prozentpunkte dazugewann und 35,9% aller Stimmen erreichte. Die PDS verlor 0,3 Prozentpunkte und kam auf 19,6% der Stimmen während das Bündnis 90/Die Grünen 1,9 Prozentpunkte verlor und mit 3,2% der Stimmen diesmal den Einzug in den Landtag ebenso verpasste wie die FDP, die zwar 0,6 Prozentpunkte dazugewann aber trotzdem nur 4,2% der Stimmen erreichte. Neu im Landesparlament war dafür die DVU vertreten, die bei ihrem ersten Antreten bei einer Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 12,9% der Stimmen erreichte.

5.4.3.1 Unselbständige versus Selbständige

Bei den unselbständig Tätigen erreichte die SPD wie schon bei der Landtagswahl 1994 die meisten Stimmen und konnte hier im Vergleich zur vorangegangenen Wahl sogar noch 9,3 Prozentpunkte dazu gewinnen, was schließlich einen Stimmenanteil von 44,0% in dieser Wählergruppe bedeutete. Die CDU verlor wie insgesamt bei dieser Wahl auch in der Wählergruppe der Unselbständigen und erreichte nur noch 25,0% der Stimmen, was einem Verlust von 7,1 Prozentpunkten gleich kommt. Die PDS erzielte mit 14,3% der Stimmen beinahe das gleiche Ergebnis wie bei der vorangegangenen Wahl (14,4%), während die DVU auf 8,1% der Stimmen kam und sowohl das Bündnis 90/Die Grünen, wie auch die FDP Verluste hinnehmen mussten und nur 3,9% (-2,8%) beziehungsweise 3,0% (-0,8%) erreichten. Auf andere Parteien entfielen 2,8% der Stimmen.

Bei den Selbständigen war hingegen bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahr 1998 eine etwas andere Entwicklung zu beobachten. Hier gewann die CDU Stimmenanteile dazu. Sie erreichte 47,6% der Stimmen der Selbständigen, um 14,3 Prozentpunkte mehr als bei der Landtagswahl im Jahr 1994. Die SPD konnte ebenfalls Zugewinne verzeichnen und erzielte mit 21,4% um 11,9 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl davor. Die PDS hingegen musste einen Verlust von 7,1 Prozentpunkten hinnehmen und erreichte nur noch 16,7% der Stimmen der Selbständigen und auch das Bündnis 90/Die Grünen sowie die FDP verloren im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl. So büßte das Bündnis 90/Die Grünen die Hälfte seiner Stimmenanteile ein und erreichte nur noch 2,4% (1994: 4,8%), während die FDP 7,1% der Stimmen in dieser Wählergruppe erzielen konnte (-4,8). Die DVU erreichte 4,8% der Stimmen der Selbständigen.

5.4.3.2 Religiöser Cleavage

Bei den katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen verlor die CDU 10,3 Prozentpunkte und damit auch die Position als stimmenstärkste Partei in dieser Wählergruppe, sie konnte nur noch 37,8% der Stimmen dieser Wählergruppe erringen während die SPD mit einem Zuwachs von 11,7 Prozentpunkten 42,4% erreichte. Die PDS konnte ihre Stimmenanteile bei den konfessionell Gebundenen stabil halten und erreichte mit 6,5% annähernd das gleiche Ergebnis wie vier Jahre zuvor (6,6%). Das Bündnis 90/Die Grünen

verlor 2,5 Prozentpunkte und erzielte ein Ergebnis von 3,2% während die FDP ihren Stimmenanteil in dieser Wählergruppe um 1,1 Prozentpunkte auf 4,6% ausbauen konnte. Auf andere Parteien entfielen 5,5%, davon 3,7% auf die DVU.

Bei den nicht katholischen oder protestantischen Wählern zeigte sich eine ähnliche Entwicklung, wenngleich die CDU nicht in diesem Ausmaß Stimmenverluste hinnehmen musste wie bei den konfessionell Gebundenen. Die CDU erzielte 20,9% der Stimmen dieser Wählergruppe (-3,5) während die SPD auch hier dazu gewinnen konnte und mit 43,2% um 8,8 Prozentpunkte mehr erreichte als bei der Landtagswahl 1994. Der Anteil der PDS-Wähler blieb wie unter den konfessionell gebundenen Wählern auch bei den nicht Gebundenen vergleichsweise stabil, die PDS erreichte in dieser Gruppe 17,8% der Stimmen, 0,2 Prozentpunkte weniger als vier Jahre zuvor. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor hingegen bei den nicht katholischen oder protestantischen Wählern mehr als die Hälfte seiner Stimmen und erreichte 4,1% (1994: 8,6%), die FDP verlor ebenfalls 2,1 Prozentpunkte und konnte nur noch 2,4% der Stimmen verbuchen. Die DVU lag in dieser Wählergruppe klar vor dem Bündnis 90 sowie der FDP und erreichte 10,1%.

5.4.3.3 Stadt versus Land

Wie auch in anderen Wählergruppen verlor die CDU auch bei jenen, die in Orten mit bis zu 50.000 Einwohnern lebten an Stimmen und erreichte bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 nur noch 26,9% (-7,7), während die SPD 11,8 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 43,4% der Stimmen erhielt. Die PDS konnte 0,5 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 14,5% während die FDP und das Bündnis 90/Die Grünen jeweils Stimmenanteile verloren und nur noch 2,8% (-0,9) beziehungsweise 2,9% (-3,5) erreichten. Die DVU erhielt in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern 7,7%, 1,8% entfielen auf andere Parteien.

Eine ähnliche Entwicklung wie in ländlichen Gebieten lässt sich auch in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern feststellen. Auch unter den Wählern, die in Ortschaften mit über 50.000 Einwohnern lebten konnte die SPD, wenngleich nicht in so großem Ausmaß wie unter jenen die in kleineren lebten, Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 40,4% (+3,9). Die CDU verlor 0,6 Prozentpunkte und erhielt 23,6% der Stimmen, ebenso mussten die PDS, das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP Stimmenverluste hinnehmen. Die PDS erhielt 14,3% der

Stimmen (-1,9), das Bündnis 90/Die Grünen 8,1% (-3,1) und die FDP 3,7% (-1,7). 9,3% der Wähler in Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern gaben ihr Stimme bei der Landtagswahl 1998 der 1994 nicht angetretenen DVU, 0,6% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.4.3.4 Zentrum versus Peripherie

Im Jahr 1998 konnte die SPD in Magdeburg wiederum 2,3 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 37,9%, während die PDS und die CDU Stimmenanteile verloren. Die PDS erhielt nur noch 21,7% (-4,9), die CDU erreichte bei einem Verlust von 7,3 Prozentpunkten nur noch 18,9%. Die DVU erreichte 11,0%, die Grünen 5,0% (-2,2) und die FDP 3,0% (+1,2). 2,5% wählten eine andere Partei.

Unter den in der Peripherie lebenden Wählern verlor die CDU bei einem Verlust von 13,0 Prozentpunkten auch die relative Mehrheit und erreichte nur noch 22,3%, während die SPD 1,8 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 35,7% der Stimmen erhielt. Die PDS konnte ihr Ergebnis von der vorangegangenen Wahl um 0,3 Prozentpunkte auf 19,4% verbessern, während die DVU mit 13,1% der Stimmen zur viertstärksten Partei in dieser Wählergruppe wurde. Die Grünen verloren neuerlich 1,8 Prozentpunkte und erreichten nur noch 3,1% während die FDP 4,4% (+0,6) erreichte. 2,0% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.4.4 Die Landtagswahl 2002

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April 2002 endete mit folgendem Ergebnis:

Tabelle 19: Endergebnis Landtagswahl 2002 Sachsen-Anhalt

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	37,3
PDS	20,4
SPD	20,0
FDP	13,3
SCHILL	4,5
Grüne	2,0
Sonstige Parteien	2,5

Quelle: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms213.htm> 12.01.2012

Die CDU wurde mit einem Zugewinn von 15,3 Prozentpunkten und gegenüber der

Landtagswahl 1998 und somit nun 37,3% der Stimmen erstmals seit der Landtagswahl im Jahr 1994 stimmenstärkste Partei in Sachsen-Anhalt. Die PDS konnte mit einem Gewinn von 0,8 Prozentpunkten 20,4% der Stimmen verbuchen und überholte damit ebenfalls die SPD, die bei einem Verlust von 15 Prozentpunkten nur noch 20,0% erreichte und damit nur noch die drittstärkste Partei in Sachsen-Anhalt war. Wie die CDU konnte auch die FDP bei dieser Landtagswahl starke Zugewinne im Vergleich zur Wahl vier Jahre davor erzielen und erreicht 13,3% (+9), während die Grünen bei einem Verlust von 1,2 Prozentpunkten nur noch 2,0% erreichten. Knapp am Einzug scheiterte die SCHILL-Partei, die 4,5% der Wählerstimmen erreichte.

5.4.4.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Wählergruppe der unselbständig Tätigen überholte die CDU mit einem Zugewinn von 10,4 Prozentpunkten die SPD und erreichte mit 35,4% die Spitzenposition. Die SPD verlor hingegen 16,7 Prozentpunkte und erreichte nur noch 27,3% der Stimmen der Unselbständigen, während die PDS ihren Stimmenanteil stabil halten konnte und mit 15,0% im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 1998 sogar um 0,7 Prozentpunkte zulegte. Wie die CDU konnte auch die FDP Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte mit 12,8% um 9,8 Prozentpunkte mehr als bei der vorangegangenen Wahl. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 1,6 Prozentpunkte und erreichte nur noch 2,3% während die SCHILL-Partei 5,6% der Stimmen der Unselbständigen verbuchen konnte.

Im Gegensatz zu der Entwicklung in der Gruppe der Unselbständigen verlor die CDU bei den Selbständigen einige Stimmenanteile im Vergleich zur vorangegangenen Wahl, blieb aber mit 42,5% (-5,1) die stimmenstärkste Partei in dieser Wählergruppe. Zweitstärkste Partei unter den selbständig Tätigen wurde mit einem Zugewinn von 13,4 Prozentpunkten die FDP mit 20,5%, die damit die SPD und die PDS überholte, die beide Verluste hinnehmen mussten und auf 16,4% (-5,0) beziehungsweise 12,3% (-4,4) kamen. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 4,1% (+1,7), ebenso, wie die SCHILL-Partei.

5.4.4.2 Religiöser Cleavage

Entlang einer religiösen Trennlinie zwischen katholisch oder protestantisch konfessionell

Gebundenen Wählern auf der einen Seite und nicht katholischen oder protestantischen Wählern auf der anderen brachte die Landtagswahl 2002 folgendes Ergebnis:

Bei den konfessionell Gebundenen konnte die CDU die Position als stimmenstärkste Partei, die sie bei der Wahl im Jahr 1998 an die SPD verloren hatte, mit einem Zugewinn von 12 Prozentpunkten zurückgewinnen und erreichte 49,8%. Die SPD musste einen Verlust von 15,4 Prozentpunkten hinnehmen und erreichte nur noch 27,0% der Stimmen. Die FDP konnte 9,4 Prozentpunkte dazu gewinnen und erzielte ein Ergebnis von 14,0%, während die PDS 2,8 Prozentpunkte und das Bündnis 90/Die Grünen 1,3 Prozentpunkte verloren und nur noch 3,7% beziehungsweise 1,9% erreichten. Die SCHILL-Partei erreichte bei den konfessionell Gebundenen 3,3%.

Auch bei den nicht katholischen oder protestantischen Wählern konnte die CDU etliche Stimmenanteile dazu gewinnen und überholte mit 30,8% (+9,9) auch hier die SPD, die 17,9 Prozentpunkte einbüßte und nur noch 25,3% der Stimmen in dieser Wählergruppe erreichte. Die PDS konnte hier im Gegensatz zu der Gruppe der katholischen oder protestantischen Wähler Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 19,3% (+1,5), die FDP konnte ebenfalls dazu gewinnen und erreichte 13,6% (+11,2). Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 2,9% (-1,2), die SCHILL-Partei erreichte 6,3%.

5.4.4.3 Stadt versus Land

Unter den Wählern, die in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten konnte die CDU nach den Verlusten bei der Wahl im Jahr 1998 bei der Landtagswahl 2002 wieder Stimmenanteile gewinnen und erreichte 37,8%, womit sie im Vergleich zum Jahr 1998 10,9 Prozentpunkte dazu gewann. Die SPD hingegen musste Stimmenverluste hinnehmen und erhielt nur noch 24,9% der Stimmen dieser Wählergruppe, 18,5 Prozentpunkte weniger als bei der Wahl im Jahr 1998. Die PDS erreichte wie schon 1998 14,5%, während die FDP Stimmenanteile dazu gewinnen konnte und 14,0% erreichte (+11,2). Das Bündnis 90/Die Grünen verlor nochmal 0,8 Prozentpunkte und erzielte nur noch 2,1%, während die Schill-Partei 5,3% erreichte. 1,4% entfielen auf andere Parteien.

Auch in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern konnte die CDU 8,8 Prozentpunkte dazu gewinnen und erhielt somit 32,4% der Stimmen. Die SPD verlor hingegen auch in dieser

Wählergruppe und erreichte bei einem Verlust von 12,1 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Landtagswahl nur noch 28,3%. Die PDS konnte 0,9 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 15,2%, die FDP konnte sogar um 8,7 Prozentpunkte mehr erzielen als bei der Wahl im Jahr 1998 und erhielt 12,4% der Stimmen. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor hingegen unter den Einwohnern von größeren Städten beinahe die Hälfte seiner Wähler und erreichte nur noch 4,8% (-3,3), während die Schill-Partei in Städten mit über 50.000 Einwohnern 5,5% der Stimmen erhielt. 1,4% dieser Wählergruppe entschieden sich für eine andere Partei.

5.4.4.4 Zentrum versus Peripherie

Während bei der vorangegangenen Wahl im Jahr 1998 die SPD in Magdeburg als Sieger aus der Wahl hervorging während die CDU Stimmenverluste hinnehmen musste, war bei der Landtagswahl vier Jahre später eine umgekehrte Entwicklung festzustellen. Die SPD verlor 16,1 Prozentpunkte und erreichte nur noch 21,8%, während die CDU ihr Wahlergebnis im Vergleich zu 1998 um 14,4 Prozentpunkte auf 33,3% verbessern konnte. Die PDS blieb beinahe konstant und erreichte 21,1% (-0,6) während die FDP 12,7 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 15,7% der Stimmen erhielt. Die Grünen verloren 2,2 Prozentpunkte und erhielten nur noch 2,8% der Stimmen, ebenfalls 2,8% der Stimmen entfielen auf die Schill-Partei. 2,5% der Wähler in Magdeburg entschieden sich für eine andere Partei.

Auch unter den Wählern außerhalb der Landeshauptstadt verlor die SPD wesentlich an Zustimmung, im Vergleich zur Wahl im Jahr 1998 verlor sie bei der Landtagswahl 2002 15,9 Prozentpunkte, was ein Ergebnis von 19,8% bedeutete. Im Gegensatz dazu konnten die PDS und vor allem die CDU Stimmenanteile dazu gewinnen. Letztere erreichte 37,8% und damit um 15,5 Prozentpunkte mehr als 1998, während erstere ihren Anteil um 0,9 Prozentpunkte auf 20,3% erhöhen konnte. Während auch die FDP 8,6 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 13,0% der Stimmen erhielt und die Schill-Partei 4,7% der Wähler überzeugen konnte, erreichte das Bündnis 90/die Grünen nur noch 1,9% (-1,2). 2,5% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.4.5 Die Landtagswahl 2006

Die Wahl des 5. Landtages von Sachsen-Anhalt am 26.März 2006 ergab für die sich bewerbenden Parteien folgendes Ergebnis:

Tabelle 20: Endergebnis Landtagswahl 2006 Sachsen-Anhalt

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	36,2
Die Linke	24,1
SPD	21,4
FDP	6,7
Grüne	3,6
DVU	3,0
Sonstige Parteien	5,0

Quelle: <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms213.htm> 12.01.2012

Die CDU wurde bei der Wahl 2006 trotz Verlusten von 1,1 Prozentpunkten mit 36,2% wieder zu stärksten Partei im Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt. Die Linke, bei der Landtagswahl 2002 noch unter dem Namen PDS angetreten, erreichte 2006 24,1% der Stimmen und gewann damit im Vergleich zur vorangegangenen Wahl 3,7 Prozentpunkte dazu. Ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen konnte im Vergleich zur Wahl vier Jahr zuvor die SPD, die nun 21,4% und damit 1,4 Prozentpunkte mehr als 2002 erreichte, während die FDP 6,6 Prozentpunkte verlor und nur noch 6,7% der Stimmen in Sachsen-Anhalt erhielt. Die Grünen konnten hingegen 1,6 Prozentpunkte dazu gewinnen, scheiterten mit 3,6% allerdings trotzdem am Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt, ebenso wie die DVU, die 3,0% erreichte. 5,0% der Stimmen entfielen bei der Landtagswahl 2006 auf andere Parteien, darunter auch die Schill-Partei, die bei der Landtagswahl 2002 noch 4,5% erreicht hatte. Sie trat diesmal als Offensive D mit einer gemeinsamen Liste zusammen mit der STATT-Partei und der DSU an. Diese Liste erreichte jedoch nur 0,3%.

5.4.5.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Wählergruppe der Unselbständigen blieb die CDU die stimmenstärkste Partei und konnte mit einem Zugewinn von 2,0 Prozentpunkten diesmal 37,4% erreichen. Die SPD erhielt 27,5% der Stimmen der Unselbständigen, 0,2 Prozentpunkte mehr als bei der

Landtagswahl im Jahr 2002. Die Linke konnte 8,7 Prozentpunkte dazu gewinnen und erhielt 23,7% der Stimmen der unselbständig Tätigen, während die FDP 7,2 Prozentpunkte verlor und nur noch 5,6% erreichte. Die Grünen erreichten mit 2,5% ein ähnliches Ergebnis wie 2002 (2,3%), während die die Liste der ehemaligen Schill-Partei, welche 2002 in dieser Wählergruppe 5,6% der Stimmen erhielt, beinahe alle ihre Wähler verlor und nur noch 0,4% erreichte. 2,9% der Unselbständigen entschlossen sich zur Wahl einer anderen Partei, darunter 1,1% für die DVU.

In der Gruppe der Selbständigen erreichte die CDU mit 42,3% ein ähnliches Ergebnis wie bei der vorangegangenen Landtagswahl (2002: 42,5%) und blieb damit die stimmenstärkste Partei. Die SPD konnte im Vergleich zur Wahl im Jahr 2002 4,7 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 21,1%, Die Linke konnte ebenfalls Zugewinne verbuchen und erreichte 13,8% (+1,5). Die FDP erhielt ebenfalls 13,8% der Selbständigen, was allerdings im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 2002 einen Verlust von 6,7 Prozentpunkten bedeutete. Die Grünen erhielten, wie schon 2002, 4,1% der Stimmen der Selbständigen, die als gemeinsame Liste mit der STATT-Partei und der DSU angetretene Schill-Partei verlor hingegen 3,3 Prozentpunkte und erreichte nur noch 0,8%. 4,1% der selbständig Tätigen entschieden sich für andere Parteien.

5.4.5.2 Religiöser Cleavage

Unter den katholischen oder protestantischen Wählern blieb die CDU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006 die stimmenstärkste Partei, wenngleich sie gegenüber der vorangegangenen Wahl 1,8 Prozentpunkte verlor und somit 48,0% der Stimmen erhielt. Auch die SPD verlor im Vergleich zur Landtagswahl 2002 3,0 Prozentpunkte, sie erreichte nun 24,0%. Die Linke konnte hingegen Zugewinne von 8,4 Prozentpunkten verbuchen und erreichte 12,1%, während die FDP 6,5 Prozentpunkte verlor und nur noch 7,5% der Stimmen dieser Wählergruppe erhielt. Die Grünen erzielten Zugewinne von 3,0 Prozentpunkten und erreichten 4,9% und die DVU erhielt 1,7%, 1,8% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Unter den Wählern, die nicht katholisch oder protestantische konfessionell gebunden waren erzielte die CDU ein Ergebnis von 34,6%, 3,8 Prozentpunkte mehr, als bei der Landtagswahl 2002. Auch die SPD konnte in dieser Wählergruppe an Zustimmung gewinnen und erzielte

mit 28,2% um 2,9 Prozentpunkte mehr als vier Jahre davor. Wie auch in der Gruppe der katholisch oder protestantisch konfessionell gebundenen Wähler konnte Die Linke auch unter den nicht katholischen oder protestantischen Wählern Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 26,2% (+6,9), während die FDP auch in dieser Wählergruppe Stimmenanteile verlor und nur noch 5,9% erreichte (-7,7). Auch die Grünen verloren im Vergleich 1,1 Prozentpunkte und erreichten 1,8%. Die Schill-Partei, die 2002 in der Gruppe der nicht katholischen oder protestantischen Wähler 6,3% der Stimmen erhalten hatte verlor 5,9 Prozentpunkte und erreichte nur noch 0,4%. Andere Parteien erhielten 2,9% der Stimmen.

5.4.5.3 Stadt versus Land

Unter den Wählern, die in ländlichen Gebieten lebten konnte die CDU ihre Position als stimmenstärkste Partei bei der Landtagswahl 2006 festigen, im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl konnten 1,3 Prozentpunkte dazu gewonnen werden, womit die CDU 39,1% erreichte. Auch die SPD konnte Stimmenanteile dazu gewinnen, sie erhielt 26,8 der Stimmen, 1,9 Prozentpunkte mehr als 2002. Die Linke konnte mit einem Gewinn von 7,4 Prozentpunkten den größten Stimmenzuwachs in ländlichen Gebieten bei dieser Wahl verbuchen und erreichte 21,9% der Stimmen, während die FDP 7,8 Prozentpunkte verlor und nur noch 6,2% der Stimmen erhielt und die Grünen mehr oder weniger stagnierten und 2,2% erreichten (2002: 2,1%). 2,8% der Stimmen entfielen auf andere Parteien, darunter 1,1 auf die DVU und 0,6% auf die Liste Offensive für Sachsen-Anhalt, deren Mitglied Offensive D bei der Landtagswahl 2002 unter dem Namen Schill-Partei noch 5,3% der Stimmen in Orten bis zu 50.000 Einwohnern erhalten hatte.

In Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern konnten CDU und SPD, wie in kleineren Orten, im Vergleich zur Landtagswahl im Jahr 2002 ebenfalls Stimmenanteile dazugewinnen. So erhielt die CDU nun 36,5% (+4,1), die SPD 28,9% (+0,6). Wie in ländlichen Gebieten konnten auch in größeren Städten die Partei Die Linke am meisten Zugewinne verbuchen, sie erhielt 21,3% der Stimmen, 6,1 Prozentpunkte mehr als vier Jahre zuvor. Die FDP und die Grünen verloren hingegen im Vergleich zur vorangegangenen Wahl Stimmenanteile und erreichten nur noch 6,8% (-5,6) beziehungsweise 4,6% (-0,2). 1,9% der Stimmen in Städten mit über 50.000 Einwohnern entfielen auf andere Parteien, wobei auch hier die ehemalige Schill-Partei als Teil der Liste Offensive für Sachsen-Anhalt beinahe alle Stimmenanteile

verlor.

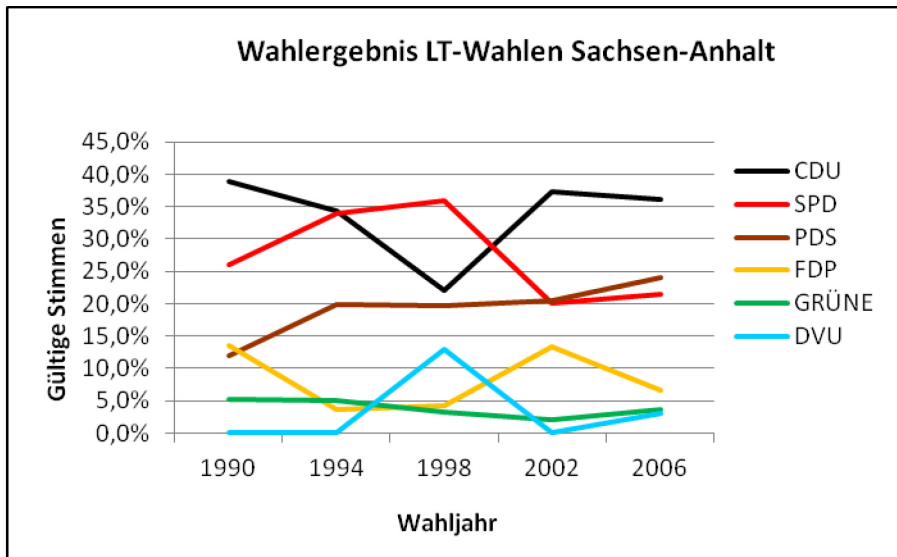
5.4.5.4 Zentrum versus Peripherie

Unter den Wählern der Landeshauptstadt konnte die CDU mit 33,4% der Stimmen beinahe das selbe Ergebnis erreichen wie 2002, als sie in Magdeburg von 33,3% der Wähler gewählt wurde. Die Linke und auch die SPD konnten im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl jeweils Stimmenanteile dazu gewinnen, sie erreichten 25,6% (+4,5) beziehungsweise 23,5% (+1,7). Auch die Grünen konnten dazu gewinnen, sie verdoppelten ihren Anteil an den Gesamtstimmen auf 5,6%, während die FDP hingegen Stimmenverluste von 10,3 Prozentpunkten hinnehmen musste und nur noch 5,4% der Stimmen erhielt. 6,5% der Stimmen gingen an andere Bewerber, darunter 1,6% an die DVU und 1,1% an die Liste Eltern.

Unter den Wählern, die in den zur Peripherie gerechneten Gebieten lebten, verlor die CDU zwar 1,6 Prozentpunkte im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl, blieb aber mit 36,2% die stimmenstärkste Partei. Die Linke konnte 3,8 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 24,1%, und auch die SPD konnte 1,6 Prozentpunkte dazu gewinnen und erhielt in dieser Wählergruppe somit 21,4% der Stimmen. Die FDP hingegen verlor 6,3 Prozentpunkte und wurde nur noch von 6,7% gewählt. Die Grünen erreichten 3,6% (+1,7) und die DVU 3,0%. 5,0% der Stimmen entfielen auf andere Parteien, darunter 1,6% auf die Liste Eltern.

5.4.6 Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1990 bis 2006

Abbildung 28: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006

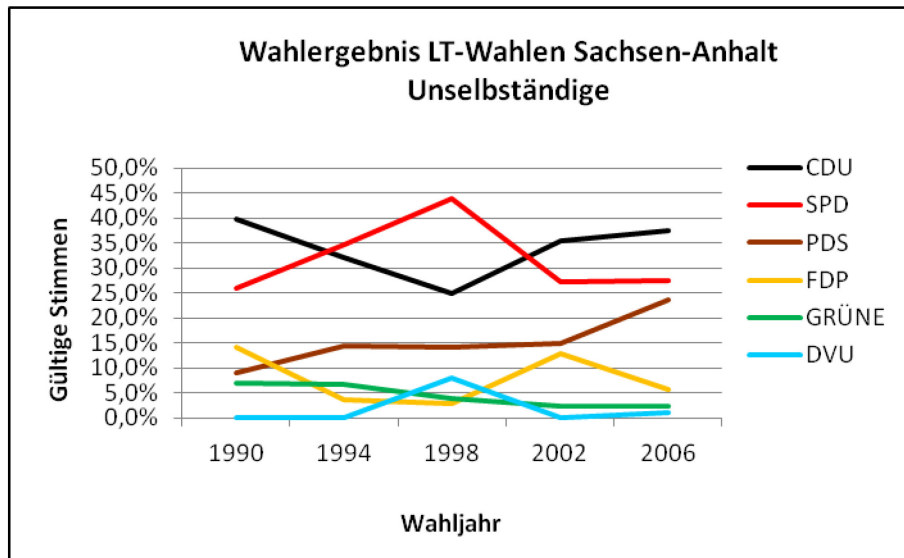


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Während die CDU bei der ersten Landtagswahl im untersuchten Zeitraum im Jahr 1990 mit 13 Prozentpunkten mehr als die SPD die relative Mehrheit in Sachsen-Anhalt erreichte, lagen bei der darauffolgenden Wahl nur noch 0,4 Prozentpunkte zwischen der erstplazierten CDU (34,4%) und der SPD (34,0%). Bei der Wahl im Jahr 1998 konnte hingegen die SPD mit 35,9% der Stimmen deutlich vor der CDU, die 22,0% erreichte, eine relative Stimmenmehrheit gewinnen. Diese Ergebnis drehte sich allerdings im Jahr 2002 wieder um, als die CDU 37,3% der Stimmen erhielt, die SPD allerdings nur noch 20,0% und damit 0,4 Prozentpunkte hinter der PDS lag. Auch bei der Wahl im Jahr 2006 erreichte die CDU mit 36,2% die meisten Stimmen, gefolgt von PDS mit 24,1% und SPD mit 21,4%. Während im Jahr 1990 die Grünen und die FDP den Einzug in den Landtag schafften gelang dies im Jahr 1994 nur den Grünen. Bei der Wahl im Jahr 1998 schaffte die DVU mit 12,9% den Einzug in den Landtag, konnte diesen Wahlerfolg allerdings nicht wiederholen. Die FDP erreichte hingegen im Jahr 2002 erstmals seit der Wahl im Jahr 1990 wieder mehr als 5% der Stimmen und schaffte mit 13,3% den Einzug in das Landesparlament. Auch 2006 übersprang die FDP die 5%-Hürde, was weder den Grünen noch der DVU gelang.

5.4.6.1 Unselbständige versus Selbständige

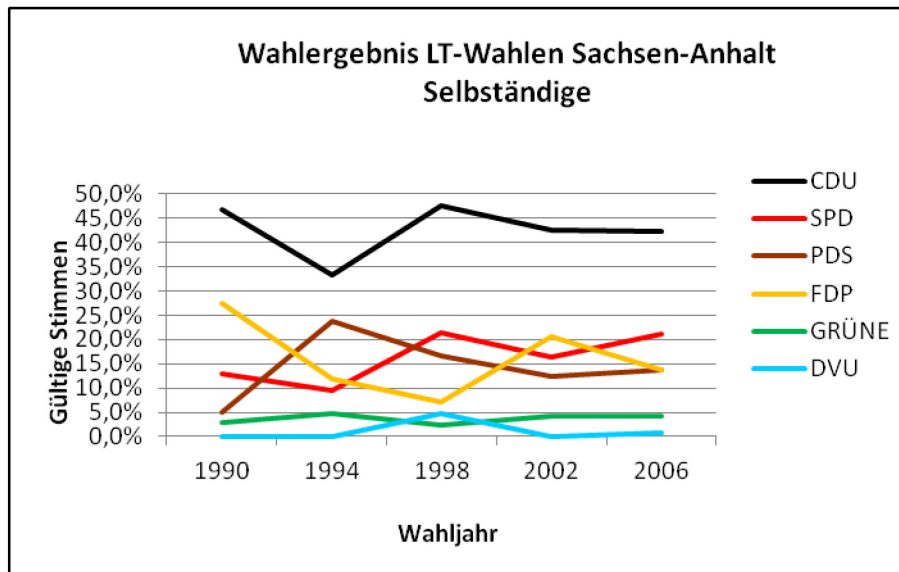
Abbildung 29: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 Unselbständige



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

In der Wählergruppe der Unselbständigen wechselten sich die CDU und die SPD bei den fünf Landtagswahlen im untersuchten Zeitraum an der Position als stimmenstärkste Partei ab. So konnte die CDU im Jahr 1990 mit 39,7% eine relative Mehrheit erreichen, während dies bei den Wahlen in den Jahren 1994 und 1998 der SPD mit 34,7% beziehungsweise 44,0% gelang. Bei den Wahlen in den Jahren 2004 und 2009 war wiederum die CDU mit 35,4% beziehungsweise 37,4% die Partei mit den meisten Stimmenanteilen. In der Wählergruppe der Selbständigen hingegen konnte die CDU mit Ergebnissen zwischen 33,3% und 47,6% konstant eine relative Stimmenmehrheit erreichen, während abwechselnd die FDP, die PDS und die SPD die zweitmeisten Stimmen bei Landtagswahlen erhielten. Während sich die PDS ab der Wahl im Jahr 1994 in der Gruppe der unselbständig Tätigen als drittstärkste Kraft festigen konnte, erreichte die FDP stets in der Gruppe der Selbständigen einen höheren Stimmenanteil als unter den Unselbständigen. Die Grünen erhielten bei den Unselbständigen mit bis zu 7,0% bei den ersten drei Wahlgängen mehr Stimmenanteile als unter den selbständig Tätigen, wohingegen sie bei den Wahlen in den Jahren 2002 und 2006 mit jeweils 4,1% in der Wählergruppe der Selbständigen einen höheren Stimmenanteil erreichten als bei den Unselbständigen mit 2,3% beziehungsweise 2,5%. Die DVU erreichte im Jahr 1998 mit 8,5% ihren höchsten Stimmenanteil in der Gruppe der Unselbständigen, im gleichen Jahr erhielt sie 4,8% der Stimmen der Selbständigen.

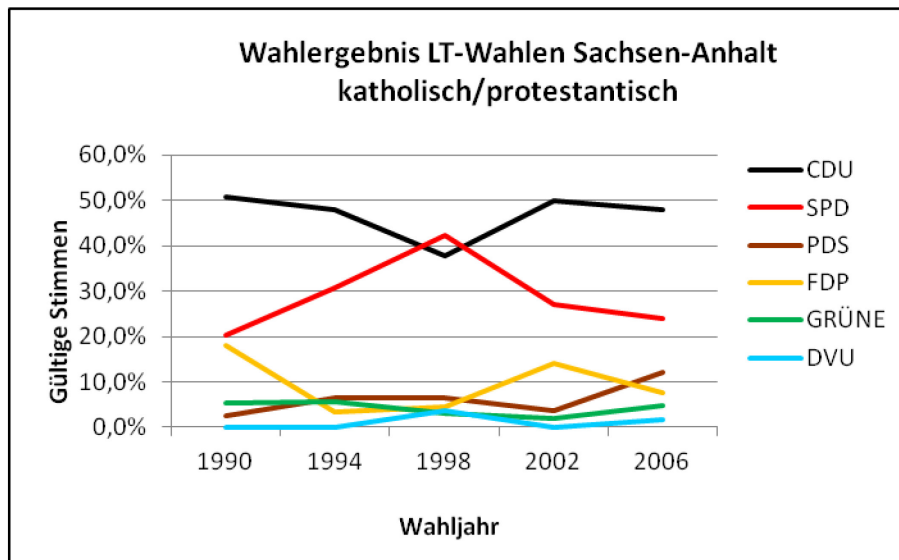
Abbildung 30: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 Selbständige



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.4.6.2 Religiöser Cleavage

Abbildung 31: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 katholisch/protestantisch

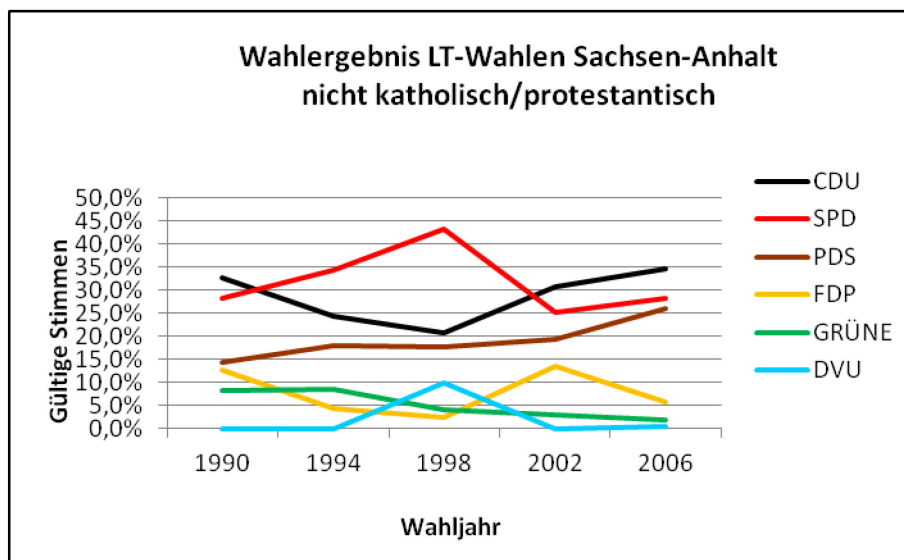


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

In der Gruppe der konfessionell Gebundenen erhielt die CDU mit Ausnahme der Wahl im Jahr 1998, mit bis zu 30 Prozentpunkten Vorsprung stets die meisten Stimmen, während unter den Konfessionslosen die SPD sowohl im Jahr 1994 als auch bei der Wahl im Jahr 1998 eine relative Mehrheit erreichte. Bei den Wahlen in den Jahren 1990, 2002 und 2009 erhielt die

CDU die meisten Stimmen, bei einem Vorsprung gegenüber der SPD zwischen 4,3 und 6,4 Prozentpunkten. Während die FDP in der Gruppe der katholischen oder protestantischen Wähler zumeist einen höheren Stimmenanteil erreichte als in der Gruppe der Konfessionslosen, verhielt es sich in Bezug auf Die Grünen genau umgekehrt. Die PDS erreichte unter den nicht Konfessionslosen stets mehr Stimmenanteile als in der Gruppe der konfessionell Gebundenen, in Ersterer konnte sie außerdem kontinuierlich Stimmenanteile dazugewinnen. Die DVU erreichte unter den Konfessionslosen mit 10,1% im Jahr 1998 einen wesentlich höheren Höchstwert als bei den konfessionell Gebundenen mit 3,7%, sie konnte diese Ergebnisse aber in keiner der beiden Gruppen verteidigen.

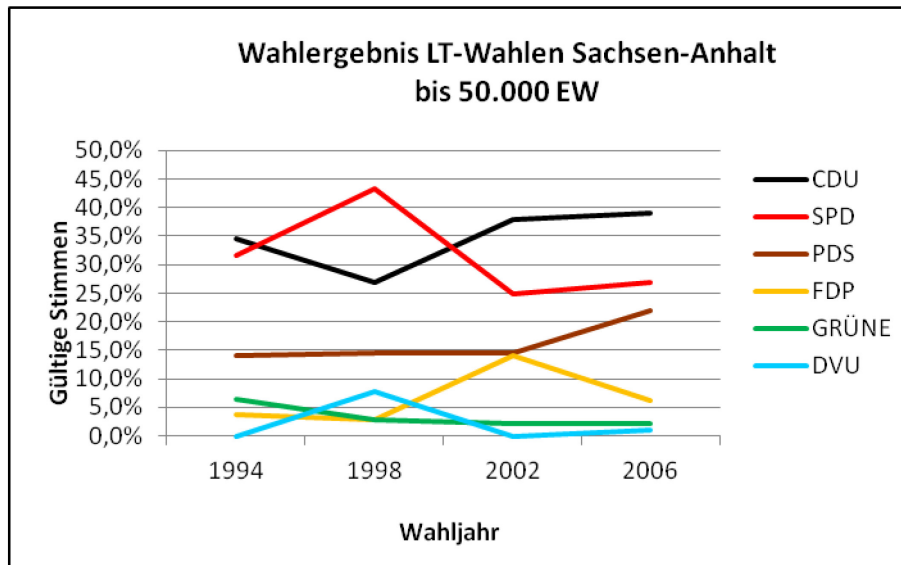
Abbildung 32: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 n. katholisch/protestantisch



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.4.6.3 Stadt versus Land

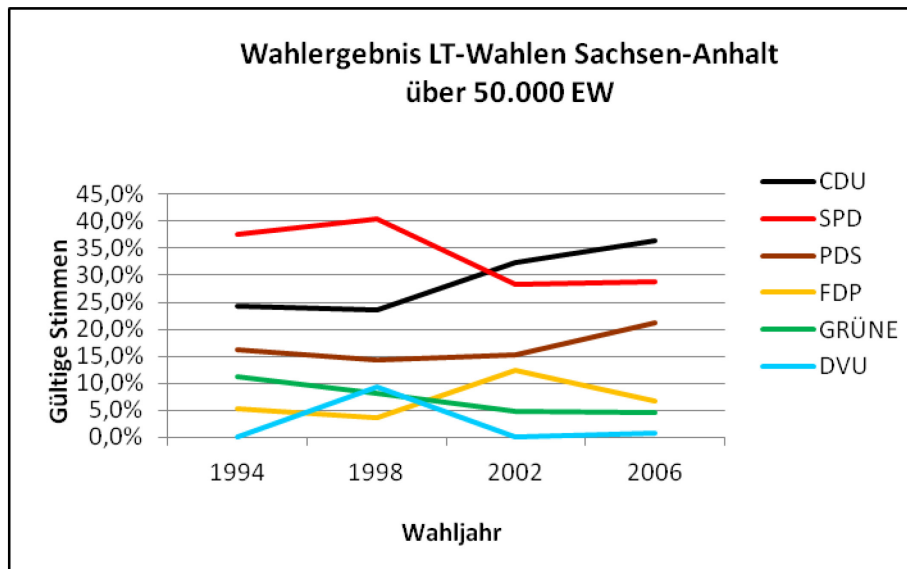
Abbildung 33: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1994-2006 bis 50.000 EW



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Unter den Wählern, die in Orten mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten, erreichte die CDU bei der ersten Wahl im Jahr 1994 die meisten Stimmen. Bei der darauf folgenden Wahl musste sie die relative Mehrheit allerdings an die SPD abtreten. Bei den Wahlen in den Jahren 2002 und 2006 war wieder die CDU die stimmenstärkste Partei. In Städten mit über 50.000 Einwohnern konnte die SPD bei den Wahlen in den Jahren 1994 und 1998 die meisten Stimmenanteile erreichen, während auch hier bei den Landtagswahlen in den Jahren 2002 und 2006 die CDU als stimmenstärkste Partei hervorging. Insgesamt erhielt die CDU jeweils in kleinen Orten mit 50.000 oder weniger Einwohnern mehr Stimmenanteile als in größeren Städten, während dies für die SPD umgekehrt gilt. Die PDS konnte in beiden Wählergruppen bei allen vier Wahlen im untersuchten Zeitraum etwa gleich viele Stimmenanteile gewinnen und sich in beiden Wählergruppen jeweils als drittstärkste Partei festigen, während Die Grünen unter Wählern die in Städten mit über 50.000 Einwohnern lebten in der Regel deutlich mehr Stimmenanteile gewinnen konnten als in ländlichem Gebiet. Die FDP konnte, wie die PDS in beiden Wählergruppen etwa gleich stark abschneiden, wobei für beide Wählergruppen bei der Wahl im Jahr 2002 ein starker Zuwachs an Stimmen festzustellen ist, die die FDP bei der darauf folgenden Wahl allerdings zum großen Teil nicht verteidigen konnte. Die DVU konnte bei der Wahl im Jahr 1998 in beiden Gruppen große Gewinne verbuchen, konnte diese in den darauf folgenden Wahlen aber nicht halten.

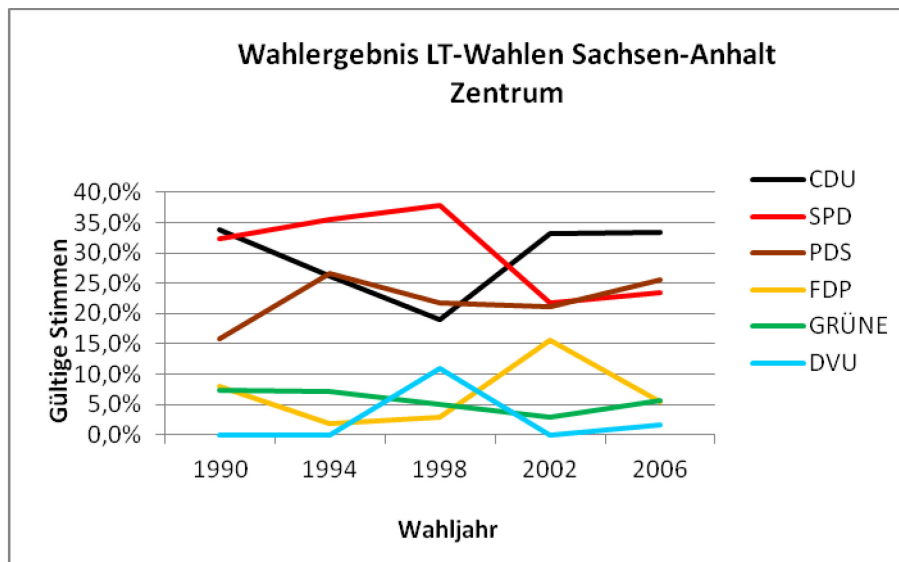
Abbildung 34: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1994-2006 über 50.000 EW



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.4.6.4 Zentrum versus Peripherie

Abbildung 35: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 Zentrum

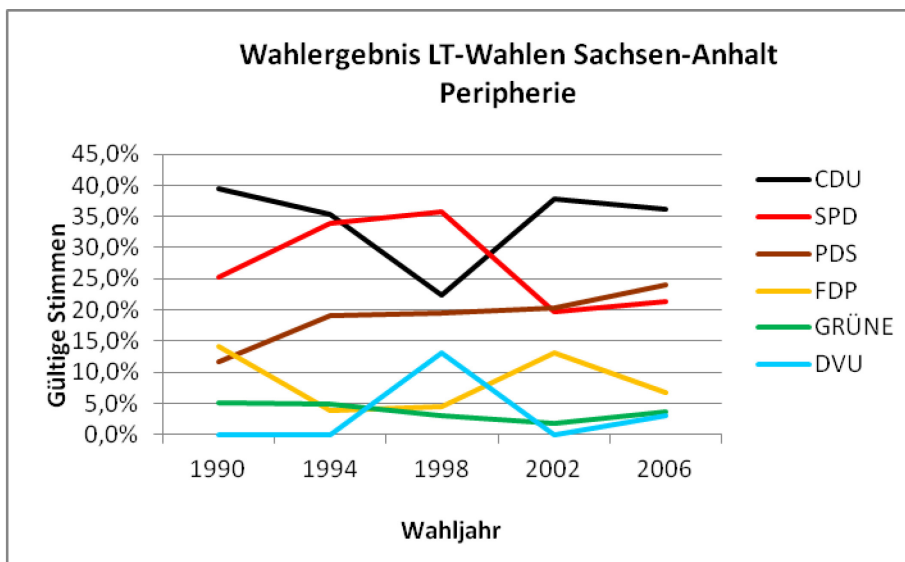


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Während die Wähler in Magdeburg bei den Wahlen in den Jahren 1994 und 1998 mit einer relativen Mehrheit die SPD wählten, wurde die CDU in den Gebieten außerhalb bei vier der fünf untersuchten Wahlen zur stimmenstärksten Partei, konnte die SPD hier nur im Jahr 1998 die meisten Stimmenanteile erhalten. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die SPD und auch

die PDS bei den Wahlen von 1990 bis 2006 in Magdeburg mehr Stimmenanteile erhielten als in den peripheren Regionen, während die CDU außerhalb von Magdeburg einen höheren Anteil an den Stimmen erreichte als in der Landeshauptstadt. In beiden Gruppen konnte bei den letzten beiden Wahlgängen die CDU die meisten Stimmen erreichen, während die PDS in diesem Zeitraum zur zweitstärksten Partei wurde und die SPD jeweils nur noch die drittmeisten Stimmen erhielt. Während die FDP in den peripheren Gebieten zumeist mehr Stimmenanteile erhielt und in dieser Wählergruppe bei der Wahl im Jahr 1990 die drittstärkste Partei war, schnitten Die Grünen in Magdeburg besser ab als in der Region außerhalb der Landeshauptstadt. Die DVU konnte bei der Landtagswahl im Jahr 1998 in beiden Wählergruppen mehr Stimmenanteile erreichen als Die Grünen oder die FDP.

Abbildung 36: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 Peripherie



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.5 Die Landtagswahlen in Thüringen

5.5.1 Die Landtagswahl 1990

Die erste Landtagswahl in Thüringen nach dem Ende der DDR am 14. Oktober 1990 brachte folgendes Ergebnis:

Tabelle 21: Endergebnis Landtagswahl 1990 Thüringen

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	45,4
SPD	22,8
LL-PDS	9,7
FDP	9,3
NeuesForum/Die Grünen/Demokratie Jetzt	6,5
DSU	3,3
Sonstige Parteien	3,0

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V. (1990) Wahl in den neuen Bundesländern. Mannheim

Die CDU ging aus der Thüringer Landtagswahl 1990 mit 45,4% als stimmenstärkste Partei hervor. An Zweiter Stelle landete mit 22,8% der Stimmen die SPD, dahinter folgten die LL-PDS mit 9,7%, die FDP mit 9,3% und das Wahlbündnis aus Neues Forum, die Grünen und Demokratie Jetzt, das 6,5% erreichte und damit ebenso wie die anderen vier genannten Parteien den Einzug in den Landtag von Thüringen schaffte. Diesen verpasste hingegen die DSU, die 3,3% der Stimmen erhielt. 3,0% der Wählerstimmen entfielen auf andere Parteien.

5.5.1.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Wählergruppe der unselbständig Tätigen gab es bei der Landtagswahl in Thüringen 1990 folgendes Ergebnis: Die CDU erhielt mit 55,5% die meisten Stimmen vor der SPD, die 18,3% erreichte. Die PDS erreichte 8,0%, das Bündnis 90/Die Grünen 6,9% und die FDP 5,5%, während die DSU 4,1% der Stimmen erhielt. 1,7% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Ein noch deutlicheres Ergebnis zu Gunsten der CDU gab es in der Gruppe der Selbständigen. Hier erhielt die CDU 71,2% der Stimmen, die zweitmeisten Stimmen dieser Gruppe gingen mit 10,0% an die FDP, während die SPD nur 6,0% erreichte. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte unter den selbständig Tätigen ein Ergebnis von 5,1%, die PDS erhielt 3,6% der Stimmen und die DSU 3,2%, 0,9% der Selbständigen entschieden sich für eine andere Partei.

5.5.1.2 Religiöser Cleavage

Aufgespalten entlang einer religiösen Trennlinie zwischen katholisch und protestantisch

konfessionell Gebundenen beziehungsweise Konfessionslosen ergab sich folgendes Ergebnis: Unter den konfessionell Gebundenen entschieden sich 68,5% zur Wahl der CDU und 12,9% für die SPD, während nur 1,1% die PDS wählten. Die FDP erhielt 6,1% der Stimmen der konfessionell Gebundenen und das Bündnis 90/Die Grünen 5,5% sowie die DSU 4,1%. 2,8% der Wähler votierten für andere Parteien.

Eine etwas andere Stimmenverteilung lässt sich für die Gruppe der nicht katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen feststellen. Zwar erhielt die CDU auch hier die meisten Stimmen, allerdings mit 45,6% deutlich weniger als unter den christlich konfessionell Gebundenen. Die SPD erreichte in dieser Wählergruppe 21,2%, die PDS 14,1% und das Bündnis 90/Die Grünen 8,4%, während die FDP 5,8% der Stimmen erhielt. 3,5% wählten die DSU, 1,4% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.5.1.3 Zentrum versus Peripherie

Um das Wahlverhalten der Wähler die im Zentrum lebten mit jenem in der Peripherie zu vergleichen wurden die Ergebnisse bei der Landtagswahl in der Landeshauptstadt Erfurt jenen im Rest des Landes gegenübergestellt. Diese Analyse brachte folgendes Ergebnis:

Bei der Thüringer Landtagswahl 1990 erhielt die CDU in Erfurt mit 37,2% die relativ meisten Stimmen. Dahinter folgten die SPD, die 23,0% erreichte und die PDS, die 15,9% der Stimmen der Wähler in der Landeshauptstadt erhielt. Die gemeinsame Liste aus Neues Forum, Grünen und Demokratie Jetzt erreichte 10,6%, die FDP 8,8% und die DSU 2,1%. 2,4% entfielen auf andere Parteien.

In jenem Gebiet, das der Peripherie zugerechnet werden kann gab es eine etwas andere Stimmenverteilung. Hier war ebenfalls die CDU die stimmenstärkste Partei, allerdings mit mehr Stimmenanteilen als in der Landeshauptstadt. Die CDU erreichte 46,1% der Stimmen, die SPD 22,7%. Die PDS schnitt im Vergleich zum Zentrum in der Peripherie schlechter ab und erreichte nur 9,9%. Die FDP erhielt 9,6% der Stimmen, Neues Forum/Die Grünen/Demokratie Jetzt 6,1%. Auf die DSU entfielen 3,4% und 3,2% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

5.5.2 Die Landtagswahl 1994

Die Landtagswahl in Thüringen am 16. Oktober 1994 ergab folgendes Ergebnis:

Tabelle 22: Endergebnis Landtagswahl 1994 Thüringen

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	42,6
SPD	29,6
PDS	16,6
Bündnis 90/Die Grünen	4,5
FDP	3,2
Republikaner	1,3
Forum	1,1
Sonstige Parteien	1,1

Quelle: http://www.wahlen.thueringen.de/wahlseite.asp?aktiv=LW01&startbei=landtagswahlen/LW_wahlergebnisse.asp 12.01.2012

Die CDU verlor bei dieser Landtagswahl im Vergleich zu jener vier Jahre zuvor zwar 2,8 Prozentpunkte, blieb aber mit 42,6% die Partei mit den meisten Stimmen. Die SPD konnte 6,8 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte nun 29,6%. Ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen konnte die PDS, die nun 16,9% der Stimmen erhielt (+6,9). Die FDP sowie das Bündnis 90/Die Grünen verloren hingegen 6,1 beziehungsweise 2,0 Prozentpunkte und schafften mit nun 3,2% beziehungsweise 4,5% der Stimmen den Wiedereinzug in den Thüringer Landtag nicht. Ebenso am Einzug in den Landtag scheiterten die Republikaner mit 1,3% und das Forum mit 1,1%, weitere 1,1% der Stimmen entfielen bei dieser Wahl auf andere Parteien.

5.5.2.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Wählergruppe der unselbständig Tätigen blieb die CDU trotz eines Verlustes von 8,5 Prozentpunkten mit nun 47,0% die stimmenstärkste Partei, gefolgt von der SPD, die 16,0 Prozentpunkte dazu gewann und 34,3% der Stimmen der Unselbständigen erreichte. Die PDS erreichte 9,9% (+1,9), 4,5% (-2,4) der Unselbständigen votierten für das Bündnis 90/Die Grünen und 3,1% für die FDP, was für diese einen Verlust von 2,4 Prozentpunkten bedeutete. 1,2% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

In der Gruppe der selbständig Tätigen konnte die CDU mit 55,8% der Stimmen eine absolute

Mehrheit halten, obwohl sie im Vergleich zur Wahl vier Jahr zuvor 15,4 Prozentpunkte verlor. Die SPD wurde von 23,1% der Selbständigen gewählt, womit sie 17,1 Prozentpunkte dazu gewann, die PDS wählten 9,6% (+6,0) und das Bündnis 90/Die Grünen 7,7%, was einen Zugewinn von 2,6 Prozentpunkten bedeutete. Auf die FDP entfielen bei dieser Landtagswahl hingegen nur noch 3,8% der Stimmen der Selbständigen, 6,2 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl im Jahr 1990.

5.5.2.2 Religiöser Cleavage

Unter den katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen verlor die CDU bei der Landtagswahl im Jahr 1994, im Vergleich zu jener vier Jahre zuvor, 6,3 Prozentpunkte, konnte mit 62,2% in dieser Wählergruppe aber trotzdem mehr als die Hälfte der Stimmen gewinnen. Die SPD konnte 13,3 Prozentpunkte dazu gewinnen und erhielt 26,2% der Stimmen der konfessionell Gebundenen. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte 4,3%, die FDP 3,5%, ebenso wie die PDS.

Wie unter den christlich konfessionell Gebundenen verlor die CDU auch in der Wählergruppe der Konfessionslosen im Vergleich zur vorangegangenen Wahl 11,2 Prozentpunkte und wurde mit nun 34,4% hier von der SPD überholt, die 18,2 Prozentpunkte dazu gewann und 39,4% erreichte. Ebenfalls Zugewinne verbuchen konnte die PDS, die 15,7% (+1,6) der Stimmen der Konfessionslosen erhielt, während das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP Verluste hinnehmen mussten und nur noch 6,1% (-2,3) beziehungsweise 2,6% (-3,2) erreichten

5.5.2.3 Stadt versus Land

Entlang einer Trennungslinie zwischen ländlichem und städtischem Gebiet ergab sich bei der Landtagswahl im Jahr 1994 folgendes Ergebnis:

In der Gruppe der Wähler, die in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten erhielt die CDU mit 50,0% die Hälfte der Stimmen. Die SPD erreichte 33,9%, die PDS 8,0%, das Bündnis 90/Die Grünen 4,1% und die FDP wurde von 2,1% der Wahlberechtigten in ländlichen Gebieten gewählt. 1,2% der Stimmen dieser Wählergruppe entfielen auf andere Parteien.

Im Vergleich dazu erreichten die CDU und die SPD in Städten mit über 50.000 Einwohnern

nur 37,2% beziehungsweise 31,6%, während die PDS 17,7% der Stimmen erhielt. Das Bündnis 90/Die Grünen erreichte in städtischem Gebiet 9,3%, die FDP 3,7% und andere Parteien 0,5%.

5.5.2.4 Zentrum versus Peripherie

Im Zentrum, der Thüringer Hauptstadt Erfurt, blieb die CDU bei der Landtagswahl 1994 trotz Verlusten von 1,7 Prozentpunkten mit 35,5% die stimmenstärkste Partei vor der SPD, die 5,8 Prozentpunkte mehr als vier Jahr zuvor und somit 28,8% erreichen konnte. Neben der SPD konnte auch die PDS Stimmengewinne verzeichnen, sie erhielt mit 22,8% um 6,9 Prozentpunkte mehr als bei der vorangegangenen Wahl. Im Gegensatz dazu mussten sowohl das Bündnis 90 als auch die FDP Stimmenverluste hinnehmen, sie erreichten 5,8% (-4,8) beziehungsweise 2,5% (-6,3). 4,4% der Stimmen entfielen auf andere Parteien, darunter 2,4% auf das Forum.

Auch außerhalb der Landeshauptstadt verlor die CDU 2,9 Prozentpunkte im Vergleich zur vorangegangenen Wahl, blieb aber auch in dieser Wählergruppe die stimmenstärkste Partei, sie erreichte 43,2%. Wie in Erfurt gewann die SPD auch unter den Wählern der Peripherie Stimmenanteile dazu und erreichte 29,6% (+6,9). Die PDS gewann ebenfalls 6,8 Prozentpunkte dazu und erzielte ein Ergebnis von 16,0%, während die Grünen und die FDP wie in Erfurt Stimmenanteile abgeben mussten und nur noch 4,4% (-1,7) beziehungsweise 3,3% (-6,0) erreichten. 3,4% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

5.5.3 Die Landtagswahl 1999

Die Wahl zum dritten Thüringer Landtag am 12. September 1999 brachte folgendes Endergebnis:

Tabelle 23: Endergebnis Landtagswahl 1999 Thüringen

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	51,0
PDS	21,3
SPD	18,5
DVU	3,1
Bündnis 90/Die Grünen	1,9
FDP	1,1
Sonstige Parteien	3,1
Wahlbeteiligung	59,9

Quelle: http://www.wahlen.thueringen.de/wahlseite.asp?aktiv=LW01&startbei=landtagswahlen/LW_wahlergebnisse.asp 12.01.2012

Die CDU konnte im Vergleich zur vorangegangenen Wahl bei der Landtagswahl 1999 8,4 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte mit 51,0% die absolute Stimmenmehrheit. Die SPD hingegen verlor 11,1 Prozentpunkte und fiel mit 1,85% nach Stimmenanteilen gerechnet hinter die PDS zurück, die mit einem Zugewinn von 4,7 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Wahl nun 21,3% der Stimmen erreichte. Wie die SPD verloren auch das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP Stimmenanteile und erreichten nur noch 1,9% (-2,6) beziehungsweise 1,1% (-2,1), während die DVU 3,1% der Stimmen erhielt. Die restlichen 3,1% entfielen auf andere Parteien.

5.5.3.1 Unselbständige versus Selbständige

Im Vergleich zur Landtagswahl 1994 konnte die CDU bei den unselbständig Tätigen 1999 3,8 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte daher 50,8%. Die SPD hingegen verlor 10,3 Prozentpunkte und erreichte nur noch 24,0%. Die PDS gewann im Vergleich zur Landtagswahl fünf Jahre zuvor 6,8 Prozentpunkte dazu und erzielte ein Ergebnis von 16,7% während das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP unter den unselbständig tätigen Wählern Stimmenverluste hinnehmen mussten und nur noch 3,1% (-1,4) beziehungsweise 1,2% (-1,9) erreichten. Die DVU erreichte 2,0%. 2,2% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

In der Wählergruppe der Selbständigen konnte die CDU ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 58,6% (+2,8). Die SPD hingegen verlor auch in dieser Wählergruppe, sie musste einen Stimmenverlust von 7,0 Prozentpunkten hinnehmen und erreichte nur noch 16,1%. Wie bei den unselbständig Tätigen konnte die PDS auch bei den Selbständigen mehr Stimmenanteile gewinnen als fünf Jahre zuvor und erreichte 13,8% (+4,2). Ebenfalls dazu

gewinnen konnte in dieser Wählergruppe die FDP, die um 1,9 Prozentpunkte mehr erreichte als bei der vorangegangenen Landtagswahl und somit 5,7% erzielte, während das Bündnis 90/Die Grünen 4,3 Prozentpunkte verlor und nur noch 3,4% erreichte. 2,4% der Selbständigen entschieden sich bei der Landtagswahl 1999 für eine der anderen Parteien.

5.5.3.2 Religiöser Cleavage

In der Gruppe der katholischen oder protestantischen Wähler erreichte die CDU bei der Landtagswahl 1999 62,8% und damit um 0,6 Prozentpunkte mehr als fünf Jahre davor. Die SPD verlor unterdessen in dieser Wählergruppe 3,7 Prozentpunkte und erreichte nur noch 22,5%. Während die PDS und das Bündnis 90/Die Grünen im Vergleich zur vorherigen Wahl Stimmenanteile dazu gewinnen konnten und unter den christlich konfessionell gebundenen Wählern 1999 6,4% (+2,9) beziehungsweise 4,7% (+0,4) erreichten, verlor die FDP neuerlich und erreichte in dieser Wählergruppe nur noch 1,3% (-2,2). 1,3% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Eine ähnliche Entwicklung ließ sich in der Gruppe der nicht christlich konfessionell gebundenen Wähler feststellen. Die CDU erreichte ein Ergebnis von 43,6% und somit 9,2 Prozentpunkte mehr als 1994, während die SPD 15,6 Prozentpunkte verlor und 23,8% der Stimmen erhielt. Während die PDS ihren Trend fortsetzen konnte und mit 22,4% der Stimmen um 6,7 Prozentpunkte mehr erreichte als fünf Jahre zuvor, verloren das Bündnis 90/Die Grünen sowie die FDP und erhielten nur noch 3,4% (-2,7) beziehungsweise 2,0% (-0,6). 4,8% der Stimmen entfielen auf andere Parteien, darunter 2,2% auf die DVU.

5.5.3.3 Stadt versus Land

Im Vergleich zur vorangegangenen Wahl konnte die CDU unter Wählern, die in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten, 2,7 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 52,7%, während die SPD 10,3 Prozentpunkte verlor und nur noch von 23,6% der Wahlberechtigten gewählt wurde. Wie die CDU konnte im Vergleich zur Wahl im Jahr 1994 auch die PDS Stimmenanteile dazu gewinnen, sie erreichte 14,8% (+6,8), während das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP Stimmenanteile verloren und nur noch 3,1% (-1,0) beziehungsweise 1,7% (-1,1) erreichten. 4,1% der Stimmen entfielen auf andere Parteien,

darunter 1,9% auf die DVU, womit diese in Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern beispielsweise mehr Stimmen erhielt als die FDP.

Wie in ländlichem Gebiet gewann die CDU bei dieser Landtagswahl auch unter Wählern, die in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern lebten, Stimmenanteile dazu und erreichte 43,6% (+6,4), während die SPD 11,6 Prozentpunkte verlor und nur noch 20,0% erreichte. Die PDS hingegen konnte auch in städtischem Gebiet dazu gewinnen und erzielte ein Ergebnis von 24,3%, 6,6 Prozentpunkte über jenem von der Wahl 1994. Das Bündnis 90/Die Grünen verlor 1,4 Prozentpunkte und erreichte 7,9%, die FDP verlor ebenfalls Stimmenanteile und erreichte nur noch 1,4% (-2,3). 2,8% der Wähler entschieden sich für andere Parteien, darunter 1,4% für die DVU.

5.5.3.4 Zentrum versus Peripherie

In Erfurt konnte die CDU gegenüber der Landtagswahl im Jahr 1994 bei der Wahl im Jahr 1999 13,2 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte somit 48,7% der Stimmen, während die CDU 11,3 Prozentpunkte verlor und nur noch 17,5% erreichte. Die PDS hingegen gewann 2,3 Prozentpunkte dazu und erhielt 25,1% der Wählerstimmen. Wie schon bei der vorangegangenen Wahl verloren Die Grünen und die FDP neuerlich Stimmenanteile und erreichten nur noch 3,2% (-2,6) beziehungsweise 0,8% (-1,7). Die DSU erreichte 2,0% und 2,7% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

Unter den Wählern, die außerhalb der Landeshauptstadt lebten, konnte die CDU ebenfalls Stimmenanteile gewinnen und erreichte 51,2% (+8,0), während die SPD auch in dieser Wählergruppe 9,0 Prozentpunkte verlor und 18,6% der Stimmen erhielt. Die PDS konnte Zugewinne von 5,0 Prozentpunkten verbuchen und erreichte mit nun 21,0% auch außerhalb Erfurts mehr Stimmenanteile als die SPD. Viertstärkste Kraft in den Gebieten der Peripherie wurde mit 3,2% die DVU, während das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP wiederum Stimmenanteile verloren und nur noch 1,7% (-2,7) beziehungsweise 1,1% (-2,2) erreichten. 3,2% der Wähler gaben ihre Stimme einer anderen Partei.

5.5.4 Die Landtagswahl 2004

Nach der Landtagswahl in Thüringen vom 13.Juni 2004 waren die Wählerstimmen folgendermaßen verteilt:

Tabelle 24: Endergebnis Landtagswahl 2004 Thüringen

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	43,0
PDS	26,1
SPD	14,5
Bündnis 90/Die Grünen	4,5
FDP	3,6
Freie Wähler	2,6
Republikaner	2,0
NPD	1,6
Sonstige Parteien	2,1

Quelle: http://www.wahlen.thueringen.de/wahlseite.asp?aktiv=LW01&startbei=landtagswahlen/LW_wahlergebnisse.asp 12.01.2012

Bei den Wahlen zum vierten Thüringer Landtag im Jahr 2004 verlor die CDU zwar 8,0 Prozentpunkte, blieb allerdings mit 43,0% weiterhin die stimmenstärkste Partei. Gleichzeitig konnte die PDS wiederum 4,8 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte nun 26,1%. Die SPD hingegen büßte 4,0 Prozentpunkte ein und erhielt nur noch 14,5% der Stimmen, während das Bündnis 90/Die Grünen erstmals seit 1990 Stimmenanteile dazu gewinnen konnte und 4,5% (+2,6) erreichte, was allerdings weiterhin nicht zur Rückkehr in das Landesparlament genügte. Auch die FDP konnte Stimmenanteile dazu gewinnen, sie erreichte 3,6% (+2,5). Die Liste Freie Wähler erreichte 2,6%, die Republikaner 2,0% und die NPD wurde von 1,6% der Wähler gewählt. 2,1% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.5.4.1 Unselbständige versus Selbständige

In der Wählergruppe der Unselbständigen verlor die CDU bei der Landtagswahl 2004 im Vergleich zu jener im Jahr 1999 7,0 Prozentpunkte und erreichte 43,8%. Die SPD verlor ebenfalls 3,5 Prozentpunkte und erreichte 20,5% während die PDS Zugewinne verbuchen konnte und mit 21,6% (+4,9) die SPD in der Zustimmung der Unselbständigen überholen konnte. Wie die PDS konnten auch das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichten 5,2% (+2,1) beziehungsweise 4,0% (+2,8). 4,9% der Stimmen

entfielen auf andere Parteien.

Wie bei den Unselbständigen verloren sowohl CDU als auch SPD bei der Thüringer Landtagswahl 2004 auch in der Wählergruppe der selbständig Tätigen. Die CDU erreichte 55,6% (-3,0), die SPD nur noch 9,9% (-6,2). Auch die PDS musste in dieser Gruppe Verluste hinnehmen, sie erreichte 12,3% (-1,5). Im Gegensatz dazu konnten das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP Stimmenanteile dazu gewinnen. Die Grünen erreichten 8,6% (+5,2), die FDP gewann 1,7 Prozentpunkte dazu und erreichte 7,4% der Stimmen der selbständig tätigen Wähler. 6,2% der Stimmen entfielen bei dieser Wahl auf andere Parteien.

5.5.4.2 Religiöser Cleavage

In der Wählergruppe der katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen verlor die CDU bei der Landtagswahl 2004 im Vergleich zur Wahl im Jahr 1999 12,3 Prozentpunkte, blieb aber mit 50,5% die Partei mit den meisten Stimmen. Die SPD verlor ebenfalls Stimmenanteile, wenngleich nicht in dem Ausmaß, und erreichte 21,2% (-1,3), während die PDS 5,4 Prozentpunkte dazu gewinnen konnte und 11,8% erreichte. Das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP konnten ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen, sie erreichten 5,4% (+0,7) beziehungsweise 5,1% (+3,8). 6,0% der katholischen oder protestantischen Wähler entschieden sich für eine andere Partei, darunter 1,0% für die Republikaner.

In der Gruppe jener Wähler, die weder der katholischen noch der protestantischen Konfession angehören, gab es eine ähnliche Entwicklung, hier verloren CDU und SPD ebenfalls Stimmenanteile, während die PDS dazu gewinnen konnte. Die CDU erreichte in dieser Wählergruppe 40,0% (-3,6), die SPD 16,7% (-7,1) und die PDS gewann 5,5 Prozentpunkte dazu und erreichte 27,9%. Die Grünen konnten ihre Stimmenanteile gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl verdoppeln und erreichten 6,8% und auch die FDP konnte 2,3 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 4,3%. Ebenfalls 4,3% der Stimmen dieser Wählergruppe entfielen auf andere Parteien.

5.5.4.3 Stadt versus Land

Während die CDU bei der vorangegangenen Landtagswahl in ländlichem Gebiet noch

Stimmenanteile gewinnen konnte, musste sie bei der Wahl im Jahr 2004 Verluste von 7,1 Prozentpunkten hinnehmen und erreichte nur noch 45,6%, womit sie allerdings weiterhin die stimmenstärkste Partei in dieser Wählergruppe blieb. Auch die SPD verlor im Vergleich zur Wahl im Jahr 1999 Stimmenanteile und erreichte nur noch 18,6% (-5,0). Die PDS konnte hingegen 5,6 Prozentpunkte mehr erreichen als fünf Jahre zuvor, sie erhielt 20,4% der Stimmen. Wie die PDS konnten auch das Bündnis 90/Die Grünen und die FDP in ländlichem Gebiet Stimmenanteile dazu gewinnen. Das Bündnis 90/Die Grünen erhielt 5,1% der Stimmen (+2,0), die FDP 4,5% (+2,8). 4,8% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

Wie in kleinen Ortschaften verloren die CDU und die SPD auch in Städten mit über 50.000 Einwohnern Stimmenanteile. Die CDU verlor im Vergleich zur Wahl im Jahr 1999 4,0 Prozentpunkte und erreichte 39,6%, die SPD verlor 3,2 Prozentpunkte und erreichte 16,8%. Stimmenanteile dazu gewinnen konnten die PDS, die nun 24,8% der Stimmen erhielt (+0,5), und vor allem das Bündnis 90/Die Grünen, das ein Ergebnis von 11,4% erzielte und somit 3,5 Prozentpunkte mehr als bei der vorangegangenen Wahl, sowie die FDP, die 4,0 Prozentpunkte dazu gewann und 5,4% der Stimmen erhielt. 2,0% der Wähler, die in Städten mit über 50.000 Einwohnern lebten, entschieden sich zur Wahl einer anderen Partei.

5.5.4.4 Zentrum versus Peripherie

Nach den starken Zugewinnen bei der vorangegangenen Landtagswahl im Jahr 1999 verlor die CDU bei der Wahl fünf Jahre später nun 12,6 Prozentpunkte, erhielt aber mit nun 36,1% weiterhin den größten Stimmenanteil in Erfurt. Die PDS konnte hingegen abermals Zugewinne verbuchen und erreichte 2004 31,2% der Stimmen, um 6,1 Prozentpunkte mehr als fünf Jahre zuvor. Während auch die Grünen im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl 5,3 Prozentpunkte dazu gewannen und damit 8,5% der Stimmen erhielten verlor die SPD 3,0 Prozentpunkte und erreichte nur noch 14,5%. Die FDP erreichte 3,6% (+2,8), auf andere Parteien entfielen 6,1%, darunter 1,7% auf die Republikaner und 1,4% auf die Generationenpartei die Grauen.

Außerhalb der Thüringer Hauptstadt Erfurt musste die CDU ebenfalls Stimmenanteile abgeben, sie verlor 7,6 Prozentpunkte und erreichte nur noch 43,6%. Im Gegensatz dazu konnte die PDS neuerlich dazu gewinnen und erhielt mit 25,6% der Stimmen um 4,6

Prozentpunkte mehr als bei der Wahl im Jahr 1999. Wie die CDU verlor auch die SPD, mit 14,5% erreichte sie ein um 4,1 Prozentpunkte niedrigeres Ergebnis als fünf Jahre zuvor. Die Grünen und die FDP konnten jeweils 1,5 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichten 4,2% beziehungsweise 3,6%, die Liste Freie Wähler erhielt 2,8% und die Republikaner 2,0% (+1,2). 4,7% der Stimmen entfielen auf andere Parteien, darunter 1,6% auf die NPD.

5.5.5 Die Landtagswahl 2009

Die Wahl zum fünften Thüringer Landtag am 30. August 2009 brachte folgendes Ergebnis:

Tabelle 25: Endergebnis Landtagswahl 2009 Thüringen:

Partei	Stimmenanteil in %
CDU	31,2
Linke	27,4
SPD	18,5
FDP	7,6
Grüne	6,2
NPD	4,3
Freie Wähler	3,9
Sonstige Parteien	0,9

Quelle: http://www.wahlen.thueringen.de/wahlseite.asp?aktiv=LW01&startbei=landtagswahlen/LW_wahlergebnisse.asp 12.01.2012

Die CDU verlor bei dieser Wahl 11,8 Prozentpunkte und erreichte damit nur noch 31,2%, während Die Linke wie auch bei den vorangegangenen Landtagswahlen Stimmenanteile dazu gewinnen konnte und bei einem Gewinn von 1,3 Prozentpunkten 27,4% der Stimmen erhielt. Auch die SPD konnte, zum ersten Mal seit der Landtagswahl im Jahr 1994, wieder Stimmenanteile dazu gewinnen und erhielt 18,5% der Stimmen (+4,0). Wie diese beiden Parteien konnten auch die Grünen und die FDP wieder Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichten 6,2% (+1,7) beziehungsweise 7,6% (+4,0), womit sie, zum ersten Mal seit 1990, wieder Mandatare in den Thüringer Landtag entsenden durften.

5.5.5.1 Unselbständige versus Selbständige

Bei der Thüringer Landtagswahl 2009 setzte sich in der Wählergruppe der Unselbständigen eine ähnliche Entwicklung fort, wie sie schon 2004 zu beobachten war. Während die CDU 8,8 Prozentpunkte verlor und nur noch 35,0% erreichte und auch die SPD 2,2 Prozentpunkte

verlor und nur noch ein Ergebnis von 18,3% erzielte, konnte Die Linke Stimmenanteile dazu gewinnen. Sie gewann im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl 2,2 Prozentpunkte und erreichte 2009 23,8% der Stimmen der Unselbständigen. Auch die Grünen und die FDP gewannen im Vergleich zur vorherigen Wahl wieder Stimmenanteile dazu und erreichten 7,4% (+2,2) beziehungsweise 7,1% (+3,1). 8,4% der Stimmen entfielen auf andere Parteien, darunter jeweils 2,5% auf die NPD und Freie Wähler.

Auch in der Wählergruppe der Selbständigen musste die CDU Verluste hinnehmen. Nachdem sie bei der Landtagswahl im Jahr 2004 unter den Selbständigen noch die absolute Stimmenmehrheit erreichte, verlor sie fünf Jahre später 17,5 Prozentpunkte und erreichte somit nur noch 38,1%. Die Linke konnte hingegen in dieser Wählergruppe 8,3 Prozentpunkte dazu gewinnen und erzielte ein Ergebnis von 20,6%. Auch die SPD konnte einige Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 11,1% (+1,2). Im Vergleich zur Landtagswahl fünf Jahre zuvor konnten auch die Grünen und vor allem die FDP starke Zugewinne verbuchen. Letztere erreichte 17,5% (+10,1), während die Grünen 4,1 Prozentpunkte dazu gewannen und 12,7% der Stimmen der Selbständigen erhielten.

5.5.5.2 Religiöser Cleavage

In der Wählergruppe der katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen verloren sowohl die CDU als auch die SPD bei der Thüringer Landtagswahl 2009 Stimmenanteile. Sie erreichten 46,5% (-4,0) beziehungsweise 18,6% (-2,6). Die Linke konnte 0,5 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 12,3%. Die Grünen konnten 5,6 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichten 11,0%, während die FDP 0,7 Prozentpunkte verlor und 4,4% der Stimmen erhielt. Die Liste Freie Wähler erreichte 2,5% und die NPD 2,2%, 2,5% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

Auch unter den konfessionslosen Wählern musste die CDU bei der Landtagswahl 2009 Verluste hinnehmen. Sie erreichte 27,7% der Stimmen, 12,3 Prozentpunkte weniger als bei der Wahl im Jahr 2004. Die Linke hingegen konnte neuerlich Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 28,6% (+0,7), womit sie erstmals zur stimmenstärksten Partei in dieser Wählergruppe wurde. Die SPD konnte ebenfalls Stimmenanteile dazu gewinnen, sie erreichte 18,1% (+1,4). Auch die FDP gewann 6,3 Prozentpunkte dazu und erreichte 10,6%, die Grünen

erhielten wie schon bei der vorangegangenen Wahl im Jahr 2004 6,8% der Stimmen in der Gruppe der nicht katholischen oder protestantischen Wähler. 2,0% der Wähler entschlossen sich für Freie Wähler, 2,6% für die NPD. 3,6% der Stimmen entfielen auf andere Parteien.

5.5.5.3 Stadt versus Land

Bei der Thüringer Landtagswahl im Jahr 2009 verlor die CDU unter den Wählern, die in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten, im Vergleich zur Wahl davor 9,6 Prozentpunkte und erreichte nur noch 36,0%. Die Linke dagegen gewann 1,5 Prozentpunkte und erhielt 21,9% der Stimmen, während auch die SPD Stimmenanteile verlor und 18,1% (-0,5) erreichte. Neben der Linken gewannen auch die Grünen und die FDP Stimmenanteile dazu, sie erreichten bei der Landtagswahl 2009 8,8% (+3,7) beziehungsweise 7,4% (+2,9). Die NPD erhielt 2,5% der Stimmen, die Liste Freie Wähler 2,2%, 3,1% entfielen auf andere Parteien.

Auch unter Wählern, die in Ortschaften mit mehr als 50.000 Einwohnern lebten, musste die CDU im Vergleich zur Landtagswahl fünf Jahre zuvor Stimmenverluste hinnehmen, sie erreichte nur noch 29,3%, 10,3 Prozentpunkte weniger als 2004. Die Linke verlor in städtischem Gebiet ebenfalls Stimmenanteile, wenngleich auch nicht im selben Ausmaß. Die Linke erreichte 23,6%, was einem Verlust von 1,2 Prozentpunkten entsprach. Die SPD hingegen konnte in dieser Wählergruppe Stimmenanteile dazu gewinnen und erreichte 19,4% (+2,6). Während die Grünen einen Verlust von 3,5 Prozentpunkten hinnehmen mussten und nur noch 7,9% der Stimmen erhielten, konnte die FDP einen Zugewinn von 6,1 Prozentpunkten verbuchen und erzielte somit ein Ergebnis von 11,5%. Die Liste Freie Wähler konnte 2,6% erreichen, ebenso wie die NPD. 3,1% der Wähler, die in Städten mit über 50.000 Einwohnern lebten, entschieden sich bei der Landtagswahl 2009 für eine andere Partei.

5.5.5.4 Zentrum versus Peripherie

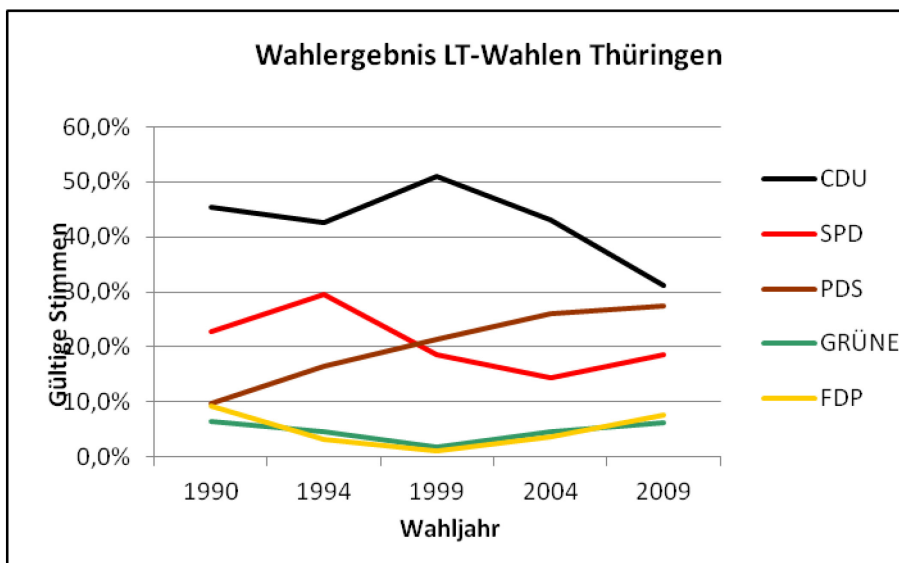
Unter den Wählern der Hauptstadt konnte Die Linke bei der Landtagswahl im Jahr 2009, trotz eines Verlustes von 2,8 Prozentpunkten im Vergleich zur vorherigen Wahl, mit 28,4% der Stimmen erstmals eine relative Mehrheit gewinnen, da die CDU bei einem Verlust von 10,8 Prozentpunkten nur noch 25,3% der Stimmen erhielt. Die SPD konnte 5,3 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte 19,8%. Auch die Grünen und die FDP konnten im Vergleich zur

vorangegangenen Landtagswahl ihren Anteil an den gesamten Stimmen vergrößern, sie erhielten 10,5% (+2,0) beziehungsweise 7,6% (+4,0) der Stimmen. 4,4% der Stimmen entfielen auf Freie Wähler Thüringen, 3,3% auf die NPD und 0,7% auf andere Parteien.

Unter den Wählern, die nicht in der Hauptstadt lebten, verlor die CDU zwar ebenfalls stark an Zustimmung, bei einem Verlust von 11,8 Prozentpunkten konnte sie allerdings mit 31,8% eine relative Mehrheit erringen. Die Linke konnte 1,7 Prozentpunkte dazu gewinnen und erreichte somit 27,3%, während auch die SPD 3,9 Prozentpunkte mehr als bei der vorherigen Wahl und somit 18,4% erreichte. Ebenfalls Zugewinne verbuchen konnten im Vergleich zur Wahl im Jahr 2004 die FDP, die nun 7,7% (+4,1) der Stimmen erhielt sowie die Grünen, die ihren Anteil an den gesamten Stimmen um 1,5 Prozentpunkte auf 5,7% ausbauen konnten. Die NPD erhielt in den zur Peripherie gezählten Gebieten 4,4% der Stimmen und die Liste Freie Wähler Thüringen 3,8%. 0,9% der Wähler entschieden sich für andere Parteien.

5.5.6 Zusammenfassung der Wahlergebnisse von 1990 bis 2009

Abbildung 37: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009



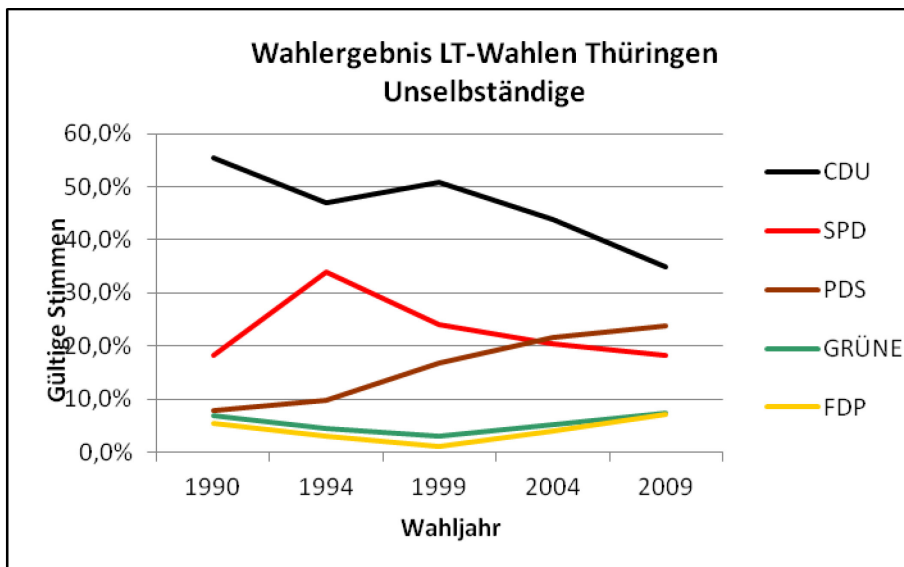
Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Bei allen Landtagswahlen in Thüringen von 1990 bis 2009 erreichte die CDU die meisten Stimmenanteile. Die SPD, die bei den Wahlen in den Jahren 1990 und 1994 die zweithöchsten Stimmenanteile erreicht hatte, wurde ab der Wahl im Jahr 1999 von der PDS, die seit dem Jahr 1990 regelmäßig bei jeder Landtagswahl Zugewinne verzeichnen konnte, als zweitstärkste Kraft im Thüringer Landtag abgelöst. Die Grünen und auch die FDP schafften

nach dem Jahr 1990, nachdem sie bei den darauffolgenden drei Wahlen jeweils weniger als 5% der Stimmen erhalten hatten, erst wieder bei der Wahl im Jahr 2009 den Einzug in den Landtag von Thüringen, womit seit der letzten Wahl im August 2009 fünf Parteien im Landesparlament vertreten sind.

5.5.6.1 Unselbständige versus Selbständige

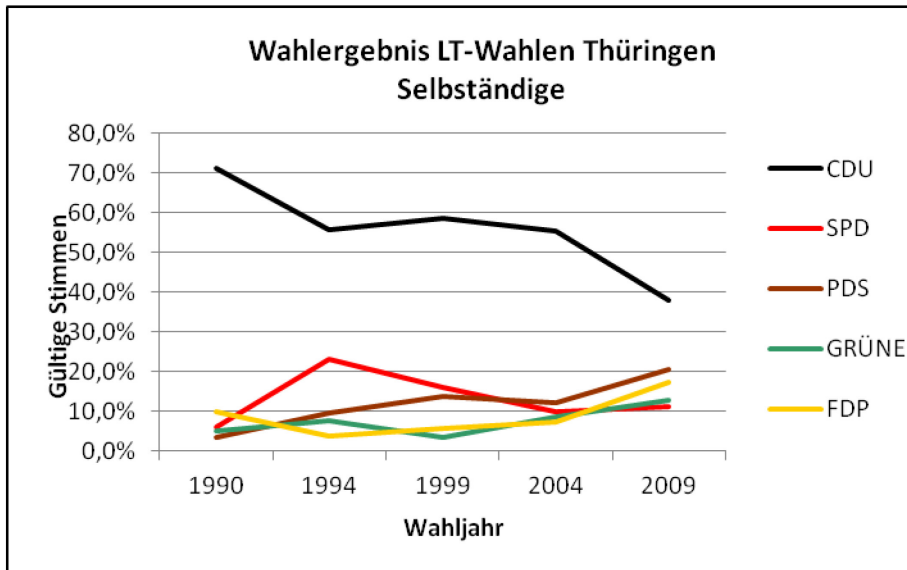
Abbildung 38: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 Unselbständige



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Die CDU erhielt sowohl in der Gruppe der Unselbständigen als auch unter den Selbständigen von den Wahlen von 1990 bis 2009 konstant eine Stimmenmehrheit, wobei sie in der Gruppe der Selbständigen stets einen höheren Anteil erreichte als unter den unselbständig Tätigen. Die SPD hingegen konnte unter den Unselbständigen mehr Stimmenanteile erreichen als unter den Selbständigen. In beiden Gruppen blieb sie während der ersten drei Wahlperioden die zweitstärkste Partei, ehe die PDS ab den Wahlen im Jahr 2004 mehr Stimmenanteile erreichen konnte. In der Gruppe der Selbständigen konnten bei der Thüringer Landtagswahl im Jahr 2009 auch die FDP sowie die Grünen mehr Wähler überzeugen als die SPD, wobei sowohl der Stimmenanteil der FDP als auch jener der Grünen im untersuchten Zeitraum in der Gruppe der Selbständigen höher ist als in jener der unselbständig Tätigen.

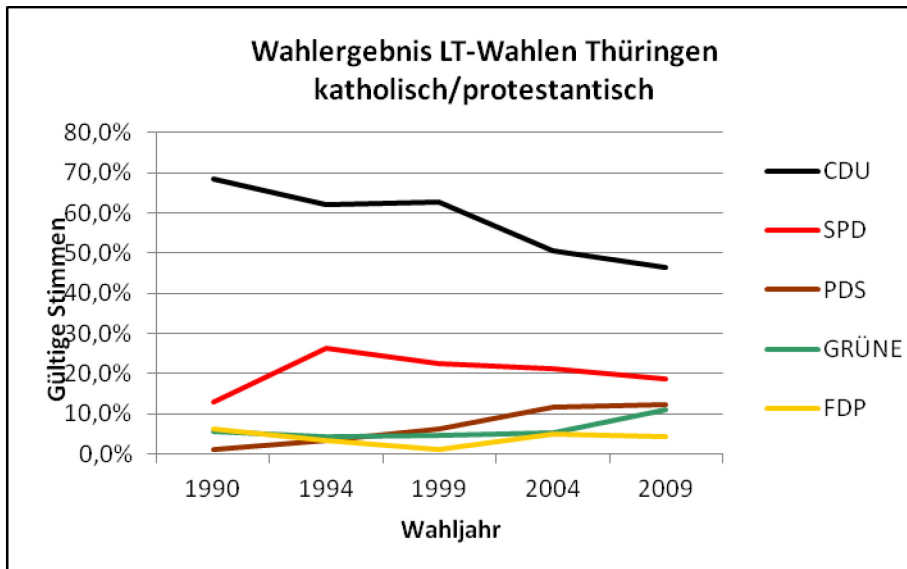
Abbildung 39: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 Selbständige



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.5.6.2 Religiöser Cleavage

Abbildung 40: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 katholisch/protestantisch

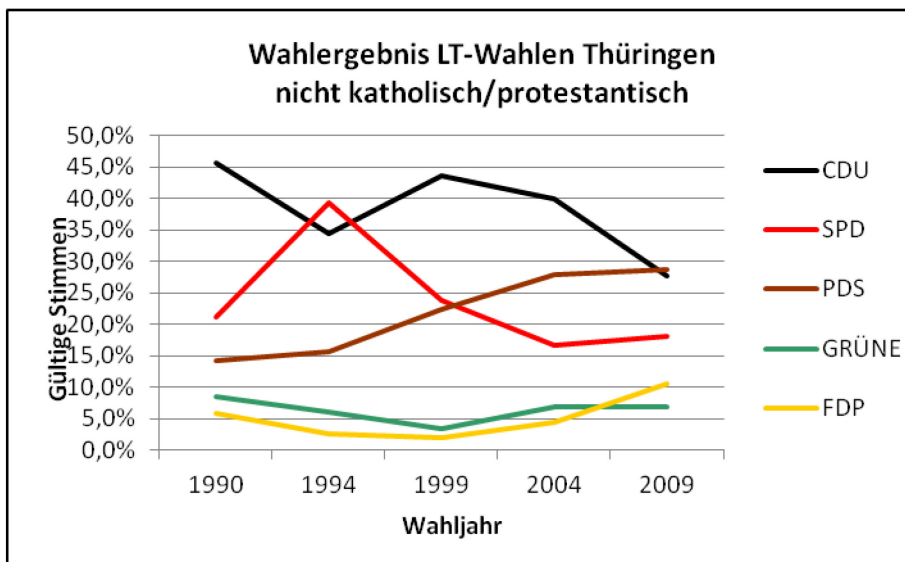


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Der Anteil der konfessionell gebundenen Wähler, die sich für die CDU entschieden, sank zwar kontinuierlich, trotzdem war sie in dieser Wählergruppe stets die Partei mit den meisten Stimmen, während die SPD immer die zweitstärkste Kraft stellte. In der Gruppe der Konfessionslosen verlor die CDU hingegen die relative Stimmenmehrheit bei der Wahl im Jahr 1994 an die SPD. Bei den Wahlen in den Jahren 1999 und 2004 allerdings konnte die

CDU wieder die meisten Stimmenanteile gewinnen. Währenddessen konnte die PDS in beiden Wählergruppen kontinuierlich Stimmenanteile dazu gewinnen, während sie allerdings unter den katholischen und protestantischen Wählern 2009 einen Höchstwert von 12,3% erreichte, konnte sie in der Gruppe der nicht christlich Konfessionellen im Jahr 2009 28,6% eine relative Stimmenmehrheit erzielen. Während die Grünen, die bis dahin unter den Konfessionslosen einen höheren Stimmenanteil erreichen konnten, bei der Wahl im Jahr 2009 in der Gruppe der konfessionell Gebundenen große Zugewinne verbuchen konnten und 11,0% erreichten, verhielt es sich in Bezug auf die FDP umgekehrt. Sie erreichte in der Gruppe der nicht konfessionell Gebundenen 10,6% und damit einen höheren Stimmenanteil als unter den katholischen oder protestantischen Wählern.

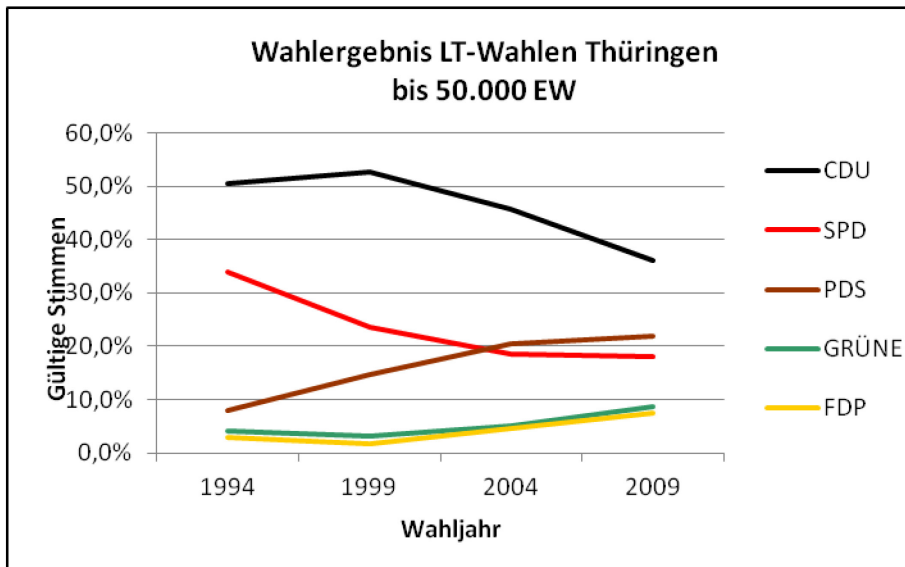
Abbildung 41: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 nicht katholisch/protestantisch



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.5.6.3 Stadt versus Land

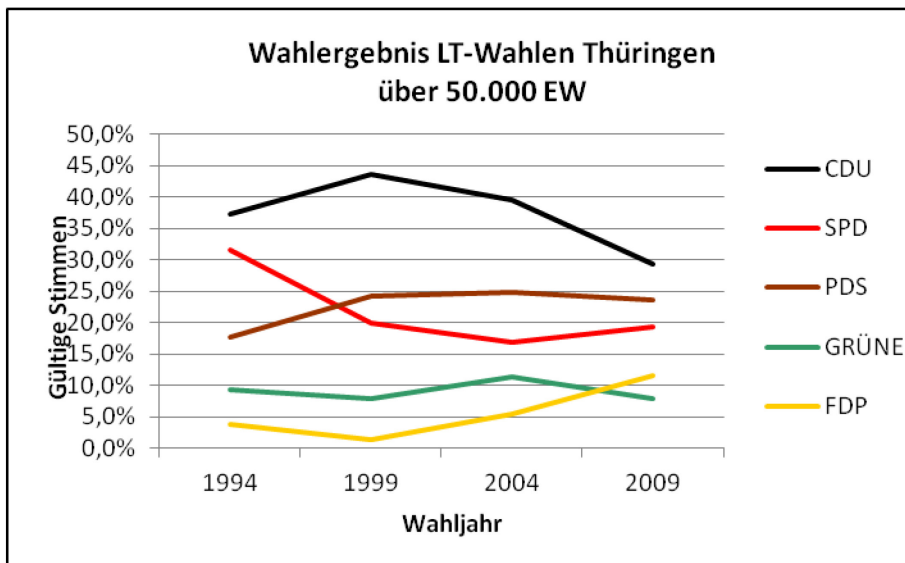
Abbildung 42: Ergebnisse LTW Thüringen 1994-2009 bis 50.000 EW



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Sowohl in Orten mit 50.000 oder weniger Einwohnern, als auch in größeren Städten war die CDU bei den vier Wahlen im untersuchten Zeitraum von 1994 bis 2009 die meistgewählte Partei. Während sie im Vergleich zur Wahl im Jahr 1994 bei der Landtagswahl im Jahr 1999 Stimmenanteile dazu gewinnen konnte, verlor sie danach kontinuierlich. Auch die SPD verlor nach der Wahl im Jahr 1994 kontinuierlich Stimmenanteile, während die PDS in beiden Wählergruppen dazu gewinnen konnte und mehr Stimmen als die SPD erhielt. Sowohl die Grünen als auch die FDP konnten zumeist in Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern höhere Stimmenanteile erreichen als in ländlichem Gebiet.

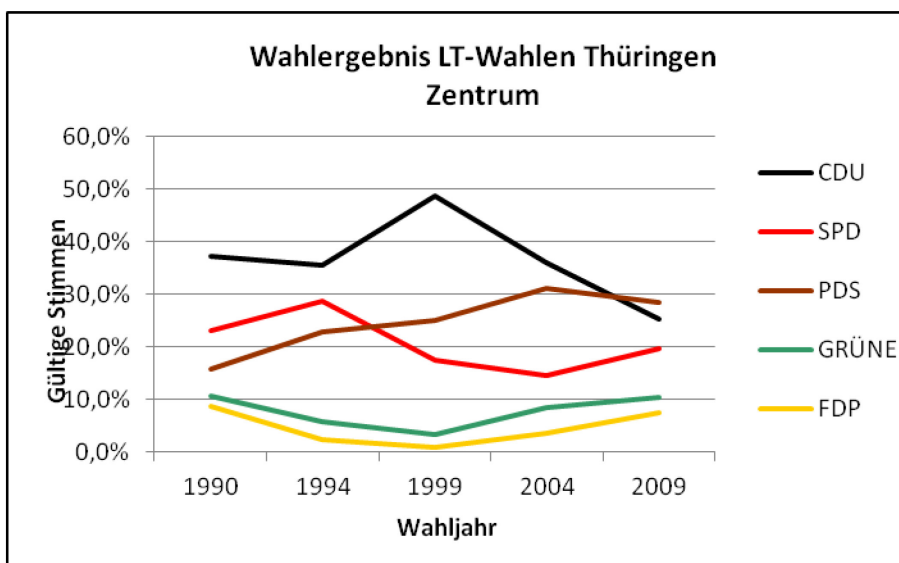
Abbildung 43: Ergebnisse LTW Thüringen 1994-2009 über 50.000 EW



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

5.5.6.4 Zentrum versus Peripherie

Abbildung 44: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 Zentrum

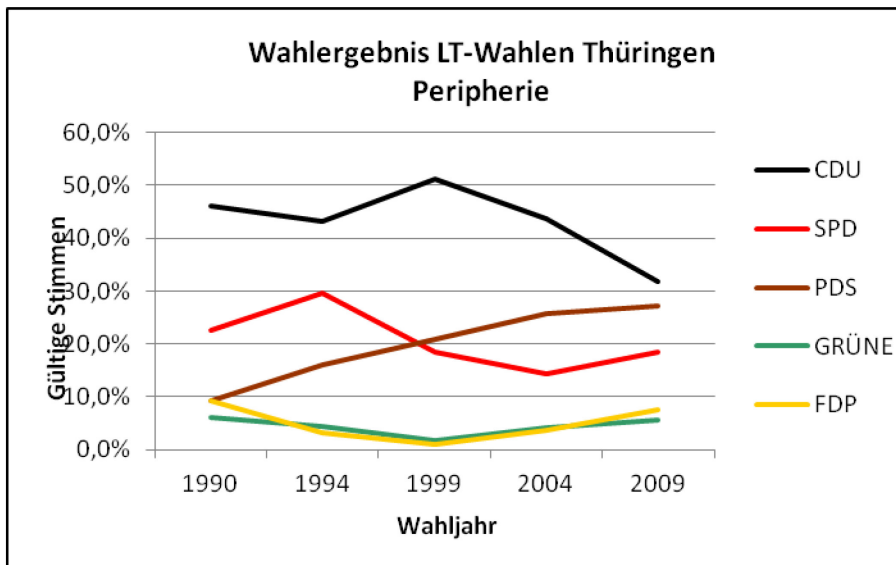


Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

Während die CDU in den Gebieten der Peripherie bei allen Wahlen des untersuchten Zeitraums von 1990 bis 2009 eine relative Stimmenmehrheit erreichen konnte, verlor sie diese in Erfurt bei der Wahl im Jahr 2009 an die PDS, die hier erstmals zur stimmenstärksten Partei wurde. Während die CDU in den Gebieten außerhalb der Hauptstadt mehr Stimmenanteile erreichte, verhielt sich dies in Bezug auf die PDS genau umgekehrt, sie erreichte bei allen fünf

Landtagswahlen seit dem Jahr 1990 in Erfurt einen höheren Stimmenanteil als in den Gebieten der Peripherie. Die PDS, die in beiden Wählergruppen etwa gleich viele Stimmenanteile erreichte, verlor auch in beiden Gruppen in etwa gleichem Ausmaß seit der Wahl im Jahr 1994 und stellt sowohl in der Landeshauptstadt als auch außerhalb Erfurts nur noch die drittstärkste Kraft. Die Grünen waren im Zentrum, der Landeshauptstadt, erfolgreicher als außerhalb, während die FDP in peripheren Gebieten zumeist einen höheren Stimmenanteil erreichte als in Erfurt.

Abbildung 45: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 Peripherie



Quelle: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: <http://www.gesis.org/>

6 Zusammenfassung

Zusammenfassen lässt sich in einem Vergleich der fünf untersuchten Bundesländer feststellen, dass es in dreien davon jeweils einer Partei gelungen ist bei allen fünf Wahlen im untersuchten Zeitraum die Stimmenmehrheit zu erreichen. In Brandenburg erhielt die SPD bei allen Landtagswahlen der Jahre 1990 bis 2009 jeweils eine relative Stimmenmehrheit, im Jahr 1994 mit 54,1% der Stimmen sogar eine absolute Mehrheit, während die CDU in Sachsen sowie in Thüringen bei den jeweils fünf Landtagswahlen jeweils die meisten Stimmen erhielt, wobei in Sachsen bei den Landtagswahlen in den Jahren 1990, 1994 und 1999 jeweils eine absolute Mehrheit der Wähler für die CDU votierte, während dies in Thüringen bei der Wahl im Jahr 1999 der Fall war. In Mecklenburg-Vorpommern löste die SPD bei der Landtagswahl im Jahr 1998 die CDU als stimmenstärkste Partei ab und konnte diese Position trotz Verlusten bei der Wahl im Jahr 2006 halten. Nur im Bundesland Sachsen-Anhalt wechselte die relative Mehrheit zweimal, im Jahr 1998 verlor die CDU diese an die SPD. Bei der Landtagswahl im Jahr 2002 hingegen konnte die CDU die relative Stimmenmehrheit in Sachsen-Anhalt wieder gewinnen.

Während die FDP nach den ersten Landtagswahlen nach dem Ende der DDR im Jahr 1990 in allen fünf Landesparlamenten vertreten war, allerdings bei den darauffolgenden Wahlen in allen Ländern Verluste hinnehmen musste und den Wiedereinzug in den Landtag in Sachsen-Anhalt und in Sachsen bei den jeweils vierten Landtagswahlen in den Jahren 2002 beziehungsweise 2004 und in den übrigen Ländern erst bei den Wahlen für die jeweils fünfte Legislaturperiode in den Jahren 2006 beziehungsweise 2009 schaffte, konnte die PDS, ab dem Jahr 2005 unter dem Namen Die Linke, die ab 1990 in allen fünf Landtagen vertreten war, in der Mehrzahl der Länder kontinuierlich Stimmenanteile dazu gewinnen. Einzig in Mecklenburg-Vorpommern verlor die PDS, die bei den Wahlen in den Jahren 1994 und 1998 jeweils Zugewinne verbuchen konnte, bei der Landtagswahl im Jahr 2002 gegenüber jener aus dem Jahr 1998 8,0 Prozentpunkte und erreichte mit 16,4% der Stimmen in etwa so viele wie im Jahr 1990 (15,7%) und konnte ihren Stimmenanteil bei der Wahl auf 16,8% ausbauen. In Sachsen-Anhalt und Thüringen erreichte Die Linke bei den jeweils letzten Wahlen des untersuchten Zeitraums in den Jahren Jahr 2006 beziehungsweise 2009 nach kontinuierlichen Zugewinnen mit 24,1% beziehungsweise 27,4% jeweils ihr höchstes Ergebnis. In Brandenburg und Sachsen erzielte sie ihr jeweils höchstes Ergebnis jeweils im Jahr 2004, erreichte aber trotz Verlusten im Jahr 2009 mit 27,2% in Brandenburg und 20,6% in Sachsen

jeweils einen mehr als doppelt so hohen Stimmenanteil als bei der ersten Wahl im Jahr 1990. Für die Grünen lässt sich eine ähnliche Entwicklung im untersuchten Zeitraum feststellen wie für die FDP. Nachdem die Grünen bei den ersten Wahlen im Jahr 1990 den Einzug in alle Landtage, mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, schafften, verloren sie bei den darauffolgenden Landtagswahlen kontinuierlich Stimmenanteile und waren nach den jeweils dritten Landtagswahlen in keinem der fünf Landesparlamente vertreten. In Sachsen konnten die Grünen bei der Wahl im Jahr 2004 erstmals wieder die 5%-Hürde überspringen, in Brandenburg und Thüringen schafften sie bei den Wahlen im Jahr 2009 den Wiedereinzug in den Landtag.

Mit der NPD beziehungsweise der DVU schafften, mit Ausnahme von Thüringen, in jedem Bundesland zumindest einmal rechtsextreme Parteien den Einzug in das jeweilige Landesparlament. In Brandenburg gelang dies der DVU in den Jahren 1999 und 2004 mit 5,3% beziehungsweise 6,1% der Stimmen, im Jahr 2009 verlor sie allerdings 5 Prozentpunkte und erreichte nur noch 1,1%. In Mecklenburg-Vorpommern erreichte die NPD bei der Landtagswahl im Jahr 2006 7,3%, und in Sachsen bei den Wahlen in den Jahren 2004 und 2009 9,2% beziehungsweise 5,6%, womit sie jeweils in den Landtagen vertreten war. In Sachsen-Anhalt gelang der DVU bereits im Jahr 1999 mit 12,8% der Stimmen der Einzug in den Landtag, den sie danach allerdings nicht mehr wiederholen konnte.

In der Wählergruppe der Unselbständigen lässt sich keine eindeutige Präferenz der Wähler beobachten. Während in Brandenburg, wo die SPD bei allen fünf untersuchten Landtagswahlen eine Stimmenmehrheit gewinnen konnte, auch die Unselbständigen jeweils mit einer Mehrheit die SPD wählten, konnte die CDU in den Ländern Sachsen und Thüringen, in denen sie jeweils von einer Mehrheit gewählt wurde, auch jeweils die Mehrheit der Stimmen der unselbständig Tätigen gewinnen. Auch in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt lässt sich eine parallele Entwicklung von den Wahlergebnissen der Unselbständigen und jenen der Gesamtheit der Wähler erkennen, was damit in Zusammenhang zu bringen ist, dass die unselbständigen zumeist mehr als 90% der Wählerschaft stellten. In Mecklenburg-Vorpommern konnte die SPD ab der Wahl im Jahr 1998 die relative Stimmenmehrheit gewinnen während in Sachsen-Anhalt diese im Jahr 1998 von der CDU an die SPD verloren wurde, 2002 aber wieder eine Mehrheit der Unselbständigen für die CDU votierte. Allerdings ist festzustellen, dass die SPD bei allen 25 Wahlgängen im untersuchten Zeitraum in der Gruppe der Unselbständigen einen höheren Stimmenanteil erreichte als unter den Selbständigen, für die PDS trifft dies bei 22 der

untersuchten Wahlgänge zu, während die CDU in 24 und die FDP in allen 25 Wahlgängen unter den Selbständigen einen höheren Stimmenanteil erzielen konnten als in der Gruppe der unselbständig Tätigen.

Für die Gruppe der Selbständigen lässt sich hingegen im untersuchten Zeitraum eine Präferenz zur Wahl der CDU feststellen. Mit Ausnahme der Wahl in Brandenburg im Jahr 2004, als die CDU mit 25,6% der Stimmen um 1,1 Prozentpunkte weniger erreichte als die SPD, erhielt die CDU bei allen Landtagswahlen in den Jahren 1990 bis 2009 in der Gruppe der Selbständigen die meisten Stimmen.

Mit Ausnahme des Landes Brandenburg ist unter den katholisch oder protestantisch konfessionell Gebundenen eine Präferenz für die CDU zu beobachten, in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erhielt sie bei 18 von 20 untersuchten Wahlen die meisten Stimmen, 13 mal eine absolute Stimmenmehrheit. In Brandenburg hingegen erhielt die CDU nur bei den Wahlen in den Jahren 1990 und 2009 die meisten Stimmen, während die SPD in dieser Wählergruppe bei den Wahlen im Jahr 1994 eine absolute sowie bei den Wahlen in den Jahren 1999 und 2004 eine relative Stimmenmehrheit erhielt. Die FDP erhielt bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahr 1990 17,9% der Stimmen der konfessionell Gebundenen, bei allen weiteren Wahlen konnten weder die FDP, noch die PDS oder die Grünen mehr als 15% der Stimmen erreichen. Des Weiteren bleibt festzuhalten, dass die CDU bei allen 25 untersuchten Wahlgängen in der Gruppe der konfessionell Gebundenen einen höheren Stimmenanteil erhielt als in jener der Konfessionslosen, für die FDP trifft dies bei 17 der untersuchten Wahlen zu, während die PDS bei allen 25 und die SPD bei 21 der untersuchten Landtagswahlen in der Wählergruppe der Konfessionslosen einen höheren Stimmenanteil erhielten. In Bezug auf die Grünen ist dieses Verhältnis beinahe ausgeglichen, bei 13 der 25 Wahlen erhielten sie unter den Konfessionslosen einen höheren Anteil als in der Gruppe der katholischen und protestantischen Wähler.

Im Gegensatz zu der Gruppe der konfessionell Gebundenen konnte die CDU unter den Konfessionslosen wesentlich niedrigere Stimmenanteile erringen und erhielt nur in Sachsen bei allen Wahlen des untersuchten Zeitraums eine relative Stimmenmehrheit, während die SPD in dieser Wählergruppe in Brandenburg und auch in Mecklenburg-Vorpommern bei jeweils allen fünf Landtagswahlen die meisten Stimmen erhielt. Sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Thüringen wechselte die relative Mehrheit zwischen CDU und SPD. Des Weiteren ist

festzustellen, dass die PDS unter den nicht katholischen oder protestantischen Wählern wesentlich mehr Stimmenanteile erhielt als in der Gruppe der konfessionell Gebundenen und bei der Landtagswahl in Thüringen im Jahr 2009 in dieser Wählergruppe erstmals mit 28,6% der Stimmen die relative Mehrheit erhielt.

Wie schon in der Wählergruppe der konfessionell Gebundenen stellt Brandenburg auch unter jenen Wählern, die in Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern lebten eine Ausnahme dar. Während bei den Wahlen in den anderen vier Bundesländern die SPD nur bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahr 1998 und bei jener in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002 die meisten Stimmen erhielt, während bei den übrigen 14 Wahlen die CDU eine Stimmenmehrheit erreichte, votierte in Brandenburg jeweils eine Mehrheit dieser Wählergruppe für die SPD. Insgesamt erhielt die SPD allerdings bei 14 der 20 untersuchten Landtagswahlen in der Gruppe jener Wähler, die in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern lebten, einen größeren Stimmenanteil als in ländlichem Gebiet. Die CDU hingegen erhielt bei 19 von 20 Wahlen in Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern einen höheren Stimmenanteil als in Städten mit mehr als 50 00 Einwohnern, während die PDS bei 16 und die Grünen bei 18 Wahlgängen jeweils in städtischem Gebiet mehr Stimmenanteile erhielten.

Unter jenen Wählern, die in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern lebten lässt sich hingegen keine eindeutige Präferenz feststellen. In Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern blieb in dieser Wählergruppe die SPD seit 1994 die stärkste Partei, während in Sachsen und Thüringen die CDU jeweils eine Stimmenmehrheit erhielt und in Sachsen-Anhalt die SPD ab der Wahl im Jahr 2002 als stimmenstärkste Partei ablöste.

Bei einer der Landtagswahlen entlang einer Spaltungslinie zwischen Zentrum und Peripherie lässt sich feststellen, dass unter den Wählern, die im Zentrum lebten die SPD in Mecklenburg-Vorpommern bei allen fünf untersuchten Wahlgängen sowie in Brandenburg bei den Wahlen in den Jahren 1990 bis 2004 eine Stimmenmehrheit erreichte, während sie sich in Sachsen-Anhalt mit der CDU als stimmenstärkste Partei abwechselte und in Thüringen bei vier von fünf und in Sachsen bei allen Wahlen des untersuchten Zeitraums die CDU eine Mehrheit der Stimmen erhielt. In Brandenburg sowie in Thüringen konnte hingegen Die Linke bei der bisher jeweils letzten Landtagswahl im Jahr 2009 erstmals eine relative Stimmenmehrheit erreichen und die SPD beziehungsweise die CDU als stimmenstärkste Partei ablösen, was sich aufgrund des kontinuierlichen Stimmenzuwachses der PDS beziehungsweise der Linken

seit den ersten Landtagswahlen nach dem Ende der DDR im Jahr 1990, abzeichnete.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass die PDS unter den Wählern, die im Zentrum lebten mehr Stimmenanteile erreichte als unter den Wählern der Peripherie. Dasselbe trifft auch auf die Grünen zu, die bei allen 25 untersuchten Wahlgängen im Zentrum jeweils einen höheren Stimmenanteil erhielten als unter den in der Peripherie lebenden Wählern. Auch die SPD erreichte bei 15 der 25 Wahlen im Zentrum einen höheren Stimmenanteil, während die FDP 18 Mal und die CDU bei allen 25 untersuchten Landtagswahlen jeweils in der Peripherie einen höheren Stimmenanteil erreichte.

So ist festzustellen, dass die CDU in Sachsen und in Thüringen bei allen Landtagswahlen des untersuchten Zeitraums eine Stimmenmehrheit erhielt sowie in Sachsen-Anhalt nur bei der Wahl im Jahr 1998 nicht die stimmenstärkste Partei war. In Brandenburg hingegen konnte die SPD stets eine Stimmenmehrheit unter den in der Peripherie lebenden Wählern erhalten, während sie in Mecklenburg-Vorpommern die CDU im Jahr 1998 als stimmenstärkste Partei ablöste und dies auch bei den darauffolgenden Landtagswahlen in den Jahren 2002 und 2006 blieb. Die PDS konnte, mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns, auch in der Peripherie stetig Stimmenanteile dazugewinnen, erreichte aber zumeist einen niedrigeren Stimmenanteil als im Zentrum, während die Grünen und die FDP eine ähnliche Entwicklung vollzogen. Beide Parteien konnten, nach Verlusten nach den jeweils ersten Landtagswahlen nach dem Ende der DDR, erst ab den dritten oder vierten Wahlen zum Landtag eines Bundeslandes wieder Stimmenanteile dazugewinnen, wobei die Grünen stets im Zentrum, die FDP hingegen zumeist unter den Wählern der Peripherie mehr Stimmenanteile erhielten. Die DVU konnte bei ihren Wahlerfolgen in Sachsen-Anhalt im Jahr 1998 und in Brandenburg im Jahr 1999 unter den in der Peripherie lebenden Wählern höhere Stimmenanteile erreichen als im Zentrum. Ebenso die NPD in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2006 und in Sachsen in den Jahren 2004 und 2009.

7 Conclusio

Resümierend in Bezug auf die der Arbeit zu Grunde liegenden Forschungsfragen lässt sich feststellen, dass sich das Wählerverhalten in den ehemals zur DDR gehörenden Ländern vor allem in den Jahren direkt nach der Wiedervereinigung als instabiler erwies, als in den westdeutschen Bundesländern.¹⁴³ So traten innerhalb nur einer Wahlperiode zum Teil große Schwankungen in Bezug auf den Stimmenanteil verschiedener Parteien auf. Als Beispiel hierfür sei die FDP genannt, die nach den ersten Landtagswahlen im Jahr 1990 in allen fünf untersuchten Bundesländern im Landesparlament vertreten war, nach den jeweils darauffolgenden im Jahr 1994 jedoch in keinem einzigen.

Jedoch kann festgehalten werden, dass innerhalb bestimmter sozialen Gruppen Präferenzen für bestimmte Parteien zu beobachten waren. Die von Martin Seymour Lipset und Stein Rokkan benannten Cleavages sind hier weiterhin von Bedeutung, vor allem ein sogenannter Klassencleavage und eine religiöse Spaltungslinie sind von Relevanz.¹⁴⁴ Hier lässt sich ein ähnliches Wählerverhalten wie in der Bundesrepublik beobachten.¹⁴⁵ So wählten konfessionell Gebundene, eine klassische Klientel der CDU, zumeist zu einem höheren Anteil diese Partei als die Gesamtheit der Wähler.¹⁴⁶ Ebenso wählten Selbständige öfter die CDU oder die FDP, während beispielsweise die SPD oder die PDS beziehungsweise Die Linke in der Regel unter den Unselbständigen einen höheren Wähleranteil aufwiesen. Unterschiedliches Wahlverhalten lässt sich auch entlang einer Trennlinie zwischen Stadt und Land erkennen, so votierten Wähler in Ortschaften mit bis zu 50.000 Einwohnern eher für die CDU, während Wähler, die in Städten mit über 50.000 Einwohnern lebten, zu einem höheren Anteil die SPD, die PDS oder die Grünen wählten. Ebenso erzielten diese Parteien im jeweiligen Landeszentrum höhere Stimmenanteile, während in der Peripherie öfter die CDU oder die FDP gewählt wurden.

¹⁴³ Vgl. Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus (1998): Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung. Leske und Budrich: Opladen. 2. Auflage S 168ff

¹⁴⁴ Vgl. Roth, Dieter/Emmert, Thomas (1994): Wählerentscheidungen und Wählereinstellungen in Ostdeutschland vor und nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag S 242ff

¹⁴⁵ Vgl. Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus (1998): Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung. Leske und Budrich: Opladen. 2. Auflage S 73ff

¹⁴⁶ Vgl. Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag S 29

Die von Lipset und Rokkan wesentlichen sozialen Cleavages sind somit auch in den ehemals zur DDR gehörenden Bundesländern von Bedeutung. In der vorliegenden Arbeit standen die durch die vier Spaltungslinien Arbeit versus Kapital, Kirche versus Staat, Stadt versus Land und Zentrum versus Peripherie getrennte sozialen Gruppen Unselbständige und selbständig Tätige, konfessionell Gebundenen und Konfessionslose, Bewohner von Ortschaften mit 50.000 oder weniger Einwohnern und solche größerer Städte sowie Bewohner der Landeshauptstadt und der Peripherie im Fokus. Für zukünftige Arbeiten gilt es auch, die Entwicklung neuer Cleavages zu beachten. Durch neue wesentliche Themen wie Umweltschutz, Atomkraft, Bildung oder die Bewältigung von Wirtschaftskrisen, die ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, entstehen neue Trennungslinien in der Gesellschaft, die für eine weiterführende Untersuchung des Wahlverhaltens an Relevanz gewinnen. Des Weiteren kann in aufbauenden Untersuchungen nicht nur der Frage nachgegangen werden, wer wann was wählt, sondern auch jene nach dem Warum gestellt werden. Eine Erforschung der Wahlmotive hätte den Rahmen dieser Arbeit gesprengt, sie kann jedoch der Inhalt einer weiterführenden Untersuchung sein.

8 Literaturverzeichnis

- Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.) (2009): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 6. Auflage, Wiesbaden.
- Bartmuß, Hans-Joachim/Kathe, Heinz (1992): Kleine Geschichte Sachsen-Anhalts. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Halle
- Behnke, Joachim (2007): Das Wahlsystem der Bundesrepublik. Logik, Technik und Praxis der Verhältniswahl, Baden-Baden
- Bender, Peter (2009): Zweimal Deutschland. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945 – 1990, Stuttgart
- Benz, Arthur (2001): Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse, München, Wien
- Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen
- Beyme, Klaus von (1984): Parteien in westlichen Demokratien, München
- Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main
- Beyme, Klaus von (1996): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen
- Beyme, Klaus von (2001): Funktionenwandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker. In: Gabriel, Oskar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.). Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn
- Beyme, Klaus, von (2002): Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden
- Blaschke, Karlheinz (1991): Politische Geschichte Sachsens und Thüringens. Haus der Bayrischen Geschichte Bayrische Staatskanzlei, München
- Böttcher, Christina (1991): Geschichte Sachsen-Anhalts, Halle (Saale)
- Brauner, Wilhelm (2001): Wahlen und Wahlrecht. Tagung der Vereinigung für Verfassungsgeschichte in Hofgeismar vom 10.3. – 12.3.1997, Berlin
- Brosius, Felix (2008): SPSS 16 für Dummies. den Daten sei Dank! - durchdachte Entscheidungen durch Datenanalyse ; statistische Analyse statt Datenchaos ; grafische Darstellung der Ergebnisse optimieren ; leichtes Exportieren in Excel, Word und Co. ; Daten aufbereiten und erfolgreich analysieren, 2. Auflage, Weinheim
- Brosius, Felix (2010): SPSS 18 für Dummies. SPSS 18 kennenlernen und sicher anwenden ; Daten professionell aufbereiten und richtig analysieren ; Ergebnisse anschaulich und

- überzeugend darstellen ; Datenexport in andere Programme optimieren, Weinheim
- Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus (1998): Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen
- Czok, Karl (1989): Geschichte Sachsens, Weimar
- Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Democracy, Ney York
- Duverger, Maurice (1959): Die politischen Parteien, Tübingen
- Eberwein, Wolf-Dieter (Hrsg.) (1992): Transformation Processes in Eastern Europe. Perspectives from the Modelling Laboratory, Frankfurt/Main
- Eberwein, Wolf-Dieter/Groenen, Will (1992): Transformation Process. The Political Dimension. In: Eberwein, Wolf-Dieter (Hrsg.) (1992): Transformation Processes in Eastern Europe. Perspectives from the Modelling Laboratory. Frankfurt/Main
- Eckstein, Peter P. (2009): Datenanalyse mit SPSS. Realdatenbasierte Übungs- und Klausuraufgaben mit vollständigen Lösungen
- Erdmann, Karl Dietrich (1973): Handbuch der deutschen Geschichte. Band 19: Die Weimarer Republik, 9. Auflage, München
- Erhart, Anna-Katharina (2004): Das Parteiensystem der Slowakei. Neue Konfliktlinien in den Transformationsländern?, Wien
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (1990): Wahlen in den neuen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990, Mannheim
- Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1997): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen
- Gebhardt, Bruno (Begr.)/Benz, Wolfgang (Hrsg.) (2010): Handbuch der Deutschen Geschichte Band 18: 20. Jahrhundert (1918-2000). Der Aufbruch in die Moderne. Das 20. Jahrhundert, 10. Auflage, Stuttgart.
- Gebhardt, Bruno (Begr.)/Müller, Rolf-Dieter (2010,): Handbuch der Deutschen Geschichte Band 21: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945, 10. Auflage, Stuttgart
- Gerlach, Irene (2010): Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung, Strukturen und Akteure eines politischen Systems, 3. Auflage, Wiesbaden
- Giesen, Bernd/Leggewie, Claus (1991): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch, Berlin
- Glaeßner, Gert-Joachim (2006): Politik in Deutschland. 2. Auflage, Wiesbaden.
- Göls, Cornelia (2007): Die politischen Parteien in der Ukraine, Wien
- Hahn, Peter-Michael (2009): Geschichte Brandenburgs, München

- Hartmann, Jürgen (1979): Parteienforschung, Darmstadt
- Hauser, Richard/Glatzer, Wolfgang (2001): Zukunftsvorstellungen und deren Realisierung im deutschen Vereinigungsprozess. In: Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen
- Henning, Friedrich (1964): Kleine Geschichte Thüringens, Würzburg
- Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave. Democratization in the late twentieth century. Norman (u.a.)
- Jun, Uwe (2008): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden
- Kaase/Lepsius (2001): Transformationsforschung. In: Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen
- Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.) (2001): Party Systems and voter alignments revisited, London
- Kleßmann, Christoph (1991): Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 – 1955, Bonn
- Korez, Silvo (1997): Aspekte der Transition Sloweniens, Wien
- Korez, Silvo (2005): Innovation in Transition am Beispiel Slowenien, Wien
- Krupavicius, Algis (2005): Political Parties and Multiparty Systems in the Baltic countries 1990-2001. In: Kulik, Anatoly/Pshizova, Susanna (Hrsg.) (2005): Party politics in post-Soviet Europe and the Baltics, Conn (u.a.)
- Lepsius, Rainer (1966): Parteiensysteme und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Abel, Wilhelm/Borchert, Knut: Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Stuttgart (wieder abgedruckt in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.) (1973): Die deutschen Parteien vor 1918, Köln S 56-80
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967): Party systems and voter alignments. Cross-national perspectives. New York (u.a.)
- Lipset, Seymour Martin (2001): Cleavages, parties and democracy. In: Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.) (2001): Party Systems and voter alignments revisited, London
- Manza, Jeff (1999): Social Cleavages and political change. Voter alignments and U.S. Party coalitions, Oxford (u.a.)
- Mast, Peter (1994): Mecklenburg-Vorpommern. 1000 Jahre Geschichte eines jungen Landes, München
- Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen der

Transitionsforschung, Opladen

Merkel, Wolfgang/Sandschneider, Eberhard (Hrsg.) (1997): Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozeß, Opladen

Meyer, Hans (1973): Wahlsystem und Verfassungsordnung. Bedeutung und Grenzen wahlsystematischer Gestaltung nach dem Grundgesetz, Frankfurt am Main

Mommsen, Hans (2010): Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, München

Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1993): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen

Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen

Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (1994): DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen

Niedermayer Oskar (1997): Das gesamtdeutsche Parteiensystem. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1997): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen

Niedermayer, Oskar (2001): Von der Hegemonie zur Pluralität: Die Entwicklung des Ostdeutschen Parteiensystems. In Bertram, Hans/Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen

Niedermayer, Oskar/Haas, Melani/Jun, Uwe (Hrsg.) (2008): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) (2002): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 1, A-M, München

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.) (2002): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. Band 2, N-Z, München

O'Donnel/Schmitter (1989): Transition from authoritarian rule, 2. Auflage

Offe, Claus (1994): Designing Institutions für east European transitions, Wien

Post, Bernhard (1999): Thüringen Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 – 1995, Weimar

Rödter, Andreas (2011): Geschichte der deutschen Wiedervereinigung. München

- Rohe, Karl (1997): Entwicklung der politischen Parteien und Parteiensysteme in Deutschland bis zum Jahre 1933. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1997): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen
- Roth, Dieter/Emmert, Thomas (1994): Wählerentscheidungen und Wählereinstellungen in Ostdeutschland vor und nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (1994): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen
- Roth, Erwin (Hrsg.) (1995): Sozialwissenschaftliche Methoden. Lehr- und Handbuch für Forschung und Praxis, München
- Rüb, Friedbert W. (1996): Die Herausbildung politischer Institutionen in Demokratisierungsprozessen. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (1996): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen der Transitionsforschung, Opladen
- Sartori, Giovanni (1976): Parties and Party Systems, Cambridge
- Strohmeier, Gerd (Hrsg.) (2009): Wahlsystemreform, Baden-Baden
- Völkl, Kerstin/ Schnapp, Kai-Uwe/Holtmann, Everhard, Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (2008): Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden
- Völkl, Kerstin/Schnapp, Kai-Uwe/Holtmann, Everhard, Gabriel, Oscar W. (2008): Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: theoretischer Rahmen und Analysemodelle. In: Völkl, Kerstin/ Schnapp, Kai-Uwe/Holtmann, Everhard, Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (2008): Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden
- Segert, Dieter (Hrsg.) (1997): Parteien in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen
- Weidenfeld, Werner (1991): Die doppelte Integration: Europa und das größere Deutschland. Eine Veröffentlichung der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh
- Wollmann, Hellmut (2001): Die Transformation der politischen und administrativen Strukturen in Ostdeutschland – zwischen „schöpferischer Zerstörung“, Umbau und Neubau. In: Bertram, Hans/KollmorgenKaj (Hrsg.) (2001): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen

9 Internetquellen

Forschungsgruppe Wahlen:

<http://www.forschungsgruppe.de/Startseite/>

Landtag von Brandenburg

<http://www.landtag.brandenburg.de/de/startseite>

Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

<http://www.landtag-mv.de/>

Landtag von Sachsen

<http://www.landtag.sachsen.de/de/index.aspx>

Landtag von Sachsen-Anhalt

<http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/>

Landeswahlleiter von Mecklenburg-Vorpommern

http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/lwlstart/index.jsp

Landeswahlleiter von Sachsen-Anhalt

<http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms213.htm>

Landeswahlleiter von Sachsen

http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/allg/Seite_2.htm

Landtag von Thüringen

<http://www.thueringer-landtag.de/landtag/>

Landeswahlleiter von Brandenburg

<http://www.wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.294757.de>

Landeswahlleiter von Thüringen

http://www.wahlen.thueringen.de/wahlseite.asp?aktiv=LW03&startbei=landtagswahlen/LW_informationen.asp

10 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Endergebnis Landtagswahl 1990 Brandenburg	47
Tabelle 2: Endergebnis Landtagswahl 1994 Brandenburg	49
Tabelle 3: Endergebnis Landtagswahl 1999 Brandenburg	52
Tabelle 4: Endergebnis Landtagswahl 2004 Brandenburg	55
Tabelle 5: Endergebnis Landtagswahl 2009 Brandenburg	58
Tabelle 6: Endergebnis Landtagswahl 1990 Mecklenburg-Vorpommern	70
Tabelle 7: Endergebnis Landtagswahl 1994 Mecklenburg-Vorpommern	72
Tabelle 8: Endergebnis Landtagswahl 1998 Mecklenburg-Vorpommern	75
Tabelle 9: Endergebnis Landtagswahl 2002 Mecklenburg-Vorpommern	78
Tabelle 10: Endergebnis Landtagswahl 2006 Mecklenburg-Vorpommern	81
Tabelle 11: Endergebnis Landtagswahl 1990 Sachsen	92
Tabelle 12: Endergebnis Landtagswahl 1994 Sachsen	94
Tabelle 13: Endergebnis Landtagswahl 1999 Sachsen	97
Tabelle 14: Endergebnis Landtagswahl 2004 Sachsen	100
Tabelle 15: Endergebnis Landtagswahl 2009 Sachsen	103
Tabelle 16: Endergebnis Landtagswahl 1990 Sachsen-Anhalt	112
Tabelle 17: Endergebnis Landtagswahl 1994 Sachsen-Anhalt	114
Tabelle 18: Endergebnis Landtagswahl 1998 Sachsen-Anhalt	117
Tabelle 19: Endergebnis Landtagswahl 2002 Sachsen-Anhalt	120
Tabelle 20: Endergebnis Landtagswahl 2006 Sachsen-Anhalt	124
Tabelle 21: Endergebnis Landtagswahl 1990 Thüringen	135
Tabelle 22: Endergebnis Landtagswahl 1994 Thüringen	137
Tabelle 23: Endergebnis Landtagswahl 1999 Thüringen	140
Tabelle 24: Endergebnis Landtagswahl 2004 Thüringen	143
Tabelle 25: Endergebnis Landtagswahl 2009 Thüringen:	146

11 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009	62
Abbildung 2: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 Unselbständige	63
Abbildung 3: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 Selbständige	64
Abbildung 4: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 katholisch/protestantisch	65
Abbildung 5: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 nicht katholisch/protestantisch	66
Abbildung 6: Ergebnisse LTW Brandenburg 1994-2009 bis 50.000 EW	67
Abbildung 7: Ergebnisse LTW Brandenburg 1994-2009 über 50.000 EW	68
Abbildung 8: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 Zentrum	69
Abbildung 9: Ergebnisse LTW Brandenburg 1990-2009 Peripherie	70
Abbildung 10: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006	85
Abbildung 11: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 Unselbständige	86
Abbildung 12: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 Selbständige	87
Abbildung 13: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 katholisch/protestantisch	88
Abbildung 14: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 nicht katholisch/protestantisch	89
Abbildung 15: Ergebnisse LTW M-V 1994-2006 bis 50.000 EW	89
Abbildung 16: Ergebnisse LTW M-V 1994-2006 über 50.000 EW	90
Abbildung 17: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 Zentrum	91
Abbildung 18: Ergebnisse LTW M-V 1990-2006 Peripherie	92
Abbildung 19: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009	106
Abbildung 20: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 Unselbständige	107
Abbildung 21: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 Selbständige	108
Abbildung 22: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 katholisch/protestantisch	108
Abbildung 23: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 nicht katholisch/protestantisch	109
Abbildung 24: Ergebnisse LTW Sachsen 1994-2009 bis 50.000 EW	110
Abbildung 25: Ergebnisse LTW Sachsen 1994-2009 über 50.000 EW	111
Abbildung 26: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 Zentrum	111
Abbildung 27: Ergebnisse LTW Sachsen 1990-2009 Peripherie	112
Abbildung 28: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006	128
Abbildung 29: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 Unselbständige	129
Abbildung 30: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 Selbständige	130
Abbildung 31: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 katholisch/protestantisch	130
Abbildung 32: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 n. katholisch/protestantisch ...	131
Abbildung 33: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1994-2006 bis 50.000 EW	132
Abbildung 34: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1994-2006 über 50.000 EW	133
Abbildung 35: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 Zentrum	133
Abbildung 36: Ergebnisse LTW Sachsen-Anhalt 1990-2006 Peripherie	134
Abbildung 37: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009	149
Abbildung 38: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 Unselbständige	150
Abbildung 39: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 Selbständige	151
Abbildung 40: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 katholisch/protestantisch	151
Abbildung 41: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 nicht katholisch/protestantisch	152
Abbildung 42: Ergebnisse LTW Thüringen 1994-2009 bis 50.000 EW	153
Abbildung 43: Ergebnisse LTW Thüringen 1994-2009 über 50.000 EW	154
Abbildung 44: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 Zentrum	154
Abbildung 45: Ergebnisse LTW Thüringen 1990-2009 Peripherie	155

12 Abstracts

Zusammenfassung

Die Demokratisierung in den Ländern Osteuropas ist mit jenen davor nicht zu vergleichen, da die ehemals kommunistischen Länder vor dem sogenannten Dilemma der Gleichzeitigkeit, einer gleichzeitigen Transformation des politischen und des ökonomischen Systems, standen. Innerhalb der ehemals sozialistisch regierten Länder stellen wiederum die fünf bis zum Jahr 1990 zur DDR gehörenden Bundesländer aufgrund der Wiedervereinigung und dem damit einhergehenden gesellschaftlichen Wandel eine Ausnahme dar. Ausgehend von der Cleavage Theorie von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan und anhand einer Analyse von Wahl- und Umfrageergebnissen der Landtagswahlen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen im Zeitraum von 1990 bis 2009, soll untersucht werden, inwieweit sich Parteibindungen bestimmte sozialer Gruppen entwickelt haben.

Abstract

Due to the so-called Dilemma of Simultaneity, where the transition of the political system has to be managed at the same time as an economic transformation, the Democratization of Eastern Europe cannot be compared with any previous process. Eastern Germany however is an exception among the former socialist countries because of the reunification, the so-called *Wiedervereinigung*, and the social change, that came along with it. Based on the Cleavage-Theory of Seymour Martin Lipset and Stein Rokkan the results of opinion polls and elections from the 5 federal states of Germany, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, and Thüringen, between 1990 and 2009 will be analyzed to discover possible relationships between distinct social groups and political parties.

Kokkuvõte

Ida-Euroopa riikide demokratiseerimisprotsess ei ole võrreldav varasemate demokratiseerimisprotsessidega, kuna kommunistlikud riigid pidi samaaegselt toime tulema nii poliitiliste kui majanduslike muutustega. Saksamaade ühinemise ja sellega kaasnenud ühiskondlike muutuste tõttu on endiste sotsialistlike riikide seas erandiks Ida-Saksamaa.

Toetudes S. M. Lipset'i ja S. Rokkan'i *Cleavage*-teooriale ning teatud Saksamaa Liiduvabariikide (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saksimaa, Saksi-Anhalt ja Tüüring) maapäeva valimis- (*Landtagswahlen*) ning küsitlustulemuste analüüsile, uuritakse käesolevas magistritöös kas ja kuidas esineb seoseid erakondlike eelistuste ja teatud sotsiaalsete gruppide vahel.

13 Curriculum Vitae

Persönliche Daten:

Geboren am	17.7.1984
in	Wien
Familienstand	ledig
Staatsbürgerschaft	Österreich
E-Mail	thomasinho_17@hotmail.com

Ausbildungsdaten:

Schulausbildung	1990 - 1994	Volksschule in 1180 Wien, Antonigasse
	1994 - 2002	Wirtschaftkundliches Bundesrealgymnasium 1170 Wien, Parhamerplatz 18
Studium	2002 - 2003	Studium an der Wirtschaftsuniversität Wien: Wirtschaft und Recht
	2004 - 2012	Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
Auslandsaufenthalte	11/2005	Studienreise nach Venezuela
	11/2006	Studienreise nach Den Haag, Brüssel und Paris
	02/2007	Studienreise nach Kuba
	2007 – 2008	Studium in Vaasa, Vaasan Yliopisto, im Rahmen des ERASMUS - Programmes
	05/2009	Studienreise nach Rumänien

	07/2010	Studium an der Universität Tallinn im Rahmen eines Stipendiums
<u>Sonstig:</u>	2003 - 2004	Ableistung des Zivildienstes
<u>Berufserfahrung:</u>	09/2002	Verkäufer, DerMann AG
	2006 - 2009	Tageweise Promotion, IS Sales
Rotes Kreuz	07/2006 – 08/2006	Mitgliederwerbung, Deutsches
	12/2006 – 07/2007	Service, Delicatering
Wissenschaften	11/2009 -12/2009	Proband Akademie der
Wien,	09/2011 -	Sachbearbeiter Stadtschulrat für Personalmanagement
<u>Sprachkenntnisse:</u>	Deutsch	Muttersprache
	Englisch	Sehr gut
	Estnisch	Gut
	Spanisch	Grundkenntnisse
	Schwedisch	Kenntnisse